



**Deutsche
Hilfzahlungen an
Gaza fördern Juden-
und Israel-Hass**

SEITE 4-5

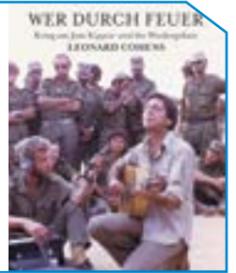
**Die dubiosen
Verflechtungen der
UNRWA mit der Hamas**

SEITE 6-7



**„Wer durch Feuer“ –
Leonard Cohen
als musikalischer
Truppenbetreuer im Jom
Kippur-Krieg 1973**

SEITE 30-31



KOLUMNE DES
HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, seit fast schon 100 Tagen sind noch immer mehr als 130 Geiseln in der Gewalt der islamischen Terror-Hamas. Vor über einem Vierteljahr hat die verbrecherische und menschenverachtende Hamas Israel überfallen und über 1200 Menschen auf brutale Art und Weise vergewaltigt, geschändet und abgeschlachtet

Unschuldige Kinder, Frauen und Männer, Alte und Kranke sind bis heute in der Gewalt der islamischen Judenhasser. Der Staat Israel muss zur Befreiung und zur Verteidigung seiner Menschen einen Krieg führen, den er nicht begonnen und den er weder gewollt noch provoziert hat. Doch anstatt, dass die Weltöffentlichkeit die sofortige Freilassung aller Geiseln und die bedingungslose Kapitulation der Hamas fordert, werden verlogenen „Double Standards“ an den Tag gelegt.

Man kann es nicht mehr ertragen - das bigotte, weinerliche Doppel-Moral Gejammer der zum Erbrechen widerwärtigen Roten Kreuze, der WHO's, unserer Medien, der verlogenen „Ärzte man weiß nicht für was -- für Menschlichkeit jedenfalls nicht“, der Guterresse, der BML, der Kirchen, der UNO's und all der vielen übrigen nicht minder üblen Bessermensch-Prender, die sich verlogen und sehr einseitig nicht mehr einkriegen über das vermeintlich unverschuldete und ach so schreckliche Schicksal der überaus zahlreichen Bonbon-Verteiler und frenetischen Mord an Juden Bejubler in Gaza.

Betrachtet man ihr einseitig selektives Gejammer genauer, dann reißen sie sich in Wirklichkeit vor allem sonst was auf, um Israels Verteidigungskampf gegen das

► Fortsetzung auf Seite 2



**Genauere Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>**

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF;
Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Der moralische Bankrott des Westens



Von **Melanie Phillips/JNS.org**

Die Beweise für einen tiefgreifenden moralischen Zusammenbruch im Westen werden immer überwältigender. Seit dem Hamas-Pogrom vom 7. Oktober in Israel ist die Jagd auf Juden in der Diaspora eröffnet und die Zahl der antisemitischen Angriffe hat enorm zugenommen.

Studenten amerikanischer Universitäten haben Anfang Dezember vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses für Bildung und Arbeit leidenschaftlich über die Krise des Antisemitismus auf dem Campus berichtet. Das Problem besteht nicht nur darin, dass Leute auf Juden herumhacken; schlimmer noch, es wird von anderen angeheizt, die es besser wissen sollten, die es aber erleichtern. Sie prangern an, dass Universitätsadministratoren und Lehrkräfte die Einschüchterung jüdischer Studenten entweder ignorieren oder sich aktiv daran beteiligen.

Der Kongress hörte von körperlichen Angriffen auf jüdische Studenten, von Aufrufen auf dem Campus, „die Juden zu vergasen“ und von Beschimpfungen, dass „Hitler Recht hatte“.

Unerträgliche Zustände

Eyal Yakoby, Student an der Universität von Pennsylvania, erzählte, wie er und andere Studenten gezwungen waren, in ihren Zimmern Zuflucht zu suchen, als Mitschüler und Profes-

soren den Völkermord an den Juden skandierten. Sie sprachen vom „glorreichen 7. Oktober“ und sagten Dinge wie „Du bist ein dreckiger kleiner Jude, du verdienst den Tod“. Die MIT-Studentin Talia Khan, Tochter einer jüdischen Mutter und eines afghanischen Muslims, sagte, dass sich 70 % der jüdischen Studenten auf dem Campus gezwungen fühlten, Zeichen ihrer jüdischen Identität zu verbergen.

Nachdem ein Postdoktorand behauptet hatte, dass Juden die Welt durch ein globales Apartheidsystem versklaven wollten und dass Israel „Palästinensern“ Organe entnommen habe und andeutete, dass der durchschnittliche Israeli ein Nazi sei, erklärte der Diversity-Beauftragte seiner Abteilung, so Khan, dass nichts davon „Hassrede“ sei und dass die Theorie der Organentnahme „bestätigt“ sei.

Andere Diversity-Mitarbeiter am MIT hätten behauptet, Israel habe kein Existenzrecht, während Fakultätsmitglieder jüdischer Studenten gesagt hätten, wenn sie Angst hätten, sollten sie einfach „zurück nach Israel gehen“. Die Präsidenten von Harvard, Penn und MIT - Claudine Gay (zwischenzeitlich vom Amt zurückgetreten), Liz Magill (ebenfalls nach Protesten zurückgetreten) und Sally Kornblut - erschienen ebenfalls vor dem Ausschuss. Ihre Antworten ließen die Kinnladen herunterfallen. Die Abgeordnete Elise Stefanik (R-N.Y.) fragte sie, ob die auf

dem Campus zu hörenden völkermörderischen Sprechchöre wie „Lang lebe die Intifada“ und „Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein“ gegen die eigenen Richtlinien dieser Universitäten gegen Mobbing oder Belästigung verstoßen. Zu Stefaniks wachsender Ungläubigkeit und Abscheu weigerten sich die drei, eine klare Antwort zu geben und sagten, es hänge alles vom „Kontext“ ab. In welchem denkbaren Kontext kann man Aufrufe zum Völkermord an den Juden akzeptabel finden?

Als der Abgeordnete John James (R-Mich.) die drei Präsidenten fragte, was sie zur Bekämpfung des Judenhasses unternähmen, herrschte Schweigen, da sie sich gegenseitig ansahen, um sich zu vergewissern, dass sie alle auf einer Linie liegen - nichts zu tun. Das Verhalten dieser drei Ivy-League-Schulleiter war im höchsten Maße schockierend. Aber wie kann jemand wirklich erstaunt sein, wenn man bedenkt, was in den letzten Jahrzehnten mit der Bildung geschehen ist?

Zusammenbruch der Normen

In vielen Fällen handeln Pädagogen und Verwaltungsangestellte nicht nur aus Feigheit nicht gegen Antisemitismus, sondern weil sie selbst ganz oder teilweise die verdrehte und moralisch bankrotte Denkweise teilen, die dem Ganzen zugrunde liegt. Sie haben

► Fortsetzung auf Seite 2

Der moralische Bankrott des Westens

Als Harvard-Präsidentin hatte Claudine Gay bei einer Kongress-Anhörung zum Thema Antisemitismus an Elite-Unis mit ihren Statements schockiert. Auf die Frage, ob „Forderungen nach einem Völkermord an Juden die Regeln der Harvard-Universität in Hinblick auf Mobbing und Belästigung“ verletzen, gab Gay die ungeheuerliche Antwort: „Es hängt vom Kontext ab.“ Erst nach massiven Protesten reichte Gay ohne Spur von Einsicht und ohne Bedauern ihren Rücktritt ein. Allerdings weigern sich viele der sogenannten Liberalen, zwischen den Hamas-Mördern und ihren israelischen Opfern zu unterscheiden, konfabulieren von einem Völkermord in Gaza und schreien nach einem Waffenstillstand. Dagegen kommt kaum einer auf die Idee zu fordern, dass sich die Hamas endlich ergeben soll, was das Töten sofort beenden würde. (JR)

zugelassen, dass Identitätspolitik, „Intersektionalität“ und Opferkultur an den Universitäten des Westens Einzug gehalten haben, und sich geweigert, gegen Mobbing und Belästigung in den Bereichen Ethnizität, Sexualität und Geschlecht vorzugehen.

Diese Dogmen bedeuten einen völligen Zusammenbruch der Normen von Moral und Rationalität. Sie besagen, dass bestimmte Kategorien von Menschen - wie Männer, Heterosexuelle und Israelis - keine Opfer sein können, weil sie die politische und wirtschaftliche Macht über Frauen, Schwule und „Palästinenser“ innehaben und daher nicht für das von ihnen begangene Unrecht verantwortlich sind. Noch bedenklicher ist, dass die Identitätspolitik, die in der marxistischen Doktrin verwurzelt ist, die Welt zwischen den „Mächtigen“ und den „Unterdrückten“ aufteilt und Juden als Inhaber der höchsten Macht über die gesamte westliche Welt betrachtet, und zwar durch ein kapitalistisches System, das sie angeblich in ihrem eigenen Interesse und zum Nachteil anderer einsetzen.

All dies erklärt auch das erstaunliche Schweigen von Frauengruppen und anderen Liberalen zu den extremen sexuellen Übergriffen der Ha-

mas auf Frauen, die sie am 7. Oktober angriffen und als Geiseln nahmen. Inzwischen sind Beweise für die entsetzliche Barbarei und den Sadismus aufgetaucht, mit denen diese Frauen angegriffen wurden. Sie wurden nicht nur mehrfach und mit extremer Gewalt vergewaltigt, sondern auch an ihren Geschlechtsorganen verstümmelt. Doch obwohl es von Anfang an unbestreitbare Beweise für weit verbreitete Vergewaltigungen während des Pogroms gab, brauchten die Vereinten Nationen acht Wochen, um sich zu diesem Gemetzel zu äußern, und erklärten schließlich schwach, sie seien „alarmiert“ über Berichte über „geschlechtsspezifische Gräueltaten und sexuelle Gewalt“ während der Hamas-Angriffe.

Fehlende Solidarität

Der schockierende Grund für diese Zurückhaltung ist, dass der barbarische Angriff auf israelische Frauen die Narrative, mit denen sich diese Liberalen identifizieren, untergräbt. Der Slogan der performativen „#MeToo“-Bewegung, die durch die Dämonisierung aller Männer als potenzielle Vergewaltiger das angemessene Entsetzen und die Abscheu vor eindeutigen Vergewaltigungen untergräbt,

lautet „Schweigen ist Gewalt“. Das Hamas-Pogrom, das auf so ekelhafte Weise gezeigt hat, wie echte Gewalt gegen Frauen aussieht, hat „#MeToo“ als beleidigend nichtssagend entlarvt.

Es widerspricht auch dem liberalen Narrativ, das die Israelis als „Unterdrücker“ dämonisiert und die „Palästinenser“ zu deren Opfern erklärt. Das unvorstellbare Leid der israelischen Frauen (und wir erfahren jetzt, dass auch Männer sexuell missbraucht wurden) durch die Hamas passt einfach nicht dazu. Im Kern dieser perversen Reaktion auf die Gräueltaten der Hamas liegt das grundlegende progressive Mantra des moralischen Relativismus, die Abschaffung der objektiven Wahrheit und die Ablehnung der Notwendigkeit, zwischen verschiedenen Verhaltensweisen zu unterscheiden. Aber ohne solche Unterscheidungen gibt es keine Moral.

So ignorieren die Liberalen den Unterschied zwischen der absichtlichen Tötung von Zivilisten und der unbeabsichtigten Tötung von Zivilisten in einem gerechtfertigten Krieg. Sie ignorieren die Tatsache, dass die Hamas versucht, die Zahl der getöteten Israelis zu maximieren (und „Palästinenser“ absichtlich als Kanonenfutter einzusetzt), während Israel Maßnahmen

ergreift, die in keinem anderen Land militärisch möglich sind, um das Leben von Zivilisten so weit wie möglich zu schonen.

Sie weigern sich, zwischen den Hamas-Aggressoren und ihren israelischen Opfern zu unterscheiden, und schreien nach einem Waffenstillstand durch Israel. Keiner von ihnen fordert die Kapitulation der Hamas, was das Töten sofort beenden würde. Ein Waffenstillstand seitens Israels hingegen würde dazu führen, dass noch mehr israelische Zivilisten ermordet, gefoltert und vergewaltigt werden.

Jetzt wird klar, warum die völkermörderische Hetze auf dem Campus von der Universitätsverwaltung geflissentlich ignoriert wird; warum diejenigen, die nach einer „Globalisierung der Intifada“ schreien, zusammen mit Liberalen demonstrieren, die angeblich nur wollen, dass das Töten aufhört; und warum Feministinnen zu den barbarischen Vergewaltigungen, Morden und sexuellen Verstümmelungen israelischer Frauen durch die „Palästinenser“ in Gaza geschwiegen haben. Das liberale Dogma hat eine moralisch verkommene Gesellschaft hervorgebracht, die Schulter an Schulter mit den Barbaren des islamischen Dschihad marschiert.

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

reine Böse auszubremsen, mit dem allzu durchsichtigen Ziel, dem entmenschten und atavistischen Hamas-Mordgesindel die vollständige Niederlage zu ersparen und dessen Überleben zwecks Verübung neuer bestialischer Mordexzesse an jüdischen Kindern, Frauen und Männern zu sichern.

Warum nutzen sie eigentlich nicht die Gunst der Stunde der angeschlagenen und durch Israel geschwächten Hamas, um Israels Kampf, der genau genommen auch der ihre ist, zu unterstützen und den längst überfälligen Widerstand gegen die von ihnen gewählte und getragene Mörderclique zu leisten und die Mörder an den Haaren aus den Tunnel-Rattenlöchern zu ziehen, in denen sie sich verstecken oder doch zumindest, wenn das nicht geht, den israelischen Truppen auszuliefern.

Stattdessen sind sie wie aus dem Jubel über die entsetzlichen Morde gut erkennbar ein Herz und eine Seele mit der Mord-Hamas und unsere einschlägigen Medien und Talkshow-herumgerichteten Anti-Israel-Hetzer - äh will sagen -- selbsternannten Nahost-Experten sowie die Politik nennen diese Mordmonster und Baby-Enthaupter mit verniedlichender Sympathie doch tatsächlich immer noch ehfurchtig Kämpfer. (Kämpfer gegen was -- gegen wehrlose Babys, Kleinkinder und Frauen). Und kaum jemand in unseren

öffentlich-rechtlichen Anti-Israel-Gesinnungsmedien kommt auch nur auf die Idee diesem widerlichen Euphemismus zu widersprechen.

Ja warum wohl, wenn nicht aus tiefstem Einverständnis mit der Hamas, leisten die Gazaner eigentlich wirklich keinen Widerstand gegen diese Mordbande und warum rücken sie nicht endlich und zumindest jetzt von ihrer blutrünstigen Führung ab, die sie - und dafür gibt es keine Entschuldigung - immerhin freiwillig und ohne Zwang mit dem schon damals erklärten Ziel, ganz Israel zu erobern und alle Juden zu ermorden, gewählt haben.

Kein Gazaner kann sagen, er hätte das nicht gewusst und die täglichen längst in die Tausende gehenden Raketenangriffe auf israelische Städte und die israelische Zivilbevölkerung nicht gekannt oder die am 7. Oktober verübten kaum aussprechlichen Abschlachtungen sowie Vergewaltigungen und Schändungen jüdischer Frauen sowie die Enthauptungen jüdischer Kleinkinder und die Verschleppungen jüdischer Geiseln nicht zur Kenntnis genommen.

Die Täter selbst haben das alles fotografiert und auf Videos aufgenommen, um damit zu prahlen und Anerkennung zu erlangen, in der Gewissheit, dass sie damit nicht etwa -- wie unter anständigen Menschen mit einem Restgehalt ethischer Werte

üblich und richtig -- geächtet würden, sondern sich ganz im Gegenteil zu halbwegs zivilisierten Gesellschaften damit der breiten Sympathie und Bewunderung der weit überwiegenden Mehrheit der gazanischen Bevölkerung erfreuen und zu Helden stilisiert werden. Das geschieht mit der Unterstützung atavistischer islamischer Sympathisantenhorden und Judenhasser bis heute und zwar ohne auch nur eine sichtbare Andeutung einer Einsicht und natürlich ohne jede Verurteilung des von der Hamas verübten bestialischen Massakers.

Weinerliches Selbstmitleid

Nicht nur kaum nachvollziehbar sondern geradezu widerwärtig ist das jeden Tag in unseren bereitwilligen Medien zur Schau gestellte gazanische Selbstmitleid und das Jammern nicht etwa über das Leid der unschuldigen jüdischen Opfer und der verschleppten Geiseln sondern über sich selbst, für das sie schon wieder Israel und die Juden beschimpfen und hassen und nicht etwa ihre eigenen Mordbosse, die ihnen das alles ohne jede Not eingebrockt haben und sie nun die berechnete und erforderliche Verteidigungsreaktion Israels aus ihren Luxusquartieren in Katar oder sonst wo in der islamischen, wo sie statt dingfest gemacht und verhaftet zu werden im Luxus schwelgen und weitere Hasstiraden gegen Israel und die

Juden verbreiten und anheizen.

Da unterscheiden sich die Gazaner übrigens kaum von den Roten Kreuzen, den UNO-Guterressen, den WHO's, dem untragbaren islamischen Mob aus Berlin-Neukölln, London, Paris etc., den Ärzten für sonst was, der BLM, unseren Mainstream-Medien, und den vielen übrigen schon oben genannten, betreffend die Mord-Bejubler larmoyant weinerlichen aber gegen jüdisches Leid vollkommen immunen Pseudo-Bessermenschen mit großem Verständnis für jede noch so bestialische Form islamischen Terrors und mit dem allergrößtem antijüdischen Vorbehalt!

Israel ist tatsächlich der einzige Staat weltweit, der sich auch noch dafür rechtfertigen muss, sich und seine Menschen zu verteidigen und nach dem Willen unserer westlichen und übrigen Bessermensch-Pretender sogar einen gerechten Selbsterhaltungskrieg gegen die haarsträubende, vor-zivilisatorische, steinzeitliche Barbarei islamischer Mörder nicht gewinnen darf.

Solange selbst die entsetzlichen existierenden Bilder des Mordgeschehens und der gedemütigten und mutilierten Frauen und Kinder oder der verschleppten Babys die Gazaner nicht zum Umdenken und Handeln in Richtung unserer heutigen Zivilisationswerte bewegen, ist ihr weinerli-

Mette Frederiksen: Menschen, die uns nicht wohlgesonnen sind, leben bei uns

Nach mindestens sieben Festnahmen mit der Hamas korrelierter Terrorverdächtiger in drei Ländern ist die europäische Sicherheitslage für jeden, der sich der Erkenntnis nicht verweigert, ausreichend klar geworden. Hamas-Anhänger und andere radikale Muslime können jederzeit von sogenannten Schläfern zu aktiven Terroristen werden. Es ist vor allem die unregelmäßige Zuwanderung, die dabei hilft, diese Situation zu verschärfen, das sprach die dänische Premierministerin deutlich aus. Damit wird zugleich klar: Die Hamas ist kein ausschließlich israelisches Problem, auch nicht nur ein Problem des „Westens“, sondern ein Problem für die gesamte freie Welt. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Die Sicherheitsgemeinde ist sich einig: Europa wird zunehmend zum Aktionsraum von muslimischen Extremisten und radikalen Islamjüngern. Unterschiedlich ist allerdings, wie darauf reagiert wird. In Deutschland kam von den Regierenden vor allem die stumme, ungesagte bleibende Haltung: Nun sind die Terroristen nun einmal da. Das ging aus den Äußerungen von Nancy Faeser und Thomas Haldenwang hervor, die kein Wort darauf verwendeten, dass solche Nachbarn in diesem Land eigentlich unerwünscht sind und nie hätten einwandern dürfen.

Die berichtenden Medien sind auf eine folgenlose Art entsetzt über die Alltäglichkeit der Umstände: die Wohnung eines der Terroristen in einem Berliner Mietshaus unweit des Jüdischen Museums, wo Häkelgardinen im Kaffeehaus-Muster den Einblick verwehren. Dort soll der im Libanon geborene Ibrahim El-R., angeblich 57 Jahre alt, gewohnt haben.

Und wieder war in vielen Medien von „mutmaßlichen Hamas-Mitgliedern“ die Rede. Dabei dürfte eben das ein Faktum sein. In diesem Fall war allerdings die Bundesanwaltschaft unklar, sprach einmal von „mutmaßlich“ und von „der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung dringend verdächtig“, dann aber schlichtweg von langjährigen Hamas-Mitgliedern. Und so dürfte es sein.

Kundige Redakteure könnten zum selben Schluss kommen, aber im Tagespiegel, der Zeit, beim RBB und anderen schreibt man lieber „mutmaßlich“. Das klingt nicht ganz so schlimm. Und man darf ja auch dem Generalbundesanwalt nicht alles glauben. In dessen Mitteilung heißt es am Ende dann doch klar und im Indikativ, die vier in Deutschland und den Niederlanden festgenommenen (Abdelhamid Al A., Mohamed B., Ibrahim El-R. und Nazih R.) seien „seit Jahren Mitglieder der Hamas“, die sich auch schon an Auslandsoperationen der Hamas beteiligt hätten. Sie verfügten über eine enge Anbindung an den militärischen Arm der Hamas, die sogenannten al-Qassem-Brigaden. Zu diesen Kontakten gehörte auch ein kürzlich bei Kämpfen getöteter Kommandeur der al-Qassem-Brigaden aus dem Libanon, Khalil Hamed Al Kharraz, der Mitte November im Libanon starb.

Britischer „Aktivist“ an der Spitze von „Hamas Deutschland“?

Laut einem internen Dokument des Bundesinnenministeriums, aus dem die britischen Tageszeitungen Times und Daily Mail zitieren, wurde die deutsche Hamas-Zelle letztlich von einem „britischen Pro-Palästina-Aktivist“, der aber auch in Berlin lebt, gesteuert. Der britische Staatsangehörige wurde vom Innenministerium als „Verantwortlicher für die Hamas in Deutschland“ identifiziert. Doch nicht einmal das



Die dänische Premierministerin Mette Frederiksen hat das Migrationsproblem deutlich ausgesprochen.

hat man aus hiesigen Medien erfahren. Dass er zu den Festgenommenen gehört, wird aus den britischen Berichten nicht deutlich.

Es geht also um den militärischen Arm der Hamas, der nach einigen völlig unabhängig von der politischen Führung agiert, was aber wenig wahrscheinlich klingt. Nach anderen werden die auf den militärischen Kampfausgerichteten al-Qassem-Brigaden seit Jahren stärker und dominieren die Hamas insgesamt. Das scheint am Ende ein Streit um des Kaisers Bart, da die Ziele beider Organisationsteile ohnehin identisch sind.

Mette Frederiksen: Import des Gaza-Konflikts „völlig inakzeptabel“

Man darf nun auch die Reaktion der dänischen Premierministerin in gewisser Weise händierend finden, immerhin liefert sie aber eine einigermaßen zutreffende Situationsbeschreibung ab. Mette Frederiksen sprach Mitte Dezember von einer „äußerst ernst“ Bedrohung: „Das zeigt die Situation, in der wir uns in Dänemark befinden. Leider.“ Immerhin: leider.

Im Fernsehsender TV 2 sagte sie: „Es gibt Menschen, die in Dänemark leben und uns nicht wohlgesonnen sind, die gegen die dänische Gesellschaft sind und gegen alles, woran wir glauben: Glückseligkeit, Demokratie, Freiheit, Gleichheit.“ Den Import des Gaza-Konflikts auf dänischen Boden nannte Frederiksen „völlig inakzeptabel“. Am Rande des EU-Gipfels erwähnte sie zudem die anhaltenden Angriffe vom Jemen auf Schiffe im Roten Meer: „Diese Vorfälle sind einzeln betrachtet ernst und besorgniserregend, aber zusammengenommen ergeben sie ein Bild von etwas Größerem. Wir sind mit einer ernstern und komplexeren Bedrohung konfrontiert.“

Über die Festnahmen in Dänemark ist sonst nichts bekannt, auch nicht die Namen der Festgenommenen. Ihre Zugehörigkeit zur Hamas gilt aber als gegeben. Das bestätigte das Büro von Benjamin Netanjahu, das hier offenbar im Hintergrund die Fäden zog. Das dürfte dann auch der „Hinweis eines ausländischen Nachrichtendienstes“ gewesen sein, von dem immer wieder die Rede ist.

Situation „so ernst, wie es nur geht“

Mit den Festnahmen in Dänemark, die nicht sicher zum selben Tatkomplex wie die Berliner Festnahmen gehören, gab es „mindestens“ sieben Festnahmen am 14. Dezember. Die dänische Polizei sprach von vier Festnahmen in verschiedenen Ländern und zählte offenbar den niederländischen Tatverdächtigen dazu. In Berlin kam es zu Razzien in insgesamt fünf Wohnungen und einem Restaurant. Beachtlich ist, dass es in diesem Fall die Beamten waren, die sich durch Skimasken verummten – anscheinend, um sich persönlich zu schützen. Das zeigt, wie die Gewichte in der heutigen Lage verteilt sind.

Im Hubschrauber wurden zwei Tatverdächtige noch am 15. Dezember zum Bundesgerichtshof nach Karlsruhe gebracht, wo sie von GSG-9-Polizisten in Empfang genommen wurden. Es handelt sich um die libanesischen Rädelführer Abdelhamid Al A. und Ibrahim El-R.

Vor kurzem hatte auch die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson vor einer „gewaltigen Gefahr durch Terroranschläge“ über die Weihnachtstage gewarnt. Das entsprach dem wertneutralen Geraune eines deutschen Verfassungsschutzchefs oder der beigeordneten Innenministerin. Aber wie diese Terroristen nach Deutschland

einreisen konnten, so dass sie nun in Berlin „ansässig“ sind, bleibt unerklärt, obwohl die Öffentlichkeit hier ein sehr berechtigtes Interesse hat.

Laut einer gemeinsamen Mitteilung der israelischen Geheimdienste Mossad und Shin Bet, die das Büro des Premierministers veröffentlichte, wurde durch die Festnahmen „ein Terroranschlag vereitelt, der auf die Ermordung unschuldiger Zivilisten in Europa abzielte“. Für Mette Frederiksen bedeutet das, die Situation war „so ernst, wie es nur geht“. Laut der Jerusalemer Regierung ist die Hamas zunehmend darum bemüht, Terror auf dem europäischen Kontinent zu säen: „In den letzten Jahren und vor allem seit dem mörderischen Angriff am 7. Oktober hat die Hamas versucht, ihre operativen Fähigkeiten in der ganzen Welt und insbesondere in Europa auszubauen, um ihre Vorhaben zu verwirklichen, Israelis, Juden und Westler um jeden Preis anzugreifen.“

Die Hamas ist mehr als ein israelisches Problem

Damit wird zugleich klar: Die Hamas ist kein israelisches Problem, auch nicht nur ein Problem des „Westens“, sondern ein Problem für die gesamte freie Welt. Die Videos von islamischen Predigern aus dem Hamas-Umfeld sind inzwischen Legion, die klar aussagen, dass die Vernichtung Israels nur der erste Schritt wäre. Im Libanon (oder doch in Frankreich?) hat sich laut dem aufklärenden Medium Memri TV eine Hetzrede des „palästinensischen“ Religionsgelehrten Nidgal Siam zugezogen, der dabei wörtlich gesagt habe: „Die Zivilisation Frankreichs und des Westens ist eine Zivilisation der Lügen und Sünden, des Atheismus und der Häresie.“

Diese Anklage richtet sich offenbar auch gegen Ex-Muslime oder Apostaten, denn nur auf sie kann der Begriff der Häresie zutreffen. Und natürlich leidet dieser Westen an unheilbarer Islamophobie, „hasst die wahre Religion Allahs“ und den Monotheismus. Doch der Prediger ist sich sicher: Bald werde es ein „recht geleitetes Kalifat“ geben, das dem Pfad des Propheten folgt. Seine großen Armeen werden bekräftigen, dass es keinen Gott außer Allah gebe, Frankreich einnehmen und Rom erobern. „Bald, oh Macron, werden wir deine korrupte Zivilisation entfernen ... Bald, so Allah will, werden wir euch mit der Gerechtigkeit und großartigen Zivilisation des Islam beherrschen.“

Was darf man aus solchen Reden aus vermeintlich berufenem Mund schließen? Sicher die Entschlossenheit dieser islamischen Fundamentalisten, die lediglich vorhaben, die Eroberungszüge ihrer Vorgänger fortzusetzen, die bei Poitiers, Wien und irgendwo in Zentralasien endeten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Deutsche Hilfszahlungen an Gaza fördern Juden- Und Israel-Hass

Seit dem bestialischen Massaker der islamischen Mörder-Bande aus Gaza an der jüdischen Zivilbevölkerung am 7. Oktober geraten die deutschen Hilfszahlungen an das UN-Hilfswerk UNRWA zunehmend in die Kritik. Es wird immer offensichtlicher, dass die UNRWA ein Kollaborateur des Terrors ist und mit Zuwendungen an sie die Bluttaten der HAMAS finanziert, statt die humanitäre Infrastruktur und die Versorgung Gazas zu gewährleisten. Neben den Zuwendungen für den Terror fließen die Gelder in Israel-feindliche Projekte, in denen u.a. Schulbücher gefördert werden, die den Juden- und Israel-Hass schüren. (JR)

Von Birgit Gärtner

Seit dem Massaker der HAMAS an der Zivilbevölkerung im Süden Israels geraten die deutschen Hilfszahlungen an das „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ (UNRWA) zunehmend in die Kritik. Es stellt sich die Frage, ob damit im Gazastreifen der Terror der HAMAS finanziert wird, statt die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Antwort vorweg: Die Gelder fließen nicht direkt an die HAMAS und somit in den Terror, aber an fragwürdige Projektpartner und letztlich entbindet jede Spende die HAMAS von der Verpflichtung, sich um die eigene Bevölkerung zu kümmern, und trägt dazu bei, den Terror zu finanzieren und mutmaßlich können sich die HAMAS-Führer damit die eigenen Taschen füllen.

Außerdem werden von diesen internationalen Hilfsgeldern sowie speziellen projektgebundenen Zuwendungen, teilweise im Verbund mit anderen Staaten, zweifelhafte Projekte gefördert: Beispielsweise Schulbücher, in denen den „Palästinensern“ ganz offiziell eine eigene Sicht des Nahost-Konflikts zugestanden wird. Diese Schulbücher sind vermutlich eine Quelle des Judenhasses, den arabische Kinder und Jugendliche nach dem 7. Oktober 2023 in Gaza ganz ungeniert in die Mikrofone westlicher Medien posauten.

Faktencheck Schulbuch

Der Journalist Constantin Schreiber hat sich mit den Inhalten der Schulbücher in den arabischen, bzw. islamisch geprägten Ländern beschäftigt. In seinem Buch „Kinder des Koran“ beschäftigt er sich u.a. mit den „Kindern Palästinas“, sprich Lehrmaterial an Schulen im Westjordanland, dem Gazastreifen und den Flüchtlingslagern in Jordanien. Diese Lehrmaterialien werden von der „palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) herausgegeben und teilweise auch an dem UNRWA betriebenen Schulen eingesetzt.

Auf dem Gebiet des Gazastreifens leben Constantin Schreiber zufolge 2017 etwa zwei Millionen Menschen, 44,1% davon unter 14 Jahren alt; also knapp 900.000 schulpflichtige Kinder nach hiesigen Maßstäben. 240.000 davon besuchten UNRWA-Schulen, insgesamt 252 im Gazastreifen. Plus 97 UNRWA-Schulen im Westjordanland, „die damit rund 50.000 Schüler in der Region erreichen“. An den 349 vom UNRWA betriebenen Schulen sind „mehr als 22.000 Lehrer beschäftigt“. 841,50 US-\$ gab das UNRWA pro Schulkind pro Jahr aus, „2017 wurden mehr als 400 Millionen Dollar ausgegeben. Deutschland gehört mit neun Millionen Euro im Jahr zu einem der größten Beitragszahler.“

Leider wird in dem Buch nicht ganz klar, ob diese Gelder ausschließlich in die Bildung fließen, oder ob es die Gesamtzahlungen sind, von denen ein Teil in Schulen und Lehrmaterialien investiert wird. Ebenso bleibt unklar, welche



In UNRWA-Schulen lag auch anti-israelisches Schulmaterial auf.

Schulen die übrigen Kinder besuchen – ob überhaupt. Oder wird ein Teil lediglich religiös „gebildet“? Wird Bildung auch für Mädchen und weibliche Jugendliche garantiert?

In seinem Buch untersucht Constantin Schreiber u.a. ein Lehrbuch für das Fach „Arabische Sprache“ aus „Palästina“. Schon auf dem Umschlag werde den Kindern die Opferrolle eingebläut, dargestellt werden Besatzung sowie die vermeintlich „palästinensische“ Identität, symbolisiert durch die Kufiya, das „Palästinensertuch“, und die „palästinensische“ Flagge, so Constantin Schreiber. Er erläutert:

«Eine weht über der Dormito-Abtei, der deutschen Benediktinerabtei auf dem Zionsberg, vier flankieren die Altstadtmauer und den Tempelberg, eine markiert die Grabeskirche im christlichen Teil der Jerusalemer Altstadt. Offenbar wird hier der Besitzanspruch auf Al-Quds, so der arabische Name Jerusalems, bildlich umgesetzt. Denn (Ost-)Jerusalem als Hauptstadt der Palästinenser gilt für die meisten von ihnen unverhandelbar.»

Im Buch selbst wird ein Vorfall besprochen, die Kämpfe in der Stadt Tantura 1948, die als „Massaker“ dargestellt werden. Die Rede ist von etwa 250 toten Arabern, für die „die zionistische Besatzungsarmee“, „zionistischen Banden“, „zionistische Angreifer“ verantwortlich gemacht werden. Laut Constantin Schreiber lässt sich nicht rekonstruieren, was damals in Tantura wirklich passiert sei. Es sei wahrscheinlich, dass es dort zu „widerrechtlichen Tötungen von Dorfbewohnern“ gekommen sei, auf ein

Massaker aber weise nichts hin. Der Fall Tantura wurde in Israel sogar vor Gerichten verhandelt und zog weite Kreise in der Politik, den Medien und an Hochschulen. Diesen Teil spart die Erzählung in dem „palästinensischen“ Schulbuch jedoch aus. Constantin Schreiber zitiert den israelisch-arabisch-deutschen Psychologen Ahmad Mansour, der die Darstellung „absolut einseitig findet“:

«Wer Texte wie den zu Tantura in der Schule liest, wird sich später wohl kaum für einen Friedensprozess mit Israel engagieren.»

Constantin Schreiber bezieht sich auch auf eine Untersuchung des Mideast Freedom Forum Berlin von 2016, in der alle „palästinensischen“ Schulbücher für die Fächer Geschichte und nationale Erziehung untersucht wurden. Das Ergebnis: In keinem der Bücher wurde Israel in seinen heutigen Grenzen abgebildet:

«Das „Staatsgebiet Palästinas“ hingegen reicht vom Jordan bis zum Mittelmeer, Städte wie Tel Aviv sind nicht eingezeichnet.»

Constantin Schreiber resümiert:

«Beim Lesen der palästinensischen Schulbücher wird mir schnell klar: Offenbar plant keiner der Autoren, dass die nächste Generation eine Straße zum Frieden, zur Lösung des Konflikts baut. Den Schülern wird nicht beigebracht, sich konstruktiv mit der politischen Lage und der Geschichte auseinanderzusetzen und damit die Grundlage für ihre Zukunft zu schaffen. Ich vermisse die Vermittlung von Toleranz, Verständnis, Gemeinsamkeiten. Diese Bücher sind keine Basis für Frieden, sie

schüren Hass und Dämonisieren den jüdischen Staat.»

„Palästinensische Lehrmaterialien“ mit eigener Sicht auf den Nahost-Konflikt

Sogar der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Volker Beck, kritisiert, dass solche Lehrmaterialien u.a. „mit deutschen Geldern“ finanziert würden. Das schreibt „Historiker und Nahost-Experte“ Michael Wolffsohn in der Welt. Demnach wurde am 13. September 2018 im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über ein Hilfsprogramm für „palästinensische“ Bildungsprojekte beraten und bewilligt. Volumen: 25 Mio. €. Das Geld sollte in ein Projekt fließen, an dem mehrere Länder beteiligt sind.

Laut Michael Wolffsohn war »... das Ziel: „Schülerinnen und Schüler“ zu befähigen, „die für das 21. Jahrhundert relevanten Kompetenzen zu erwerben“. Erhofft war „eine Demokratie- und menschenrechtsbasierte Unterrichtsgestaltung.“»

Michael Wolffsohn zitiert aus einem Schreiben der damaligen parlamentarischen Staatssekretärin im Finanzministerium (unter SPD-Finanzminister Olaf Scholz), Bettina Hagedorn (SPD), an den damaligen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Hans Peter Boehringer (AfD). Darin heißt es, der „mit Schulbüchern und Curricula“ betrauten „thematischen Arbeitsgruppe“ werde größtes Vertrauen entgegengebracht“.

Michael Wolffsohn erläutert: «Geleitet wurde sie „von Irland und dem palästinensischen Bildungsminis-

terium“ in Ramallah. Ausgerechnet Irland! Seit Jahrzehnten ist Irland in der Europäischen Union der am heftigsten gegen Israel argumentierende und agierende Staat und daher als Kontrolleur über Israelhetze demnach eher Bock als Gärtner.>>

Der Bundesregierung sei bekannt, dass gelegentlich und vorwiegend von israelischer Seite Kritik an den Inhalten „palästinensischer“ Schulbücher erhoben werde. „Palästinensische“ Schulbücher und Lehrpläne würden im internationalen Vergleich besonders häufig untersucht. Der pädagogische Ansatz werde dabei unabhängig von Lerninhalten als modern und qualitativ hochwertig bewertet. Aufwiegende und enthumanisierende Lerninhalte seien jedoch selten zu beanstanden, so Bettina Hagedorn in dem zitierten Schreiben an Hans Peter Boehringer.

Die Untersuchung des Mideast Freedom Forum Berlin und auch das Studium der Schulbücher durch Constantin Schreiber belegen eindeutig, dass das nicht stimmt. Aber es kommt noch besser: Das Ministerium war sich darüber im Klaren. Denn, so schrieb Bettina Hagedorn:

<<Zusammenfassend ist aber festzuhalten, dass sich der ungelöste Nahostkonflikt durchaus in palästinensischen Lernmaterialien widerspiegelt.>>

Michael Wolffsohn resümiert:

<<Erhofft war „eine demokratie- und menschenrechtsbasierte Unterrichtsgestaltung“. Der 7. Oktober 2023 beweist: Dieses Ziel wurde offensichtlich verfehlt.>>

Die EU gab weine Lehrbuchanalyse in Auftrag

Schulbücher, die von der PA verwendet – und somit durch Hilfgelder, auch deutsche, finanziert – wurden, gerieten bereits Ende 2017 in die Kritik. Die EU beauftragte seinerzeit das Braunschweiger Leibniz-Institut für Bildungsmedien Georg-Eckert-Institut (GEI) mit einer umfassenden Schul- und Lehrbuchanalyse. Diese bildete eine Forschungsgruppe, deren Arbeit 2021 mit einer 194 Seiten langen Studie beendet wurde – mit einem interessanten Ergebnis: Zum einen gestand das GEI der (PA) „wichtige vereinigende Symbole palästinensischer Identität“ zu und bescheinigte „sorgfältige Überlegung und Differenzierung gegenüber Israel“. Alles in allem kam das GEI-Team laut Tagesspiegel zu dem Ergebnis, die untersuchten Bücher entsprächen den Unesco-Richtlinien.

Die Insignien „palästinensischer Identität“ bestanden aus Lehrmaterialien der PA, in denen Israel von der Landkarte getilgt wurde. Die „Sorgfalt“ und „Differenzierung“ hingegen fanden sich in Lehrbüchern für arabische Schülerinnen und Schüler in Ostjerusalem – die vom Staat Israel gestellt wurden. Das wurde in der Studie indes nicht kenntlich gemacht.

Dem Tagesspiegel zufolge untersuchte das GEI-Team

<<190 Lehrbücher, die zwischen 2017 und 2020 vom palästinensischen Bildungsministerium herausgegeben wurden, in Fächern wie Arabisch, Sozialkunde, Geschichte und Naturwissenschaften.>>

Im Blatt ist auch ein aufschlussreiches Beispiel zu aus der GEI-Studie zu lesen:

<<Wer sie aufmerksam liest, stellt fest: Es gibt [...]in [der Studie] viele zweifelhafte Interpretationen, Auslassungen und andere Unregelmäßigkeiten. Zum Beispiel was die Verherrlichung von Terrorismus und Morden an Zivilisten betrifft. Es gebe hierzu

positive Entwicklungen, betonen die Forscher. Etwa die Huldigung an Dalal al-Mughrabi im Arabischunterricht der fünften Klasse. Die Terroristin führte 1978 das sogenannte „Küstenstraßen-Massaker“ in der Nähe von Tel Aviv durch, bei dem 38 israelische Zivilisten ums Leben kamen, darunter 13 Kinder.

In der neuesten Ausgabe des Schulbuchs wird Dalal al-Mughrabi zwar weiterhin als „Märtyrerin“ verherrlicht, die ihr Leben für ihre Heimat geopfert habe. Die Frau habe „Heldentum“ bewiesen, die Erinnerung an sie sei in den Herzen und Köpfen des „palästinensischen“ Volkes „unsterblich“. Jedoch gebe es einen Unterschied: Das Foto zur zugehörigen Lobeshymne wurde ausgetauscht. Jetzt trägt die Terroristin im Schulbuch keine Uniform mehr, sondern zivile Kleidung. Dadurch werde, analysieren die Studienmacher, „die Militanz in der Darstellung abgeschwächt“.>>

Wenn das kein Fortschritt ist ...

In einem Schulbuch für die elfte Klasse wurde dem Blatt zufolge

<<das Münchner Olympia-Attentat von 1972 als Angriff auf „zionistische Interessen im Ausland“ verherrlicht.>>

Zwar wird in der Studie der in den Materialien vermittelte Judenhass und kräftig betriebene Geschichtsklitterung durchaus zur Kenntnis genommen, im Gesamturteil aber wurden diese als den UNESCO-Richtlinien konform bewertet.

Der Tagesspiegel fand einen treffenden Begriff für das Machwerk: „Skandalstudie“.

Nachdem bekannt wurde, dass die vom GEI-Team so gelobte „sorgfältige Überlegung und Differenzierung gegenüber Israel“ nicht von „palästinensischer“, sondern israelischer Seite ausschließlich für Schulen in Ostjerusalem in Umlauf gebracht wurden, sollte dies in der Studie vor der Veröffentlichung kenntlich gemacht werden. Doch dem Pressebericht zufolge wurde diese Ankündigung nicht eingehalten und

<<Stattdessen werden die zunächst versehentlich für palästinensische Bücher gehaltenen Bände nun [...] vorgestellt und analysiert, als gehörten sie selbstverständlich zum Auftrag der Studie.>>

Die jüdische Perspektive wird von Muslimen in Deutschland komplett ausgeblendet

Geleitet wurde das GEI-Team von der Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus. Diese hat sich mit der „Skandalstudie“ zwar nicht dem Tagesspiegel empfohlen – wohl aber dem staatlich geförderten Islamkolleg mit Sitz in Osnabrück, dessen Zweck die Ausbildung von islamischen Gelehrten in

Deutschland ist und in dessen wissenschaftlichen Beirat sie berufen wurde. Auch ansonsten ist sie auf Fachtagen zum Thema Islam ein gern gesehener Gast. So z. B. bei der „Frankfurter Konferenz zum Bericht des Unabhängigen Expertenkreises der Bundesregierung“ mit dem Thema „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz“ an der Johann-von-Goethe-Universität Frankfurt am 13. November 2023. Dort sollten die Ergebnisse des vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) einberufenen „Unabhängigen Expertenrates Muslimfeindlichkeit“ vorgestellt werden.

Die Konferenz von Prof. Dr. Rainer Forst eröffnet. Der Politikwissenschaftler hat bei Jürgen Habermas promoviert, der als einer der wenigen deutschen Intellektuellen sich kurz nach dem Massaker öffentlich pro Israel positionierte. Rainer Forst gehört der sogenannten dritten Generation der Frankfurter Schule an, Jürgen Habermas der zweiten.

Die erste Generation, also die Gründer der „Frankfurter Schule“, eine linke philosophische Denkrichtung, waren Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Walter Benjamin, Erich Fromm, Otto Kirchheimer, Leo Löwenthal, Herbert Marcuse, Franz Neumann und Friedrich Pollock. Zentrum war das 1924 in Frankfurt/Main gegründete Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse emigrierten in die USA, doch lediglich Letzter blieb dort, die beiden anderen kehrten nach Deutschland und an die Goethe-Uni zurück.

Ca. 16.000 Studenten aus arabischen Staaten studierten Ende der 1960er Jahre an deutschen Unis, davon ca. 3.000 „Palästinenser“. Damals lebten in Deutschland knapp 27.000 Jüdinnen und Juden. Obwohl sie eine absolute Minderheit waren, gründeten die jüdischen Studenten den „Bundesverband jüdischer Studenten in Deutschland“. Im Frühjahr 1968 luden sie den damaligen israelischen Botschafter in Bonn, Asher Ben-Natan, für eine Vortragsreihe über den Nahost-Konflikt an westdeutschen Unis ein. Am 9. Juni 1969 trat Asher Ben-Natan an der Goethe-Universität auf. Prompt marschierten Vertreter des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) mit Anhängern der FATAH im Gefolge auf und störten den Vortrag mit Zwischenrufen und Sprechchören.

Asher Ben-Natan reagierte folgendermaßen darauf:

<<Es würde ein historisches Ereignis sein, wenn Sie diese Diskussion heute Abend unmöglich machen würden.

Dies ist nämlich in Deutschland das letzte Mal vor 34 Jahren geschehen. Also im Jahr 1935, als die Nürnberger Rassegesetze verabschiedet und Juden aus deutschen Universitäten vertrieben wurden.>>

Zwei Stunden lang versuchte Asher Ben-Natan sich Gehör zu verschaffen, schließlich gab er auf. Er erklärte daraufhin öffentlich, der linke Antizionismus sei „verkappter Antisemitismus“.

Jürgen Habermas hatte schon vor diesem Ereignis vor einem „Linksfaschismus“ gewarnt.

(Nach Jeffrey Herrf, Unerklärte Kriege gegen Israel.)

55 Jahre nach diesem Ereignis, 5 Wochen nach dem „Schwarzen Samstag“, dem Massaker der HAMAS an israelischen Zivilistinnen vom 7. Oktober 2023, werden bei einer von einem Schüler von Jürgen Habermas eröffneten Konferenz an der Goethe-Uni jüdische Stimmen nicht mehr „niedergebrüllt“, sondern die jüdische Perspektive wird komplett ausgeblendet. Saba Nur-Chema, Mitglied im UEM, wies in ihrer Einführung zunächst darauf hin, dass seit der Veröffentlichung des Berichts der UEM zur Muslimfeindlichkeit viel passiert sei. Wer nun dachte, sie spiele auf das Massaker vom 7. Oktober 2023 an, wurde eines Besseren belehrt. Sie verwies zunächst auf dem 8. Oktober 2023, konkret auf die Landtagswahlen in Hessen und Bayern und den dort offenkundig gewordenen Anstieg der Stimmen für die AfD.

Erst dann kam sie auf den 7. Oktober 2023 zu sprechen. Im Vorbereitungskreis der Konferenz habe es unterschiedlich Auffassungen darüber gegeben, ob die Konferenz angesichts der aktuellen Lage nicht besser verschoben werden solle, erläuterte Saba-Nur Chema. Dass sich dagegen entschieden worden wäre, sei ja offensichtlich. Schließlich müsse Diskriminierung (gemeint ist ausschließlich Diskriminierung – tatsächlich oder vermeintlich – von Muslimen – und vor allem Musliminnen) in jeder politischen Situation verhandelt werden können. Wohl im Gegensatz zu ganz konkret erfahrener Brutalität der Israelis. Denn das Massaker wurde außer dem Hinweis von Saba-Nur Chema, das es nicht thematisiert werde, komplett beschwiegen.

So wird eine völlig eigene Welt erschaffen, in der ein deutscher, ein ausschließlich leidender Islam – völlig unabhängig von der islamischen Gemeinschaft, der Umma – herbei fantasiert. Während – auch in Frankfurt – fanatische Musliminnen und Muslime sowie ihre linke Entourage die Zusammengehörigkeit zu eben dieser Umma unüberhörbar und aggressiv demonstrieren.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Die dubiosen Verflechtungen der UNRWA mit der Hamas

Die UNRWA ist 1949 eigens für die sogenannten „palästinensischen“ Flüchtlinge von der UNO installiert worden und verfügt über ein jährliches Budget von mehreren hundert Millionen Euro. Wie vielfach gelegnet, aber allseits bekannt, ist die UNRWA eine Komplizin der HAMAS. Die islamischen Terroristen nutzen zum Teil die unter dem Deckmantel der UNRWA betriebenen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten als Waffenlager, Versteck oder Raketenabschussrampen. (JR)

Von Thilo Schneider

Die UN – die „United Nations“ – kennen Sie sicher. Das sind die, die gerne Sanktionen gegen Israel beschließen, bei deren Beschluss sich Deutschland in der Regel der Stimme enthält. Da Deutschland als „ehrlicher Vermittler“ zwischen Israel und den „besetzten Gebieten“ gerne als „neutraler Vermittler“ auftreten möchte. Was angesichts von 5,5 Millionen Muslimen in Deutschland sicher nicht die schlechteste Entscheidung ist. Leider nutzt dies Israel, dessen „Sicherheit“ doch „deutsche Staatsraison“ ist, in der Praxis gar nichts. Aber wir wollen mit der Bundesregierung nicht zu hart ins Gericht gehen, zu grauenhaft wäre die Vorstellung, Deutschland würde den „Palästinensern“ (ob nun Hamas oder Fatah da die Hand aufhalten) Geld anbieten und diese würden jede empört zurückweisen. Damit sich die Menschen in Tel Aviv und Jerusalem aber nicht zu sehr über die deutsche Spendenbereitschaft gegenüber Mördern und eingefleischten Todfeinden Israels ärgern, hat sich die deutsche Regierung andere Wege ausgedacht. Aber dazu gleich mehr.

Flüchtlingswerk nur für „Palästinenser“

Neben der Kinderhilfsorganisation UNICEF oder der WHO, der „World Health Organization“, die für so spannende Sachen wie die Verteilung rudimentärer Impfstoffe an diverse Staaten verantwortlich ist, gibt es zwei Flüchtlingshilfsorganisationen, was vom Grunde her richtig und wichtig ist: Die UNHCR, also die United Nations High Commissioner for Refugees und neben dieser die UNRWA, die tatsächlich weltweit größte Organisation für Flüchtlinge. Aber nicht für irgendwelche dahergelaufenen Flüchtlinge wie bei der UNHCR, sondern ganz speziell für Bewohner des Gaza-Streifens und dem Westjordanland. Ausgeschrieben bedeutet UNRWA nämlich United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East – für niemanden sonst.

Gegründet wurde die UNRWA als „temporäre Hilfsorganisation“ im Jahr 1949, die Mandatszeit betrug damals drei Jahre, seitdem wird das Mandat in schöner Regelmäßigkeit um weitere drei Jahre verlängert, da es die zu betreuenden Flüchtlinge in ebenso schöner Regelmäßigkeit nicht schaffen, die von ihnen bewohnten Gebiete zu kultivieren und lieber ihre Nachbarn überfallen und bis heute den Mottos „Wasserleitungen zu Raketen“ oder „Tunnel statt Hotels“ folgen. Selbstverständlich ist auch dies irgendwie „die Schuld Israels“, weil Israel immer schuld ist.

Ursprünglich zuständig für etwa 500.000 sogenannte Flüchtlinge, betreut die UNRWA heute, nach dem Israel in medialer Dauerschleife „Genozid“ vorgeworfen wird, eine Gemeinschaft von fünf Millionen Flüchtlingen, die durch die Westbank die Hoffnung eint, Israel möge in einem Feuerball verglücken.

Laut ihrer Beschreibung ist die UNRWA dafür zuständig, den Mühseligen und Geplagten mit ihren in ihren



Hilfstransporte der UNRWA landen nicht selten in der Hand der Hamas.

Ghettos vorhandenen Luxusautohäusern (glauben Sie nicht? Geben Sie auf Twitter mal das Hashtag #thegazayoudontsee ein) „Bildung, medizinische Versorgung, Hilfs- und Sozialdienste, Lagerinfrastruktur und -verbesserung, Kleinkredite, Schutz und humanitäre Hilfe“ zu bieten. Also exakt die Dinge, für die eigentlich ein Staat und eine Regierung zuständig sind, wenn denn ein Staat und eine Regierung gewollt wären. Israel sieht von solch schönem Geld keinen Cent, die dortige Regierung muss schon selbst sehen, wie sie nach jedem gewonnenen Verteidigungskrieg gegen seine Nachbarn zurechtkommt. Da es mit der „Regierung“ in Gaza etwas hakelig ist – die Bevölkerung hat dort mit überraschender Mehrheit 2006 die Hamas als neue Herren gewählt – besteht dort eine Art Arbeitsteilung: Die Hamas baut Sprengsätze, plant Überfälle und tötet Israelis, die UNRWA übernimmt den zivilen Rest. Wie eben beispielsweise den Bau von Wasser-Zuleitungen, die die Hamas dann wieder ausbuddelt, um daraus Raketen zu basteln.

Flüchtlingsstatus über Generationen

Völkerrechtlich hat die UNRWA da einige Überraschungen auf (Flüchtlings-) Lager, denn „palästinensischer Flüchtling“ ist ein Status, der tatsächlich weitervererbt wird. Wenn 2023 in Deutschland ein Kind geboren wird, dessen Urgroßvater aus Schlesien vertrieben wurde, dann ist dieses Kind schlicht und einfach Deutscher und kein Schlesier. Das ist in Gaza und im Westjordanland anders: Wer sich im Tätigkeitsgebiet der UNRWA aufhält, ist entweder qua Abstammung „palästinensischer Flüchtling“ oder per Akklamation, er muss bei der UNRWA nur den entsprechenden Status beantragen und erhält fortan alle für ihn kostenlosen Segen, die die UNRWA so zu bieten hat.

Natürlich kostet es Geld, eine international nicht anerkannte Schattenregierung zu sein, die eigentlich nur für ein paar Zelte und LKW mit Hilfsgütern für die Bevölkerung vorgesehen war. Stramme 1,1 Milliarden Dollar erhält die UNRWA aus freiwilligen Spenden

sind die USA der größte Sponsor der Hilfsorganisation, deren Budget zu fast 50% für „Bildung“ verwendet wird. Mit anderen Worten: Mit westlichen Geldern in nicht unerheblicher Höhe werden die sesshaften Flüchtlinge in 700 Schulen in Disziplinen wie „Geschichte Palästinas ohne Israel“ und „Islamunterricht“ ausgebildet. Die UNRWA ist damit die einzige Nichtregierungsorganisation, die eine derartige Infrastruktur nicht nur bereithält, sondern aktiv betreibt. Man könnte die UNRWA mittlerweile als „Selbstläufer“ bezeichnen, völlig losgelöst vom ursprünglichen Sinn als Hilfsorganisation gegen aktuelles Kriegsleiden von Zivilisten.

Judenfeindliches Schulmaterial

Knapp 30.000 Mitarbeiter hat die UNRWA mittlerweile, allein im Jahr 2022 flossen den Helfern vom deutschen Steuerzahler – und damit auch von deutschen Juden – 200 Millionen Euro an „Hilfen“ zu, weitere 91 Millionen wurden 2023 der UNRWA in Aussicht gestellt. Selbstverständlich nur für die berühmten „humanitären Zwecke“. Auf eine Anfrage an die Bundesregierung, ob sie wisse, dass die UNRWA in ihren Schulen massiv antisemitisches Schulmaterial der Hamas verwenden, drückte sich Staatsminister Roth 2018 so aus: „Die UNRWA setzt grundsätzlich die im jeweiligen Gebiet geltenden Lehrpläne und Lehrmaterialien ein. Sie ist dabei als UN-Organisation den humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität verpflichtet. Die Bundesregierung weist in ihrem kontinuierlichen Dialog darauf hin, dass der Unterricht an UNRWA-Schulen zur Achtung der Menschenrechte auch mit Blick auf eine



Bereits 2018 wies JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher nach einem Besuch der nördlichen Gazas-Grenze, angesichts der Mengen an Zement-Lieferungen, auf die Gefahr des voranschreitenden Ausbaus der Terror-Infrastruktur hin.

er zahlt brav, was er soll. Zusammen mit friedliche Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen hat.“ Na, das hat dann ja

auch prima funktioniert. Wer 2018 mit 15 Jahren derart neutral beschuldigt wurde, der schafft es 2023 dann auch auf ein Friedensfestival und zeigt, was er davon hält.

Es liegt in der Natur der Sache und ist nur selbstverständlich, dass ein derartiger Moloch mit 30.000 Angestellten mit den sogenannten „Autonomiebehörden“ der jeweiligen „Flüchtlingsgebiete“ stark vernetzt sein muss, zumindest sollten doch Schul- und Krankenhausbetreiber wissen, ob auf ihren Dächern Raketenabschussrampen und in ihren Kellern Tunnel angelegt werden. Treuherzig versichert aber Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), dass „die Palästinenserinnen (ganz wichtig! Extra erwähnen, sonst fühlen die sich unsichtbar) und Palästinenser nicht die Hamas sind“, das „müsse man unterscheiden“. Wie sehr „Palästinenserinnen und Palästinenser“ nicht „die Hamas“ sind, drückt sich jedoch nicht nur im Wahlergebnis der „Palästinenser“ von 2005 aus, sondern auch in der

Zurschaustellung israelischer Geiseln durch die Hamas in den offenen Pickups am 7. Oktober. Entwicklungsministerin Schulze unterscheidet da vielleicht doch etwas sehr feingeistig. Noch jemand ein Häppchen Baklava zur Feier des Terrortages?

Außerdem versichert auch UNRWA-Chef Lazzarani, ein Schweizer, mit niedlichem Augenaufschlag, die UNRWA würde jeden Einzelnen kennen, der für sie arbeitet. Sämtliche Mitarbeiter des Hilfswerks würden streng durchleuchtet, um Verbindungen zu Hamas, Hisbollah, Fatah oder anderen Terrororganisationen zu vermeiden. Ja, wenn das so ist, dann ist doch alles prima!

Willkommene Geldgeschenke

Die gespielte Naivität, mit der die deutsche Regierung der UNRWA ihre üppigen Schecks überreicht, bekommt nur gelegentlich Risse, wenn Fatah-Chef Mahmud Abbas etwas von „50 Massakern und 50 Holocausts an Palästi-

nensern“ durch Israel schwafelt, dann macht sich Bundeskanzler Olaf Scholz „diese Worte nicht zu eigen“, nimmt aber dem „Palästinenserführer“ auch den hübschen Scheck nicht wieder ab. So hart wollte der Bundeskanzler dann doch nicht mit seinem Gast umspringen.

Dass, so ganz nebenbei, mittlerweile UNRWA-Hilfskonvois, die sich über die ägyptische Grenze nach Gaza quälen, von der Hamas erst einmal angehalten und konfisziert werden – leerer Bauch kämpft nicht gern – sei hier nur am Rande erwähnt. Unter dem Strich bleibt eine „Flüchtlingshilfsorganisation“, die die wohl am besten ausfinanzierte NGO weltweit ist, die mit Terrororganisationen zwangsläufig verzahnt sein muss, wenn sie ihren Betrieb aufrechterhalten und ihr Budget rechtfertigen will und die mitverantwortlich ist, dass es bis heute keine Zwei-Staaten-Lösung gibt. Denn warum sollten sich die sogenannten und selbsternannten „Palästinenser“ um

einen eigenen Staat, der in Koexistenz mit Israel lebt, bemühen, wenn die Gelder für Schulen, Infrastruktur, Medizin und „sonstige staatliche Dienstleistungen“ auch ohne Arbeit und Mühe sprudeln? Und noch etwas „Provision“ für die jeweiligen Terrorfürsten in deren angenehmen Zweitresidenzen im arabischen Bruderland abfällt? Oder, wie es Richard Gowan vom Think-Tank „Crisis Group“ gegenüber der Tagesschau sagte: „Die Kritik an der UNRWA ist zwar berechtigt, es gibt aber keine Alternative.“ Die gäbe es zwar schon, wenn die „Palästinenser“ endlich ihre Waffen niederlegen und sich nicht wie Barbaren aufführen würden – aber so hart will man dann bei der UNRWA und der UN doch nicht sein. Denn ohne den Hass auf Israel verlören Hamas, Hisbollah, Fatah, IS und wie sie alle heißen mögen, ihre Geschäftsgrundlage. Und das würde 30.000 Arbeitsplätze gefährden. Doch doch, das kann man ruhig auch mal so sehen. Wenn man böswillig ist.

Führende Hamas-Terroristen im Visier Israels

Der führende Hamas-Mörder Saleh al-Aruri ist zusammen mit mehreren hochrangigen Terror-Verbrechern bei einem mutmaßlichen Drohnenangriff im Libanon getötet worden. Dies war bisher der prominenteste israelische Erfolg. Die israelische Führung sieht es als ihre Verantwortung und ihre Pflicht an, sämtliche Akteure der Hamas-Bande aufzuspüren, wo immer sie sich aufhalten. (JR)

Von Baruch Yedid/JNS.org

Die Neutralisierung des stellvertretenden Hamas-Führers Saleh al-Aruri durch einen Luftangriff in Beirut am 02. Januar war zwar der bekannteste Angriff auf die Terrorgruppe, aber keineswegs der letzte. Die israelische Führung hat geschworen, Hamas-Führer aufzuspüren und zu töten, wo immer sie sich aufhalten.

Israel hat nicht bestätigt, dass es für den Angriff verantwortlich war, bei dem al-Arouri zusammen mit mehreren hochrangigen Mitarbeitern des Hamas-Hauptquartiers in Beirut getötet wurde. Der Chef des Mossad, David Barnea, deutete jedoch an, dass Israel hinter dem Attentat steckt, was in Israel und im gesamten Nahen Osten weithin angenommen wird.

„Jede arabische Mutter soll wissen, dass ihr Sohn, wenn er an dem Massaker [vom 7. Oktober] beteiligt war, sein eigenes Todesurteil unterschrieben hat“, sagte Barnea am 03. Januar bei der Beerdigung des ehemaligen Mossad-Direktors Zvi Zamir, der im Alter von 98 Jahren verstorben war.

Zamir, der den Geheimdienst in den 1970er Jahren leitete, beaufsichtigte die „Operation Zorn Gottes“, die eine Reihe „palästinensischer“ Terroristen aufspürte und tötete, die mit dem Massaker an 11 israelischen Sportlern bei den Olympischen Spielen 1972 in München in Verbindung standen.

Al-Arouri stand im Fadenkreuz Israels, und nun bekommen auch andere Hamas-Führer die Hitze zu spüren.

Hier sind die sechs Hamas-Akteure, die auf einer israelischen Abschussliste ganz oben stehen würden:

Yahya Sinwar ist der Hamas-Führer im Gazastreifen und der Drahtzieher des Massakers vom 7. Oktober an 1.200 Bewohnern israelischer Gemeinden in der Nähe des Gazastreifens.

Sinwar, 61, ist seit 2017 der starke Mann im Gazastreifen. In seiner Jugend gründete Sinwar die Majed-Trupps der Hamas, die „Palästinenser“ jagten und töteten, die der Kollaboration mit Israel verdächtigt wurden. Sinwar hat persön-



Der getötete Hamas-Führer Saleh al-Arouri.

lich 12 Menschen getötet.

Während er vier lebenslange Haftstrafen für die Tötung von vier „palästinensischen“ Kollaborateuren verbüßte, diagnostizierten israelische Ärzte einen Krebstumor in seinem Kopf und entfernten ihn. Im Jahr 2011 gehörte Sinwar zu den 1.027 Sicherheitsgefangenen, die im Rahmen des Gefangenen-austauschs von Gilad Shalit freigelassen wurden. Bekannte beschreiben Sinwar als besessen von Israel.

Ein ägyptischer Beamter erklärte gegenüber JNS, dass Sinwars Beseitigung den Weg für das Ende des Krieges ebnete.

Ismail Haniyeh ist als Chef des Politbüros der Hamas nominell der oberste Führer der Terrorgruppe.

In seiner Jugend arbeitete Haniyeh als Gipsler in Israel und wurde später der persönliche Assistent des Hamas-Gründers und geistigen Führers Scheich Ahmed Jassin. Er war auch in Studentenräten aktiv. Haniyeh und Dutzende anderer Hamas-Mitglieder wurden 1992 in den Libanon abgeschoben,

kehrten aber anderthalb Jahre später alle nach Israel zurück.

Der 60-jährige Haniyeh ist Milliardär, und seine Familie besitzt Dutzende von Immobilien im Gaza-Streifen. Unter Haniyehs Führung hat sich die Hamas eng mit dem Iran verbündet. Er pendelt häufig zwischen Katar und der Türkei.

Muhammed Deif leitet die militärischen Kräfte der Hamas. Sein richtiger Familienname ist Masri, aber er ist als Deif bekannt, was arabisch für „Gast“ ist – eine Anspielung auf sein Leben auf der Flucht. In den 1990er und frühen 2000er Jahren leitete Deif zahlreiche Selbstmordattentate und war anschließend für die Raketenangriffe und den Tunnelkrieg der Hamas verantwortlich. Er half bei der Planung der Anschläge vom 7. Oktober und gab die endgültige Zustimmung dazu.

Der 61-jährige Deif stand an der Spitze der israelischen Fahndungsliste und hat sieben israelische Attentatsversuche überlebt. Selbst für Hamas-Verhältnisse operiert Deif im Geheimen und übermittelt seine Botschaften über einen Sprecher.

Zahar Jabarin, eines der dienstältesten Mitglieder der Hamas, war Saleh Arouis Stellvertreter und ist der wichtigste Finanzier der Terrorgruppe.

Jabarin half anfangs bei der Gründung der ersten Terrorzellen der Hamas in Judäa und Samaria. Er rekrutierte auch viele der heutigen Führungspersonlichkeiten der Hamas. Jabarins bekanntester Rekrut war Yahya Ayyash, der Bombenbauer der Hamas, der für den Tod von mindestens 90 Israelis verantwortlich war und schließlich 1996 von Israel ermordet wurde.

Der im Libanon ansässige Jabarin überwacht das Wirtschaftsimperium der Hamas und finanzierte die Anschläge vom 7. Oktober. Jabarin bekleidet außerdem eine leitende Position in der Verwaltung, die für den Aufbau der Terrorkapazitäten der Hamas im Libanon verantwortlich ist. Er unterhält Büros im Libanon, in der Türkei und möglicherweise auch in Katar.

Marwan Issa, der von seinen Freunden „Kommando“ genannt wird, ist der Stellvertreter von Mohammed Deif und die Nummer zwei im Militär der Hamas. Er gilt als einer der geheimnisvollsten hohen Funktionäre der Hamas.

In seiner Jugend war Issa ein guter Basketballspieler, bevor er von Israel und der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde verhaftet wurde. Während er in der Hamas aufstieg, nahm Issa an einer Reihe von Geheimgesprächen in Ägypten teil, bei denen es um die Freilassung von Hamas-Gefangenen ging. Zusammen mit Salah Arouis spielte Issa eine zentrale Rolle beim Gilad-Shalit-Deal und sorgte dafür, dass die Hamas-Gefangenen mit Blick auf den zukünftigen Nutzen für die Terrororganisation freigelassen wurden.

Mohammed Sinwar, der jüngere Bruder von Yahya Sinwar und Kommandeur der Hamas-Brigade in Khan Yunis, gilt als einer der wichtigsten Planer der Anschläge vom 7. Oktober.

Sinwar ist Mitglied des Hamas-Militärrats und war für den Bau des größten Tunnels verantwortlich, den die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen gefunden haben und der sich dem Grenzübergang Erez näherte.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

ches Selbstmitleid nur wenig beeindruckend.

Beeindruckend wäre dagegen eine sofortige bedingungslose Freilassung der Kleinkinder und aller Geiseln sowie eine ebenso bedingungslose Kapitulation und Auslieferung der Hamas-Verbrecher.

Und für alle unsere nach Kompromissbereitschaft Israels in seinem Existenzkampf schreienden Islam-afinen Bessermenschen gleich welcher jüdenfeindlichen Provenienz vielleicht noch so viel:

Es ist sehr schwer sich mit jemandem auf der Hälfte seiner Forderungen zu einigen, dessen offen erklärtes Ziel die Vernichtung und der Tod des Gegenübers ist.

Antisemitismus an US-Universitäten

Eine ekelerregende und abstoßende Rolle in der Unterstützung des islamischen Terrors aus Gaza spielen neben den einschlägig bekannten Playern wie etwa auch Erdogan oder aus dem mittlerweile anti-weiß rassistischen Südafrika auch große Teile der BLM in den USA, sowie der dortigen Democrats und besonders der IVY-League Universitäten.

So hatte Claudine Gay als Harvard-Präsidentin bei einer Kongress-Anhörung zum Thema Antisemitismus an Elite-Unis mit ihren Statements schockiert. Auf die Frage, ob „Forderungen nach einem Völkermord an Juden die Regeln der Harvard-Universität in Hinblick auf Mobbing und Belästigung“ verletzen, gab Gay die ungeheuerliche Antwort: „Es hängt vom Kontext ab.“ Erst nach massiven Protesten reichte Gay ohne Spur von Einsicht und ohne Bedauern ihren Rücktritt ein.

Claudine Gay war keinesfalls die erste Antisemitin auf dem Präsidentenstuhl der Universität. Harvard hat eine lange antisemitische Tradition und hat sehr gern auch mit Hitlers Nationalsozialisten kollaboriert.

Dabei war und ist man -- wenn es gegen die Juden geht -- in Harvard ganz offensichtlich nicht wählerisch bei der Wahl seiner Verbündeten. Ganz gleichgültig, ob es damals die Nazi-Mörder waren oder heute das entmenschte sadistische und mordlusterne islamische Gaza-Mordpack der Hamas.

Die Hamas-Sympathie aber und das quasi tägliche Speißbrutenlaufen der jüdischen Studenten in Harvard, Penn und anderen Unis der Ivy League sind geblieben und werden wohl eher noch zunehmen.

Ein Indiz dafür dürfte auch sein, dass es weniger ihr Beifall heischender, öffentlich und ungeniert manifesterter Antisemitismus war, der die Präsi-



JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher 2018 an der nördlichen Gaza-Grenze.

tin das Amt gekostet hat. Gay hätte wohl trotz ihres ungeheuerlichen Spruches zum Genozid an den Juden -- dank vielfacher Unterstützung aus Harvard und zahlreicher Democrats aus dem Kongress -- bleiben dürfen und auch wollen, wenn es nicht noch zusätzliche substantielle Plagiatswürfe gegeben hätte.

So darf man sich als Jude wie weiland bei den Nationalsozialisten keinerlei Illusionen über die Haltung der Bildungseliten weder in den USA noch weltweit machen: Jewish Life doesn't matter in Harvard und ebenso wenig an vielen anderen Orten der heutigen Welt.

Weihnachten in Terror-Angst

Dass der gewalttätige Hass und die Aggression des Islam keinesfalls eine rein jüdische Angelegenheit ist und es schon gar nicht bleiben wird, scheint besonders den christlichen Gesellschaften trotz aller Anlässe noch nicht aufgegangen zu sein.

So verpuffte ohne großes Medienecho die Nachricht in den Main-Stream-Medien, dass eine islamische Gruppe einen Terroranschlag auf den Kölner Dom geplant haben soll -- der

Weihnachtsgottesdienst musste unter Polizeischutz stattfinden und für Besucher war der Dom bis über Neujahr gänzlich gesperrt. Die Armlänge Abstand, die einst Henriette Reker, Oberbürgermeisterin von Köln, als Schutz vor islamischen Angriffen empfohlen hatte, um sich zu schützen, hat ganz offensichtlich, wie bereits im Vergehwaltigungs-Neujahr von 2015, hier jedenfalls nicht ausgereicht.

Vermutlich würdigen die Kirchen trotz ihrer bereits weit fortgeschritten devoten Haltung gegenüber dem Islam immer noch nicht ausreichend, dass das berühmte Geburtstagskind wohl doch eindeutig ein „Palästinenser“ war -- ebenso wie Kolumbus und Einstein. Die ihm von den Römern als Rechtsgrund für seine Verurteilung gegebene und wie damals üblich am Kreuz angebrachte Bezeichnung "INRI" (Jesus Nazareus Rex Judaeorum =

Jesus von Nazareth König der Juden) war ein Justizirrtum oder bestenfalls Fake-News irgendwelcher westlicher Medien.

Das Bodenpersonal G'ttes und die berühmte Armlängen-Bürgermeisterin Reker taten zwar alles, um das Ganze kleinzureden und lobten überschwänglich, wie toll die Polizei ihren Job machte und wie hübsch die kirchlichen Eingangsbereiche jetzt Flughäfen ähneln, deren Umwandlung in Hochsicherheits-Bereiche uns vor allem die Anschläge der Religion des Friedens ja schon seit längerem aufgezwungen haben.

So richtig überzeugend klingt das nicht, aber Hoffnung ist ja auch ein integraler Bestandteil des Glaubens und so hoffen die Gläubigen eben, dass die Polizei und G'tt schon kein Übel zulassen werden.

Ohnehin wird bald der freie Zugang zum Altar und zur geistlichen Erbauung ganz so wie etwa der ungeschante und nicht Schritt-abgetastete Weg zum Fluggate, nur noch aus alten Filmen bekannt sein.

Bisher mussten dieses Privileg des für ihr Überleben oder zumindest ihre Unversehrtheit unverzichtbaren Polizeischutzes nur die Juden und ihre Synagogen ertragen. Aber die sind ja -- wie wir alle wissen -- ohnehin selbst schuld. Die waren ja schon immer in Pogrome verwickelt, noch dazu auf der Opferseite. Man denke da nur an das letzte Pogrom vom 7. Oktober.

Also so richtig klug ist das jedenfalls nicht, sich mit dem Islam, der wahren Religion der Toleranz und der Menschlichkeit anzulegen. Die ist nämlich eine echte Botschafterin des Friedens. Das stellt sie ja auch jeden Tag unter Beweis, nicht nur mit ihren heute keinesfalls mehr auf einige No-Go-Areas beschränkten, in diesem Lande wirklich ubiquitären Gewaltexzessen und quasi täglichen Messerangriffen auf alle und jeden, son-

dern vor allem auch mit den immer noch versteckten, gedemütigten und drangsalierten jüdischen Geiseln, die sie zur Herstellung des Friedens immer noch festhält -- natürlich nur die, die sie nicht zum Erhalt des Friedens zuvor ermordet hat.

Da ist sie ganz anders als die nachtragenden Israelis, die sich schon bei „nur“ 1200 ihrer von Gazanern willkürlich und unprovokiert abgeschlachteten jüdischen Kinder, Frauen und Männer so unversöhnlich zeigen, dass sich sogar wahre Judenfreunde, wie etwa Herr Guterres, die UNO, unsere Medien und die Kirchen gezwungen sehen, dagegen vorzugehen und das zu verurteilen.

Womit wir wieder bei den Christen wären. Die waren wirklich klug und haben, auch wenn die Islamis sie in Betlehem und überall sonst, wo sie das Sagen haben, verfolgt, entrechtet, getötet und ethnisch gesäubert haben (was für ein Euphemismus). Sie haben, um die Anhänger der wahren Religion nicht zu kränken, ihre christlichen Würdenträger in muslimischer Gesellschaft sogar ihre wesentlichen und identifizierenden Religionssymbole ablegen lassen und haben mit den Islamis besonders in Westeuropa und natürlich auch in Deutschland fraternisiert.

Dazu haben Sie den Muslimen gemeinsam mit unseren Göring Eckarts und anderen grün-linken Islameinlass-Fans, die sich ja bekanntlich auf die Veränderung unserer Gesellschaft freuen, jeden Stein aus dem Weg geräumt und die Grenzen weit geöffnet, um sie massenhaft einzulassen.

Südafrika hat seine Prinzipien verraten

Die Vereinten Nationen sind seit ihrer Gründung zum Propaganda-Organ gegen Israel avanciert. Die Resolutionen gegen den jüdischen Staat sind quasi schon meterhoch. Dabei fällt Deutschland oft durch Enthaltungen auf, anstatt sich klar an der Seite der einzigen echten Demokratie im Nahen Osten zu stellen. Bezeichnenderweise sind es oft die Unrechtstaaten wie der Iran, die mit dem Finger auf Israel deuten. Nun will ausgerechnet Südafrika, das den Rassismus gegen schwarze Menschen gegen einen Rassismus gegen Weiße eingetauscht hat, den jüdischen Staat wegen Völkermords anklagen.

Dabei ist Israel eine Heimat für all seine Bürger, egal ob sie Juden, Christen, Drusen oder Muslime sind. Der jüdische Staat garantiert all seinen Staatsbürgern die gleichen Bürgerrechte. Ein arabischer Muslim kann Richter werden oder Karriere beim Militär machen. Auf der anderen Seite hat bis heute kein einziger arabischer Staat den arabischen Flüchtlingen von 1948 die Staatsbürgerschaft verliehen. Araber diskriminieren Araber -- nicht so in Israel, dem irrwitziger Weise Apartheid vorgeworfen wird.

Israel ist ein Hort der Freiheit und der Demokratie. Entgegen den weltweiten, von Israel-feindlicher Seite unentwegt getätigten Schuldzuweisungen, ist für diesen Krieg und für all die Toten einzig und allein die Terrorbande der Hamas verantwortlich.

Die Befreiung aller Geiseln und die Verhinderung der Wiederholung eines derartigen Pogroms am jüdischen Volk bleibt oberstes Ziel des israelischen Kampfes.

BRING THEM HOME NOW!

Am Israel Chai!

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Der vererbte Flüchtlingsstatus der sogenannten „Palästinenser“

Die Araber, die sich entgegen jeder Wahrheit zu „Palästinensern“ umetikettiert haben, genießen bei der UNO eine weltweit einzigartige Stellung: Ihr Flüchtlingsstatus ist über Generationen vererbbar. Zudem hat ihnen die UNO mit der UNRWA ein eigenes Flüchtlingshilfswerk gewidmet und damit gleichzeitig einen Terrorkomplizen an die Seite gestellt. Für keine andere Flüchtlingsgruppe wurde jemals eine eigene Hilfsorganisation installiert. Diese Araber sind weder Flüchtlinge noch Palästinenser und sie haben zudem mit Jordanien bereits ihr eigenes Land. Im Gegensatz zu den westlichen Ländern gewährt kein einziger arabischer Staat den arabischen Unruhestiftern mit dem gestohlenen Namen die Staatsbürgerschaft. (JR)

Von Julian M. Plutz

Der Fachterminus hört auf den Namen „Flüchtlingsproblem“, genauer gesagt, das „palästinensische“ Flüchtlingsproblem. Ob der wissenschaftliche Dienst des Bundestags oder Wikipedia: Alle nutzen diesen sprachlich gewachsenen Euphemismus, um zu erklären, was heute als einmalig gilt: eine Flucht, bei der die Mehrheit der Menschen gar nicht flüchtet, in einer Zeit, in der dieser Status sogar vererbt werden kann. Doch der Reihe nach.

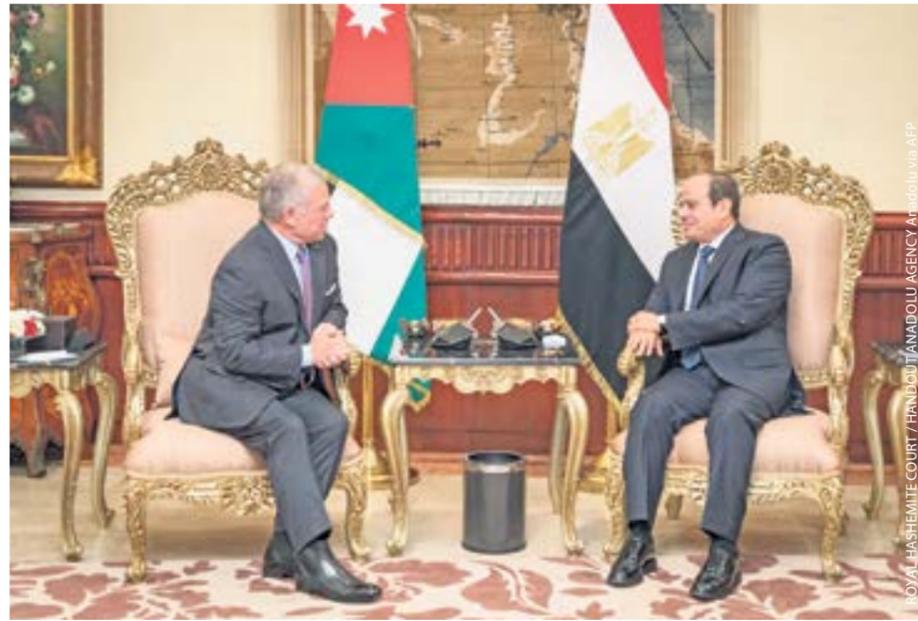
Die sogenannten „Palästinenser“ haben in einer perfiden sowie wirkungsvollen Propaganda ein kleines Wunder geschafft. So erschaffen die Vereinten Nationen (UN) nicht nur eine völlig degenerierte und korrupte Flüchtlingsorganisation (UNHCR), sondern im Gegensatz zu ihren Leidgenossen aus anderen Ländern sogar eine ganz andere rechtliche Grundlage.

So gilt für alle Flüchtlinge abzüglich der „Palästinenser“ Artikel I der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Demnach wird jeder als Flüchtling betrachtet, der „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt“ oder „sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte“.

Fragwürdiger Flüchtlingsstatus

Das bedeutet: Die Person mit ihrem individuellen Grund, zu fliehen, steht im Mittelpunkt. Die Nachkommen derer werden per se nicht als Flüchtlinge betrachtet. Das heißt nicht, dass Familienangehörigen Hilfsleistungen verweigert werden. Doch dies geschieht nicht automatisch. Auch hier wird jeder Fall individuell geprüft. Spätestens bei den Enkeln ist jedoch Schluss. Laut Artikel I können Urenkel von Flüchtlingen keinen Flüchtlingsstatus erwerben.

So weit, so logisch. Ganz anders verhält es sich bei der UNRWA. Laut den Statuten sind „palästinensische“ Flüchtlinge all die Personen, „die in der Zeit vom 1. Juni 1946 bis zum 15. Mai 1948 ihren gewöhnlichen Wohnsitz in Palästina hatten und infolge des Konflikts von 1948 sowohl ihre Wohnung als auch ihre Lebensgrundlage verloren haben“. UNRWA-Leistungen stehen also „allen lebenden Personen zur Verfügung, die die obenstehende Definition erfüllen. Wörtlich heißt es: „Die Nachkommen von männlichen „Palästina“-Flüchtlingen, einschließlich adoptierter Kinder, können ebenfalls registriert werden.“ Würde die UNRWA ihre eigene Definition ernst nehmen, dann müssten sie zwischen Flüchtlingen im engeren Sinne einerseits und deren Nachkommen andererseits separieren. Wörtlich heißt es auf der Home-



Der jordanische König Abdullah II (links) und der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi bei einem Treffen in Kairo am 27. Dezember 2023.

page: „Heute haben rund 5,9 Millionen „Palästina“-Flüchtlinge Anspruch auf UNRWA-Leistungen“. Alle Nachkommen werden umstandslos als Flüchtlinge eingestuft.

Doch das ist nicht alles. Bei „Palästinensern“ bleibt der Flüchtlingsstatus auch dann noch bestehen, wenn die betreffende Person eine andere Staatsangehörigkeit annimmt. Auch das gibt es bei keiner anderen Flüchtlingsgruppe. Überall sonst erlischt der Status, wenn eine neue Staatsbürgerschaft angenommen wird. So werden rund zwei Millionen „Palästinenser“, die in Jordanien leben, die dort geboren wurden und jordanische Staatsbürger sind, von der UNRWA dennoch als Flüchtlinge geführt.

Ägypten möchte keine „Palästinenser“ mehr im Land haben

Wenn überhaupt sollten diejenigen „Palästinenser“, die in Jerusalem, im Westjordanland und in Gaza leben, als Flüchtlinge gezählt werden. Welche Berechtigung gibt es, dass „Palästinenser“, die in München, New York, Amman oder Bad Bocklet leben, als Flüchtlinge gezählt werden?

Würde die UNHCR die Standards der UNRWA ansetzen, was ihre Definition von Flüchtlingen angeht, hätten es die Welt mit mehreren hundert Millionen Flüchtlingen zu tun, die zwar nicht auf der Flucht sind, aber alle moralischen Privilegien genießen, auf die echte Flüchtlinge angewiesen sind. Damit verwässern sie den Status und werten Menschen und deren Schicksale ab, die wirklich in Not sind.

Währenddessen schaffen islamische Länder Fakten. „Sie sollten in ihrem Land bleiben“, sagte der ägyptische Präsident Abdel Fattah-al-Sisi, als Israel nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober. Bis heute sind die Grenzen dicht. Ägypten

befürchtet, dass die „Palästinenser“ nicht mehr in den Gazastreifen zurückkehren würden, wenn sie ihn erst einmal verlassen haben.

Erschwerend kommt hinzu, dass auf ägyptischer Seite die politisch instabile Sinai-Halbinsel an Gaza grenzt. Jenseits der Grenze wird die Region de facto nicht kontrolliert. Dies hatte zur Folge, dass sich der Sinai in den vergangenen Jahren zu einem Rückzugsort für militante Islamisten entwickelt hat. Nach dem Arabischen Frühling zogen sich Dschihadisten auf die Halbinsel zurück. Die ägyptische Armee kämpft gegen Mitglieder von Al-Kaida und den Islamischen Staat. Die Sorge Ägyptens ist berechtigt, dass bei der Grenzöffnung auch Hamas-Unterstützer ins Land kommen und den Staat destabilisieren. Bereits vor zehn Jahren stellten die Muslimbrüder in dem muslimischen Land die Regierung. Der damalige Präsident: Mohammed Mursi, der Vorgänger von al-Sisi. Seit der Machtübernahme mit Unterstützung von Militärs geht die Regierung hart gegen die Muslimbrüder vor, die die Mutterorganisation der Hamas darstellen.

Auch Jordanien sperrt sich, „Palästinenser“ aufzunehmen

So kann sich der ägyptische Staatschef keine neue Flüchtlingswelle leisten. In den vergangenen zwanzig Jahren vergrößerte sich die ägyptische Bevölkerung von 70 Millionen auf 110 Millionen, während sich die wirtschaftliche Lage weiterhin verschlechtert. Dabei hat Ägypten mit neun Millionen Menschen bereits sehr viele Flüchtlinge aufgenommen. Kommen jetzt auch noch Hunderttausende „Palästinenser“ dazu, müsste Kairo weitere Aufnahmezentren, Unterkünfte, Nahrung und Wasser aufbringen. Auch Jordanien möchte seit dem 7.10. keine „Palästinenser“ auf-

nehmen. Auch das Haschemitische Königreich hat in den vergangenen Jahren Millionen „Palästinenser“ ins Land gelassen. 30 Prozent der Bevölkerung stammt aus Gaza oder dem Westjordanland.

Doch jetzt zog Jordanien die rote Linie: Den Plan von Kanzler Scholz, einen Korridor für Zivilisten von Gaza ins Westjordanland einzurichten, damit diese dann nach Jordanien einreisen könnten, lehnte König Abdulla II ab: „Ich glaube, ich spreche nicht nur im Namen der jordanischen Regierung, sondern auch im Namen unserer ägyptischen Freunde: keine Flüchtlinge in Jordanien, keine Flüchtlinge in Ägypten“, stellte der König bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Olaf Scholz im Oktober unmissverständlich klar.

Wohlfeile Solidarität islamischer Länder

Dabei ist das Verhältnis zwischen Jordanien und „Palästinensern“ seit Jahrzehnten vergiftet. Denn 1970 hat eine Gruppe radikalisierter „Palästinenser“ ein Attentat auf den damaligen jordanischen König Hussein I. verübt. Hussein I. überlebte den Angriff, setzte eine Militärregierung ein und startete einen Gegenangriff im eigenen Land. Das jordanische Militär vertrieb die „palästinensischen“ Guerillas in den Libanon. Jordanien will die ohnehin „zerbrechliche nationale Identität“ nicht durch einen erneuten Zustrom von „Palästinensern“ bedrohen, schreibt beispielsweise „The Insider“.

Das nächste Anrainerland ist Syrien. Doch das Land von Herrscher Assad steckte selbst ein Jahrzehnt in einem blutigen Bürgerkrieg. Der Libanon sieht sich mit den Flüchtlingen aus „Palästina“ ebenfalls überfordert. Allein die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Das Land nahm 1,5 Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien auf. Im Libanon leben rund 6 Millionen Menschen. In keinem anderen Land der Welt ist der pro Kopf Anteil an Flüchtlingen so groß wie im Libanon.

Die wohlhabenden Länder Katar, Saudi-Arabien und die Emirate könnten Flüchtlingsunterkünfte zwar problemlos finanzieren, doch sie weigern sich. Bis auf reiche Ausländer lassen diese Länder niemanden ins Land. Pikant hierbei: In Katar leben die Anführer der Hamas und erfreuen sich am Luxus im Golfstaat, während „ihre“ Bevölkerung in den allermeisten islamischen Ländern „persona non grata“ sind, also gar keinen Status genießen. Trotzdem sympathisiert die arabische Welt mit den „Palästinensern“.

Doch aus Worten werden keine Taten. Das „palästinensische“ Flüchtlingsproblem gilt als Voraussetzung, den Konflikt aufrechtzuerhalten. Je mehr Flüchtlinge man künstlich erzeugt, desto besser scheint das Argument zu wirken, dass das Leid der Welt von „palästinensischen“ Flüchtlingen abhängt.

Wokeness ist eine Gefahr für die amerikanischen Juden

In den USA wird heute eine ganze Generation mit der vorsätzlich falschen propagandistischen Ideologie erzogen, dass Israel ein koloniales Implantat im Nahen Osten sei, in dem angeblich "weiße Privilegierte" Juden die arabischen „People of Color“ unterdrücken. Bewusst ignoriert wird die Tatsache, dass die Juden nicht nur das wirkliche einheimische Volk Israels sind und keinesfalls ausländischen Kolonisatoren, wie etwa die Araber. Die Mehrheit der israelischen Juden stammt selbst aus dem Nahen Osten oder Nordafrika und ist die teilweise vertriebene indigene Bevölkerung dieser Region. Die Indoktrinierung der amerikanischen Bevölkerung seitens der Regierung und der BLM-Bewegung trägt zum Entsetzen vieler Juden in den USA bereits erschreckende Früchte. Das am 7. Oktober erfolgte größte Massengemetzel an Juden seit dem Holocaust löste eine, von der woken Welle getragene Sympathie für die Mörder und eine empathielose Feindseligkeit gegenüber den Opfern und ihren Familien aus. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Es war nur ein Punkt unter einer ganzen Reihe anderer Umfrageergebnisse in einer einzigen Umfrage. Aber ein Datenpunkt in der monatlichen Harvard/Harris-Umfrage zur öffentlichen Meinung sprang nicht nur auf die Beobachter über wie ein Feuer mit fünf Alarmstufen, sondern stellte auch die zukünftige Sicherheit des amerikanischen Judentums in Frage. Neben vielen anderen Fragen stellten die Meinungsforscher einer Zufallsstichprobe von 2.034 registrierten Wählern die folgende Frage: "Glauben Sie, dass Juden als Klasse Unterdrücker sind und als Unterdrücker behandelt werden sollten, oder ist das eine falsche Ideologie?"

Die Frage mag überfrachtet gewesen sein, und ihre Ergebnisse stehen zumindest in gewissem Maße im Widerspruch zu den Antworten auf einige der anderen Fragen in der Umfrage. Aber die Tatsache, dass 67 % der Teilnehmer im Alter von 18 bis 24 Jahren antworteten, dass Juden "Unterdrücker" sind, ist zutiefst schockierend, wenn auch kaum überraschend. Wenn dies eine zutreffende Einschätzung der Meinung der Generationen ist, die die Nation in der Zukunft führen werden, dann bedeutet dies auch, dass die Annahme vieler Juden, dass "es hier nicht passieren kann" - basierend auf der Idee des amerikanischen Exzeptionismus, der es von anderen westlichen Nationen unterscheidet - sich als falsch erweisen wird.

Der Glaube, dass Juden „Unterdrücker“ sind

Die Zahlen der Umfrage stehen im Gegensatz zu den deutlich unterschiedlichen Ergebnissen anderer Altersgruppen. Je älter man wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Befragten das Gerede von jüdischen Unterdrückern korrekt als "falsche Ideologie" bezeichnen. Die 25- bis 34-Jährigen antworteten mit 56 % zu 44 %, dass dies falsch sei. Die 35- bis 44-Jährigen gaben mit 64 % zu 35 % eine Mehrheit für die Antwort "falsche Ideologie", während die 45- bis 54-Jährigen, die 55- bis 64-Jährigen und die 65-Jährigen und Älteren diese Verleumdung mit 76 %, 85 % bzw. 91 % ablehnten.

Wir wissen, dass die 18- bis 24-Jährigen mit den im amerikanischen Bildungssystem weit verbreiteten Mythen der intersektionalen und rassenkritischen Theorie indoktriniert worden sind. Diese toxischen Ideen verstärken nicht nur die Rassenunterschiede, sondern identifizieren Juden und Israel als "weiße Privilegierte" und "Unterdrücker" der „palästinensischen“ "People of Color". Und das, obwohl der Konflikt zwischen Israel und Arabern kein Rassenkonflikt ist und die Mehrheit der israelischen Juden selbst als "People of Color" gelten, da sie ihre Herkunft aus dem Nahen Osten oder Nordafrika haben.

Diejenigen, die im College- und Hochschulalter sind, sind diesen falschen Vor-



Ein Demonstrant klettert während einer Kundgebung in New York, NY, am 25. November 2023 auf eine Ampel.

stellungen besonders häufig ausgesetzt. Sie haben höchstwahrscheinlich auch an Lehrveranstaltungen teilgenommen, in denen diese Ideen nicht als kontroverse Theorien, sondern als gängige Orthodoxy behandelt wurden, die man nicht in Frage stellen, geschweige denn bestreiten kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, fälschlicherweise als "Rassist" abgestempelt zu werden.

Es ist also naheliegend, dass eine Frage, die genau diese Punkte anspricht, bei dieser Gruppe eine Antwort hervorruft, die die große Lüge von den Juden als "Unterdrückern" bestätigt. Der gleiche Faktor erklärt auch andere Antworten auf die Umfrage.

Ebenso schockierende 60 % der 18- bis 24-Jährigen gaben an, dass die Hamas-Gräueltaten vom 7. Oktober "durch die Lebensumstände der Palästinenser gerechtfertigt" seien. In jeder anderen Altersgruppe waren große Mehrheiten der Meinung, dass sie nicht gerechtfertigt waren. Ganze 60 % der 18- bis 24-Jährigen unterstützten auch die Verleumdung, dass Israel im Gazastreifen einen "Völkermord" begehe, und 76 % von ihnen glaubten an das Märchen, dass mit der Hamas "verhandelt werden kann, um Frieden zu schaffen, und sie nicht nur der Zerstörung Israels verpflichtet ist", obwohl leider auch eine größere Zahl älterer Amerikaner bereit war, diese falschen Behauptungen zu akzeptieren. Und 53 % der 18- bis 24-Jährigen sind der Meinung, dass es Hochschulstudenten freistehen sollte, für den Völkermord an den Juden einzutreten.

Es ist möglich, die Bedeutung dieser Ergebnisse zu überschätzen. Andere Antworten aus der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen widersprechen ihnen. Er-

staunlicherweise sind 70 % der Meinung, dass Israel versucht, die Tötung von Zivilisten im Gazastreifen zu vermeiden, und 58 % von ihnen glauben, dass die Hamas einen Völkermord in Israel begehen möchte. Weitere 62 % stimmen zu, dass die Hamas Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzt.

Bemerkenswert ist auch, dass die 18- bis 24-Jährigen die einzige Gruppe in der Umfrage sind, die mit einer Mehrheit von 64 % bis 36 % glaubt, dass die Hamas von der Mehrheit der „Palästinenser“ unterstützt wird. In diesem Fall haben die 18- bis 24-Jährigen Recht, und die älteren Amerikaner, die an dem Mythos festhalten, dass die meisten von ihnen gegen die Terroristen sind, haben Unrecht, wie Umfragen unter „Palästinensern“ bestätigen. Um dies in einen breiteren Kontext zu stellen, gaben die 18- bis 24-Jährigen auch an, dass sie die Idee unterstützen, dass "Weiße Unterdrücker sind" und Nicht-Weiße "an Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt werden sollten", eine Haltung, die von anderen Altersgruppen abgelehnt wird.

Insgesamt zeigt die Harvard/Harris-Umfrage, dass die jungen Menschen über die meisten Fakten des aktuellen Krieges zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas im Gazastreifen verwirrt sind. Aber selbst wenn man davon ausgeht, dass viele der Fragen so formuliert wurden, dass sie die Antworten der Meinungsforscher hervorbringen, stehen diese Zahlen im Einklang mit vielen anderen Umfragen, die eine weit verbreitete Unterstützung für die Ideologie des Westens und eine Feindseligkeit gegenüber Israel unter jungen Menschen zeigen.

Antisemitische Welle nach dem 7. Oktober

Es gab bereits eine Fülle von Belegen dafür, dass linke Ideologien die Menschheit in zwei Gruppen aufteilen - Täter und Opfer - und dass die Zuordnung von Juden und Israel zu den Ersteren die amerikanische Gesellschaft beeinflusst. Die Abneigung gegen Israel und den Zionismus in den meisten akademischen Kreisen - die ihre Wurzeln in neomarxistischen Ideen über den Imperialismus hat, die auf die sowjetische Propaganda und die amerikanische Neue Linke der 1960er Jahre zurückgehen - herrschte bereits im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Aber es wurde noch offensichtlicher, als die Black-Lives-Matter-Bewegung Anti-Israel-Verleumdungen übernahm und den intersektionalen Mythos legitimerte, dass der „palästinensische“ Krieg zur Zerstörung Israels dem Kampf für die Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten gleichzusetzen sei. Dennoch wurde diese Verbindung, die für diejenigen politisch problematisch war, die mit modischen liberalen Anliegen im Einklang bleiben wollten, von den meisten jüdischen Mainstream-Gruppen entweder als unwahr oder als unbedeutend abgetan.

Doch nach den Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober und dem Anstieg des Hasses auf Israel und Juden, der sich in Massendemonstrationen auf den Straßen amerikanischer Städte und an den Universitäten äußerte, konnten die Gründe dafür nicht länger ignoriert werden. Zum Entsetzen vieler Juden und Mainstream-Liberaler aller Glaubensrichtungen, einschließlich derjenigen, die den israelischen Regierungen stets kritisch gegenüberstanden und mit den „Palästinensern“

sern“ sympathisierten, löste das größte Massengemetzel an Juden seit dem Holocaust eine massive Welle der Sympathie für die Mörder und Feindseligkeit gegenüber den Opfern aus.

Die einzige Möglichkeit, dies zu erklären, ist die Erkenntnis, dass eine Generation von Amerikanern zu der Überzeugung erzogen wurde, dass Israel ein koloniales Implantat im Nahen Osten ist, in dem "Weiße" Farbige unterdrücken, so wie sie auch glauben, dass Amerika und der Westen institutionell rassistisch sind. Dabei wird die Tatsache ignoriert, dass die Juden das einheimische Volk Israels sind und keine ausländischen Kolonisatoren.

Die Behauptung, Amerika sei eine unheilbar rassistische Nation, ist selbst eine Verleumdung, die darauf abzielt, US-Institutionen zu zerstören, die sich selbst für die Sache der Freiheit und Gleichheit einsetzen. An ihrer Stelle bietet das neu aufstrebende linke Establishment einen wachrüttelnden Katechismus der Vielfalt, Gleichheit und Einbeziehung (DEI). Dieser neue Glaube wendet sich gegen die Meinungsvielfalt, fordert Gleichheit oder gleiche Ergebnisse, die durch die Rasse bestimmt werden, im Gegensatz zur Chancengleichheit, und schließt nur bestimmte anerkannte Minderheiten ein - aber keine Juden.

Dummerweise besteht für einige in der jüdischen Gemeinschaft, einschließlich

der Anti-Defamation League, die Antwort auf dieses Problem darin, die Juden in die DEI einzubeziehen. Eine weitere rassistische Spaltung ist schlecht für Amerika im Allgemeinen. Aber es wird auch nicht funktionieren, weil die intersektionelle Denkweise auf marxistischen Ideen basiert, die Israel und die Juden dämonisieren. Die Befürworter dieser Ideologie haben bereits die akademische Welt erobert und tun dies nun auch in der Unternehmenswelt und sogar in der Regierung, da die Biden-Administration sich der DEI verschrieben hat.

Das ist der Grund, warum so viele Menschen, die sich als "progressiv" bezeichnen und behaupten, gegen Hass zu sein, die Zerstörung Israels ("vom Fluss bis zum Meer") und den Völkermord an den Juden ("globalize the intifada") fordern. Das erklärt auch, warum Feministinnen sich weigern, die Vergewaltigungen israelischer Frauen und Mädchen (und in einigen Fällen auch Männer) durch „Palästinenser“ zu verurteilen, und Plakate israelischer Entführungsoffer abreißen. Sie betrachten jede Aufmerksamkeit, die von der Notlage der „Palästinenser“ ablenkt, als proisraelische "Propaganda" und leugnen die Grausamkeiten, die am 7. Oktober stattgefunden haben.

Das ist an und für sich schon empörend und für amerikanische Juden zutiefst beunruhigend, auch für diejenigen, die

sich bisher nicht besonders um die Verteidigung der Sicherheit Israels gekümmert haben. Aber selbst viele, die sich auf bestimmte Elemente dieses Problems konzentriert haben - sei es die feministische Heuchelei oder die Bereitschaft von Universitätsverwaltungen, Aktionen, die jüdische Studenten gefährden, entweder zu rechtfertigen oder sich ihnen zu widersetzen - übersehen, dass dies auf ein noch größeres Problem hinweist.

Exzeptionalismus in Gefahr

Den amerikanischen Juden ging es vor allem deshalb so gut, weil dieses Land anders war als alle anderen Länder der Welt, einschließlich der westeuropäischen Demokratien. Dies beruhte nicht nur auf einem Verfassungssystem, das Diskriminierung aufgrund der Religion verbot, sondern auch auf einem Wertesystem, das den Rechten des Einzelnen und der Chancengleichheit Vorrang einräumte. Und genau diese Werte werden von den wahren Anhängern des DEI und der intersektionellen Linken als überholt angesehen. Wenn sie Erfolg haben - und ihr langer Marsch durch die US-Institutionen war bereits weitgehend erfolgreich - dann ist der amerikanische Exzeptionalismus am Ende.

Es geht nicht nur darum, dass eine Generation von Amerikanern diesen giftigen Konzepten in Schulen ausgesetzt ist, die von Anhängern dieser Ideologien

übernommen wurden, und daher natürlich eher dazu neigen, schlecht über Israel und die Juden zu denken. Es geht darum, dass ihr Einfluss auf die Kultur und den Diskurs in den USA das Land zu einem weniger freundlichen Ort für jüdisches Leben machen wird. Ein Amerika, das sich nicht mehr vom Rest der Welt unterscheidet, kann einfach nicht mehr der freieste und beste Ort für Juden in der Geschichte der Diaspora sein.

Wenn die DEI an den Universitäten, den weiterführenden Schulen und überall dort, wo sie eingeführt wurde, nicht zurückgedrängt wird - eine beängstigende, aber nicht unmögliche Aufgabe - dann ist es nicht zu weit hergeholt zu sagen, dass das jüdische Leben in den Vereinigten Staaten nie wieder dasselbe sein wird. Die Ergebnisse der Harvard/Harris-Umfrage über junge Amerikaner, die an antisemitische Theorien über jüdische Unterdrücker glauben, sind nur ein Hinweis auf das, was kommen wird, wenn die Aufgabe, die intersektionelle Linke zu besiegen, keine Priorität hat. Es ist eine Erinnerung daran, dass der Lackmestest dafür, ob jemand bereit ist, sich gegen Antisemitismus zu stellen, nun seine Einstellung zur Woke-Ideologie ist.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm: @jonathans_tobin.

Trotz aller westlichen Falschbehauptungen: Man kann die Hamas nicht von der „palästinensischen“ Zivilgesellschaft entkoppeln

Der Jubel und die Bonbon-Verteilung nach dem 7. Oktober, haben es bereits befürchten lassen. Das entsetzliche Massaker an jüdischen Kindern, Frauen und Männern, das jeden anständigen Menschen in der gesamten Welt mit Abscheu erfüllt, hat bei der islamischen Bevölkerung, nicht nur in Gaza, sondern auch im Westjordanland, im Gegenteil dazu freudige Hochstimmung bewirkt. Es hat ihre Zustimmung und ihre Sympathien für die Terror-Bande der Hamas nochmals erheblich erhöht und sie zur beliebtesten Kraft unter der dortigen islamischen Bevölkerung gemacht. Mitte Dezember hat sogar das „Palästinensische Zentrum für Politik- und Meinungsforschung“ in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine neue Umfrage unter der „palästinensischen“ Bevölkerung veröffentlicht und das befürchtete Ergebnis, so schrecklich es auch ist, bestätigt: Die Sympathien für die Verbrecher der Hamas haben vor dem Hintergrund des barbarischen Anschlags vom 7. Oktober sogar noch einmal massiv zugenommen. Doch die UNO, die EU und die deutsche Politik verharmlosen weiterhin das unversöhnliche Ausmaß eines genozidalen Antisemitismus, der integraler und untrennbarer Bestandteil der Bevölkerung in Gaza und der islamischen Gesellschaften in der Region ist. (JR)

Von Sandro Serafin

Deutschland, deine Illusionen! Nicht nur in der Innen-, auch in der Nahostpolitik lässt sich die Bundesrepublik von Wunschen, Ideologien und einem verstellten Blick auf die Wirklichkeit leiten. Eine dieser Illusionen formulierte Bundeskanzler Olaf Scholz schon kurz nach dem Terroranschlag der Hamas gegen Israel: „Die Palästinenser sind nicht Hamas, und die Hamas hat kein Recht, für sie zu sprechen. Die palästinensische Bevölkerung in Gaza, auch sie ist Opfer der Hamas.“

Diese Auffassung ist ein Grundpfeiler bundesrepublikanischer Nahostpolitik. Ohne sie bräche das gesamte deutsche Nahost-Narrativ zusammen, das da lautet: Es gibt in diesem „Konflikt“ zwei im Grunde gleichwertige Seiten, auch Israel ist Teil des Problems, und wenn man nur die Hamas wegbekommt, steht einer „Zwei-Staaten-Lösung“ fast nichts mehr im Weg.

Es stellt sich schon immer die Frage, ob die Diplomaten im Kanzleramt, im Auswärtigen Amt, in Tel Aviv und in Ramallah nichts von den Umfragen wissen, die das „Palästinensische Zentrum für Politik- und Meinungsforschung“ in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der „palästinensischen“ Bevölkerung durchführt. Seit Jahren weisen diese mit großer Kontinuität aus, dass die

Hamas unter „Palästinensern“ erhebliche Zustimmung genießt, wenn auch oft nicht die stärkste Partei ist und auch keine absolute Mehrheit hinter sich weiß.

Sympathien für die Hamas

Das Institut hat eine neue Umfrage veröffentlicht. Befragt wurden dafür 1.231 „Palästinenser“ im Gazastreifen und im Westjordanland zwischen dem 22. November und dem 2. Dezember, als gerade Waffenruhe herrschte. Die Fehlertoleranz liegt bei +/- 4 Prozent. Ergebnis: Die Sympathien für die Hamas haben vor dem Hintergrund des Krieges sogar noch einmal massiv zugenommen.

43 Prozent der Befragten gaben an, die Hamas zu unterstützen. Vor drei Monaten und damit vor dem Terrorangriff und der israelischen Reaktion waren es noch 22 Prozent. Bei Parlamentswahlen würde sogar jeder Zweite sein Kreuz hinter einer Hamas-Liste machen. Vor allem im Westjordanland hat die Unterstützung für die Hamas zugenommen. Im Gazastreifen liegt sie relativ stabil bei gut 40 Prozent. Insgesamt meinen 6 von 10 Befragten, dass die Hamas den Gazastreifen auch nach dem Krieg regieren sollte (im Gazastreifen selbst sind es 4 von 10).

Noch deutlich mehr unterstützen den Angriff der Hamas auf Israel: 72 Prozent der „Palästinenser“ vor Ort

halten dies für eine richtige Entscheidung – mit dem Wissen darum, wie viel Tod und Zerstörung anschließend im Gazastreifen folgten. Im Westjordanland sind es 82, im Gazastreifen immerhin 57 Prozent. Das stimmt mit der Angabe überein, dass 7 von 10 Befragten allgemein eine Rückkehr zu „Konfrontationen“ und einer „bewaffneten Intifada“ unterstützen. Zugleich glauben nur 7 Prozent, dass die Hamas die vielfach dokumentierten Verbrechen an israelischen Zivilisten begangen hat.

Im Gegensatz zur Hamas steht die internationale, vor allem auch durch die Europäische Union mithilfe millionenschwerer Hilfszahlungen aufgeblasene „Palästinensische“ Autonomiebehörde (PA) katastrophal da: Fast neun von zehn Befragten wollen, dass deren Präsident Mahmud Abbas, den Scholz 2022 in Berlin hofierte, zurücktritt. Seine Fatah-Partei kommt auf eine Unterstützungsrate von gerade einmal 17 Prozent. 58 Prozent verlangen gleich die komplette Auflösung der PA.

Breite Unterstützung für den Terror

Zur Wiederholung: Jeder zweite „Palästinenser“ würde aktuell sein Kreuz hinter einer Hamas-Liste machen, drei von vier unterstützen den Angriff auf Israel. Selbst Mohammed Schtajeh, Premier der Autonomiebehörde,

Fatah-Mann und damit Hamas-Rivale (die Hamas hat die Fatah 2007 in Gaza weggeputscht) läuft derzeit mit der Aussage durch die Gegend, dass die Hamas ein „integraler Bestandteil der palästinensischen politischen Landkarte“ sei. Er weiß genau, dass Opposition gegen die Islamisten unter „Palästinensern“ derzeit nicht en vogue ist.

Wenn Olaf Scholz also behauptet, die Hamas habe kein Recht, für die „Palästinenser“ zu sprechen, dann betätigt er sich als Kolonialherr, der die Meinungsäußerungen der „Palästinenser“ nicht ernst nimmt. Wenn er gleichzeitig behauptet, auch die „palästinensische“ Bevölkerung sei Opfer der Hamas, dann verwischt er Mitverantwortlichkeiten und verdreht Täter und Opfer.

Natürlich sind nicht die „Palästinenser“ Hamas und nicht die „Palästinenser“ Terroristen. Ebenso wenig aber haben die „Palästinenser“ nichts mit der Hamas zu tun. Die deutsche Politik verharmlost das Ausmaß, mit dem sich ein genozidaler Antisemitismus in die „palästinensische“ Gesellschaft hineingefressen hat. Sie hält sich Augen, Mund und Ohren zu, damit sie weiter ihren Illusionen anhängen und von Frieden zwischen Israelis und „Palästinensern“ träumen kann.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Die Hamas, die Muslimbruderschaft und ihre internationalen Förderer

Ein Blick in die Geschichte von Gaza zeigt: Diese Art von entsetzlichem Blutausch, der Terror des 7. Oktober ist nicht die Ausnahme, sondern häufige Agenda des Islam und der islamischen Hamas. Schon die Dachorganisation der Hamas, die Muslimbruderschaft, die sich als wahre Vertreterin des Islam bezeichnet, hat sich die Auslöschung des Judentums auf die Fahnen geschrieben. Daher verwundert es nicht, dass Nazi-Deutschland eine Allianz mit führenden Akteuren der Muslimbruderschaft eingegangen ist. (JR)

Von Collin McMahon

Der Anschlag von Simchat Torah hat in seiner Brutalität und Bestialität Israel und Juden in aller Welt entsetzt. Viel fühlen sich an die schlimmsten Gräueltaten des Holocaust erinnert. Während pro-Hamas Akteure bald dazu übergingen, die legitime, angemessene und erfolgreiche Reaktion Israels damit gleichzusetzen oder gar als schlimmer zu bezeichnen, zeigt ein Blick in die Geschichte der Hamas: Diese Art von Blutausch ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Wie die Hamas und ihre Dachorganisation, die Muslimbruderschaft, den Terror in die Welt gebracht haben, und heute EU und Bundesregierung infiltrieren.

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 vom Lehrer Hassan Al-Banna (1906-1949) nach dem Vorbild der mittelalterlichen shi'itischen Sekte der „Assassinen“ gegründet, die für ihre Selbstmordanschläge berüchtigt wurden. Daraus erklärt sich auch die Nähe der Muslimbruderschaft und heute der Hamas zum Iran. Al-Banna sah seinen Geheimbund als ersten historischen Schritt zur Überwindung der Spaltung der islamischen Welt in Shi'iten und Sunniten.

Schon 1938 besuchte der junge Ayatollah Khomeini Hassan Al-Banna am offiziellen Sitz der Muslimbruderschaft im Kairoer Stadtteil Darb Al-Ahmar. Im Gefängnis in den 60er Jahren übersetzte Khomeini zwei Bücher des Muslimbruder-Vordenkers Sayyid Qutb ins Farsi. Nach der islamischen Revolution eröffnete die Muslimbruderschaft schon 1979 einen Ableger in Teheran.

„Der Tod ist eine Kunst, eine teils wunderschöne Kunst, trotz ihrer Bitterkeit, in den Händen eines Meisters vielleicht die schönste aller Künste. Der Koran präsentiert den Tod als ehrbar und befiehlt den Gläubigen, den Tod mehr zu lieben und zu achten, als das Leben“, so Al-Banna, schreibt Islamwissenschaftler Dr. Daniel Pipes in seinem Vorwort zu Cynthia Farahats Buch über die Muslimbruderschaft, „The Secret Apparatus“ (Der Geheimapparat, Bombadier 2022). Der Titel bezieht sich dabei auf die zwei Kommandoebenen der Muslimbruderschaft, eine Konstruktion, die Al-Banna sich von Lenins Komintern abgeschaut hat. So besteht die Muslimbruderschaft immer aus zwei parallelen Strukturen, das öffentlich-politische Gesicht, der „Allgemeine Apparat“ und der militärisch-terroristische Arm, der „Geheimapparat.“

Neben dem bolschewistischen Geheimapparat nahm sich Al-Banna außerdem die Freimaurer zum Vorbild, die dafür bekannt waren, heimlich ihre Mitglieder in die elitärsten Kreise westlicher Regierungen einzuschleusen. Außerdem übernahm Al-Banna die Instrumentalisierung des Heiligen Krieges (Dschihad) zur Mobilisierung arabischer Kämpfer von Kaiser Wilhelm II. und seinem Agenten im Nahen Osten, Max von Oppenheimer.



Die Muslimbruderschaft wurde 1928 vom Lehrer Hassan Al-Banna (1906-1949) gegründet.

Al-Banna bewunderte natürlich auch Hitler und Mussolini, und orientierte sich an SA und NSDAP.

Die Nazis und die Muslimbruderschaft

„1933 richtete Berlin einen arabischsprachigen Pressedienst ein, und 1935 einen Radiosender in Kairo“, so Historiker George Bensoussan. Die Nazis waren im britisch regierten Ägypten nicht gern gesehen, außer bei den Muslimbrüdern, die den „Führer“ beinahe wie einen Messias feierten.

Als der neue Reichskanzler Adolf Hitler bei seiner ersten Rede im Sportpalast am 10.2.1933 sagte: „Nun ist die Stunde der Abrechnung gekommen“, fühlten sich die Eiferer der MB an die „Mondsüre“ erinnert: „Näher ist die Stunde des Gerichts gekommen, und gespalten hat sich der Mond.“ So nährten sich Gerüchte, Hitler sei zum Islam konvertiert, und „der Führer“ erhielt wie Kaiser Wilhelm II. vor ihm den Spitznamen „Hadschi Hitler“.

Die Nazis finanzierten die Muslimbruderschaft und regten Pogrome gegen Juden an, bei denen Allah hai, Allah hai, al Hadschi Hitler jai skandiert wurde: „Gott lebt, Hadschi Hitler kommt“. In Ägypten herrschte damals jedoch weitgehende Sympathie für den Zionismus. 80 000 Ägypter demonstrierten 1933 gegen die

Machtgreifung der Nazis. Deutsche Waren und Filme wurden boykottiert. Die NSDAP entsandte 1926-1933 Alfred Hess, den in Ägypten geborenen jüngeren Bruder des späteren Reichskanzlers Rudolf Hess, um die Landesgruppe Ägypten der NSDAP Auslandsorganisation (AO) aufzubauen.

Der berüchtigte Mufti von Jerusalem, Hadschi Amin Al-Husseini (ca. 1895-1974), wiegelte schon seit 1920 zu Pogromen gegen die Balfour-Erklärung auf, u.a. zum Massaker von Hebron 1929, bei dem 67 Juden getötet wurden und die 484 überlebenden Juden von den Briten evakuiert werden mussten. (Hebron ist seit etwa 4000 Jahren eine jüdische Stadt, seit dem Abraham dort die Höhle der Patriarchen kaufte, um seine Frau Sarah zu beerdigen - der erste jüdische Grunderwerb im Heiligen Land.)

Al-Husseini studierte 1911 an der Al-Azhar Universität Kairo und war bereits im I. Weltkrieg an der deutsch-osmanischen Geheimdienstoperation zum „Heiligen Krieg“ in Ägypten beteiligt. 1927 gründete er in Berlin ein Islaminstitut, eine Moschee in Berlin-Wilmersdorf und 1931 den Allgemeinen Islamischen Kongress, aus dem 1969 die Organisation für Islamische Zusammenarbeit hervorging, die heute 57 Mitgliedsstaaten und einen Sitz bei den Vereinten Nationen hat.

Hassan Al-Banna begrüßte diesen „guten Dschihad“ und regte al-Husseini dazu an, den arabischen Aufstand gegen „Juden, Die mit ihrem Gold die islamische Idee bekämpfen“ anzufachen. Laut Farahat gründete Al-Banna vermutlich im August 1935 den „Geheimapparat“ der Muslimbruderschaft zusammen mit Mufti Al-Husseini, der nach Al-Bannas Tod als möglicher Nachfolger an der Spitze der MB gehandelt wurde. 1936 entsandte Al-Banna Dschihadisten der MB ins Mandatsgebiet Palästina, die zusammen mit Nazi-Agenten am Arabischen Aufstand 1936-1939 beteiligt waren.

„Die Muslimbruderschaft war von Anfang an am Krieg in Palästina beteiligt, betrieb Propaganda für den Krieg, kämpfte beim Dschihad mit und lieferten Waffen und Munition“, sagte Al-Banna 1949.

1941 inszenierte Al-Husseini im Auftrag der Nazis einen erfolglosen Aufstand gegen die Briten im Irak und floh dann nach Berlin. Dort half Al-Husseini mit, die muslimische SS-Division Handschar aufzustellen, die die Juden Bosniens auslöschten, und erhielt bis 1945 monatlich 50 000 Reichsmark. Nach manchen Darstellungen gab al-Husseini die Anregung für die „Endlösung der Judenfrage“. Am 1.3.1944 rief er auf Radio Berlin die Araber dazu auf, „Juden zu töten, wo ihr sie findet.“

Nach dem Krieg floh Al-Husseini nach Kairo, wo er laut einem Memo der CIA „seine Terroristen mit denen der Muslimbruderschaft zusammengelegt hat“.

Ab 1945 begann Al-Banna eine Reihe von Attentaten an politischen Gegnern der Muslimbrüder, darunter der ägyptische Premier Ahmed Maher Pascha (24.2.1945), Richter Ahmad Khazidar (22.3.1948), Polizeichef Selim Zaki (4.12.1948) und den Ex-Premier Mahmoud Fahmi al-Nuqrashi (28.12.1948), der 1948 die MB verboten hatte. Am 12.2.1949 wurde al-Banna in einen Hinterhalt gelockt und erschossen. Von wem ist unklar.

Am 20.7.1951 wurde der König von Jordanien, Abdullah al-Husseini, bei einem Besuch auf dem Tempelberg in Jerusalem laut CIA „von einem Mitglied der Dschihad Mukada Miliz ermordet, eine extremistische Organisation, die 1948 vom Mufti al-Husseini gegründet wurde.“ Am 23.7.1952 stürzte die Muslimbruderschaft König Farouk von Ägypten und installierte Gamal Abdel Nasser.

Nasser rekrutierte mehrere Minister der Muslimbruderschaft, und holte mithilfe von Al-Husseini flüchtige Naziverbrecher nach Kairo, so wie Goebbels' „Judenexperte“ Dr. Johann von Leers („Omar Amin“), BND-Agent Alfred Zingler, der zusammen mit von Leers das „Institute for the Study of Zionism“ in Kairo gründete und „Mein Kampf“ ins Arabische übersetzen ließ, Dr. Aribert Heim, der „Dr. Tod“ und „Schlächter von Mauthausen“ konvertierte zum Islam und

wurde als "Onkel Tarek" ägyptischer Polizeiarzt. Hans Appler, ein weiterer Goebbels-Propagandist, wurde „Saleh Shafar“, der ab 1955 für eine ägyptische Einheit antijüdische Hasspropaganda fabrizierte. Gestapo-Offizier Erich Altern, Himmler-Koordinator in Polen und Experte für jüdische Angelegenheiten, arbeitete als „Ali Bella“ als Ausbilder für „palästinensische“ Terroristen. Nasser und Al-Husseini holten insgesamt etwa 2.000 Naziverbrecher nach Ägypten, wo sie mehr oder weniger offen unter staatlichem Schutz lebten und arbeiteten.

Der Geheimapparat der Muslimbruderschaft

„Hassan Al-Bannas Organisation wurde eine der komplexesten kriminellen Organisationen, die es je gegeben hat - die Al-Banna in einem Buchtitel Die Todesindustrie nannte“, schreibt Cynthia Farahat. „Im Zentrum steht der Geheimapparat, der die Zentralen der Muslimbruderschaft in Ägypten, der Türkei und Katar kontrolliert und die Politik der Bruderschaft weltweit diktiert.“

Nach Farahat sind die Regierungen von Ägypten, Sudan, Katar und der Türkei von der Muslimbruderschaft unterwandert. Es spreche einiges dafür, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan der aktuelle Allgemeine und Geheime Chef der Muslimbruderschaft sei, so Farahat. Am 23.4.2016 habe der Mufti der Muslimbruderschaft Yusuf al-Qaradawi (1926-2022) in Istanbul Erdogan zum Sultan und Kalifen der islamischen Welt ausgerufen.

Farahat wirft außerdem den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, Anwar Sadat und Mohammed Mursi vor, Mitglieder der Muslimbruderschaft gewesen zu sein. Am 12.2.1954 besuchte Nasser al-Bannas Grab zusammen mit seinem späteren Nachfolger, Anwar el Sadat, und schwor „in seinem Namen Dschihad zu führen“. Laut Farahat waren sowohl Nasser wie Sadat Muslimbrüder, auch wenn die Muslimbruderschaft später Anschläge auf Nasser (vereitelt) und Sadat (erfolgreich) verübt habe. Bei seinem Amtsantritt 1971 habe Sadat alle inhaftierten Muslimbrüder freigelassen und die Shariah in die ägyptische Verfassung aufgenommen.

Muhammad Mursi (1951-2019) wurde vermutlich 1976 nach seiner Wehrpflicht in die Muslimbruderschaft rekrutiert, so Farahat, und wurde in Führungspositionen befördert, obwohl er Epileptiker war und 2008 eine teilweise Lobotomie erhalten hatte. Er sprach kaum Englisch, erhielt jedoch ein Stipendium für die USC in Kalifornien, wo er 1982 seinen Doktor machte. Im Zuge des Arabischen Frühlings wurde Mursi am 28.1.2011 verhaftet, ist jedoch zwei Tage später ausgebrochen worden und 2021 als erster Muslimbruder zum ägyptischen Präsidenten installiert. 2013 wurde Mursi nach den Aufständen gegen das brutale Folterregime der Muslimbrüder gestürzt, zum Tode verurteilt und starb am 17. Juni 2019 an einem Herzinfarkt im Gerichtssaal.

Der ägyptische Offiziersstab sei nach wie vor von der Muslimbruderschaft unterwandert, so Farahat. Auch ein Präsident wie General Abdel Fattah El-Sisi, der Mursi stürzte, sei vom guten Willen der Muslimbruderschaft-Kader in seinem Offiziersstab abhängig.

Die älteste Universität der islamischen Welt, die Al-Azhar (Die



Parteilogo der Muslimbruderschaft.

Leuchtende) Universität in Kairo, sei seit 1940 eine Ausbildungsstätte der Muslimbruderschaft, so Farahat, die „fast gänzlich unter der Kontrolle der Muslimbruderschaft“ sei. Der erste Rektor der Al-Azhar Universität nach dem Umsturz der Monarchie, Muhammad al-Khidr Hussein, war ein Agent des deutschen Dschihad-Büros unter Max von Oppenheimer im ersten Weltkrieg, eröffnete 1917 die erste Moschee in Deutschland, die Mo-

derschaft kämpften 1948 im israelischen Unabhängigkeitskrieg erfolglos gegen den neugegründeten jüdischen Staat. Als Gaza von Israel 1948-1967 besetzt war, breitete sich die Muslimbruderschaft auch nach Gaza aus. Nach dem Sieg Israels über die ägyptische Besatzung 1967 gründete der Muslimbruder Scheich Ahmad Jassin in Gaza die Wohlfahrtsorganisation Mudschamma al-islāmī ("Islamische Universität"), aus der 1987 die Hamas

„Nasser und Al-Husseini holten insgesamt etwa 2.000 Naziverbrecher nach Ägypten, wo sie mehr oder weniger offen unter staatlichem Schutz lebten und arbeiteten.“

schee Wünsdorf in Berlin, und wurde in den 20er Jahren in Kairo einer der geistigen Ausbilder von Al-Banna.

Seitdem fungiert die Al-Azhar Universität als Kaderschmiede der Muslimbruderschaft, und später auch für Al-Qaida-Gründer Omar Abdel-Rahman, die Taliban, und den Islamischen Staat, genauso wie die gleichnamige Al-Azhar Universität in Gaza für die Hamas. (Laut Farahat sind die einzelnen Unterorganisationen des islamischen Terrors nur Decknamen für die Muslimbruderschaft.)

Die Al-Azhar Universität Gaza wurde 2014 bis 2022 mit 960.000 Euro von der EU sowie von Katar finanziert und bei Luftschlägen der israelischen Luftwaffe am 4.11.2023 weitgehend zerstört. Die IDF fand dort am 8.12.2023 Terrortunnels, Waffen, Raketenerkennungsstellen und Kommandoeinrichtungen der Hamas.

Der Terror der Muslimbruderschaft begann schon 1933, als der Großvater des Al-Qaida-Führers Ayman Zawahiri und Leiter der Al-Azhar-Universität, Muhammad al-Ahmadi al-Zawahiri (1887-1944), die Jugendabteilung der MB zu Pogromen gegen die Koptischen Christen in Ägypten aufwiegelte.

10.000 Freiwillige der Muslimbru-

der hervorging.

Die Entstehung der Hamas aus der Muslimbruderschaft

Am 9.10.1987 begann in Gaza die sog. „Erste Intifada“, nachdem ein israelischer LKW im „Flüchtlingslager“ Dschablija bei einem Unfall vier Araber getötet hatte. Am 10.12. trafen sich sechs Aktivisten der Muslimbruderschaft bei Scheich Jassin zuhause und gründeten die „Islamische Widerstandsbewegung“ arakat al-muqāwama al-islāmiyya, kurz Hamas („Eifer“).

Am 18.8.1988 wurde die Charta der Hamas veröffentlicht und zitierte im zweiten Absatz „Hassan Al-Banna, den Seligen Märtyrer“ mit den Worten: „Israel wird fortbestehen, bis der Islam es auslöscht, wie andere zuvor.“ In der Charta stand u.a. das Ziel, Juden zu töten, den Staat Israel auszulöschen und Friedensverhandlungen abzulehnen.

Hamas-Führer Yahya Sinwar entführte und ermordete 1989 die Soldaten Avi Sasportas und Ilan Saadon, und ermordete vier angebliche Kollaborateure. Sinwar wurde zu vier Mal lebenslanglich verurteilt. Sinwar wurde 2011 zusammen mit 1025 anderen Terroristen gegen den Soldaten Gilad

Shalit ausgetauscht und 2017 zum Hamas-Führer im Gazastreifen gewählt. Scheich Jassin wurde ebenfalls verhaftet, zu lebenslänglicher Haft verurteilt und 1997 im Austausch gegen zwei in Jordanien verhaftete Mossad-Agenten freigelassen. Am 22.3.2004 wurde Jassin bei einem Luftschlag getötet.

1989 rief die Hamas zum weltweiten „Dschihad gegen der Zionistischen Feind“ auf und organisierte 1991 die bewaffnete Al-Kassam Miliz. Während die PLO sich auf Friedensverhandlungen mit Israel einließ, die 1993 zu den Oslo-Abkommen führten, lehnte die Hamas jegliche Friedensbemühungen ab.

Muslimbruder-Ableger „Palästinensischer Islamischer Dschihad“ (PIJ) erfand 1989 das moderne islamistische Selbstmordattentat mit dem Anschlag auf Bus 405 zwischen Tel Aviv und Jerusalem, bei dem 14 Passagiere getötet und 27 verletzt wurden. Die Muslimbruderschaft hatte schon 1954 den Sprengstoffgürtel und die Autobombe als Terrorwaffen eingeführt.

Der Ingenieur Yahya Ayyash begann für die Hamas Bomben zu bauen, bis er 1996 mit einem mit Sprengstoff präparierten Handy von der Schin Bet eliminiert wurde. Seitdem wetteifern Hamas und PIJ um den blutigsten Selbstmordanschlag, ganz in der Tradition der mittelalterlicheren Assassinen. Seit 1989 starben 1797 Menschen bei 61 Selbstmordattentaten, vor allem während der „Zweiten Intifada“ der Hamas 2000-2005.

1990 besuchte Hamas-Abgesandter Moussa Abu Marzouk Teheran, und traf sich mit Ayatollah Khomeini. Seitdem unterstützt der Iran die Hamas mit 30 Mio. US-Dollar im Jahr und bildet Hamas-Kämpfer in Libanon und Iran aus. Mindestens 500 Hamas-Terroristen des 7.10. wurden im Iran ausgebildet, so das Wall Street Journal. Die Paraglider-Ausbildung fand nach Berichten des Telegraph im September im Libanon statt.

1997 wurde die Hamas von den USA zur Terrororganisation erklärt, nach den Anschlägen vom 11.9.2001 nahm sie die EU auf die Terrorliste auf. 2005 zog Israel aus dem Gazastreifen ab, 2006 gewann die Hamas die Wahlen in Gaza, ermordete ihre politischen Gegner der PLO/Fatah im Gazastreifen und begann ab 2007, Gaza in eine Terrorhochburg zu verwandeln

Netzwerk der Netzwerke: Die Muslimbruderschaft und die Staatsknete

Seit 2001 ist die Hamas offiziell von der EU-Finanzierung ausgeschlossen, trotzdem finanziert die EU weiterhin Gruppen aus dem Netzwerk der Muslimbruderschaft, wie der EU-Abgeordnete Charlie Weimers (Schwedendemokraten) in seinem Bericht „Network of Networks: The Muslim Brotherhood in Europe“ vom Oktober 2021 schreibt. „Die Europäische Kommission ist darauf hereingefallen und finanziert MB-Organisationen mit großen Geldsummen, und bemächtigt sie auf mannigfaltige Weise zum Handeln.“

So gingen 2014-2019 insgesamt 5.422.678 Millionen Euro an das „European Network against Racism“ (ENAR), zu dem das „Forum of European Muslim Youth & Student Organisations“ (FEMYSO) gehört. 2020 waren es 200.000 € und 2022 860.000 €. FEMYSO steht der Muslimbruder-

schaft nahe, so der Wissenschaftliche Dienst des Dt. Bundestages 2015.

ENAR gab 2021 die EU-finanzierte Studie „Suspicion, Discrimination and Surveillance“ (Verdacht, Diskriminierung und Überwachung) heraus, nach der der Kampf gegen den Terror in Europa „Rassismus“ und „Islamophobie“ seien. ENAR erhielt 2016-2022 1.415.461 € von den Open Society Foundations.

ENAR-Chefin Karen Taylor warf dem Präsidenten des „European Jewish Congress“ Moshe Kantor beim „Anti-Rassismus-Gipfel“ der EU am 19.3. vor, „gegen Muslime und Migranten zu hetzen“, und forderte seine Ausladung. Karen Taylor arbeitete im Dt. Bundestag für den SPD-Abgeordneten Karamba Diaby und leitet außerdem die NGO „Each One Teach One“ (2021-2022 1.181.000 € vom Familienministerium sowie 142.000 € vom Innenministerium), ist Sprecherin der „Bundeskonzferenz der Migrant*innenorganisationen“ und Aktivistin bei der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.“, das 2022 5,2 Mio. € vom Bund und 3,6 Mio. € vom Land Berlin bewilligt bekam. Taylor arbeitet eng mit der „Antidiskriminierungsbeauftragten“ Ferda Ataman zusammen, die ihre Karriere im wesentlichen Open Society- und Muslimbruder-nahen Organisationen zu verdanken hat (siehe „Die talentierte Frau Ataman“, Jüdische Rundschau, Sept. 2022).

6,45 Mio. € gingen laut EU-Finanztransparenzsystem 2014-2020 an die Organisation Islamic Relief, die der Muslimbruderschaft und der Hamas nahestehen, und 890.000 € an Islamic Relief Deutschland. Islamic Relief Deutschland (IRD) verfügt über „signifikante personelle Verbindungen“ zur Muslimbruderschaft, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP einräumen musste. IRD erhielt außerdem nach eigenen Angaben zwischen 2011 und 2015 rund 6,13 Millionen € von der Bundesregierung, hauptsächlich vom Auswärtigen Amt und unterhält enge Verbindungen zur MB-nahen „Muslimischen Jugend in Deutschland“ (MJD). Islamic Relief gilt in Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten als Terrororganisation, da es Teil des Finanzsystems der Hamas sei.

Im August 2020 musste Heshmat Khalifa, Direktor von Islamic Relief Worldwide, zurücktreten, nachdem arabischsprachige, antisemitische Tweets bekannt wurden, in dem er Juden als „Enkelkinder von Affen und Schweinen“ bezeichnete, wie die London Times und Islamexpertin Sigrid Herrmann-Marschall enthüllten. Der gesamte Vorstand von Islamic Relief UK trat daraufhin zurück.

Zu den Unterstützern von Islamic Relief zählten Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD), die sich 2015 beim einem IR-Event ‚Speisen

für Waisen‘ mit dem Islamaktivisten Younes Al-Amayra fotografieren ließ. Al-Amayra sendet für das öffentlich-rechtliche YouTube-Format „Datteltäter“, die dem Verein „JUMA - Jung, muslimisch Aktiv“ der SPD-Politikerin Sawsan Chebli nahestehen.

Im April 2011 trat auf einer Juma-Veranstaltung der spätere Imam Abdul Adhim Kamouss als Redner auf, der vom Verfassungsschutz dem radikalen Islam zugeordnet wurde. Außerdem hatte er mit dem späteren IS-Terroristen Denis Cuspert („Deso Dogg“) in einem Video für die vom Verfassungsschutz beobachtete Al-Nur-Moschee geworben.

2013 posierte nach Bild-Angaben ein weibliches Juma-Mitglied mit einer täuschend echten Maschinenpistole am Holocaust-Mahnmal. Zuletzt sorgte Chebli für Empörung, als sie in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Scharia als „absolut kompatibel“ mit dem Grundgesetz bezeichnete.

Prominente SPD-Politiker wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die ehem. Ministerpräsidentin NRW Hannelore Kraft und der Münchener OB Dieter Reiter, sowie die parteilose Oberbürgermeisterin von Köln Henriette Reker, warben für IRD.

„Islamic Relief“ finanziert die Hamas-eigene Universität von Gaza, 1978 von Hamas-Gründer Ahmed

Jassin eingerichtet. Während den Kämpfen mit Israel 2008 wurden hier Raketen für die Hamas hergestellt. 16 Professoren sind Hamas-Abgeordnete im „palästinensischen“ Parlament, so der Bericht „Islamic Relief – Charity/Extremism/Terror“ vom „Middle East Forum“.

In einem Interview 2016 mit dem Hamas-Radiosender „Al-Aqsa“ sagte IR-Begründer Hany El-Banna, „Islamic Relief“ unterstütze seit 1997 das „Gaza Zakkat-Komitee“, die Sozialorganisation der Hamas, die die Familien von getöteten Terroristen unterstützt. Diese Hilfe wird dann im Westen als „Waisenhilfe“ verkauft. 2016 warb „Islamic Relief Deutschland“ in Berliner U-Bahnhöfen mit Plakaten „Zakat heißt, Du hilfst den Schwachen“ für diese „Waisenhilfe“.

Islamic Relief sponsert laut dem „Middle East Media Research Institute“ (MEMRI) das „Kinderbildungsfestival Palästina“, bei dem Kinder zur Gewalt gegen Juden erzogen und ermuntert werden, sich in die Luft zu sprengen und „als Märtyrer zu sterben“.

Nach Enthüllungen der Jüdischen Rundschau im September 2020 musste „Aktion Deutschland Hilft“, die Spenden im Namen von ARD und ZDF sammelt, die Zusammenarbeit mit Islamic Relief beenden. Islamic Relief dementiert, Verbindungen zur Muslimbruderschaft oder Hamas zu haben.

Terrorunterstützer besetzen Hörsaal der FU Berlin, hindern Juden mit Gewalt am Betreten

An der Freien Universität Berlin besetzte am 14. Dezember die Gruppe Students for „Palestine“ einen Hörsaal, dabei wurden jüdische Studenten und Israel-Sympathisanten mit Gewalt daran gehindert, den Hörsaal zu betreten. Die Universitätsleitung forderte die Besetzer viel zu spät auf, den Saal zu verlassen. Als dies nicht erfolgte, ließ die FU-Leitung erst nach Stunden die Polizei den „judenfreien“ Hörsaal endlich räumen und die Israel-feindliche Hetze beenden. Die Universitätsleitung hat Strafantrag gegen die pro-Gaza-Aktivistinnen wegen Hausfriedensbruchs gestellt. (JR)

Von Collin McMahon

An der Freien Universität Berlin besetzte am 14.12. die Gruppe „Students for Palestine“ den Hörsaal 1a in der „Rost- und Silberlaube“ der Uni, um gegen eine „einseitige Haltung“ der FU in Bezug auf den Gaza-Krieg zu protestieren. Dabei wurden pro-Israel-Aktivistinnen mit Gewalt daran gehindert, den Hörsaal zu betreten.

Die illegale Besetzung einer judenreinen Zone in der FU Berlin begann laut Tagesspiegel von etwa 11.45 Uhr am 14.12, mit Vorträgen der Gruppen „Migrantifa“, „ArbeiterInnenMacht“ und „Young Struggle“ unter dem Motto „Yalla Yalla Occupy“. Die Universitätsleitung forderte die Besetzer auf, den Saal zu verlassen. Erst um etwa 16 Uhr ließ die FU-Leitung die Polizei den judenfreien Hörsaal endlich räumen und die israelifeindliche Hetze beenden. Die Universitätsleitung hat Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Gegen 18 Uhr war die Räumung laut Polizei beendet.

Die „sozialistische Jugendorganisation“ „Young Struggle“ gedenkt auf ihrer Twitter-Seite der Terroristin Shadia Abu Ghazaleh, Gründungsmitglied der Volksbefreiungsfront PFLP, die in der EU als Terrororganisation gilt, und nennt sie „eine Vorreiterin im palästinensischen Befreiungskampf“ – einen Kampf, den Young Struggle „weiter in die Welt tragen“ wolle. Das ist ein offe-

ner Aufruf zum Terror.

Solidarität mit Terroristen

„Young Struggle“ betonte in ihrem Vortrag an der besetzten FU laut Perspektive Online „die Legitimität des Widerstandes gegen Vertreibung und Besatzung“, also eine Rechtfertigung des Hamas-Terrors vom 7. Oktober, davor und danach. Anstatt sich vom Hamas-Terror zu distanzieren, hetzen die „Students for Palestine“ angebliche israelische „Kriegsverbrechen in Gaza“. Die israelische Armee riskiert jeden Tag das Leben ihrer Soldaten, um im erbarmungslosen Häuser- und Tunnelkampf die Hamas auszulöschen, die sich feige hinter Frauen und Kinder versteckt.

„ArbeiterInnenMacht“ (Workers' Power) sprach sich am 2.12. gegen ein Verbot der Terrororganisationen „Hamas“ und „Samidoun“ aus, deren „Kriminalisierung“ sich „gegen die gesamte palästinensische Bevölkerung“ richte, egal „ob ihre Strategie oder Taktik uns gefallen mag“.

„Students for Palestine“ hatte laut „Tagesspiegel“ die Besetzung erst in der Nacht auf Donnerstag auf Instagram angekündigt, um gegen „die einseitige Haltung der Universitätsleitung bei der Gewalt in Israel/Palästina“ zu protestieren. Die Unileitung würde es vermeiden, „den Täter dieser Katastrophe“ zu nennen – nämlich Israel. Das Hamas-Massaker wurde

nicht erwähnt. Ein jüdischer Student sei als „ungebetener Gast“ bezeichnet und vom Publikum ausgebuht worden, so „Welt TV“. Jüdischen Studenten wurde durch die Demonstranten der Zugang zum Hörsaal verweigert und aufgefordert, den Bereich zu verlassen.

Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs

Auf Anfrage der „Welt“ teilte die Polizei mit, „dass es gegen 12.30 Uhr zu einer körperlichen Auseinandersetzung in dem Hörsaal gekommen sei. Daran sollen den Angaben zufolge rund 25 „propalästinensische“ und 10 „proisraelische“ Personen beteiligt gewesen sein. Ein Polizeisprecher sprach von einer „Schubserie“.

Zu den Mitveranstaltern zählten auch „Waffen der Kritik“, die marxistische Hochschulgruppe der linksextrremen Zeitung „Klasse Gegen Klasse“ der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO). „Baki“ und „Julius“ von „Waffen der Kritik“ behaupteten in einem Video, die „bürgerlichen Medien“ „lügten über den Vorfall“. „Bei Springer und sogar in den Tagesthemen“ hieß es, die Veranstalter „hätten Jüd:innen (sic) bei der Hörsaalbesetzung aus dem Raum geworfen. Sie sagen, wir seien antisemitisch, während sie kein Wort über die mehr als 18.000 toten Palästinenser:innen (sic) in Gaza verlieren.“ (Die Todeszahlen aus Gaza basieren allein auf

Angaben der Hamas.)

Die Juden, die von der Hörsaalbesetzung ausgeschossen wurden, seien in Wahrheit „Zionisten“ und „jüdische Rechte“, die „auch in der Vergangenheit Proteste gestört haben und palästinensische Studierende belästigt“ hätten, so „Baki“ und „Julius“ von „Waffen der Kritik“.

In der Presseaussendung dazu sagte die FU Berlin, sie wende sich „gegen Antisemitismus in jeder Form.“ Die FU „befürwortet es, wenn sich Studierende wie auch andere Mitglieder der Hochschule für gesellschaftlich relevante Themen engagieren und den kritischen Dialog dazu führen, solange sich dieses Engagement im Rahmen von Recht und Gesetz bewegt. ... Sie sieht Besetzungen aber nicht als geeignetes Mittel der Kommunikation oder des Protests.“ Die FU Berlin hat seitdem 20 Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs erhoben, teilte die FU der dpa mit

Die Studentengruppe „Fridays for Israel“ nannte das Vorgehen der „Migrantifa“ und „Students for Palestine“ „Antisemitismus par excellence. Wir fordern die Unileitung auf, sofort zu handeln.“ Tim Gräfe und Clara Nathusius von der Jungen Union von „Fridays for Israel“ riefen am folgenden Tag, 15.12. zu einem stillen Protest an der FU Berlin auf. Es gab keinerlei gewaltsame Ausschreitungen auf der „Fridays for Israel“ Demo.

Waffen in Erddepots versteckt: Militante islamische Terroristen planten Anschläge in Deutschland

Lange vor ihrem Verbot, das viel zu spät in Deutschland erst im November erfolgte, waren die Hamas und ihre islamischen Ableger hierzulande bereits tätig und versteckten Waffen für spätere Anschläge in „Erddepots“. In Berlin, Rotterdam und auch in Dänemark wurden mehrere Terroristen festgenommen. Die mutmaßlichen Hamas-Mitglieder hatten den Auftrag, die versteckten Waffen zu nutzen, um jüdische Einrichtungen anzugreifen, was beinahe gelungen ist. Der israelische Premier Netanjahu darauf hin, dass es auch in Europa darum gegangen wäre, unschuldige Zivilisten zu töten – keinesfalls ausschließlich jüdische. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Die Terroristen wurden quasi auf frischer Tat ertappt. Immer wieder hatten sich drei Männer in der Nähe von Berlin auf die Suche nach einem „Erddepot mit Waffen“ gemacht, das die Hamas dort in der Vergangenheit „konspirativ“ angelegt haben soll, so der ermittelnde Generalbundesanwalt in Karlsruhe. Der Plan: Die Waffen sollten nach Berlin gebracht und für mögliche Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Deutschland oder anderen europäischen Ländern bereitgehalten werden. Am späten Abend betraten dann maskierte BKA-Beamte mit Spürhunden ein Mehrfamilienhaus in der Alten Jakobsstraße in Berlin-Mitte, vermutlich um die Wohnung eines der Beschuldigten zu durchsuchen.

Bei den Festgenommenen handelt es sich laut dem Generalbundesanwalt um vier langjährige Mitglieder der Hamas mit direkter Anbindung an den militärischen Arm der Organisation, die „Izz al-Din al-Qassem“-Brigaden. Drei wurden in Berlin festgenommen, einer in Rotterdam, wofür sich Nancy Faeser bei der niederländischen Polizei bedankte.

Daneben berichtet die „Welt“ von drei Festnahmen in Dänemark, wo ebenfalls ein Terroranschlag geplant gewesen sei. Eine weitere Festnahme hatte der dänische Geheimdienst PET in den Niederlanden veranlasst. Laut dem israelischen Auslandsgeheimdienst hatten auch diese Festgenommenen Verbindungen zur Hamas. Laut Premierminister Benjamin Netanjahu wollten sie „unschuldige Zivilisten auf europäischem Boden töten“.

Nun sind deutsche Beamte auf der Suche nach dem fraglichen Waffendepot. Die Welt erfuhr aus Sicherheitskreisen, dass Europa nicht mehr nur Rückzugsgebiet, sondern auch „Aktionsraum“ der Terroristen geworden sei. Ist das wirklich so etwas Neues? Vielleicht im Fall der Hamas, keineswegs aber was den radikal-islamischen Terror im Allgemeinen angeht. Man denke nur an die laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts, wo es um mehrere mutmaßlich islamistische Terrortaten in Duisburg geht. Daneben wurden zum 1. Oktober und November 2023 zahlreiche mutmaßliche Mitglieder von IS und anderen Terrorgruppen festgenommen.

Die Operation Depotsuche lief schon seit dem Frühjahr 2023

Die Hamas selbst wird vom Generalbundesanwalt als „Organisation mit militant-islamistischer Ausrichtung“ beschrieben, mit dem Ziel der Vernichtung Israels zugunsten eines „palästinensischen“ Staates auf dem gesamten ehemals britischen Mandatsgebiet Palästina zwischen Mittelmeer und Jordan („vom Fluss bis zum Meer“), in dem dann die Scharia gelten sollte. Die Hamas lehne jegliche säkulare Staatlichkeit als gottlos ab und sehe in der Scharia die einzig legitime Grundlage staatlichen Handelns. In Deutschland soll es nur 450 Hamas-Mitglieder im



Polizeifahrzeuge stehen vor einem Haus in Berlin-Neukölln, das im Zusammenhang mit einer Gruppe von Personen durchsucht wurde, die verdächtigt werden, die Hamas zu unterstützen.

strengen Sinn geben. Aber das Umfeld dürfte sehr viel größer sein.

Der Kopf der Berliner Gruppe, Abdelhamid Al A., erhielt seine Weisungen von Führungskadern im Libanon. Al A. stammt selbst aus dem Libanon, ebenso wie der vorläufig in Berlin festgenommene Ibrahim El-R. Daneben wurden der Ägypter Mohamed B. und – in Rotterdam – der Niederländer Nazih R. festgenommen. Spätestens seit Frühjahr 2023 war Abdelhamid Al A. damit befasst, das geheime Waffendepot der Hamas ausfindig zu machen. Im Oktober 2023 machten sich die Beschuldigten dann in unterschiedlicher Zusammensetzung auf die Suche nach den Waffen.

Man lernt daraus, wie lange die Hamas schon in Deutschland operiert. Dass die radikale Miliz nun zu Taten auch im Ausland schreiten wollte, ist kein Wunder angesichts des von ihr entfachten Gaza-Konflikts. Aber die Operationen haben nicht gestern begonnen, sondern wurden jahrelang vorbereitet. Es scheint ein Glückstreffer gewesen zu sein, dass Bundeskanzler und Innenministerin die Kurve kriegten und die Organisation verboten, die seit ihrer Gründung terroristische Anschläge auf Ziele in Israel ausführte. Das Betätigungsverbot zeigt, dass diese Anschläge drohen, sich auf Deutschland und Europa auszuweiten.

Haben nur die Angriffe auf Juden in Deutschland zugenommen?

Man stelle sich vor: Im Frühjahr waren die Hamas und ihre Vorfelddorganisationen noch legal in Deutschland. Natürlich war solch eine Aktion auch damals schon strafrechtlich relevant mindestens im Sinne der Vorbereitung einer Gewalttat. Aber durch das Hamas-Verbot bekommt sie eine ganz neue Bedeutung auch für deutsche Behörden. Die Tagesthemen berichteten an diesem

Abend auch über die „Stimmung im Westjordanland“ und stellen erschrocken fest, dass die militante radikal-islamische Hamas dort immer beliebter wird. Auch aus dem Gazastreifen sind solche Umfragen bekannt.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, äußerte sich genau in dieser Richtung. Das Geschehen zeige „in erschreckender Weise, wie akut die terroristische Bedrohung auch in Deutschland ist“. Schuster fand es aber auch „beruhigend, mit welchem wachem Blick die Sicherheitsbehörden jüdisches Leben in Deutschland schützen“.

Trotzdem ist es beinahe schon eine Verharmlosung der Pläne dieser echten Hamas-Terroristen, wenn Justizminister Marco Buschmann (FDP) sagte, nach den Angriffen der Hamas auf die israelische Bevölkerung hätten auch in unserem Land Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen zugenommen – ganz so, als handele es sich um einen Farbanschlag, um Vandalismus oder dergleichen. „Beschämend“ sei das und „erschütternd“. Daher müsse man alles dafür tun, damit Juden nicht abermals in Deutschland um ihre Sicherheit fürchten müssen. „Unsere Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden arbeiten mit Hochdruck daran.“

Der Hochdruck der Behörden in allen Ehren, aber daneben geht es hier nicht um eine nostalgische Erinnerung an jüdische Furcht vor Verfolgung. Die von den Hamas-Mitgliedern geplanten Attentate hätten jeden treffen können. Daran ist nichts Beschämendes, wohl aber viel Erschreckendes.

Faeser hat die „islamistische Szene“ keineswegs permanent im Blick

Innenministerin Faeser begrüßte, Berichten zufolge, die Festnahme mutmaßlicher Hamas-Mitglieder – alles andere wäre auch sehr erstaunlich. Auch

Faeser sah in den Festnahmen einen Beweis dafür, „dass unsere Sicherheitsbehörden äußerst wachsam sind und konsequent handeln“, um dann anzuhängen: „Wir haben die islamistische Szene im Visier.“ Das ist eine Aneignung der Behördenarbeit, wie sie natürlich gemeine Währung unter den Leitern von Bundesministerien ist.

Aber Faeser hat die „islamistische Szene“ eben keineswegs permanent im Blick, vielmehr hat sie schon 2022, kurz nach ihrer Amtsübernahme, den „Expertenkreis Politischer Islamismus“ aufgelöst. Damit verloren Experten wie Susanne Schröter und Ruud Koopmans eine feste Anbindung an die Arbeit des Innenministeriums. Eine kritische Beleuchtung des Phänomens Islam war offenbar nicht mehr gewünscht, dafür wird die Arbeit der „Islamkonferenz“ von Faeser jedes Jahr wieder ausgeweitet und um Punkte wie „Islamophobie“ ergänzt, anstatt auch in diesem Gremium einmal konzentriert über den massiven Antisemitismus unter Muslimen zu sprechen.

Der Schutz von Juden habe höchste Priorität, sagte die Innenministerin nun. Man gehe „mit allen rechtsstaatlichen Mitteln“ gegen diejenigen vor, die das Leben von Juden und die Existenz des Staates Israel bedrohten. Nun ist auch das nur gespielte Emphase, die man der eiskalten Laienschauspielerin ja nicht abnehmen muss. Aber es wäre gut, wenn Israels Sicherheit als „deutsche Staatsräson“ und die Sicherheit von Juden in Deutschland solche Energien und solchen Eifer freisetzen würden. Man würde hoffen, dass das auch in Bezug auf das Leben von Deutschen und die Fortexistenz des hiesigen Gemeinwesens gelten würde. Darauf deutet bei dieser Regierung nicht viel hin.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Offener Brief von Gideon Joffe an Berlins SPD-Chef Raed Saleh

Der im vergangenen Sommer wiedergewählte Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Gideon Joffe, zeigte zurecht seine Enttäuschung über den Berliner SPD-Landeschef Raed Saleh. Dieser hatte nach dem Massaker der islamischen Hamas an 1200 Juden kaum ein nennenswertes Wort für die Opfer der bestialischen Morde und deren Angehörige übrig. In einem offenen Brief kritisiert Joffe Gideon die allzu eindeutige Haltung des roten Politikers. (JR)

Offener Brief von Gideon Joffe an Berlins SPD-Chef

„Lieber Raed, wir kennen uns schon einige Jahre – und unsere Biografien ähneln sich. Beide sind wir in den 70er Jahren, nur 60 Kilometer voneinander entfernt, geboren. Du in Sebastia im Westjordanland, ich bei Tel-Aviv in Israel. Du bist mit fünf Jahren nach Deutschland gekommen, ich als Vierjähriger.“

Im Verlauf unseres Lebens haben wir beide entschieden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, um Berlin ein wenig besser, bunter, freierlicher zu gestalten. Der liebe Gott hat offenbar Großes mit Dir vor, Raed: Er lässt Dich schon seit mehr als zehn Jahren als SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus wirken, seit drei Jahren zudem als Landesvorsitzender Deiner Partei.

Unsere Wege haben sich im Laufe der Zeit mehrfach gekreuzt. Das ist vor allem Deinem wunderbaren Engagement bezüglich des Wiederaufbaus der Synagoge am Fraenkelufer in Kreuzberg zu verdanken. Die Synagoge am Fraenkelufer ist ein Gotteshaus der Jüdischen Gemeinde zu Berlin – sie war die erste Synagoge in Berlin, die nach 1945 wieder als Gotteshaus fungierte, wenngleich in stark verkleinerter Form, da nach dem Krieg nur noch ein Seitenflügel zu nutzen war.

Ich fand es bewundernswert, dass Du soviel Herzblut gezeigt hast. Häufig fragte ich mich, warum ich gerade Dir gegenüber soviel Bewunderung verspüre. Weil ausgerechnet Du, als Deutscher mit palästinensischem Wurzeln, Dich für den Aufbau jüdischen Lebens in Berlin einsetzt? Weil sich der Fraktionsvorsitzende einer Regierungspartei bemüht, durch den Aufbau der Synagoge ein deutliches Zeichen für die Zukunft jüdischen



Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Lebens in Berlin zu setzen? Dein Engagement ist nicht selbstverständlich.

Lieber Raed, meine Bewunderung ist einer tiefen Enttäuschung gewichen. Nach dem 7. Oktober wurde die Enttäuschung mit jedem Tag stärker. Am 7. Oktober sind Menschen in einer Art und Weise ermordet worden, wie man es in keinem Horrorfilm gesehen hat. Ich mag Horrorfilme nicht, erst recht nicht, wenn sie geköpfte Kleinkinder, vor den Augen der Familie vergewaltigte Mädchen, verbrannte Teenager, abgeschnittene Geschlechtsteile, zerfetzte Arme, Beine,

Finger oder ausgestochene Augen zeigen.

Als Jugendlicher habe ich mir nie Horrorfilme angesehen. Wahrscheinlich, weil ich schon in früher Kindheit Horrorgeschichten über sinnloses Quälen und Morden hören musste – von Überlebenden der Shoa.

Am 7. Oktober haben Monster in Menschengestalt Horrorfilme an verschiedenen Orten gleichzeitig gedreht. Manchmal wurden diese Horrorfilme direkt ins Internet übertragen, sodass unzählige Menschen sich diese in Echtzeit ansehen und sich – je nach persönlicher Einstel-

lung – fürchten oder freuen konnten. Das Besondere an diesen am 7. Oktober gedrehten Horrorfilmen ist, dass sie die Wirklichkeit zeigen. Nicht Schauspieler waren am Werk, sondern Mörder und Ermordete waren reale Menschen. Und noch etwas war an diesem Tag besonders – oder soll man eher sagen: zu erwarten? Dieser Horror fand in Israel statt, die Ermordeten waren Juden.

Und wie reagierst Du, Raed, darauf? Mit ohrenbetäubendem Schweigen – und das schon seit neun Wochen! Nach den ersten Tagen Deines Schweigens hatte ich die Hoffnung, Du würdest nach passenden Worten suchen. Mittlerweile weiß ich, dass Du Dich entschieden hast, die Worte „Terror“, „Hamas und „Verurteilung“ nicht in den Mund zu nehmen.

Du bist der einzige SPD-Landesvorsitzende, der seine Solidarität mit den Opfern des bestialischen Massakers nicht zum Ausdruck gebracht hat. Das macht mich tief traurig. Ich war überzeugt, Du würdest verstehen, dass die am 7. Oktober ermordeten Israelis genauso unschuldig waren wie die damals von den Nazis ermordeten Beter der Synagoge am Fraenkelufer. Oder denkst Du womöglich, es gibt einen nachvollziehbaren Grund, Männer, Frauen und Kinder so zu quälen und zu ermorden, wie es die Hamas-Terroristen taten?

Man kann nicht die von den Nazis ermordeten Juden durch den Wiederaufbau der Synagoge Fraenkelufer ehren, wenn man zugleich zu den von den Islamisten ermordeten Juden schweigt. Tolerierte ich das, wäre ich unaufrichtig. Schweren Herzens teile ich Dir daher mit, dass die Jüdische Gemeinde die Zusammenarbeit mit Dir bezüglich des Wiederaufbaus der Synagoge wird beenden müssen. Ich bitte Dich, mit sofortiger Wirkung Deinen Rücktritt aus dem Kuratorium zu erklären.“

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Die ideologische Symbiose der Linken mit dem Antisemitismus

Wenn Fridays-For-Future-Aktivistinnen die Abschaffung der Marktwirtschaft fordern oder offen die Hamas unterstützen und deren Gräueltaten relativieren, zeigt dies nur, dass sie ihr Thema lediglich als Plattform zur Verbreitung anderer Ideen verstehen und dafür auch missbrauchen. Zahlreiche Hamas-Sympathisanten und Terror-gegen-Israel-Versteher kommen aus dem rot-grünen Milieu. Die Grenzen zu den faschistoiden Ideologien jeglicher Couleur verschwimmen bei den selbsternannten Klima-Retterinnen zunehmend, was auch durch das Outing der ganz offenkundig antisemitischen FFF-Gallionsfigur Greta Thunberg als überzeugte Israel-Hasserin nur allzu deutlich bestätigt wird. (JR)

Von Rainer Fassnacht

Zahlreiche Unterstützer der Hamas unter Sozialisten und vorgeblichen Klima- und Umweltfreunden sind kein Zufall.

Die Reaktionen auf das Massaker vom 7. Oktober lassen einiges deutlicher erkennen, dass bereits zuvor gegeben war, aber kaum wahrgenommen wurde. Zu diesen „Aufdeckungen“ gehört der Umstand, dass zahlreiche Unterstützer der Hamas und mehr oder weniger offene Antisemiten aus dem rot-grünen Umfeld kommen.

Rot-Grün ist hier nicht parteipolitisch zu verstehen, die Grundideen sozialistischen Denkens sind nicht nur unter den Mitgliedern und Wählern von Linken, SPD und Grünen verbreitet, sondern weit darüber hinaus. Auch zahlreiche vorgebliche Klima- und Umweltfreunde vertreten Positionen, die primär sozialistisch sind und dem angeblichen Ziel schaden oder nichts damit zu tun haben.

Wenn FFF-Aktivistinnen die Abschaffung der Marktwirtschaft fordern oder offen die Hamas unterstützen und deren Gräueltaten relativieren, zeigt dies, dass sie ihr Thema lediglich als Plattform zur Verbreitung anderer Ideen verstehen. Allerdings ist dies nur die Spitze eines deutlich größeren Eisbergs.

Welche Faktoren tragen zu dieser „gefährlichen Leidenschaft“ bei? Was führt dazu, dass gerade im rot-grünen Umfeld so wenig registriert wird, welche enormen Risiken für die gesamte Gesellschaft mit solchem Denken und Tun verbunden sind?

Kollektivismus

An erster Stelle ist hier der Kollektivismus zu nennen. Es gehört zum Kern sozialistischen Denkens, nicht den einzelnen Menschen als individuelles Wesen in den Mittelpunkt zu stellen, sondern gedankliche Kollektive. Diesen Kollektiven, beziehungsweise allen Menschen, die man der jeweiligen Gruppe zugeordnet hat, werden gemeinsame Eigenschaften zugeschrieben.

Es gibt zahlreiche historische und aktuelle Beispiele für Kollektivismus. So stehen im Kollektivblick des marxistischen Klassenkampfes die guten Arbeiter und Bauern den schlechten ausbeutenden Kapitalisten gegenüber. Auch in der modernen Klimakampfperspektive kommt den Kapitalisten meist die Rolle der Bösen zu.

Die Zuschreibung eines „bösen jüdischen Kollektivs“ ist um einiges älter und hat mit Deutschland unter nationalsozialistischer Herrschaft keineswegs ihr Ende gefunden. Wie das Geschehen in Gaza unter der Herrschaft der Hamas zeigt, ist diese Form des Kollektivismus noch immer verbreitet und tödlich gefährlich.

Seine Sprengkraft erhält der Kollektivismus dadurch, dass dem „bösen Kollektiv“ negative Eigenschaften zugeordnet und Angriffe auf das „böse Kollektiv“ als legitim beschrieben werden. Beleidigungen, Angriffe auf das Eigentum bis hin zu bestialischen Massakern erscheinen den



FFF-Gallionsfigur Greta Thunberg äußerte sich wiederholt anti-israelisch.

Kollektivistinnen oft nicht nur akzeptabel, sondern geradezu notwendig. Eine solche unmenschliche Sicht fällt nicht vom Himmel, sondern wird produziert.

Erziehung zur Unmenschlichkeit

Wie weit man den Hass auf „die Anderen“ – insbesondere bei jungen Men-

Damit der Mitmensch nicht mehr als Mensch gesehen wird, bedarf es intensiver Indoktrination und Erziehung zur Unmenschlichkeit.

schen – treiben kann, zeigten beispielsweise die Wolfskinder unter Mao, welche die Gefährdung von Leib und Leben der eigenen Eltern nicht nur billigenden in Kauf nahmen, sondern herbeiführten und begrüßten.

Nicht anders verhält es sich mit den jungen Menschen, die beim Massaker vom 7. Oktober wahllos und mit bestialischer Brutalität agierten, ohne auch nur einen Hauch von Gewissensbissen erkennen zu lassen.

Damit der Mitmensch nicht mehr als Mensch gesehen wird, bedarf es intensiver Indoktrination und Erziehung zur Unmenschlichkeit. Wird früh damit begonnen, unterstützt die Herrschaft diese Entwicklung und ist Mitgefühl und Nächstenliebe aus der Öffentlichkeit verschwunden, werden Entwicklungen möglich, die unvorstellbar erscheinen – bis diese schließlich doch eintreten.

Verhüllung der Machtmotivation

Damit die kollektive Beeinflussung von der Wiege bis zur Bahre funktioniert,

sind Machthaber überall auf der Welt bestrebt, Einfluss auf Bildung und Medien zu bekommen. Je totalitärer die Bestrebungen sind, umso stärker ausgeprägt ist diese „Verzahnung“.

Umgekehrt liefern verstärkte Maßnahmen der Beeinflussung von Bildung und Medien ein Indiz dafür, dass sich die

Machthaber auf einem – für die Menschen in ihrem Einflussbereich – gefährlichen Pfad befinden.

Ein weiteres Indiz, welches die Warnlampen angehen lassen sollte, ist eine zunehmende Einmischung der Politik in andere Lebensbereiche – bis in die Familien hinein. Vor Jahrzehnten haben sozialistische Theoretiker auf die Notwendigkeit der Hegemonie hingewiesen. Verkürzt ausgedrückt: Bestehende soziale Bindungen und Strukturen (wie die Familie) zu zerstören, schafft die Basis für politische Macht.

Das Massaker vom 7. Oktober war ein Akt der Barbarei und zugleich ein Zeichen für den wahren Charakter der Hamas. Das Leben der Menschen in Gaza ist irrelevant und wird von den Herrschenden dem politischen Ziel des Machtausbaus untergeordnet. Der Mensch ist hier entweder aktiver Kämpfer für die vorgegebenen Ziele oder wird als passiver Spielstein eingesetzt. Geschützstellungen, Waffenlager oder Geiselerstecke neben Kindergärten, Schulen oder Krankenhäusern,

sind Beispiele dieser Unmenschlichkeit.

Würde offen kommuniziert, dass Menschenleben nur als Instrument zum Machterhalt gesehen werden, dürfte Widerstand aufkommen. Daher ist es für die Herrschenden wichtig, die Machtmotivation zu verhüllen und „höhere Ziele“ zu etablieren. Für diesen Zweck sind alle Mittel recht, die Kreierung eines Opferstatus kann ebenso geeignet sein, wie religiöse oder ökologische Begründungen.

Nicht dasselbe, aber das Gleiche

Parallelen zwischen sozialistischen Ideen und dem Geschehen in Gaza sind offensichtlich. Die deutlich werdenden Verbindungen machen die zahlreichen Unterstützer der Hamas unter Sozialisten und vorgeblichen Klima- und Umweltfreunden verständlich.

Tauchen die geschilderten Indizien auf und wird zunehmender Kollektivismus, Erziehung zur Unmenschlichkeit und eine Verhüllung der Machtmotivation erkennbar, ist der Weg in die Unfreiheit vorgezeichnet.

Deutsche Politikerinnen und Politiker haben diese erkennbare Situation ignoriert. Sie haben die Herrschaft der Hamas mit Millionenbeträgen deutscher Steuerzahler stabilisiert, in internationalen Institutionen nicht klar gegen die Hamas votiert und es unterlassen, Pro-Hamas-Organisationen im eigenen Land konsequent zu verbieten. Diese indirekte Mitwirkung am Massaker vom 7. Oktober ist nicht zuletzt auf die zahlreichen Unterstützer der Hamas unter Sozialisten und vorgeblichen Klima- und Umweltfreunden zurückzuführen.

Massives Polizei-Aufgebot – die neue Silvester-Normalität?

Nach Verlautbarung der Medien und unserer Politik wurde die letzte Silvester-Nacht „nicht so schlimm“, wie allenthalben befürchtet: 390 Festnahmen und 54 verletzte Polizisten sind anscheinend die „neue Realität“ in Berlin. Was heute nicht als schlimm betrachtet wird, hätte vor der links-grünen Herrschaft der Ampel-Koalition und ihrer Vorgänger-Regierung einen Skandal in der Presse ausgelöst und vielleicht sogar zum Rücktritt der Verantwortlichen geführt. In Summe gab es zwar weniger Angriffe auf Rettungskräfte, dafür aber besonders viel Polizei. Politik und Medien fallen nun in den Modus entwarnender Erleichterung, da die Gewalt-Eskalation in den muslimisch-geprägten Stadtteilen durch extrem hohe Polizei-Präsenz unterdrückt worden ist. Doch kann man es schon gut nennen, weil es nicht so ganz so schlimm war, wie erwartet? Ist es jetzt also normal, dass die Feuerwehr beim Löschen von Bränden von der Polizei vor Angriffen geschützt werden muss? (JR)

Von Peter Grimm

Die letzten Tage des Jahres waren von merkwürdigen Auftritten geprägt. Nach den Silvesterkrawallen im Jahr zuvor war eine Wiederholung derselben zu erwarten. Vielleicht sogar noch stärker, denn da sie - worüber ja bekanntlich nicht so gern gesprochen wird - großteils von jungen muslimischen Männern mit orientalischem Hinter- oder Vordergrund ausging, rechnete man mit einer Eskalation durch den Gaza-Krieg. Manche der antisemitischen, sogenannten „Palästina“-Demonstrationen ließen nichts Gutes ahnen.

Medienbilder einer Nacht voller entfesselter Migrantengewalt hätten aber die Stimmung der Bürger noch weiter verschlechtert und die Forderungen nach sofortiger Umkehr in der Migrationspolitik weiter verstärkt. Für die derzeit Regierenden, die dazu augenscheinlich noch nicht bereit sind, wäre das kein guter Jahresauftakt gewesen. 2024 beginnt ohnehin mit zahlreichen Zumutungen für die Bürger, während die Protest-Bereitschaft steigt. Da würde den Amtsinhabern eine weitere Stimmungverschlechterung äußerst unangelegen kommen.

Deshalb demonstrierten sie auf der einen Seite Entschlossenheit, so eine schlimme Nacht wie beim vorjährigen Jahreswechsel nicht wieder zuzulassen. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) versprach, Recht und Ordnung in seiner Stadt durchzusetzen. Ein Versprechen, das in einer Stadt wie Berlin - wo Behörden oft schon an viel leichteren Routineaufgaben scheitern - einen Hauch von Tollkühnheit hat.

Bitt-Botschaften statt Gewaltmonopol?

Die Demonstration entschlossener Staatsmacht wurde ja dann auch ungeschickt konterkariert durch Aktionen, wie einem Video, in dem Rettungskräfte, aber auch Polizisten, darum baten, man möge sie doch bitte nicht angreifen. Was für eine Botschaft: Polizeibeamte, also die bewaffneten Vertreter des Staates, dessen Gewaltmonopol sie ausüben sollen, bitten darum, dass potentielle Gewalttäter von Angriffen absehen. Diesem Zeichen der Schwäche wollte Wegner dann wiederum etwas entgegensetzen und kündigte bei Ausschreitungen eine „Nacht der Repression“ an. Das meinte er offenbar auch ernst und wollte nicht wie Olaf Scholz als Hamburger Erster Bürgermeister im Sommer 2017 dastehen, als die Krawalle anlässlich des G20-Gipfels völlig außer Kontrolle gerieten, nachdem er versichert hatte, alles im Griff zu haben. Das Land Berlin mobilisierte was es konnte, wie es die Bild-Berichterstattung knapp so zusammenfasste:

„In Berlin waren in der Silvesternacht fast 5000 Polizisten im Einsatz, um



In Berlin wurde das Polizei-Personal für die Silvester-Nacht massiv aufgestockt.

Krawalle wie vor einem Jahr zu verhindern: 3500 Polizisten auf den Straßen, 1000 Polizisten in Streifenwagen und Wachen sowie 500 Bundespolizisten an den Bahnhöfen. Das war das größte Polizeiaufgebot in einer Berliner Silvesternacht, das es je gegeben hat.“

Und dieses größte Polizeiaufgebot hat die schlimmen Bilder des Vorjahres großteils verhindert. Es gab polizeiliche Straßensperren und die Verkehrsbetriebe ließen in den unruhigen Vierteln des letzten Jahres keine Linienbusse mehr fahren. Busse, die nicht fahren, können auch nicht angegriffen und abgefackelt werden. Im Vorjahresvergleich kam es nicht so schlimm, wie befürchtet.

Erleichtertes Aufatmen

Die ersten Bilanz-Meldungen am Neujahrsmorgen signalisierten denn auch Entwarnung nach der alarmistischen Anspannung der Vortage. Die Welt beispielsweise berichtete:

„Etwa 300 Menschen sind in der Silvesternacht in Berlin vorläufig festgenommen worden – viele wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz. „Wir sind zufrieden mit unserem Einsatz, wir haben die Feuerwehr erfolgreich geschützt“, sagte ein Polizeisprecher gegen 3:00 Uhr am Neujahrsmorgen. Bislang seien keine Feuerwehrleute verletzt worden. Ein Sprecher der Feuerwehr sprach von einem „normalen Silvester“. Es habe keine größeren Einsätze für die Berliner Feuerwehr gege-

ben.“

Bei der Polizei wurden bis 3.00 Uhr 15 Einsatzkräfte verletzt, eine Person davon so schwer, dass sie den Dienst beenden musste, wie der Polizeisprecher sagte. Dennoch sei der Silvesterabend insgesamt für die Polizei bis nach Mitternacht besser gelaufen als im Vorjahr.“

Das klingt nach erleichtertem Aufatmen. So ähnlich werden sich wahrscheinlich auch die Aussagen der politischen Verantwortungsträger anhören. Unangenehme Debatten lassen sich vermeiden und da die CDU in Berlin jetzt Regierungspartei ist, wird ihre Fraktion diesmal wohl nicht nach den Vornamen der Festgenommenen fragen, um den Anteil von „Menschen mit Migrationshintergrund“ ermitteln zu können.

Also war es ein „normales Silvester“, wie der Berliner Feuerwehr-Sprecher gesagt haben soll? Ist es jetzt also normal, dass die Feuerwehr beim Löschen von Bränden von der Polizei vor Angriffen geschützt werden muss und dass es extra vermerkt wird, wenn die Polizei die Feuerwehrleute auch wirklich „erfolgreich geschützt“ hat? Das war doch nicht schon immer so, oder?

Löschen nur noch unter Polizeischutz?

Natürlich waren Silvesternächte in Ballungsräumen für die Feuerwehr immer Zeiten höchster Einsatzzahlen. Leichtsinniger Umgang mit Feuerwerk

sorgte alljährlich für Verletzte und Brände. Inzwischen braucht die Feuerwehr aber offenbar auch dann Polizeischutz, wenn sie nicht angezündete Autos oder Barrikaden löscht, sondern beispielsweise einen Brand in einem Seniorenheim. So liest es sich zumindest in dieser Mitteilung:

„Unter Polizeischutz bekämpfte die Berliner Feuerwehr einen Brand in einem Altenheim in Neukölln. Dort war offenbar eine Rakete in ein Fenster geflogen. Die Rettungskräfte brachten die in Wärmedecken gehüllten Menschen aus dem Gebäude, behandelten die Rauchgas-Verletzten. Um 2.15 Uhr konnten die Senioren aus den oberen Stockwerken zurück in ihre Wohnungen.“

In den Unruhe-Vierteln des Vorjahres ging es dank der massiven Polizeipräsenz zwar deutlich ruhiger zu als im Jahr zuvor, aber ist die Notwendigkeit einer solch massiven Polizeipräsenz Ausdruck der Normalität? Vielleicht der neuen Normalität? Und trotz der vielen Polizei ist ja noch einiges passiert, wie ein paar Schlaglichter aus den in der Silvesternacht und am Neujahrsmorgen veröffentlichten Meldungen zeigen:

„Wie die Polizei in der Bundeshauptstadt auf X mitteilte, warfen sich am Neptunbrunnen zunächst etwa 500 Menschen gegenseitig mit Pyrotechnik. Beamte hätten sie auseinandergetrieben und auf Feuerwerk kontrolliert. Daraufhin seien aus einer etwa

200-köpfigen Gruppe heraus Einsatzkräfte mit Pyrotechnik beschossen worden. Mehrere Menschen seien festgenommen worden.“

„Im südlichen Berliner Stadtteil Lichtenrade hat eine große Gruppe von Menschen randaliert. „Sie soll auf alles geschossen haben, was sich bewegt“, schrieb die Polizei. 18 Menschen seien identifiziert worden, hieß es. Bei zwei von ihnen seien sogenannte Kugelbomben gefunden worden.“

„In Gropiusstadt in Berlin-Neukölln wurde den Angaben der Berliner Polizei zufolge ein geparkter Einsatzwagen mit einer ebensolchen Kugelbombe beschossen und so stark beschädigt, dass er aus dem Einsatz genommen werden musste. Die Kollegen seien zu diesem Zeitpunkt nicht im Fahrzeug, sondern bei einem Einsatz im Haus nebenan gewesen.“

Beschießen anderer Menschen als Silvester-Brauch

Glücklicherweise saßen sie nicht im Auto. Die Bilanz dieser Nacht fiel auch besser aus, weil manche geplanten Angriffe rechtzeitig vereitelt werden konnten:

„Ebenfalls in Neukölln überraschten Polizeibeamte Menschen bei der Vorbereitung von Molotow-Cocktails. „Sie füllten Benzin in Glasflaschen und steckten gerade Stoffetzen als Lunte hinein, als sie von unseren Einsatzkräften entdeckt wurden. Grillanzünder hatten sie auch dabei“, teilte die Polizei auf X mit. Demnach wurden neun Menschen festgenommen und elf Molotow-Cocktails sichergestellt.“

Ansonsten gehört das gezielte Beschießen anderer Menschen mit Feuerwerk und Schreckschusspistolen in bestimmten Vierteln offenbar trotz massiver Polizeipräsenz zu den neuen Silvesterbräuchen.

„Ebenfalls in Neukölln wurden

gegen Mitternacht Autos mit Feuerwerkskörpern beschossen, auch Polizei- und Rettungsfahrzeuge, wie die Polizei auf der Onlineplattform X (früher Twitter) mitteilte. Außerdem schossen demnach in der Hermannstraße in Neukölln Personen mit Raketen auf Polizisten.“

„Die Polizei veröffentlichte im Laufe der Nacht immer wieder kurze Meldungen von verbotenen Schüssen aus Schreckschusspistolen, etwa in einem U-Bahnhof in Neukölln. Andere Menschen beschossen sich gegenseitig mit Raketen. Auch Unbeteiligte wurde angegriffen: „Zehn Jugendliche in Lankwitz beschießen Wohnungen und eine Tiefgarage mit Raketen“, hieß es beispielsweise. Schon am Nachmittag hatte ein Mann in Gesundbrunnen Raketen vom Balkon auf vorbeilaufende Kinder abgeschossen.“

„In Tempelhof schoss eine Gruppe mit Schreckschuss-Waffen auf einen Bus. Dort nahm die Polizei nach eigenen Angaben sechs Menschen fest und beschlagnahmte die Waffen.“

Schnelle Reaktion bei Demonstration

Immerhin scheint die Polizei in Berlin recht schnell eingegriffen zu haben, als sich in der Nacht trotz Verbots eine sogenannte „Palästina“-Demonstration formieren wollte:

„Nach WELT-Informationen ruft eine Protestgruppe aus etwa 30 Personen in der Neuköllner Donaustraße dazu auf, Israel zu bombardieren. Die Polizei löst die Pro-Palästina-Gruppe auf und nimmt ihre Personalien auf.“

Gezielte Angriffe auf Polizisten gab es aber nicht nur von jenen jungen Männern, über deren Herkunft man so ungerne spricht, sondern offenbar auch von Linksextremisten. Bild meldete:

„In der Rigaer Straße, dem linksautonomen Zentrum Berlins, sind Feu-

erwehr und Polizei am Montagmorgen offenbar gezielt in eine Falle gelockt worden. Dort brannten gegen 4.30 Uhr mehrere Straßenbarrikaden aus Mülltonnen, Holzpaletten und Autoreifen. Als die Feuerwehr eintraf, um die Brände zu löschen, wurde sie mit Feuerwerkskörpern attackiert. Sie musste sich zunächst zurückziehen. Erst nach dem Verstärkung der Polizei eingetroffen war, konnten Spezialkräfte der Bereitschaftspolizei mit Schilden und einem Feuerwehrschauch die Flammen bekämpfen.“

Aus einem ähnlichen weltanschaulichen Sozietop in Leipzig, dem Stadtteil Connewitz, wurden Angriffe auf die Polizei und auf eine Polizeiwache gemeldet. Auch hätten sich etwa 3000 Menschen an einer Kreuzung versammelt und aus Pyrotechnik, Müll und Baustellenabsperungen vier Feuer entzündet. Die Polizei sei mit Wasserwerfern angerückt, um zu löschen. Aber es habe keine körperlichen Auseinandersetzungen mit Verletzten gegeben, heißt es. Ob man das deshalb als eine normale, friedliche Silvesternacht empfindet, ist wohl eine Frage der Maßstäbe.

Nicht nur in Berlin und Leipzig

Der Vollständigkeit halber sollte man vielleicht noch einige Meldungen des WELT-Newsticker aus anderen Städten zitieren:

„Einsatzkräfte sind in der Silvesternacht in Duisburg angegriffen worden. Betroffen seien Kräfte der Polizei und Feuerwehr, wie die Polizei auf der Plattform X mitteilte. Die Übergriffe habe es in Marxloh und Hochheide gegeben. Nach Angaben der Polizei wurden dabei zwei Personen festgenommen: Es seien Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet worden.“

„Eine Gruppe von etwa 80 Menschen hat in Freiburg nach Polizeiangaben

mehrere Polizeistreifen gezielt mit Feuerwerkskörpern attackiert. Eine Beamtin wurde dabei leicht verletzt, hieß es von der Polizei. Die Personalien mehrerer mutmaßlicher Beteiligter wurden festgestellt. Die Einsatzkräfte waren im Freiburger Stadtteil Stühlinger mit dem Hinweis auf Straßenbarrikaden gerufen worden. Vor Ort fanden sie einen Pkw-Anhänger quer auf der Straße vor. Unmittelbar nach dem Eintreffen seien die Streifen angegriffen worden. Durch angerückte Verstärkung sei die Menschenmenge zurückgedrängt worden.“

„Mit Steinen und Feuerwerk sind mehrere Einsatzkräfte der Feuerwehr und Polizei in Solingen angegriffen worden. Wie ein dpa-Reporter berichtete, kam es bei Löscharbeiten von Müllcontainern zu Übergriffen. Demnach zog sich die Feuerwehr zunächst zurück und wartete auf die Polizei. Nach ihrer Ankunft wurden auch die Polizisten mit Raketen und Steinen attackiert. Die Feuerwehr konnte die Brandstellen schließlich löschen.“

Die Bild-Berichterstattung ergänzt:

„In Solingen riegelte die Polizei ein ganzes Wohngebiet ab! Grund: Die Beamten waren mit Pyrotechnik und Steinen beworfen worden. Eine Hundertschaft rückte an, die Feuerwehr löschte brennende Barrikaden, nachdem die Polizei einzelne Straßenabschnitte gesichert hatte.“

Sieht so also die deutsche Silvesternormalität aus? Aus der Sicht des zuständigen politischen Personals ist das offenbar so. Und wer das als Bürger nicht so sieht? Dem wird sicher die Transformation seiner Maßstäbe empfohlen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Sollte ein Anschlag auf den Kölner Dom verübt werden?

Ohne großes Medienecho verpuffte die Nachricht in den Main-Stream-Medien, dass eine islamische Gruppe einen Terroranschlag auf den Kölner Dom geplant haben soll – der Weihnachtsgottesdienst musste unter Polizeischutz stattfinden und für Besucher war der Dom bis über Neujahr gänzlich gesperrt. Die Armlänge Abstand, die einst Henriette Reker, Oberbürgermeisterin von Köln, als Schutz vor islamischen Angriffen empfohlen hatte, um sich zu schützen, hat ganz offensichtlich, wie bereits im Vergewaltigungs-Neujahr von 2015, hier jedenfalls nicht ausgereicht. (JR)

Nach Hinweisen über geplante Anschläge von Islamisten auf Weihnachtsgottesdienste in europäischen Städten wurden Verdächtige in Deutschland und Wien festgenommen. In Köln gab es am 23. Dezember einen Großeinsatz der Polizei. An Heiligabend wurden alle Besucher im Wiener Stephansdom wie im Kölner Dom vor dem Betreten kontrolliert.

Islamisten planten offenbar Anschläge auf Weihnachtsgottesdienste in mehreren europäischen Städten. Bereits am 23. Dezember sollen nach Bild-Informationen Spezialeinheiten der Polizei in Wien und in Deutschland Verdächtige festgenommen haben. In Köln hatte eine islamistische Terrorzelle offenbar geplant, auf den Kölner Dom an Weihnachten oder an Silvester Anschläge zu verüben. Entsprechend handfeste Hinweise würden Sicherheitsbehörden in Deutschland, Österreich und Spanien vorliegen. Der Wiener Bürgermeister warnte die Bürger auf X (ehemals Twitter):

„Bekanntgabe der @lpdwien: Aufgrund einer aktuellen Einschätzung des Verfassungsschutzes und der nach wie vor erhöhten Terrorwarnstufe, gilt während der Weihnachtsfeiertage

allgemein eine erhöhte Gefährdung. Gefährdete Orte bzw. Objekte werden verstärkt über- bzw. bewacht.“

Polizei und Spürhunde im Dom

In Köln wurde der Dom durchsucht. Noch am Samstagabend nach der Abendmesse durchkämmten Polizeibeamte mit Spürhunden den Kölner Dom nach möglicherweise gefährlichen Gegenständen. Zugleich erhöht die Polizei »Sicherheitsmaßnahmen«. »Morgen werden alle Besucher vor Betreten des Gotteshauses einer Kontrolle unterzogen«, so der Chef der Kölner Kriminalpolizei Michael Esser in einer Pressemitteilung: Polizei und Domkapitel empfehlen, auf Taschen zu verzichten und frühzeitig zu den Messen zu kommen.

Über Details zu den vorliegenden Erkenntnissen wollte sich die Polizei damals wegen aktuell laufender Ermittlungen des polizeilichen Staatsschutzes nicht äußern.

»Aufgrund einer aktuellen Gefährdungseinschätzung des Verfassungsschutzes sowie der nach wie vor erhöhten Terrorwarnstufe gilt während der Weihnachtsfeiertage allgemein eine erhöhte Gefährdung in Österreich«, so die Landespolizeidirektion in Wien in

einer Presseaussendung, die vor Gottesdiensten hinweist: »Besucherinnen und Besucher von Veranstaltungen und Gottesdiensten werden gebeten, einen Lichtbildausweis mitzunehmen und mehr Zeitaufwand als üblich einzuplanen.«

Und weiter: »Dabei sind zivile als auch uniformierte Einsatzkräfte mit besonderer Ausrüstung und Langwaffen im Einsatz. Die polizeiliche Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf Kirchen und religiöse Veranstaltungen, insbesondere Gottesdienste und Weihnachtsmärkte.“

Im Wiener Bezirk Ottakring sollen mehrere Tatverdächtige festgenommen worden sein, berichtete Bild am 23. Dezember weiter. An Heilig Abend wurden alle Besucher des Gottesdienstes im Wiener Stephansdom wie im Kölner Dom vor dem Betreten kontrolliert.

Ernste Bedrohungslage

Offenbar waren Hinweise aus mehreren Ländern so gravierend, dass die Behörden offen zugegriffen haben. Es soll sich nach Berichten von Bild und Welt um Tadschiken der Gruppe »Islamischer Staat Provinz Khorasan« handeln. Das ist eine Konkurrenzorga-

nisation zu den Taliban, die derzeit als gefährlichste Terrororganisation gilt. Die sind den Taliban spinnefeind, weil die angeblich mit dem Westen kooperierten. Tadschiken waren bereits als Kriegsflüchtlinge mit falschen Papieren aus der Ukraine über Polen nach Deutschland gekommen. Bereits im Juli 2023 ließ der Generalbundesanwalt sieben mutmaßliche Mitglieder einer islamistischen terroristischen Vereinigung festnehmen, die mit dem regionalen IS-Ableger »Islamischer Staat Provinz Khorasan« (ISPK) in Kontakt stand.

Es wäre aus Sicht islamistischer Terrororganisationen der optimale Propagandaerfolg, wenn nahezu gleichzeitig in repräsentativen Gotteshäusern zur Christmette Sprengladungen hochgehen würden.

Es scheint, als hätten Geheimdienste und Sicherheitsbehörden noch einmal eine Gefahr abwenden können. Sicher ist: Die Armlänge Abstand, die einst Henriette Reker, Oberbürgermeisterin von Köln, empfohlen hatte, um sich zu schützen, reicht hier erst recht nicht mehr aus.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Vorwurf der Volksverhetzung: Gegen Abbas wird nicht ermittelt

Während Südafrika und andere Israel-feindliche Staaten Israel für seine existenzielle Verteidigungsoffensive gegen Gaza, wegen vermeintlichem Völkermord diffamieren und mit Anklage drohen, bleibt der Terror-Finanzierer der Olympia-Morde von 1972, Mahmoud Abbas, der sich mittlerweile im 19. Jahr seiner 4-jährigen Amtszeit befindet, trotz Volksverhetzung gegen Israel ungeschoren. Bei seinem Besuch im Kanzleramt in Berlin im Sommer 2022 warf der sogenannte „Palästinenserpräsident“ Mahmoud Abbas dem jüdischen Staat „50 Holocausts“ vor. Nach einer Anzeige leitete die Berliner Staatsanwaltschaft jedoch keine strafrechtlichen Ermittlungen wegen Volksverhetzung oder Holocaust-Relativierung ein. Der Holocaust-Vorwurf sei lediglich ein „unpassender Vergleich“ und keine Relativierung. Die Einschätzung der Berliner Staatsanwaltschaft und der ausgebliebene Widerspruch des Bundeskanzlers sind symptomatisch für ein Land, das toten Juden gedenkt, den lebenden Juden und dem Staat Israel aber nur wenig Solidarität entgegenbringt. (JR)

Von Julian M. Plutz

Alles begann am 16. August 2022, als sich Deutschland mal wieder nicht mit Ruhm bekleckerte. Damals besuchte der sogenannte „palästinensische“ Präsident Mahmud Abbas auf Einladung die Bundesrepublik Deutschland. Weshalb man einen ausgewiesenen Judenhasser unbedingt einladen muss, bleibt ein Rätsel. Vielleicht liegt es an der herrschenden Sozialdemokratie, die von Willy Brandt bis zu den Jusos ein stetes Israelproblem zu haben scheint. Vielleicht liegt es aber auch an der kranken Idee eines Deutschlands, dessen einzige Lehre nach Auschwitz eine sprichwörtliche Leere ist. Blutleer wirkt dieses Land im Umgang mit Antisemiten, solange sie Muslime oder Linke sind.

Der 16. August 2022 gilt hierbei als Paradebeispiel. Doch was ist geschehen? Bei der abschließenden Pressekonferenz, gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz, tat der Demagoge Abbas das, was Demagogen und Antisemiten eben tun. Er warf Israel mehrfachen „Holocaust“ an den „Palästinensern“ vor. Und der Kanzler? Er schwieg. Ganz in der Tradition seiner Vorgänger tat er das, was man ebenso tut, wenn man wegschaut, statt Verantwortung zu übernehmen: Man vergeht sich an dem Satz, der diese Republik mit Recht prägt: „Nie wieder“. Ein „Nie wieder“ ohne Konsequenz ist im wahrsten Sinne des Wortes wertlos. Die Abwesenheit von Werten.

Abbas, der Demagoge

Aufgrund dieser gezielten Eskalation des sogenannten „Palästinenserpräsidenten“ Abbas erstatteten zwei Privatpersonen Anzeige wegen Volksverhetzung bei der Berliner Polizei und der Generalstaatsanwaltschaft. Eine gute Idee. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren jedoch ein, da sie den Tatbestand als nicht erfüllt ansah. Die Anzeigerstatter legten wiederum Widerspruch ein und erzielten zunächst einen Teilerfolg.

Die Generalstaatsanwaltschaft erklärte, dass „der von Abbas angestellte Vergleich offenkundig keiner objektiven Tatsachengrundlage entbehrt, denn die Situation der palästinensischen Bevölkerung seit der Gründung des Staates Israel ist nicht ansatzweise mit der Lage der jüdischen Bevölkerung Europas unter der Herrschaft der Nationalsozialisten vergleichbar“. Damit relativiert Abbas sowohl die Quantität als auch die Qualität der damals begangenen Gräueltaten. Was sind seine Aussagen, wenn nicht Volksverhetzung?

Israel beging in Palästina „50 Massaker, 50 Holocausts“

Obwohl die Generalstaatsanwaltschaft zu einem eindeutigen Ergebnis kam,



Seit 2006 fehlt dem sogenannten „Palästinenserpräsident“ Mahmud Abbas die demokratische Legitimation.

stellte die Behörde die Strafverfolgung ein. Die Begründung lautete, dass Abbas aufgrund seines Status als Repräsentant der „palästinensischen“ Autonomiebehörde Immunität genieße. Dies steht jedoch im Widerspruch zum Völkerrecht, das die „palästinensische“ Autonomiebehörde nicht als Staat anerkennt – eine Position, die auch von der Bundesrepublik Deutschland geteilt wird. Mahmud Abbas wurde im Jahr 2005 für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Seitdem haben keine weiteren Wahlen stattgefunden, sodass ihm seit 2009 jegliche demokratische Legitimation fehlt.

Im August 2022 sagte er wörtlich: „Seit 1947 bis zum heutigen Tage hat Israel 50 Massaker in 50 palästinensischen Dörfern und Städten begangen, in Dair Jassin, Tantura, Kafr Kassim und vielen weiteren, 50 Massaker, 50 Holocausts.“ Kanzler Scholz reagierte zunächst nicht auf die Worte, was ihm im vergangenen Jahr Kritik einbrachte. Erst später bezeichnete der Kanzler die Aussage als „empörende Entgleisung“. Scholz lebt nach dem Motto „zu spät, zu wenig“.

Möglicherweise entscheidet das Kammergericht

Bereits kurz nach der Äußerung erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, dass für Abbas die völkerrechtliche Immunität gelte, da er in seiner Funktion als Repräsentant der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde gehandelt habe. Diese Einschätzung wird jedoch von Juristen bezweifelt.

Die beiden Anzeigerstatter haben nun die Möglichkeit, im Rahmen eines

sogenannten „Klageerzwingungsverfahrens“ eine gerichtliche Entscheidung des Kammergerichts darüber herbeizuführen, ob die Einschätzung der Generalstaatsanwaltschaft zutreffend ist oder ein Ermittlungsverfahren gegen Mahmud Abbas einzuleiten ist. Das Kammergericht ist das höchste Gericht in Berlin und vergleichbar mit einem Oberlandesgericht in anderen Bundesländern. Sollte Abbas verurteilt werden, könnte dies aufgrund einer möglichen Verurteilung dazu führen, dass er nicht mehr nach Deutschland einreisen darf.

Nicht die erste judenfeindliche Entgleisung von Abbas

Es handelt sich nicht um die erste judenfeindliche Entgleisung des 88-jährigen. In seiner Doktorarbeit bestreitet Abbas, „dass ein Vernichtungskrieg besonders auf die Juden abzielte“. Folgt man den Ausführungen des Historikers Abbas, hat Hitlers Massenvernichtung von sechs Millionen Juden nicht stattgefunden.

„Die Wahrheit ist, dass niemand diese Zahl bestätigen oder widerlegen kann. Mit anderen Worten: Es ist möglich, dass die Zahl jüdischer Opfer sechs Millionen erreichte, aber gleichzeitig ist es möglich, dass die Zahl viel geringer ist – weniger als eine Million. Es scheint, dass es im Interesse der zionistischen Bewegung liegt, diese Zahl aufzublähen, damit ihre Gewinne größer sein werden“, schreibt er.

Warum nicht auch das fränkische Reich?

Zwar bestreitet er nicht die Judenverfolgung generell, dennoch macht er

dafür die „zionistische Bewegung“ verantwortlich: „Die zionistische Bewegung gab jedem Rassisten der Welt, angeführt von Hitler und den Nazis, die Erlaubnis, die Juden nach Gutdünken zu behandeln.“ Auch diese Aussagen würden in Deutschland wohl den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Doch das interessiert niemanden.

Das ist Deutschland. Ein Mann, der sich Präsident nennt, genießt allen Ernstes Immunität. Wie praktisch. So gesehen könnte sich der sogenannte Reichsbürger Prinz von Reuß ebenfalls auf politische Immunität berufen, oder dieser Autor, wenn ihm danach wäre.

Diktator mit Judenproblem

Wenn im Maskenball die Masken fallen und sich die Sozialdemokraten bemüßigt fühlen, Judenhasser in Schutz zu nehmen, dann sind wir im besten Deutschland aller Zeiten. Das Land, das seine Erinnerungskultur „Kultur“ nennt. Das Land, welches auf sein Holocaustdenkmal stolz ist, während es das lebendige Judentum verrät.

Insofern ist die Causa Abbas nur folgerichtig. Es passt in den Zeitgeist einer zutiefst degoutanten und ignoranten Gesellschaft. Um andere Menschen wertzuschätzen, muss man sich selbst zunächst wertschätzen. Doch dieses Land scheint sich in seinen Selbsthass hineinzufressen. Daher wundert es wenig, wenn man, statt sich, sein Land und seine Werte lieber einen Präsidenten feiert, der gar kein Präsident ist, sondern ein Diktator mit einem Judenproblem.

Die naive Solidarität der LGBTQ-Community mit Gaza

Die eigenartige Symbiose zwischen der „LGBTQ“-Community und Teilen der islamischen Szene wirft interessante Fragen auf. Diese Verbindung ist nicht nur kontrovers, sondern faktisch auch tödlich. In Anbetracht der hohen Intoleranz gegenüber Homosexualität in einigen „palästinensischen“ Gebieten und der gesamten islamischen Welt steht außer Frage, dass diese Aktivisten die potenziellen Gefahren gar nicht sehen wollen. Das Zeigen einer Regenbogenflagge in den heute von den Arabern dominierten Gebieten wie Ramallah, Gaza oder Betlehem bedeutet höchste Lebensgefahr. Die Realität, dass ein Großteil der sogenannten „Palästinenser“ an deren Seite Teile der europäischen Queer-Community laufen, die Todesstrafe für Homosexualität befürwortet, zeigt die vollkommene Absurdität und Verlogenheit von Demonstrationen, bei denen eine „LGBTQ+“ Flagge im „Palästina Design“ weht. (JR)

Von Liyun Gothóni

Der beunruhigende Anstieg anti-israelischer Ressentiments an Universitäten ist nicht nur schockierend, sondern auch Ausdruck einer bedenklichen Entwicklung. Im Fokus steht dabei nicht nur die Vergiftung der Meinung gegenüber dem Staate Israel, sondern auch eine beunruhigende und skurrile Allianz zwischen der „LGBT-Community“ und dem Islamismus, welche alle Institutionen an den Universitäten okkupiert hat.

Der Ursprung der aktuellen Lage reicht zurück zu Jesse Jacksons Aufruf, welcher die Zerstörung der westlichen Zivilisation an der Stanford University forderte. Doch was als Kritik am College-Kurs begann, mündete in einem weitreichenden Verlust der Lehre über unsere eigene Geschichte. Anstelle dessen trat eine alternative Erzählung, die den Westen und vor allem Israel als reinen Ausdruck von Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus darstellt - das in seiner vermeintlich, brutalsten Form.

Antisemitische Motive

Diese anti-israelischen Ressentiments werden nicht nur durch Jahrzehnte der Agitation auf dem Campus genährt, sondern auch durch eine einseitige Sichtweise, die Israel als Außenposten der westlichen Zivilisation und Quelle allen vermeintlichen Übels betrachtet. Hierbei wird der Hass klar von antisemitischen Motiven vorangetrieben.

Israel wird, obwohl es im Nahen Osten verwurzelt ist, fälschlicherweise als ausschließlich westliche Gesellschaft betrachtet. Die Juden sind indigen in der Region, bis zurück zu Abraham. Ein großer Teil der aktuellen Bevölkerung stammt aus dem Nahen Osten und Nordafrika. Israel ist aber eine „westliche Gesellschaft“ - in ihrem politischen System, ihrer innovativen Wirtschaft und Forschung und in ihrem Verständnis von Freiheit.

Es können legitime Kritikpunkte an Israel geäußert werden, die auch ein Merkmal der israelischen Inlandsdebatte sind, aber es besteht kein Zweifel daran, dass es sich bei Israel um eine blühende Gesellschaft handelt, welche als entflammendes Feuer der Freiheit in einem Meer aus totalitärer Dunkelheit herausstreckt. Wäre der Gazastreifen ebenso westlich orientiert, stünde er vor der Überlegung, ob er an den Küstengrundstücken bauen sollte, anstatt sich mit der Beschaffung von Wasser und Strom vom benachbarten Land auseinandersetzen zu müssen, dessen Regierungsgewalt von einer brutalen Terrorgruppe ausgeht, die darauf abzielt, Israel zu zerstören.

Gewalt ist Teil der radikalen anti-westlichen Vision

Dennoch ist dies die Gesellschaft, welche die anti-westliche Meinung aufgreift und alles vor sich hinkehren will. Diese Sichtweise liebt den Gazastreifen



Plakat mit der Aufschrift „Queers 4 Palestine“ während einer Demo an der Universität von Alberta am 20. Oktober 2023 in Edmonton, Alberta, Kanada.

für sein Scheitern und hasst Israel für seinen Erfolg, liebt den Gazastreifen für seinen Terror und hasst Israel für seine Selbstverteidigung, liebt den Gazastreifen für seine bösartigen anti-westlichen Unterstützer und hasst Israel für seine

skizzierte eine aufgeweckte Weltanschauung, bevor jemand diesen Begriff verwendete, und argumentierte, dass die westliche Bourgeoisie „grundlegend rassistisch“ sei und ihre „bürgerliche Ideologie“ von Gleichheit und Würde

Die Realität, dass ein Großteil der „Palästinenser“ die Todesstrafe für Homosexualität befürwortet, wirft einen Schatten auf Demonstrationen, bei denen eine „LGBTQ+“ Flagge im „Palästina Design“ weht.

westlichen Verbündeten, insbesondere die Vereinigten Staaten. Wenn dies pervers erscheint, entspricht es dem, was man von Studenten und jungen Menschen erwarten würde, die die Prämissen von Michel Foucault, Howard Zinn, Edward Said und ihren Nachahmern aufgenommen haben.

Selbst wenn Studenten noch nichts von ihnen gehört haben, durchdringen diese Männer und ihre Gedanken die Hochschulbildung. Aber was ist mit der Gewalt? Wie können diese Kinder darüber hinwegsehen oder sie implizit unterstützen? Gewalt ist Teil der radikalen anti-westlichen Vision.

Das „anti-koloniale“ Buch „Die Verdammten dieser Erde“, geschrieben von Frantz Fanon im Jahr 1961, wird auf dem Campus weit unterrichtet. Fanon

nur eine Tarnung für „kapitalistisch-imperialistische Raffgier“ sei - mit Bezug auf die „Zionisten“.

Selbsthassende Radikale

Fanon schrieb, dass „Dekolonisation immer ein gewaltsames Phänomen ist“ und in einem Vorwort zu dem Buch erklärte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre, dass die Verdammten dieser Erde durch „wahnsinnige Wut“ zu Männern würden. Nach dieser Maßgabe ist die Hamas eine gute und würdige anti-koloniale Organisation und es scheint mittlerweile kein Wunder zu sein, dass sie Unterstützer und nützliche Idioten unter den selbsthassenden Radikalen des Westens gefunden hat.

Die eigenartige Symbiose zwischen der „LGBTQ“-Community und Teilen

der islamistischen Szene wirft in dieser facettenreichen Debatte zweifelsohne interessante Fragen auf. Ein Schatten der Unvereinbarkeit entsteht, wenn wir uns bewusst machen, dass diese Verbindung nicht nur kontrovers, sondern auch problematisch ist. In Anbetracht der hohen Intoleranz gegenüber Homosexualität in einigen „palästinensischen“ Gebieten stellt sich die Frage, ob diese Aktivisten die potenziellen Gefahren übersehen, die das Zeigen einer Regenbogenflagge in Regionen wie Ramallah, Gaza oder Betlehem mit sich bringen könnte. Die Realität, dass ein Großteil der „Palästinenser“ die Todesstrafe für Homosexualität befürwortet, wirft einen Schatten auf Demonstrationen, bei denen eine „LGBTQ+“ Flagge im „Palästina Design“ weht.

Diese Diskrepanz in den Werten zwischen der „LGBTQ“-Community und bestimmten Gruppen im Kontext des Israel-„Palästina“-Konflikts hebt eine faszinierende Facette der breiteren politischen Debatte hervor. Es verdeutlicht, wie komplexe politische Allianzen und Überzeugungen dazu führen können, dass Individuen in völlig absurde Widersprüche geraten.

Liyun Gothóni kommt aus Berlin und arbeitet als Publizist und politischer Kommentator mit Schwerpunkt auf den Nahostkonflikt.

Interview mit Michael Simon de Normier - „Antisemitismus klingt viel zu harmlos“

Der Berliner Filmproduzent Michael Simon de Normier verteilt mit einem Kollegen Sticker in Berlin mit der Aufschrift „We ♥ Jewish Life“. Bei einer Gegendemo zur „pro-palästinensischen“ Hörsaalbesetzung an der FU Berlin verbot ihm die Berliner Polizei, die Aufkleber zu verteilen, mit der allzu durchsichtigen Ausrede, dass das Impressum fehle. Wir sprachen mit Michael Simon de Normier über seinen mutigen Einsatz und den wachsenden Antisemitismus in Deutschland.(JR)

Von Collin McMahon

JR: Was ist genau passiert?

De Normier: Am 10.12.2023 war in Berlin die Demo „Nie wieder ist jetzt“, von der Siegestsäule zum Brandenburger Tor. Zu diesem Zweck hatten wir DIN A5 Flyer gedruckt, wenn man die faltet, sieht man auf DIN A6 unseren Stern mit der Überschrift „We love Jewish life – Wir heißen jüdisches Leben selbstverständlich in unserer Mitte, in unseren Herzen willkommen, schätzen und schützen es und wollen dessen Sichtbarkeit verstärken.“ Um diese Flyer geht es jetzt.

Am Donnerstag, den 14.12. wurde an der Freien Universität Berlin ein Hörsaal durch die Gruppe „Students for Free Palestine“ besetzt. Am Freitag gab es eine friedliche Kundgebung dagegen, mit etwa 120 Teilnehmern. Ich war relativ spät da, die Veranstaltung hatte um 14 h begonnen und wurde um etwa 15 Uhr beendet. Als der Veranstalter das Ende der Veranstaltung ankündigte fragte ich einen der anwesenden Polizisten, ob ich Flyer verteilen dürfte. Die Beamtin sah sich die Flyer an und sah diese als ungenügend gekennzeichnet. Es gibt zwar einen QR-Code drauf, der zu einer Facebookseite führt, die Angaben zur Urhebererschaft enthält, aber die Polizisten fanden, dass das als Impressum nicht ausreicht.

Dann kam ein Polizeihauptkommissar dazu, der bemerkenswerterweise sagte, er habe uns schon im RBB gesehen, dass wir diese Aufkleber verteilt haben, und hätte sich da schon gefragt, ob das denn legal sei. Ich fragte ihn warum, und er sagte, eigentlich müssten die Aufkleber auch ein Impressum haben, und dabei muss eine Adresse und eine Telefonnummer hinterlegt sein. Da wir Privatpersonen sind, wäre das also unsere Privatadresse. Und das finde ich wirklich ein starkes Stück. Wir sind zwei Individuen, die sich für jüdisches Leben in Deutschland engagieren.

Ich hatte Rabbi Mendel aus der Chabad-Gemeinde davon erzählt, der sagte mir: „You're two individuals going from shop to shop and spreading the stars with the hearts? Thank you!“

Mein Kollege Sascha Suden und ich sind zwei Menschen, die denken, wir müssen etwas machen, wir müssen Zeichen setzen und Haltung zeigen. Sascha ist ein Erzieher auf einer Grundschule hier in Tempelhof. Wir haben die Aufkleber selber bezahlt, für die Kundgebung am 10.12. Flyer gedruckt. Da am 10. bei weitem nicht so viel Leute da waren, wie wir gehofft haben, haben wir angefangen diese Aufkleber zu verteilen. Vor allem wenn Leute mich darauf ansprechen.

Dasselbe war auf dieser Kundgebung am 15.12. passiert. Zwei Freunde fragten mich, ob sie einen Aufkleber haben könnten. Ich habe ihnen Aufkleber gegeben. Dann kam diese Polizistin vorbei und ich habe sie gefragt, ob ich die Flyer denn verteilen



Michael Simon De Normier mit der Aufkleber-Aktion.

könnte. Dann wurde ich rausgezogen. Die Flyer mit dem Davidstern drauf wurden konfisziert, und mir wurde mitgeteilt, dass selbst unsere Aufkleber juristisch fragwürdig wären, weil sie kein Impressum ausweisen.

JR: In Berlin haben natürlich alle Aufkleber ein Impressum (lacht).

De Normier: Selbstverständlich. Jeder Aufkleber, ob für einen Fußballverein oder sonst was, braucht ein Impressum. Dummerweise haben wir das vergessen. Ich finde diese Beschreibung einer „unerlaubten Meinungsäußerung“ einfach faszinierend, wenn wir einen Davidstern

chen. Das ist Einschüchterung, es kann nichts anderes sein.

JR: Wie sind Sie dazu gekommen, sich öffentlich zu positionieren?

De Normier: Damals hat mich das ähnlich empört. Ich bin ja Rheinländer. Der Kölner Karnevalszug sollte ursprünglich einen Charlie Hebdo-Wagen machen. Der Karneval ist ja seit jeher politisch. Karikaturen sind dort ja sehr gern gesehen. Dann gab es plötzlich einen Rückzug. Das Festkomitee hat erklärt, dass sie das nicht riskieren wollen. Ich sagte, wenn wir jetzt schon Angst haben vor den paar tausend Islamisten in Deutschland,

Ich sagte, wenn wir jetzt schon Angst haben vor den paar tausend Islamisten in Deutschland, wie können wir unseren Großeltern vorwerfen, dass sie sich nicht gewehrt haben?

mit einem Herz verbinden und dazu das Wort „Welcome“. Ich sehe nicht einmal die Meinungsäußerung. Für mich ist das eine Haltung. Aber wenn ich die Meinung äußern will, muss ich meine Privatadresse für alle Hater zur Verfügung stellen. Dass kommt für mich nicht in Frage ich bin seit 2015 in diesem Bereich unterwegs, das war auch in der Jüdischen Rundschau, der Artikel hieß „Die Feigen Frohnaturen“. Da ging es um Charlie Hebdo. Damals habe ich gesagt, wenn wir uns jetzt schon einschüchtern lassen, dann kann ich meiner Tochter nicht erklären, wo wir waren.

Spätestens seitdem bin ich sehr vorsichtig, meine Privatadresse zu veröffentlichen, im Internet sowieso, und auch sonst, weil nicht viele wissen wo ich wirklich wohne. Aber scheinbar soll ich jetzt, wenn ich mit Davidsternen unterwegs bin und die an Läden verteile, meine Adresse veröffentli-

zugelassen seien, hat aber diese Frau nicht angesprochen. Die durfte bei dem Mahnmal unbehelligt durchgehen. Ich durfte mit Israel-Flagge nicht durch. Das ist wirklich unfassbar.

Danach habe ich mit Sascha Suden überlegt, wir müssen irgendwas machen, was signalisiert, dass wir uns gegen diesen Strom stellen, dass einem anscheinend auf der Straße offener Judenhass begegnet. Anders kann man das nicht nennen. Antisemitismus klingt noch viel zu harmlos dafür. Da sagte ich beim RBB, und das ist meine volle Überzeugung: Bevor sich Juden jetzt verstecken sollen, ihre Zeichen, ihre Kippa, ihre Davidsterne, ihre Namen teilweise an den Klingelschildern, bevor das so weit kommt, sollten wir lieber alle einen Davidstern tragen.

JR: Was ist ihr Hintergrund? Sind Sie Jude?

De Normier: Nein. Ich habe eine Urgroßmutter, die eine geborene Davids war. Bei uns in der Familie ist das strittig, ob wir auch jüdische Wurzeln haben oder nicht. Das spielt für mich aber keine Rolle. Ich sehe mich leider als Erbe der Täter und der Mitläufer, die versagt haben durch Nichtstun. Meine Großeltern waren alle mehr oder weniger verstrickt, und wir haben diese Vorwürfe an unsere Großelterngeneration ... Ich bin Jahrgang '73, wir hatten den Holocaust im Unterricht, und ich habe meine Großmutter immer wieder gefragt, wie konntet ihr das zulassen? Ich weiß, dass meine Oma versagt hat, das wusste sie auch. Aber ich weiß, dass wir wenigstens eine Lehre daraus ziehen können, die heißt „Wehret den Anfängen.“

Jetzt sind wir plötzlich wieder mitten drin – nicht in kleinen Schritten, sondern vom 7. auf den 8.10. und plötzlich ist Judenhass wieder geduldet. Ich sage: Nein. Mich hat das wochenlang beschäftigt, und seitdem ich mich mit meinen kleinen Möglichkeiten entschlossen habe, wie mit diesen Jungen Leuten an der FU ein Zeichen dagegen zu setzen, seitdem bin ich etwas raus aus dieser Resignation. Es ist meine Hoffnung, dass die schweigende Mehrheit eigentlich auf unserer Seite steht.

JR: Wie erklären Sie sich das Verhalten der Berliner Polizei?

De Normier: Insgesamt machen die ja einen relativ guten Job, aber in diesem Fall kann ich es mir nicht erklären. Ich finde es bemerkenswert, dass dieser Polizeihauptkommissar mir erzählt, dass er offensichtlich in seiner Freizeit einen Beitrag im RBB sieht und dann schon sagt, „Na Warte“. Das kann ich mir nur dadurch erklären, dass da einiges schiefgelaufen ist, und frage mich wie weit das vom Antisemitismus entfernt ist.

Wie kann es sein, dass jemand diesen Beitrag sieht (über die Aufkleber-Aktion) und anstatt zu sagen, „Oh, das ist interessant, das würde ich mich trauen oder nicht trauen“, „Find ich gut oder find' ich übertrieben“ – das anzugucken und zu sagen, „Ist das denn legal?“ Das finde ich ein Stück weit verhängnisvoll.

Verdrehte und perfide Opferzahlen-Mathematik gegen Israel

Seit Jahren beruft sich die Delegitimierung israelischer Selbstverteidigung auf angeblich immens ungleich verteilte Opferzahlen. Während israelische Zivilisten auch bei diesem Konflikt international offenbar nichts gelten, werden die Zahlen der sogenannten Zivilopfer in Gaza unkritisch aus den verlogenen Angaben der Hamas entnommen. Hinzu kommt, dass es sich bei vielen der dortigen Opfer um aktive Kollaborateure des Terrors handelt, die sogar nicht davor zurückschrecken, willige Hilfsstellung bei der Gefangenhaltung und der Misshandlung der unschuldigen Geiseln zu leisten, von der überwältigenden Zustimmung und Akzeptanz der bestialischen Terrortaten ganz zu schweigen. Der Unterschied zwischen Aggressor und Opfer, Angriff und Defensive, Barbarei und Zivilisation wird gegen den jüdischen Staat in typischer Täter-Opfer-Umkehr verkehrt. Vor dem Hintergrund dieses routinieren Stumpfsinns, dieser vorsätzlich die Schuld der gazanischen Bevölkerung relativierenden medienpolitischen Folklore, findet eine Nahost-Mathematik gegen Israel statt, die gegen jede Wahrheit behauptet, man könne die Opferzahlen einfach einander gegenüberstellen, als wären Selbstmordattentate gegen Zivilisten qualitativ auch nur annähernd vergleichbar mit den der eigenen Verteidigung dienenden Luftschlägen gegen terroristische Ziele, die Kollateralschäden unter den gazanischen Zivilisten nur deshalb verursachen weil sie vorsätzlich in zivilen Einrichtungen eingebettet sind. (JR)

Von Felix Perrefort

Die „palästinensischen“ Opferzahlen stammen von der Hamas. Ein ehemaliger Reuters-Journalist spricht darüber nun Klartext. Um vernünftig über Opferzahlen zu reden, muss vorher allerdings mit Unwahrheiten aufgeräumt werden. Eine richtige „palästinensische“ Zivilgesellschaft gibt es zum Beispiel gar nicht. Auch deshalb kann man nicht einfach die Opferzahlen gegeneinander aufrechnen.

„Die Hamas hat einen klaren Propaganda-Anreiz, die Zahl der zivilen Opfer so weit wie möglich aufzublähen“, sagt der ehemalige Reuters-Büroleiter Luke Baker, der die Berichterstattung über Israel und die „palästinensischen“ Gebiete von 2014 bis 2017 leitete, kürzlich auf X. Natürlich bestreitet Baker nicht, dass es durch die IDF getötete „palästinensische“ Zivilisten gibt. Er macht jedoch deutlich, dass das Ausmaß der Todesopfer nicht nachweisbar ist und diejenigen, die mit der Feststellung von Opferzahlen im Gazastreifen beauftragt sind, nicht unabhängig arbeiten können.

Probleme mit der Zuverlässigkeit der Informationen

„Jeder Gesundheitsbeamte, der aus der Reihe tanzt und den Journalisten nicht die von der Hamas gewünschten Todeszahlen nennt, riskiert ernsthafte Konsequenzen“, schreibt Luke Baker und fordert die Medien dazu auf, in den Spiegel zu schauen und sich zu fragen: „Woher weiß ich, was ich weiß?“ Falls die Antwort laute: „Weil mir ein von der Hamas geführter Beamter des Gesundheitsministeriums davon erzählt hat“, dann gebe es „ernsthafte Probleme mit der Zuverlässigkeit der Informationen, die sie der Welt als Tatsachen melden.“

Seit Jahren beruft sich die Delegitimierung israelischer Selbstverteidigung auf angeblich immens ungleich verteilte Opferzahlen, weshalb dem jüdischen Staat unterstellt wird, überaggressiv zu reagieren. So verblasst der Terror, dem die Israelis ausgesetzt sind, vor den Gegenschlägen der IDF, deren angebliche Maßlosigkeit wiederum zur Ursache des Terrors erklärt wird. Der Unterschied zwischen Aggressor und Opfer, Angriff und Defensive, Barbarei und Zivilisation wird im Gerede einer „Gewaltspirale“ eingegeben, in die „Öl gegossen“ werde, wenn Israel das willkürlich vergossene Blut seiner Staatsbürger vergilt. Vor dem Hintergrund dieses routinieren Stumpfsinns, dieser medienpolitischen Folklore findet Nahost-Mathematik gegen Israel statt, die davon ausgeht, man könne die Opferzahlen einfach einander gegenüberstellen, als wären Selbstmordattentate gegen Zivilisten qualitativ vergleichbar mit Luftschlägen gegen terroristische Ziele, bei denen teilweise auch Menschen ums Leben kommen, die nicht unmittelbar als Kombattanten gelten.

Kannibalische Gelüste in der Friedensmitte

Wenn Außenministerin Annalena Baerbock jüngst postulierte, dass das „Le-



Am 7. Oktober wurden über 1200 israelische Zivilisten ermordet.

ben aller Zivilistinnen und Zivilisten“ in diesem Krieg „gleich viel wert“ sei, was grundsätzlich stimmt, nur nicht in jeder Kriegskonstellation, will sie dann suggerieren, es dürfe höchstens einen Gleichstand in der Opferzahl geben? Ist Israel im Unrecht, sobald mehr „Palästinenser“ gestorben sein werden, als zuvor Juden ermordet wurden? Und wie will Annalena Baerbock eigentlich feststellen, welcher in Gaza gezählte Tote ein Zivilist oder ein Terrorist ist?

Im Verblendungszusammenhang gegen Israel wird zweierlei behauptet: zum einen die Belastbarkeit von Zahlen, die zuweilen auch Menschen den Verstand vernebeln, die der Israelfeindlichkeit unverdächtig sind. Zum anderen werden stillschweigend gleichwertige, einander ähnliche Gesellschaftsformationen unterstellt. Vor jeder Diskussion über die Höhe von Opferzahlen ist über den Unterschied zwischen israelischer Gesellschaft und „palästinensischem“ Kollektiv zu reden. Ein bürgerlich-wehrhafter Staat, mit einer arabischen Minderheit, die dort mit allen staatsbürgerlichen Rechten leben kann, steht einem antisemitisch-mörderischen und judenreinen Kollektiv gegenüber.

Der Begriff der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ entspringt dem Vokabular bürgerlich-demokratischer Gesellschaften und trifft auf das, was sich in den „palästinensischen“ Gebieten über Jahrzehnte hinweg gebildet hat, nur bedingt zu. Eine zivile Sphäre lebt von verwirklichten Bürgerrechten und der Selbstunterstützung von Staat und Regierung. In Gaza wird jeder Widerspruch brutal im Keim erstickt. Das Regime pflegt und hegt einen tradierten Enthusiasmus für den Krieg gegen die Juden. Von klein auf soll eine Komplizenschaft mit dem antisemitischen Vernichtungsgeschäft der Führung hergestellt werden.

Wenn selbst der linke Standard un- ter abwieglender Überschrift in seiner

Auswertung verfügbarer Statistiken letztlich resümiert, dass die Hälfte der „palästinensischen“ Bevölkerung für die Hamas ist, belegt er damit einmal mehr den mörderischen Ungeist, der seit jeher viele „Palästinenser“ beherrscht. Mit der PLO unter Arafat verübte bereits die erste „Palästinenserführung“ Selbstmordattentate, im Jahr 1968 in Gestalt eines Anschlags auf einen von israelischen Kindern besetzten Bus. Weil westlichen Menschen solch ein Ausmaß brutaler Verrohung in ihren eigenen Gesellschaften nicht vertraut ist, sie es jedoch auch woanders nicht wahrhaben wollen, ordnen sie fein säuberlich einer „Hamas-Minderheit“ zu, was sich offensichtlich auf einen großen Teil der „palästinensischen“ Volksgemeinschaft erstreckt. Kürzlich erst demonstrierte die einst unter deutschen Journalisten als Hoffnung geltende „Friedensaktivistin“ Ahd Tamimi nach Presseberichten schamlos in einem Instagram-Post ihren mörderischen Hass auf jüdische Siedler: „Wir warten auf euch in allen Städten des Westjordanlandes von Hebron bis Dschenin - wir werden euch abschlachten und ihr werdet sagen, dass das, was Hitler euch angetan hat, ein Witz war“, wird sie zitiert. Und weiter: „Wir werden euer Blut trinken und euren Schädel essen. Kommt schon, wir warten auf euch.“

Warum schamlos? Scham ist ein Ausdruck von Zivilisation, von der sie so unberührt zu sein scheint, wie die Pogromkommandos vom 7. Oktober. Weil zwischen Unschuld und Terror auf dem vielleicht unmenschlichsten Fleck der Erde höchstens im Einzelfall unterschieden werden kann, ist es möglich, dass nach Gaza verschleppte Frauen unter den Augen aller wie Vieh präsentiert, gequält und ermordet werden; ein Großteil der „palästinensischen“ Bevölkerung ist schon der Abgrund, aus dem die Hamas-Bestien hervorkriechen, um mit den Ju-

den beginnend die Zivilisation als solche zu vernichten.

„Von Hamas gewünschte Todeszahlen“

Bei solch drastischer Wortwahl empören sich vom Völkerrecht kommende Deutsche links wie rechts. Seelenruhig führen sie die Gewalt gegen Israel auf eine Art Ursünde zurück: Mit der Gründung des Judenstaats wurden ja wohl einige Araber von ihrer Scholle vertrieben, auf der sie seit Generationen idyllisch lebten, bis der fiese Westen sie für die Schuld der Deutschen unrechtmäßig bezahlen ließ. „Welch Trauma, welch Unrecht!“, rufen Bernd und Ute in ihrer verkappten Blut- und Boden-Emphatie, für die ein erzwungener 20-Kilometer-Umzug in der Wüste fast schon eine Deportation ist. Dabei ist es fraglos kein den Altvorderen angetanes Kolonial-Unrecht, sondern die westlich mitfinanzierte Indoktrination an UN-RWA-Schulen, die im „palästinensischen“ Nachwuchs, parallel zum Lesen- und Rechnen-Lernen, den künftigen Mudschahid vorbereitet. In diesem Sumpf aus Terrorismus und Juden Hass werden die in der westlichen Öffentlichkeit kursierenden Opferzahlen „erhoben“, die dem gerechten Krieg Israels gegen die Hamas ein Ende setzen sollen. Selbstverständlich entstehen unter solchen Bedingungen keine verlässlichen Statistiken.

Diese Wahrheit setzt sich allmählich durch, es tut sich etwas. Seit Beginn der Herrschaft der Hamas im Jahr 2007 wurde nie zuvor „die Zuverlässigkeit des Gaza-Gesundheitsministeriums so deutlich infrage gestellt“ wie im Fall des anfangs erwähnten Reuters-Journalisten, schreibt das US-Nachrichten Magazin Time. Bislang galt nämlich, was auch hierzulande gebetsmühlenartig wiederholt wird: Die Statistiken hätten sich in der Vergangenheit als zutreffend erwiesen, verbürgt von angeblich unabhängigen Experten. Der Einwand von Ex-Reuters-Mann Luke Bakers bleibt indes offensichtlich richtig: „Jeder Gesundheitsbeamte, der aus der Reihe tanzt und den Journalisten nicht die von der Hamas gewünschten Todeszahlen nennt, riskiert ernsthafte Konsequenzen.“

Sicher ist: Die Hamas-Zahlen beinhalten getötete Hamas-Terroristen, die Opfer fehlgeleiteter „palästinensischer“ Raketen und frei erfundene Todesopfer, wie sich eben erst deutlich zeigte. Diese Angaben sind nicht belastbar, sondern irreführend, man kann aus ihnen gar nichts ableiten. Luke Bakers: „Diese Zahlen sind enorm UND fast völlig unüberprüfbar.“

Die Erpressung Israels mit jihadistischen Propaganda-Zahlen muss ein Ende haben, sie ist der Informationskrieg, der den intendierten Vernichtungskrieg begleitet. Mit ihnen wird das wehrhafte Opfer zum Täter umgelogen, das Täterkollektiv zum Genozid-Opfer. Dieses Unrecht schreit zum Himmel.

Felix Perrefort ist Redakteur und Autor der Achse des Guten, wo dieser Artikel zuerst erschienen ist.

Der vollständige Sieg gegen die Hamas ist existenziell für Israel und die Juden

Der Angriff der Terror-Hamas am 7. Oktober war kein „konventioneller Aufstand“ einer rebellischen Gruppierung. Der Mord-Bande aus Gaza ging es bei diesem Angriff unverhohlen darum, Menschen zu ermorden, weil sie Juden sind. Die Hamas und ihre Unterstützer teilen in den meisten Punkten, besonders hinsichtlich der Auslöschung des jüdischen Volkes, die ideologische Inhalte der Nationalsozialisten und sie können nur auf dieselbe Weise vernichtet werden, wie die Nazis von der Landkarte getilgt wurden: durch ihre vollständige militärische Niederlage und kriegsrechtliche Abstrafung der Verantwortlichen. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Noch bevor sich der Staub über den Ruinen der Gemeinden im Süden Israels legte, die durch die Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober verwüstet worden waren, mahnte der übliche Chor der Nahost-„Experten“ zur Vorsicht gegenüber allen Bemühungen, auf die Terror-Gruppe zu reagieren, die für diese Verbrechen verantwortlich ist. Die israelischen Streitkräfte waren immer noch damit beschäftigt, die „palästinensischen“ Terroristen aufzusammeln, die an jenem Schabbatmorgen, dem Feiertag Simchat Tora, die Grenze überquert hatten und mehr als 1.200 Menschen, darunter ganze Familien, vergewaltigten, verstümmelten, folterten und ermordeten. Die Hauptsorge des amerikanischen außenpolitischen Establishments und der internationalen Gemeinschaft galt jedoch nicht den Opfern oder den in den Gazastreifen verschleppten Geiseln, sondern der zunehmenden Erkenntnis, dass die Israelis aus dem schlimmsten Massenmord an Juden seit dem Holocaust einige harte Konsequenzen ziehen würden.

Als der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zum ersten Mal sagte, dass das Ziel der Antwort seines Landes auf den Krieg, den die Terroristen am 7. Oktober begonnen hatten, die Eliminierung der Hamas sei, wurden seine Äußerungen als Rhetorik für eine traumatisierte israelische Öffentlichkeit und nicht als ernsthafte Politik abgetan. Richard Haas, der emeritierte Präsident des Council on Foreign Relations, sprach am 10. Oktober - Wochen vor Beginn der israelischen Bodenoffensive in Gaza - für seine Kollegen aus dem außenpolitischen Establishment, als er warnte, dass die Hamas nicht zu besiegen sei.

Haas sagte, dass es Israel zwar erlaubt sein könnte, auf die Hamas zurückzuschlagen, dass es aber die Vorstellung aufgeben sollte, dass die islamistische Gruppe, die den Gazastreifen seit 2007 regiert, eliminiert werden könnte. Sie sei „eine Ideologie ebenso wie eine Organisation“, und Ideen könne man nicht töten. Unabhängig davon, wie falsch die Hamas lag, die Grenze zu durchbrechen und einen Massenmord zu begehen, war jede Reaktion Israels zum Scheitern verurteilt, da eine Kampagne, die einen Krieg in den Städten und das Ausräumen der Terroristen aus einem Tunnelnetz, das umfangreicher als das U-Bahn-System von New York City ist, militärische Probleme mit sich bringen würde. Jeder Schlag gegen die Hamas und die Zivilisten, hinter denen sie sich versteckt, würde „mehr Terroristen hervorbringen“, so das bekannte Klischee der Kritik an den meisten Aufstands- bekämpfungskampagnen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ein dreiteiliger Plan

Zwei Monate nach Beginn der israelischen Bodenkampagne gegen die Ha-



Die Vernichtung Israels ist oberste Agenda der Hamas.

mas legte Netanjahu seine Kriegsziele in einem im Wall Street Journal veröffentlichten Artikel dar. Ihm zufolge gibt es drei „Voraussetzungen für den Frieden“: die Zerstörung der Hamas, die Entmilitarisierung des Gazastreifens und die Entradikalisierung des „palästinensischen“ Volkes. Doch weder das außenpolitische Establishment noch die von ihm bevorzugte Publikation kaufen ihm das ab.

Drei Tage nach der Veröffentlichung dieses Artikels machte ein mit „Analyse“ betitelter Artikel der New York Times auf der Titelseite deutlich, dass die „Experten“ immer noch davon überzeugt sind, dass der israelische Krieg gegen die Hamas nicht zu gewinnen ist. Während sich die meisten Angriffe auf Israels Kriegsanstrengungen auf die Frage der „palästinensischen“ Opfer unter der Zivilbevölkerung konzentrierten, wurde dies als Randthema behandelt. Stattdessen enthielt der Artikel die übliche Litanei von Argumenten über die Schwierigkeiten, mit denen die israelischen Truppen konfrontiert sind, die Stärke der Hamas, ihre Fähigkeit, sich in der „palästinensischen“ Bevölkerung zu integrieren, und das Gerede über die „Radikalisierung“ einer weiteren Generation arabischer Jugendlicher durch die Kampagne.

Die Hamas, so der Times-Artikel, sei den Taliban in Afghanistan insofern ähnlich, als sie militärische Rückschläge verkraften und sich immer wieder aufrappeln könne. Einige haben Israels Ziele mit der erfolgreichen Kampagne

der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten verglichen, die ISIS im Irak zu besiegen. Der Artikel erklärte jedoch, die Hamas sei stärker als ihre islamistischen Mitstreiter und „organisch“ mit der „palästinensischen“ Bevölkerung verwachsen, weil sie sich für die Fortsetzung des Krieges gegen die israelische „Besatzung“ einsetze, anstatt sich mit dem Fortbestehen des jüdischen Staates zu arrangieren.

Die zitierten Experten gingen dem Problem der israelischen Verteidigungskräfte auf den Grund und erklärten, dass die Hamas trotz der offensichtlichen Fortschritte, die sie in den zwei Monaten der Kämpfe gemacht habe, noch lange nicht besiegt sei. Und dass es weit mehr Zeit, Geld und Blut kosten würde, als der jüdische Staat aufwenden könnte, um die Terroristen aus jedem Winkel des Gazastreifens zu vertreiben.

Die Schlussfolgerung aus dieser düsteren Einschätzung war, dass die Israelis ihre Niederlage eingestehen mussten und, wie der Chef-Netanjahu-Basher der Times, der Kolumnist Thomas L. Friedman, Ende Dezember schrieb, die Israelis erkennen müssen, dass ihre drei Ziele unrealistisch sind. Sie müssen, so krächte er, ihre Truppen zusammenpacken, Gaza verlassen und „nach Hause gehen“. Und wenn die Israelis das nicht bald tun, dann sollte Präsident Joe Biden sie mit „harter Hand“ dazu zwingen. Er schlug vor, dass Amerika, wie Friedman es während seiner gesamten Laufbahn gefordert hat, sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen sollte,

um Israel zu zwingen, die Niederlage zu akzeptieren und einen neuen Friedensprozess einzuleiten, der einen „palästinensischen“ Staat hervorbringt, der das Problem ein für alle Mal löst.

Die Skeptiker haben Recht, dass die IDF noch weit von einem vollständigen Sieg in Gaza entfernt ist. Die Hamas verfügt wahrscheinlich über beträchtliche Kräfte, die noch in den Teilen des Tunnelnetzes kämpfen können, die von den Israelis noch nicht zerstört worden sind. Niemand im israelischen Militär gab sich der Illusion hin, dass das Problem der Beseitigung eines Feindes, der sich so tief eingegraben hatte und der sich seit Jahren auf eine solche Konfrontation vorbereitet hatte, schnell gelöst werden könnte. Darüber hinaus - und trotz des ständigen Gezeters der internationalen Gemeinschaft und der Regierung Biden - hat die Sorgfalt, mit der die IDF versuchen, zivile Opfer so weit wie möglich zu vermeiden, die Kampagne verlangsamt und die israelischen Truppen einer Gefahr ausgesetzt, weshalb die Zahl der Opfer in den letzten Wochen so hoch war.

Überschätzung und Missverständnis der Hamas

Dennoch ist die Vorstellung, dass der Tunnelkomplex im Gazastreifen eine uneinnehmbare Festung ist, die nicht zerstört werden kann, oder dass die bewaffneten Hamas-Kämpfer so geschickt, wagemutig und clever sind, dass sie in dem kleinen geografischen Gebiet (das mit jeder Woche kleiner wird), in

dem sie sich verschanzen, nicht getötet oder gefangen genommen werden können, Unsinn. Mehr noch, diejenigen, die solche Argumente vorbringen, sprechen nicht, wie sie behaupten, einfach mit der Weisheit aus jahrzehntlang gescheiterten Aufstandsbekämpfungskampagnen westlicher Armeen gegen populäre lokale Gruppen.

Im Gegenteil, sie verwechseln den Krieg der „Palästinenser“ zur Zerstörung Israels mit einem konventionellen Aufstand gegen einen ausländischen Besatzer, obwohl dieser Kampf von der westlichen Konzernpresse seit Jahrzehnten so dargestellt wird.

Ihre Motive für solche Argumente sind ebenfalls unaufrichtig. Seit einer Generation argumentieren sie, dass die einzige Lösung des Konflikts ein territorialer Kompromiss und die Gründung eines „palästinensischen“ Staates ist. Sie sind über die Bedeutung des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober genauso ahnungslos wie über die Terroroffensive, die PLO-Chef Jassir Arafat als Reaktion auf die Osloer Abkommen und das gemeinsame Angebot der USA und Israels an die „Palästinenser“ für Staatlichkeit und Frieden im Jahr 2000 startete. Sie weigern sich zu akzeptieren, dass ein militärischer Sieg Israels nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert ist, denn das hieße zuzugeben, dass Leute wie Haas und Friedman die ganze Zeit falsch lagen. Dasselbe gilt für Diplomaten und Politiker wie Biden,

die ihre gesamte Karriere damit verbracht haben, zu behaupten, die Formel für den Frieden sei der Druck auf Israel, den „Palästinensern“ Zugeständnisse zu machen.

Nach dem 7. Oktober hätte das Establishment innehalten und zugeben müssen, dass es sich geirrt hat.

Die „Palästinenser“ haben in den letzten 75 Jahren jeden Friedenskompromiss abgelehnt, der ihnen einen eigenen Staat ermöglicht hätte. Und das liegt nicht daran, dass sie, wie der israelische Staatsmann Abba Eban es so treffend formulierte, „keine Gelegenheit auslassen, eine Gelegenheit zu verpassen“. Es liegt daran, dass sie einen Frieden, der ihnen einen Staat geben würde, nicht als „Gelegenheit“ sehen, wenn er bedeutet, die Legitimität oder sogar die Existenz eines jüdischen Staates zu akzeptieren, egal wo Israels Grenzen gezogen werden. Der 7. Oktober war - wie die Selbstmordattentate und andere Beispiele „palästinensischen“ Terrors, die im Herbst 2000 verübt wurden - ein Zeichen für die Absichten der „Palästinenser“ und nicht für die Frustration über die gescheiterten Verhandlungen.

Israel kann auch nicht einfach einpacken und abziehen, wie es die Amerikaner in Afghanistan, im Irak und vor fast 50 Jahren in Vietnam getan haben. Der Gazastreifen liegt nicht um die halbe Welt von Israel entfernt. Er liegt direkt nebenan, und die Politik, der Hamas die Aufrechterhaltung ihrer militäri-

schen Fähigkeiten zu gestatten - eine Angelegenheit, die im israelischen Militär- und Geheimdienstapparat Konsens war und von den Führern der Opposition wie auch von Netanjahu unterstützt wurde -, war ein fataler Fehler. Die Hamas würde sich niemals damit zufrieden geben, nur die Herren einer islamistischen Tyrannei im Gazastreifen zu sein oder gar zu versuchen, ihre Hegemonie eines Tages auf Judäa und Samaria auszuweiten.

Der gegenwärtige Krieg wurde nicht durch die israelische „Besetzung“ des Gazastreifens verursacht, weil dieser am 6. Oktober nicht besetzt war. Die Israelis zogen im Sommer 2005 alle Siedlungen, Siedler und Soldaten aus dem Gazastreifen ab, in der vergeblichen Hoffnung, dass dies den „Palästinensern“, wenn schon nicht die Chance geben würde, einen eigenen Staat in Frieden zu errichten, so doch zumindest den Konflikt eindämmen würde. Das Ziel der Hamas am 7. Oktober bestand nicht darin, die Zweistaatenlösung voranzutreiben, die ihre vermeintlich gemäßigteren Fatah-Rivalen wiederholt abgelehnt haben. Es ging darum, den jahrhundertealten Krieg der Araber gegen den Zionismus fortzusetzen und zu gewinnen, in dem sie hofften, die Uhr zurückzudrehen, Israel zu eliminieren und seine Bevölkerung abzuschlachten. Und die Massenabschlachtung des jüdischen Volkes ist bei den „Palästinensern“ nach wie vor beliebt, wie ihre

eigenen Umfragen auch nach dem 7. Oktober und den darauffolgenden Folgen für die Menschen in Gaza zeigen.

Deshalb hat Netanjahu Recht, wenn er nicht nur von der Entmilitarisierung des Gazastreifens spricht - was, ob es den Israelis gefällt oder nicht, die fortgesetzte Präsenz der IDF dort in absehbarer Zukunft erfordern wird -, sondern von der Entradikalisierung der „Palästinenser“. Die Experten machen sich Sorgen über die künftige Radikalisierung der „Palästinenser“, die durch den derzeitigen Krieg verursacht wird. Aber sie versäumen es zu erklären, wie viel radikaler die „Palästinenser“ werden können, wenn die jetzige Generation in der Lage ist, die unsäglichen Gräueltaten vom 7. Oktober nicht nur auszuführen, sondern sie zu bejubeln und als „stolzen Sieg“ des „palästinensischen“ Nationalismus hochzuhalten.

Die Realisten, die behaupten, dass Israel diesen Krieg nicht gewinnen kann, weisen nicht nur auf die anerkannte Schwierigkeit des militärischen Problems Israels hin. Sie argumentieren in Wirklichkeit, dass Israel nicht gewinnen darf, weil dies beweisen würde, dass die von ihnen formulierte Zweistaatenlösung für die Region ein katastrophaler und kostspieliger Fehler war.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm: @jonathans_tobin.

Israels Krieg gegen den Terror geht über den Nahen Osten hinaus

Der völkermörderische Bluttausch der islamischen Hamas würde ohne die Intervention Israels ganz sicher nicht an den Grenzen des jüdischen Staates Halt machen. Besonders der Westen ist bedroht. Das belegen in beängstigend deutlicher Weise die unerträglichen und teilweise überaus gewalttätigen Stadtteilübernahmen in Form von massenhaften Demonstrationen der Hamas-Freunde in den westlichen Ballungszentren, wie etwa Paris, London oder Berlin. Hamas, Hisbollah, „Palästinensische“ Islamische Dschihad und Houthis stehen Gewehr bei Fuß, um den Terror zu unterstützen und bei den Aufständen im Westen zu helfen. Der Anführer dieser mörderischen Koalition ist das iranische Mullah-Regime, das nicht nur Israel, sondern auch freiheitlich-demokratische Staaten bedroht. Israel ist ein Bollwerk gegen die unsere Lebenswerte bedrohende Islamisierung Europas und der westlichen Welt. Ein Sieg Israels über einen der wichtigsten Stellvertreter des Iran ist deshalb auch ein Sieg für uns alle. (JR)

Von Rabbi Avi Weiss und Eitan Fischberger/JNS.org

Seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 haben die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen deutlich gemacht, dass amerikanische Soldaten niemals in Gefahr geraten dürfen, um den jüdischen Staat zu verteidigen. Geboren nach dem Holocaust, als die Juden machtlos waren, sich selbst zu verteidigen, erklärte Israel „Nie wieder“. Es würde aus eigener Kraft seine Bürger schützen.

Doch ironischerweise ist heute das Gegenteil der Fall. Nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober, bei dem die Terrorgruppe 1.200 Menschen, darunter mehr als 30 Amerikaner, erschlug und 240 Menschen als Geiseln nahm, darunter 11 Amerikaner, riskieren israelische Soldaten ihr Leben. Doch diese tapferen Frauen und Männer kämpfen nicht nur für das jüdische Heimatland, sondern für Juden in der ganzen Welt und vor allem für die gesamte freie Welt - in erster Linie für Amerika.

Hamas stoppt nicht in Israel

Am 7. Oktober tötete die Hamas auf grausame Weise jeden Juden, den sie finden konnte, angefangen mit jedem einzelnen israelischen Juden. Nach dem

Angriff erklärte der Hamas-Funktionär Ghazi Hamad, das Massaker sei „nur das erste Mal, und es wird ein zweites, ein drittes und ein viertes Mal geben“. Israel kann, wie jedes andere Land auch, keine feindliche Terrororganisation vor seiner Haustür dulden, die bei jeder Gelegenheit bereit ist, seine Bürger massenhaft zu ermorden.

Ihr Bluttausch würde jedoch nicht an den Grenzen Israels Halt machen. Sobald sie mit dem jüdischen Staat fertig sind, würden sie es auf Angriffe auf Juden in der ganzen Welt abgesehen haben. In ihrer Gründungscharta bekennen sie sich offen zu ihren völkermörderischen Absichten. Darin heißt es, dass ihr „Kampf gegen die Juden sehr groß und sehr ernst ist“ und dass „der Tag des Jüngsten Gerichts erst dann eintreten wird, wenn die Moslems gegen die Juden kämpfen (die Juden töten), wenn der Jude sich hinter Steinen und Bäumen verstecken wird...“.

Aus gutem Grund wird das Hamas-Pogrom von der größeren jüdischen Gemeinschaft als ein persönlicher Angriff gegen jeden Juden betrachtet. Auch Amerika ist in Gefahr. Wenn die Hamas erfolgreich gegen Israel vorgeht, besteht ihr nächster Schritt darin, amerikanische Interessen im

gesamten Nahen Osten und im eigenen Land anzugreifen.

Drohende Terroranschläge

Wir haben gesehen, wie sich Drohungen wie diese gegen Amerikaner im In- und Ausland in tödlichen Anschlägen manifestiert haben, sei es der Angriff der Hisbollah auf die US-Marinekaserne in Beirut 1983, bei dem 241 Militärangehörige ums Leben kamen, oder die Terroranschläge auf das amerikanische Heimatland am 11. September 2001. Ähnlich wie Osama bin Laden - der Terrorist unter den Terroristen - werden die grausamen Führer der Hamas keine Skrupel haben, ähnlich tödliche Anschläge zu verüben.

Die Hamas ist Teil eines internationalen Terrornetzwerks, zu dem auch der „Palästinensische Islamische Dschihad“, die Hisbollah und die Houthis im Jemen gehören, deren Angriffe auf amerikanische Truppen und internationale Schifffahrtsskorridore im Nahen Osten seit dem 7. Oktober dramatisch zugenommen haben.

Der Anführer dieser mörderischen Koalition - der die Angriffe heimlich aus dem Schatten heraus orchestriert, wie ein Puppenspieler, der seine Untertanen kontrolliert - ist das zutiefst anti-amerikanische iranische Regime, das nicht nur Israel, sondern auch die

demokratische freie Welt bedroht. Daher ist ein Sieg Israels über einen der wichtigsten Stellvertreter des Iran auch ein Sieg für Amerika.

Hamas muss vernichtet werden

Während des Kalten Krieges leistete Israel einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der USA, als es militärische Waffen und Rüstungsgüter, die es von den sowjetisch ausgerüsteten ägyptischen und syrischen Armeen erbeutet hatte, an die Vereinigten Staaten lieferte. Heute hat Israels Beitrag zur amerikanischen Freiheit ein noch höheres Niveau erreicht. In seinem Streben nach dem Sieg erleidet Israel den unvermeidlichen Verlust einiger seiner besten Männer und Frauen, die nicht nur zur Verteidigung des israelischen Ideals, sondern auch zur Verteidigung der amerikanischen Freiheit gefallen sind.

Amerikanische Soldaten sind nicht bei der Verteidigung Israels gestorben. Aber zahlreiche Israelis haben jetzt ihr Leben für eine Sache geopfert, die direkt mit den amerikanischen Interessen übereinstimmt. Die Vereinigten Staaten müssen Israel freie Hand lassen, damit es diesen Krieg so führen kann, wie es ihn braucht. Israels beste Interessen sind Amerikas beste Interessen - nicht mehr und nicht weniger.

Wie Israel die Sicherheit im Nachkriegs-Gaza gewährleisten kann

Während die Niederlage der Hamas von Tag zu Tag wahrscheinlicher wird, finden die UNO und Teile der westlichen Welt Israel schon wieder an und nähren Zweifel über Israels Vorstellung zur zukünftigen Verwaltung des Gaza-Streifens. Ein gangbarer Vorschlag für ein Post-Hamas-Gaza wäre dagegen ein Plan des israelischen Knesset-Mitglieds und ehemaligen israelischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Danny Danon. Der Fünf-Punkte-Plan soll die Sicherheit der Bewohner Israels in den südlichen Gemeinden gewährleisten, die terroristische Infrastruktur der Hamas nachhaltig zerstören und die Einführung ziviler Regierungsmechanismen auch zum Schutz und Vorteil der Zivilbevölkerung von Gaza vorbereiten. (JR)

Von Israel Kasnett/JNS.org

Israels durchdachte und legitime Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober und den jahrelangen Raketenbeschuss der israelischen Zivilbevölkerung durch die Hamas schreitet systematisch voran, was viele dazu veranlasst, die endgültige Zerschlagung der Terrorgruppe und ihrer Führung zu erwarten. Allerdings gibt es unterschiedliche Auffassungen über die künftige Verwaltung des Gazastreifens.

Ein vorrangiges Ziel ist die Entschärfung der Sicherheits Herausforderungen, mit denen Israel konfrontiert ist. In der Zeit nach dem Konflikt werden Israels Militär und Sicherheitsapparat konzertierte Anstrengungen unternehmen, um die Präsenz der Hamas im Gazastreifen systematisch zu zerstören, indem sie Terroristen ins Visier nehmen und sowohl die militärische als auch die administrative Infrastruktur zerschlagen. Gleichzeitig ist eine strukturierte, schrittweise Strategie zur Einführung wirksamer ziviler Regierungsmechanismen in der Küstenenklave unerlässlich.

Ein Vorschlag für ein Post-Hamas-Gaza stammt vom israelischen Knesset-Mitglied und ehemaligen israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, Danny Danon. Er reagierte damit auf den Druck der Regierung Biden, die seit kurzem fordert, dass am Ende dieses Krieges zwei Staaten für zwei Völker stehen und der Gazastreifen von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde verwaltet wird. Danons Vorschlag lehnt die P.A. als Regierungspartei ab. Stattdessen sieht er die beste Regierungslösung in der Schaffung eines internationalen Rahmens, der sich aus den Ländern der Region und der breiteren internationalen Gemeinschaft zusammensetzen wird.

Fünf zentrale Schritte

In seinem Plan führt Danon fünf zentrale Schritte für den Gazastreifen nach dem Krieg auf. Dazu gehören die vollständige Entmilitarisierung des Gazastreifens, die Einrichtung einer defensiven Sicherheitspufferzone entlang der Grenze zu Israel, die Verbesserung des Grenzübergangs Rafah auf der Seite des Gazastreifens, der von einer Kombination aus israelischen und internationalen Kräften überwacht werden soll, die Ermöglichung der freiwilligen Auswanderung für umzugswillige Bewohner des Gazastreifens und schließlich der wirtschaftliche Wiederaufbau im Gazastreifen unter der Voraussetzung, dass auf Aufwiegelung und Terror verzichtet wird.

Danon erklärte: „Mein Fünf-Punkte-Plan wird eine Lösung bieten, die die Sicherheit der Bewohner Israels in den südlichen Gemeinden gewährleistet und es den Menschen im Ga-



Gaza muss vollständig von der Hamas befreit werden.

zastreifen ermöglicht, ein normales Leben aufzubauen, das frei von Hass und Terror ist. In Anbetracht der Verwüstung und des Traumas, das Israel durch den 7. Oktober zugefügt wurde, können wir keine Lösung akzeptieren, bei der Gaza von einer Behörde regiert wird, die den Terror unterstützt und fördert. Wir werden niemals das Leben unserer Bürger auf diese Weise riskieren.“

Danon erklärte gegenüber JNS, dass Israel im Gazastreifen die Freiheit behalten werde, „gegen jede terroristische Bedrohung vorzugehen, wie wir es auch in Judäa und Samaria tun“. Israel werde nicht auf die internationale Gemeinschaft zählen, um den Terrorismus zu bekämpfen, „aber wir zählen auf sie, um die zivile Frage zu lösen und die Gesellschaft in Gaza wieder aufzubauen“, fügte er hinzu.

Ähnlich äußerte sich der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Yaakov Amidror am 21. Dezember auf einer JINSA-Telefonkonferenz: Israel benötige eine Pufferzone auf der Gaza-Seite des Zauns und müsse auch im Westjordanland und in Syrien Handlungsfreiheit bewahren, um Bedrohungen des jüdischen Staates zu verhindern und zu beseitigen.

Mehrere Operationsstufen

Israel zieht mehrere Operationsstufen in Betracht. Zunächst geht es darum, alle Terroristen der Hamas und des „Palästinensischen Islamischen

Dschihad“ auszuschalten oder gefangen zu nehmen und die gesamte Terrorinfrastruktur zu zerstören. Gleichzeitig arbeitet Israel mit der Regierung Biden zusammen, um den Transfer von Hilfsgütern an die „palästinensische“ Bevölkerung sicherzustellen.

Dr. Kobi Michael, leitender Forscher am Institut für nationale Sicherheitsstudien, und Oberst a.D. Prof. Gabi Siboni, Experte für Cybersicherheit, militärische Strategie und Technologie am Jerusalemer Institut für Strategie und Sicherheit, merkten an, dass zu einem späteren Zeitpunkt „komplexe Bedürfnisse wie Bildung, Beschäftigung, fortschrittliche Gesundheitsdienste, Umwelt, Kommunikation und Infrastruktur und andere Bedürfnisse“ angesprochen werden müssen.

Die Frage, wer sich um diese Bedürfnisse kümmern wird, ist noch nicht geklärt. Israel hat sein Desinteresse an dieser Aufgabe bekundet und möchte stattdessen, dass die Staatengruppe des Abraham-Abkommens zusammen mit den Vereinigten Staaten, Ägypten und Saudi-Arabien die Aufgabe des Wiederaufbaus des Gazastreifens und der Wiedereingliederung seiner Bewohner übernimmt und gleichzeitig sicherstellt, dass jegliche Aufwiegelung gegen Israel eingestellt wird.

Israel muss sich auch auf das politische Chaos vorbereiten, das im Gazastreifen nach der Übergangsphase von einem Konflikt mit hoher Intensität zu einem Konflikt mit geringerer In-

tensität herrschen wird, nachdem es dort volle Handlungsfreiheit erlangt hat.

Als Teil der vollständigen Loslösung Israels vom Gazastreifen schlugen Michael und Siboni vor, dass Israels Koordinations- und Verbindungsbehörde, die Coordination of Government Activities in the Territories (COGAT), „aufgelöst wird, um einen vollständigen Rückzug der israelischen Zivilbevölkerung aus dem Gazastreifen zu gewährleisten. Ein ähnlicher Prozess sollte in Judäa und Samaria geprüft werden, um eine alternative Organisationsstruktur zur PA zu schaffen.“

Historisches Versagen der PA

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu lehnt es ab, der P.A. Einfluss im Gazastreifen zu gewähren, und begründet dies mit ihrem historischen Versagen, ihrer Korruption und ihrer anti-israelischen Einstellung. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde ist dafür bekannt, dass sie zur Gewalt aufruft, den Terrorismus unterstützt und keine Legitimität besitzt.

Nach Ansicht von Michael und Siboni „haben drei Jahrzehnte P.A.-Herrschaft gezeigt, dass sie die meiste Zeit über ein gescheitertes, korruptes und illegitimes Gebilde war, dem es an innerstaatlicher Legitimität fehlt. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist auch zu einem wichtigen In-

strument beim Aufbau eines palästinensischen Konsenses geworden, der das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung leugnet. Die P.A. hat systematisch gegen Israel und die Juden gehetzt und Israel delegitimiert.

Sie wiesen auch darauf hin, dass bis heute kein einziger Vertreter der PA die von der Hamas am 7. Oktober begangenen Gräueltaten verurteilt hat. „Darüber hinaus verherrlichen viele Schulen, die der palästinensischen Verwaltung unterstehen, das Massaker. Es ist klar, dass es nach dem Krieg notwendig sein wird, auch die Situation in Judäa und Samaria zu überprüfen“, sagten sie. „Es ist notwendig, den Lehrplan in den palästinensischen Gebieten zu überarbeiten, um Inhalte zu eliminieren, die zu Gewalt gegen Israel aufrufen“, fügten sie hinzu.

In ähnlicher Weise sagte der Direktor des Nationalen Sicherheitsrates Israels, Tzachi Hanegbi, in einem Mitte Dezember veröffentlichten saudischen Leitartikel, dass Israel eine reformierte „Palästinensische“ Autonomiebehörde anstrebe, und betonte die Notwendigkeit, die nächste Generation, die im Gazastreifen und in Judäa und Samaria aufwächst, zu entnazifizieren.

Michael und Siboni forderten auch ein Ende der „Pay-for-slay“-Politik der „Palästinensischen“ Autonomiebe-

hörde, bei der Gehälter und Zulagen an in Israel inhaftierte Terroristen oder an deren Familien gezahlt werden.

Nach Ansicht von Michael und Siboni besteht eine der wichtigsten Forderungen, die Israel jetzt an eine neue „palästinensische“ Führung stellen muss, darin, dass die „Palästinenser“ die beiden Grundpfeiler des palästinensischen Ethos fallen lassen: das 'Recht auf Rückkehr' und den 'bewaffneten Kampf'. Zu diesem Zweck müssen alle Mechanismen zur Aufrechterhaltung des palästinensischen Flüchtlingsdaseins - die Flüchtlingslager und das UNRWA - aufgelöst werden.

Insgesamt lautet die Botschaft von Michael und Siboni, dass Israel für eine strategische Neubewertung und Umstrukturierung der Regierungsführung und der Sicherheit im Gazastreifen und in den übrigen „palästinensischen“ Gebieten sorgen muss, wobei der Schwerpunkt auf der regionalen Zusammenarbeit liegt.

Maßnahmen im Nachkriegs-Gaza
Als Teil seines Plans zur Ausrottung des Terrorismus im Gazastreifen muss Israel die Sicherheitskontrolle aufrechterhalten, auch über den Philadelphi-Korridor, den es 2005 auf Druck der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice aufgegeben

hat. Dies war ein kostspieliger Fehler, der zu einer massiven Militarisierung des Gazastreifens führte, der Hamas ermöglichte, etwa 100.000 Raketen auf Israel abzufeuern, und zu den massiven Waffenbeständen führte, die die IDF heute in den Häusern, Krankenhäusern, Moscheen, Schulen und Tunneln des Gazastreifens vorfindet.

Dr. Dan Diker, Präsident des Jerusalemer Center for Public Affairs, erklärte gegenüber JNS, dass Israel und Ägypten „die Verantwortung für die nationale Sicherheit teilen müssen, jeder auf seiner Seite der Grenze“. Er merkte an, dass Israel, wie in den Gebieten A und B der Gebiete unter der nominellen Kontrolle der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde in Judäa und Samaria, immer das Recht behalten wird, im Nachkriegs-Gaza Terroristen zu verfolgen.

„Es ist nach wie vor unklar, wer und wie die interne Polizeiarbeit in Gaza gehandhabt wird, aber man kann davon ausgehen, dass die lokalen Polizeikräfte ihre Bezirke sichern werden“, sagte er. „Eine wesentliche Voraussetzung für die künftige Sicherheit sowohl der Menschen im Gazastreifen als auch Israels ist, dass die IDF die Hamas militärisch und politisch mit einem überwältigenden Sieg vernichten“, sagte er. Er warnte zudem: „Die arabische Welt sowie das

iranische Regime und seine Terror-Vertreter beobachten das genau.“

David Weinberg, ein leitender Mitarbeiter von Misgav: The Institute for National Security & Zionist Strategy und Israels Verteidigungs- und Sicherheitsforum, erklärte gegenüber JNS, dass der Gazastreifen nach der Hamas-Krise vor allem ein Problem der Welt und nicht Israels sei, da die Lösung mit umfassenderen regionalen Kämpfen verbunden sei. „Israel hat es satt, Gaza zu verhätscheln“, sagte Weinberg. „Hilfe und Wiederaufbau für die Palästinenser im Gazastreifen sind jetzt das Problem der Welt, nicht das Israels“.

Weinberg schlug vor, dass Israel „von der Beantwortung dieser Frage befreit ist - vor allem jetzt, wo es sich nur noch auf einen eindeutigen militärischen Sieg konzentrieren kann. Die Forderung, dass Israel diese Frage jetzt beantworten soll, zielt darauf ab, Israel daran zu hindern, das zu tun, was in Gaza getan werden muss, und muss daher zurückgewiesen werden.“

Weinberg stimmte mit anderen Experten darin überein, dass Israel „eine neue Sicherheitspufferzone innerhalb des Gazastreifens und entlang seines gesamten Umkreises (vielleicht einschließlich des Philadelphi-Korridors an der Grenze zu Ägypten) schaffen muss, die Israel auf unbestimmte Zeit kontrollieren wird.“

IAEA: Iran steigert Produktion von nahezu waffenfähigem Uran

Ende November hat Teheran die Produktionsrate von 60 Prozent angereichertem Uran verdreifacht. Laut Berichten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) verfügt der Iran bereits über genügend hochangereichertes Uran, das bei einer weiteren Anreicherung auf 90 % zum Bau von drei Atombomben ausreichen würde. Mit der Drohung des Iran, Israel einen atomaren Holocaust zu bereiten, würde sich die Bedrohungslage für den jüdischen Staat und seine Menschen exponentiell verschärfen und Europa und die gesamte Nahost-Region zum Spielball iranischer Erpressung und Hegemonialbestrebungen werden. (JR)

JNS.org

Der Iran hat kürzlich seine Urananreicherung auf 60 Prozent verdreifacht und damit eine Verlangsamung zu Beginn des Jahres rückgängig gemacht, berichtete die Internationale Atomenergiebehörde am 26. Dezember.

Teheran habe „seine Produktion von hochangereichertem Uran erhöht und damit eine frühere Produktionsverringerung von Mitte 2023 rückgängig gemacht“, so die UN-Überwachungsbehörde in einer Zusammenfassung eines vertraulichen Berichts, der an die Mitgliedsstaaten geschickt wurde und der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt. Dem Bericht zufolge reichert der Iran in der Pilot-Brennstoffanreicherungsanlage (PFEP) in Natanz und in der tief in einem Berg gelegenen Fordow-Brennstoffanreicherungsanlage (FFEP) Uran auf bis zu 60 % an.

Seit Mitte Juni 2023 wurde in diesen Anlagen Uran mit einer Rate von etwa drei Kilogramm pro Monat auf bis zu 60 Prozent angereichert, so die IAEA.

„Die Agentur bestätigt, dass seit Ende November 2023 die Rate, mit der der Iran in diesen beiden Anlagen zusammen bis zu 60 % U-235 angereichertes Uran produziert hat, auf etwa 9 kg pro Monat gestiegen ist“, heißt es in dem IAEA-Bericht.

Abmachung zwischen Iran und USA?

Die IAEA-Inspektoren beobachteten die Änderung der Produktion in Fordow erstmals am 25. November 2023, woraufhin der Iran erklärte, die Änderung sei drei Tage zuvor vorgenommen worden. Am 27. November beobachteten die Inspektoren den Anstieg in Natanz. Beide Beobachtungen wurden Ende Dezember überprüft.

Laut Reuters glauben viele Diplomaten, dass die monatelange Verlangsamung das Ergebnis von Geheimgesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran war, die Anfang des Jahres 2023 zur Freilassung von US-Bürgern führten, die in der Islamischen Republik festgehalten wurden.

Wie Reuters unter Berufung auf die theoretische Definition der Internationalen Atomenergiebehörde berichtet, verfügt der Iran bereits über genügend hochangereichertes Uran, das bei einer weiteren Anreicherung auf 90 % zum Bau von drei Atombomben ausreichen würde.

Der letzte vierteljährliche Bericht der IAEA über den Iran zeigte, dass Teheran über 121,6 Kilogramm auf 60 % angereichertes Uran verfügt. Im Mai 2023 bezifferte die IAEA die Bestände der Islamischen Republik an 60 % angereichertem Uran auf knapp über 114 Kilogramm (250 Pfund) und im Februar auf 87,5 Kilo-

gramm (192 Pfund). Uran mit einem Reinheitsgrad von 60 % ist nur einen kurzen technischen Schritt von 90 % entfernt, was als waffenfähig gilt.

Irans Gesamtbestand an angereichertem Uran wurde am 19. August 2023 auf 3.795,5 Kilogramm (8.367,7 Pfund) geschätzt, ein Rückgang um 949 Kilogramm gegenüber Mai. Der Grenzwert im Atomabkommen von 2015 wurde auf 202,8 Kilogramm festgelegt.

IAEA-Inspektoren werden behindert

Ebenfalls im September 2023 berichtete AP, dass der Iran immer noch versucht, IAEA-Beamte durch die Verweigerung von Visa zu mauern, während die „Abberufung erfahrener Inspektoren der Behörde“ die Überwachungsarbeit der Organisation ebenfalls in Frage stellt.

Darüber hinaus ist die IAEA seit Februar 2021 Berichten zufolge nicht mehr in der Lage, auf Überwachungsmaterial von gemeldeten Nuklearanlagen zuzugreifen, wobei die einzigen aufgezeichneten Daten seit Juni 2022 von Kameras in einer Werkstatt in der iranischen Stadt Isfahan stammen.

Einen Monat zuvor hatte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu den sich abzeichnenden Deal zwischen den USA und dem Iran kritisiert, der die Freilassung von fünf US-Gefangenen vorsieht, wenn Washington im Gegenzug Milliarden

von Dollar an iranischen Vermögenswerten einfriert.

„Israels Position ist bekannt: Vereinbarungen, die die nukleare Infrastruktur des Irans nicht abbauen, stoppen sein Atomprogramm nicht und versorgen es nur mit Geldern, die an terroristische Elemente gehen, die vom Iran gesponsert werden“, sagte Netanjahu.

Der nationale Sicherheitsberater Israels, Tzachi Hanegbi, warnte im September 2023, dass Jerusalem keine andere Wahl habe, als zu handeln, wenn der Iran Uran mit einem Reinheitsgrad von über 60 % anreichere.

„Wenn der Iran Uran mit einem Reinheitsgrad von mehr als 60 % anreichert und wir dies feststellen - und es besteht keine Möglichkeit, dass wir dies nicht tun, da die Welt es nicht anerkennen würde -, dann würde Israel aus der Not heraus handeln“, sagte Hanegbi. „Es gäbe keine andere Wahl.“

Anfang dieses Jahres entdeckten IAEA-Inspektoren in der unterirdischen iranischen Nuklearanlage in Fordow „Partikel“ von auf 83,7 % angereichertem Uran.

Damals wurde in Berichten ein ungenannter israelischer Beamter mit den Worten zitiert, Jerusalem betrachte diese Entwicklung nicht als Auslöser für militärische Maßnahmen, „weil Teheran kein Material auf diesem Niveau angehäuft hat“.

Warum dieser Krieg anders ist als andere Kriege

Der Verteidigungskrieg Israels gegen die islamische Terrorgruppe Hamas ist kein Konflikt zwischen zwei Kriegsparteien, die sich über den Wert des menschlichen Lebens einig sind. Dieser Krieg ist ein Kampf zwischen Demokratie und Scharia, zwischen Zivilisation und islamischer Barbarei. Die Hamas steht, wie sie selbst behauptet, stellvertretend für den Islam und will nicht nur die Vernichtung Israels, sondern die totale Ausrottung aller Juden und stellt daher einen Angriff auf das gesamte, dem Frieden und der Freiheit gewidmete, westliche Credo dar. In Anbetracht all dessen und entgegen aller von Grün und Links vorgetragene Sympathie für den Islam und die islamischen Bewegungen, bleibt die Idee des Friedens und der Freiheit ohne die totale Niederlage der Hamas nicht nur eine Illusion, sondern ist vielmehr eine Garantie für noch mehr Terror gegen Juden und die übrige freie Welt. (JR)

Von Zachary R. Goldsmith / JNS.org

Auf einem der eindrucksvollsten Fotos, die den Holocaust dokumentieren, sind keine Leichen, Gaskammern oder Schornsteine zu sehen. Es ist ein Foto eines Fußbodens, auf dem zwei jiddische Worte hastig mit Blut geschrieben wurden: "Yidden, Nekamah!" ("Juden, Rache!").

Das U.S. Holocaust Museum stellt fest, dass diese Inschrift "mit Blut auf den Fußboden der Wohnung eines beim Pogrom von Slobodka ermordeten Juden gekritzelt" wurde. Das Museum erklärt: "In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni 1941, einen Tag nach der deutschen Besetzung von Kowno, entfesselten litauische Nationalisten ein massives Pogrom im Bezirk Vilijampole, der den Juden als Slobodka bekannt ist. Über 800 Juden wurden in ihren Häusern auf grausamste Weise ermordet, ohne dass die litauischen oder deutschen Behörden eingriffen."

Einzigartigkeit des Krieges

Seit dem 7. Oktober habe ich oft an dieses Bild gedacht. Ich denke daran, wenn ich die wachsenden Rufe nach einem "Waffenstillstand", "Frieden" und einem Ende des "Konflikts" zwischen Israel und der Hamas höre. Denjenigen, die solche Erklärungen abgeben, möchte ich mit der Geschichte dieses Bildes antworten, weil es die Einzigartigkeit von Israels Krieg gegen die Terrororganisation verdeutlicht.

Das brutale Massaker der Hamas an 1.200 Unschuldigen, Frauen und Männern, Jungen und Alten, Kranken und Gesunden, beweist, dass dies kein Krieg wie andere Kriege ist. Es handelt sich nicht um einen Krieg zwischen zwei zivilisierten Kriegsparteien, die sich im Großen und Ganzen auf eine Reihe von Werten in Bezug auf das menschliche Leben und die im Krieg zu beachtenden Gepflogenheiten und Beschränkungen einigen.

Es ist zum Beispiel unvorstellbar, dass es so etwas wie den heute berühmten Weihnachtsfrieden an der Westfront während des Ersten Weltkriegs gibt, der durch Geschichten von britischen und deutschen Soldaten verkörpert wird, die ihre Waffen niederlegen, um Fußball zu spielen. Ein solches außergewöhnliches Verhalten setzt voraus, dass jeder Soldat die gemeinsame Menschlichkeit des anderen anerkennt, verankert in der gegenseitigen Überzeugung, dass der andere das menschliche Leben und andere heilige Werte schätzt und achtet.

Die Aktionen der Hamas am 7. Oktober - sowie die anschließende Verteidigung dieser Aktionen durch mehrere hochrangige Hamas-Terroristen - beweisen, dass die Hamas diese Werte ablehnt. Sie hat sich von der Bruderschaft der Menschheit entfernt.

Faschistische Weltanschauung

Die Fanatiker der Hamas schlachten keine Frauen und Kinder in der Hoffnung, einen palästinensischen Staat zu



Israelische Soldaten im Einsatz für die Freiheit in Gaza.

schaffen. Sie enthaupten keine Kinder, um ihr vermeintliches Recht auf nationale Selbstbestimmung zu sichern. Sie verstecken sich nicht unter der Zivilbevölkerung von Gaza, tragen keine Uniformen und halten sich nicht an die Kriegsgesetze, um für die Menschenrechte einzutreten. Stattdessen handeln sie nach einer faschistischen Weltanschauung, die auf einer Mischung aus radikalem Islam und Judenhass beruht.

Der Gründungsvertrag der Hamas macht dies deutlich, ebenso wie die Schriften der Gründer der größeren Bewegung der Muslimbruderschaft, aus der die Hamas und andere Gruppen wie diese hervorgingen. In der Tat enthält die Hamas-Charta ein Zitat von Hassan Al-Banna (1906-1949), dem Gründer der Muslimbruderschaft, das lautet: "Israel wird existieren und weiter existieren, bis der Islam

deutlich auf die Juden als ultimatives Ziel hin, etwa: "Unser Kampf gegen die Juden ist sehr groß und sehr ernst. An dem Tag, an dem die Feinde einen Teil des muslimischen Landes an sich reißen, wird der Dschihad zur individuellen Pflicht eines jeden Muslims. Angesichts der Usurpation Palästinas durch die Juden ist es obligatorisch, das Banner des Dschihad zu erheben." An anderer Stelle heißt es: "Israel, das Judentum und die Juden fordern den Islam und das muslimische Volk heraus. Mögen die Feiglinge niemals schlafen."

„Heiliger Krieg“ gegen die Juden

Der Hass auf Juden und der unablässige Dschihad stehen im Mittelpunkt der religiösen Weltanschauung der Hamas. Ihr Bündnis macht dies deutlich, indem es einen besonders grausamen Hadith zitiert, in dem es heißt: "Der

bereits vorhergesagte Möglichkeit. Nach eigenem Bekunden führt die Hamas einen "heiligen Krieg" gegen die Juden, die als kosmische Bösewichte angesehen werden.

In Anbetracht all dessen ist die Idee des "Friedens" ohne die totale Niederlage der Hamas nicht nur illusorisch, sondern vielmehr eine Garantie für mehr Terror gegen Juden.

Das Versprechen und der Zweck des Staates Israel ist, dass die Juden nie wieder verstreut und hilflos zurückgelassen werden. Nie wieder werden Juden abgeschlachtet werden und nur auf schwache Botschaften zurückgreifen können, die mit ihrem eigenen Blut gekritzelt sind. Das in einem Nationalstaat zusammengeschlossene jüdische Volk lebt und besitzt das unveräußerliche Recht, sich gegen das Böse und die Aggression zu verteidigen.

Dies ist die Wahrheit, die die Philosophin Hannah Arendt in ihrer Berichterstattung über den Prozess gegen den Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann erkannte. Ihre Botschaft an Eichmann gilt heute für jedes Hamas-Mitglied: "So wie Sie eine Politik unterstützt und durchgeführt haben, die Erde nicht mit dem jüdischen Volk teilen zu wollen ... stellen wir fest, dass von niemandem, von keinem Mitglied der menschlichen Rasse, erwartet werden kann, die Erde mit Ihnen teilen zu wollen. Das ist der Grund, und der einzige Grund, warum Sie hängen müssen."

Zachary R. Goldsmith ist der Autor von „Fanatismus: Eine politisch-philosophische Geschichte“.

Die Aktionen der Hamas am 7. Oktober - sowie die anschließende Verteidigung dieser Aktionen durch mehrere hochrangige Hamas-Terroristen - beweisen, dass die Hamas diese Werte ablehnt. Sie hat sich von der Bruderschaft der Menschheit entfernt.

es auslöscht, so wie er andere vor ihm ausgelöscht hat." Aber die Hamas will nicht nur einen totalen Krieg gegen Israel, sondern die totale Ausrottung aller Juden.

Die Charta der Hamas beweist dies, indem sie keinen Unterschied zwischen "Israel", "Zionisten" und "Juden" macht. Trotz schwacher Verschleierungsversuche weisen mehrere Passagen ein-

Tag des Jüngsten Gerichts wird erst dann eintreten, wenn die Muslime gegen die Juden kämpfen; dann wird sich der Jude hinter Steinen und Bäumen verstecken. Die Steine und Bäume werden sagen: 'O Muslime, o Abdullah, hinter mir ist ein Jude, kommt und tötet ihn.'" Für die Hamas ist die Tötung jedes Juden und aller Juden also die Pflicht aller wahren Muslime und eine

Israels Justizreform und die Dämonisierung des Gegners

Israels Oberstes Gericht hat mit einer knappen Mehrheit von acht der fünfzehn Richter eine im Juli verabschiedete Gesetzesänderung der Justiz-Reform für nichtig erklärt. Damit kann das Oberste Gericht wieder Entscheidungen der Regierung aufheben, wenn es diese als „unangemessen“ einstuft. Was von Netanjahu-Kritikern als Sieg der Demokratie bejubelt wird, ist allerdings exakt das Gegenteil: In einer Demokratie dürfte sich die Judikative selbst keine gesetzgebenden Kompetenzen anmaßen. Mit dieser Entscheidung untergräbt das Oberste Gericht zum wiederholten Male die demokratische Gewaltenteilung.

Von Gerd Buurmann

In einer durch Gewaltenteilung strukturierten Gesellschaft kann es immer wieder passieren, dass sich die Judikative gesetzgebende Kompetenzen anmaßt. Für gewöhnlich verhindert eine Verfassung so eine Anmaßung, denn sie verlangt vom Obersten Gericht, ausnahmslos nach den Worten der Verfassung zu urteilen. Da es in Israel jedoch keine Verfassung gibt, sondern „nur“ ein Grundgesetz, passiert es dort öfter, dass sich die Judikative die Aufgabe der Legislative anmaßt. Diese Anmaßung sollte durch die Reform der Exekutive beendet werden.

Auch in Ländern mit einer Verfassung kann eine gesetzgebende Anmaßung durch das Oberste Gericht passieren. Ein aktuell bekanntes Beispiel ist die Abtreibungsdebatte in den Vereinigten Staaten von Amerika rund um die Grundsatzentscheidung „Roe v. Wade“ zum Abtreibungsrecht, die der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten am 22. Januar 1973 fällte und das im Jahr 2022 vom Obersten Gericht wieder gekippt wurde. Es war klar, dass diese Entscheidung des Obersten Gerichts irgendwann einmal fallen würde, da sich das Gericht mit dieser Entscheidung ebenfalls eine Kompetenz der Legislative angemahnt hatte. In der US-Verfassung steht nun mal nichts über Abtreibung, aber darüber, dass die Bürger der Staaten in allen Dingen, die durch die Verfassung nicht geregelt werden, selbst und ohne Einfluss vom Bund entscheiden dürfen und eigentlich sogar müssen.

„Roe v. Wade“ war somit eine Anmaßung des Supreme Court und musste unweigerlich irgendwann fallen. Wenn man will, dass das Oberste Gericht über etwas entscheidet, muss die Legislative die Gesetze dazu in die Verfassung bringen. Versuche dazu werden im Fall der Abtreibung in den USA immer wieder unternommen.

Aushöhlung der Gewaltenteilung

Auch beim Bundesverfassungsgericht in Deutschland passiert es immer mal wieder, dass deutsche Politiker, die für eine Sache keine Verantwortung übernehmen wollen, das Problem einfach zum Verfassungsgericht wegschicken, um sich so der politischen Verantwortung zu entledigen. Nicht selten spielt das Bundesverfassungsgericht den Ball jedoch zurück und erklärt: Das müsst ihr entscheiden, nicht wir.

Das Bundesverfassungsgericht wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes, und das gilt vor allem für die Durchsetzung der Grundrechte. Das Bundesverfassungsgericht kann zum Beispiel ein neues Gesetz für verfassungswidrig erklären. Es ist aber kein politisches Organ. Sein Maßstab ist allein das Grundgesetz. Fragen der politischen Zweckmäßigkeit dürfen für das Gericht keine Rolle spielen.

Wenn aber das Oberste Gericht die Bälle nicht zurückspielt und stattdessen die Aufgaben übernimmt, die eigentlich



Israels Oberstes Gericht untergräbt die Gewaltenteilung.

der Legislative vorbehalten sind, kann es zu Spannungen kommen. Wenn das Verfassungsgericht immer wieder die Arbeit des Gesetzgebers und der Regierung (Exekutive) torpediert und es zudem keine Verfassung gibt, die dem Gericht die Grenzen setzt, droht eine Aushöhlung der Gewaltenteilung durch eben diese Anmaßung der Judikative. Dass die Exekutive in so einem Fall versucht, die Übergriffigkeit der Judikative einzuschränken, ist nachvollziehbar. Durch diese Einschränkung jedoch maßt sich die Exekutive wiederum die Kompetenz der Rechtsprechung an, und das führt dann verständlicherweise wieder zu der Kritik derer, die in Opposition zu der aktuellen Regierung stehen.

Das Böse wird mit Gewalt bekämpft

Das ist das Problem, in dem sich Israel gerade befindet. In Israel stehen sich zwei Seiten unversöhnlich gegenüber, und sie haben aufgehört, sich verstehen zu wollen. Sie vertrauen sich auch nicht mehr, sondern glauben, dass es der anderen Seite nur darum geht, die Rechtsstaatlichkeit aufzulösen. Dem ist aber nicht so. Beide Seiten wollen aus ihrer Perspektive den Rechtsstaat schützen. Deswegen will die eine Seite neue Gesetze verabschieden und die andere Seite kritisiert ebenjene neuen Gesetze.

Es ist völlig akzeptabel, dem politischen Gegner vorzuwerfen, dass er falsch liegt. Wenn wir aber anfangen, dem politischen Gegner vorzuwerfen, dass er böse ist, wird aus einer politischen Auseinandersetzung eine gefährliche gesellschaftliche Spaltung. Die Frage, ob etwas richtig oder falsch ist,

wird in Debatten geklärt, durch Wahlen und Demonstrationen. Das Böse aber wird mit Gewalt bekämpft.

Wer seinen politischen Gegner ver-teufelt, öffnet damit die Tür zur Gewalt als mögliche Alternative. Wer den Gegner zu einem Bösewicht erklärt, möchte damit den Boden der politischen Debatte verlassen, um frei von einer Gewaltenteilung zur Gewalt greifen zu können. Deshalb kritisiere ich unabhängig von dem, was ich für richtig und falsch halte, besonders ein Verhalten, das den politischen Gegner zum Bösewicht erklärt. Da dies in den letzten Jahren besonders oft mit Netanjahu gemacht wurde, geht meine Kritik zunächst an all jene, die mit Diffamierung und Dämonisierung das politische Klima vergiften. In der Berichterstattung über die Entscheidung des Obersten Gerichts in Israel sagte Hanna Resch in der Tageschau: „Das ist ein herber Rückschlag für Netanyahu und seine rechtsradikale Regierung.“

Für Hannah Resch ist die Regierung in Israel also rechtsradikal, vermutlich so richtig super-duper-über-ultra-Juden-rechts-radikal. In einer Selbstdarstellung sagt Hanna Resch über sich:

„Ich studierte ein Sommersemester in Palästina und bekam als 19-Jährige einen der vielen Gazakriege mit. Bei einer Demonstration starben viele Menschen, in Deutschland aber wurde darüber nichts berichtet. Das war das erste Mal, dass ich mir dachte: Das muss man doch erzählen!“

Mit der Gewalt des Widerstands entfernt werden

Hanna Resch will Geschichten von der „rechtsradikalen Regierung“ in Israel

erzählen. Mir machen solche Frauen und Gegner Netanjahus mehr Angst als Netanjahu selbst. Wer glaubt, dass es um nichts Geringeres geht als um den Kampf gegen das Böse und darum, das Ende einer liberalen Demokratie durch eine vermeintlich rechtsradikale Regierung zu verhindern, der ist bereit, zu ebenjenen Mitteln zu greifen, die die meisten Verfassungen für so einen Fall vorsehen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika zum Beispiel erlaubt mit dem zweiten Verfassungszusatz allen Bürgern die Bewaffnung, damit sie sich gegen böse und übergriffige Entwicklungen innerhalb der eigenen Regierung notfalls auch mit der Waffe verteidigen können. Auch das Grundgesetz Deutschlands erlaubt für einen solchen Fall die Nutzung von Gewalt, und zwar in Form des Widerstands. Im Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes steht:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu be-seitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Wer den politischen Gegner zu einem Verfassungsfeind erklärt, rechtfertigt damit den Einsatz von Gewalt, sollten diese zu Feinden der Verfassung erklärten Personen einmal an die Hebel der Exekutive gelangen. Genau das ist der Grund, warum es nicht nur in Israel, sondern mittlerweile in vielen anderen Ländern zu so viel Gewalt kommt. Viele Menschen können es nicht mehr ertragen, dass die politischen Gegner mitunter an die Hebel der Macht gelangen, weil sie sie nicht mehr als Gegner sehen, sondern als Feinde.

Im Brustton der selbstergriffenen Überzeugung brüllen sie, dass durch den Wahlsieg der anderen Seite nicht mehr der Gegner gewonnen, sondern der Feind besiegt hat. Dieser Feind wird als so gefährlich und als so böse wahrgenommen, dass man ihm nicht mehr zum Wahlsieg gratulieren kann, um dann in die politische Arbeit der Opposition zu gehen und auf die nächste Wahl zu warten – nein, dieser Feind ist so gefährlich, dass er jenseits der Gewaltenteilung mit der Gewalt des Widerstands entfernt werden muss. Diese Dämonisierung ist das eigentliche Problem unserer Zeit, denn sie produziert Spaltung.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Gerd Buurmann ist Schauspieler, Stand-up-Comedian und Kabarettist. Er spielt, schreibt und inszeniert in diversen freien Theatern von Köln bis Berlin. Seit April 2022 moderiert er den Podcast „Indubio“ der Achse des Guten.

„Wer durch Feuer“ - Leonard Cohen als musikalischer Truppenbetreuer im Jom Kippur-Krieg 1973

Als am Jom Kippur am 6. Oktober 1973 der großartige jüdisch-kanadische Sänger und Dichter Leonhard Cohen die Nachricht vom Überfall der Ägypter auf israelische Stellungen erhält, nimmt er die nächste EL AL-Maschine nach Tel Aviv, streift sich ein khakifarbenes Hemd über und meldet sich bei der israelischen Armee dienstbereit. Als ambulanter Truppenbetreuer während des kompletten Jom-Kippur-Kriegs 1973 gibt er bis zu acht Konzerte täglich vor den Zahal-Truppen, teilweise sogar während der Gefechte. Das der Jom-Kippur-Liturgie entlehnte berühmte Lied „Who by Fire“ liefert ein beredtes Zeugnis von Leonard Cohens vom Herzen kommenden jüdischen Engagement. Mit der jetzt, dem Lied-Titel entlehnten, vorliegenden Publikation „Wer durch Feuer“ hat der in Jerusalem lebende Journalist Matti Friedman eine ebenso fesselnde wie anspruchsvolle, tiefschürfende Biografie herausgebracht, die zugleich dem Protagonisten Leonard Cohen ein würdiges Denkmal setzt. (JR)

Von L. Joseph Heid

Im Spätsommer 1973 weilt Leonard Cohen wieder einmal in Griechenland. In seinem Haus auf Hydra im Sargonischen Golf will er die Hohen Feiertage verbringen. Er wird hier kaum den Gottesdienst besucht haben, denn auf Hydra gibt es keine Synagoge. Ob er am Jom Kippur an diesem 6. Oktober 1973, der im Übrigen auf einen Schabbat fiel, das Fastengebot befolgt hat, wissen wir nicht, vermuten aber: Er hat.

Jedenfalls erhält er an diesem Tag irgendwie die Nachricht, dass ägyptische Truppen den Suezkanal überquert, die israelischen Stellungen am Ostufer des Kanals überrannt haben und weit in den Sinai vorgestoßen sind. Der sogenannte Jom Kippur-Krieg hat begonnen, Israel ist in Gefahr und Leonard Cohen alarmiert.

Er zögert nicht lange, packt rasch ein paar Sachen zusammen, besteigt das Ferry-Boat nach Piräus, nimmt in Athen die nächste EL AL-Maschine nach Tel Aviv, streift sich ein khakifarbenes Hemd über und meldet sich bei der israelischen Armee dienstbereit. Er hatte sich ohne Plan spontan ins Flugzeug gesetzt in der Absicht, die ägyptischen Kugeln aufzuhalten. Er habe, so sagte er später, „als Jude den Juden“ helfen wollen. Ihm lag das Überleben des jüdischen Volkes am Herzen, er wolle, betonte er, bei jeder Krise, die Israel betrifft, dort sein wollen: „Ich wollte kämpfen und sterben“, schreibt er nach seiner Rückkehr auf Hydra.

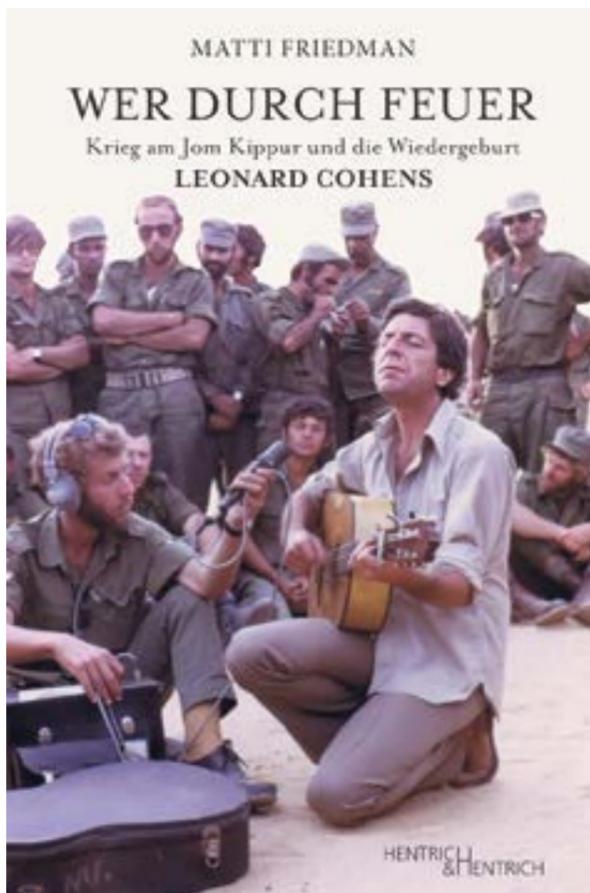
Sieben Jahre nachdem er gegen den Vietnamkrieg auf der Bühne gestanden hatte, zieht es den Dichter also unversehens selbst an die Front: Als ambulanter Truppenbetreuer während des kompletten Jom-Kippur-Kriegs 1973 gibt er bis zu acht Konzerte täglich vor den Zahal-Truppen, teilweise sogar während der Gefechte. Ein Foto zeigt ihn im offenen Hemd unter israelischen Soldaten, gleich neben General Ariel Sharon.

In dieser Zeit tourt Cohen wiederholt in der ganzen Welt, tritt immer wieder in Israel auf. Er hat sich mehrfach für eine friedliche israelisch-„palästinensische“ Koexistenz ausgesprochen. Zu Israel hatte Leonard Cohen eine besondere Beziehung, es war eine tiefe emotionale, vielleicht auch religiöse Bindung, die ihn beherrschte und es ist interessant, dass er in Europa anders auftrat als in Israel.

Der jüdische „Pop-Priester“

2009 bei einem Konzert nahe Tel Aviv, sprach er, der Abkomme Aarons, am Ende über die Zuschauer den Priestersegen „Birkat Cohanim“, den hebräischen Segensspruch „Baruch ata adonaj, eloje-nu melech ha-olam“ und das Publikum antwortete mit „Amen“. Das alles passte zu seinem Namen „Cohen“. Vor einem jüdischen Publikum sah er sich als ein traditioneller Cohanim, als eine Art Pop-Priester.

Cohen ist, als er sich auf den Weg in das bedrohte Israel macht, 39 Jahre alt, von Depressionen geplagt und denkt darüber nach, seine Musikerkarriere zu beenden.



Über seine musikalische Truppenbetreuung 1973 ist bislang wenig bekannt. Mit der jetzt vorliegenden Publikation hat der kanadische in Jerusalem lebende Journalist Matti Friedman eine ebenso fesselnde wie anspruchsvolle, tiefschürfende Lektüre herausgebracht, die zugleich dem Protagonisten Leonard Cohen ein würdiges Denkmal setzt. Friedmann stützt sich dabei auf Cohens bisher unveröffentlichte Texte und Originalberichte, die der Songwriter und Poet über den Herbst 1973, der zugleich eine kreative Lebenskrise des Künstlers markiert, verfasst hat. Cohen wollte sich zu diesem Zeitpunkt aus dem Musikgeschäft zurückziehen, einfach nur „die Klappe halten“. Er reiste nicht als Künstler nach Israel. Er suchte nach dem, was er einen „vertikalen Anfall“ nannte, eine Offenbarung wie sie die Israeliten vor langer Zeit am Sinai erlebt hatten.

Die Konzerttournee in den Jom-Kippur-Tagen des Jahres 1973 während des gleichnamigen arabisch-israelischen Krieges war eines der großartigsten, sicher aber eine der seltsamsten in Leonard Cohens Musikerleben. Seine Musik funktionierte vor den Soldaten. Auf dem Schlachtfeld Sinai nannte er sich „Field Commander Cohen“. Es gibt von seinen damaligen Konzerten auf dem Sinai kaum einen Mitschnitt, der ein Live-Album hätte hervorbringen können, kein Filmmaterial, seine Auftritte sind auch nicht in den israelischen Militärarchiven dokumentiert. Und doch lebt die Cohensche Tournee als Untergrundgeschichte weiter, in den mündlichen Erzählungen derjenigen Soldaten, die dabei waren, in Fotos, die die Soldaten knipsten. In hunderten von Notizbüchern, die sich in einem Büro in Los Angeles fanden zwischen den Zei-

len einiger großer Songs. Matti Friedmann konnte all dies mit großem Spürsinn zusammentragen.

Cohen hat einen Bericht über die Wochen im Herbst 1973 hinterlassen. Es handelt sich um ein Manuskript von fünf- und vierzig Schreibmaschinenseiten, das sich in einer Kiste in der Bibliothek der McMaster University in Hamilton, nahe bei Toronto, fand – und vergessen wurde. Darin verborgen die Geschichte, die Matti Friedman nacherzählt.

Cohen hatte bis zu jenem Herbst 1973 bereits viele Konzerte gegeben. Doch die Sinai-Konzerte waren anders: Die Verbindung zwischen dem Musiker und der Landschaft zum Beispiel waren einzigartig. Cohen, der in einer Synagoge in Montreal aufgewachsen und von der Sprache der hebräischen Bibel geprägt worden war, verschmolz

gewissermaßen mit der wüsten Gegend um dem Berg Sinai, wo Gott sich dem Volke des Moses geoffenbart hatte. Das war der Ort, den Cohen einmal seine „mythische Heimat“ genannt hatte. Bei den Konzerten ging es einzig und allein darum, Kunst zu übermitteln – und zu trösten. Kein Geld wechselte den Besitzer. Niemand verkaufte Eintrittskarten oder Schallplatten. Friedman schreibt: „Auf den Fotos wirkt der Sänger entrückt und das Publikum aufmerksam. Das ist nicht Woodstock. Es ist kein Ausgehabend. Alle sind nüchtern. Es steht viel auf dem Spiel. Etwas Bedeutendes geschieht“. Besser lässt sich dieses Ereignis nicht ausdrücken.

Auf jüdischen Wegen

Geboren wurde Leonard Cohen am 21. September 1934 in Montreal. Sein Urgroßvater Lazarus Cohen war Lehrer an der örtlichen Jeschiwa im litauischen Vilkaviskis. 1860 wanderte er nach Kanada aus, war als Unternehmer erfolgreich und wurde Präsident der jüdischen Gemeinde Shaar HaShomayim, der größten in Montreal. Sein Sohn Lyon Cohen, Leonards Großvater, der als Textilkaufmann und Versicherungsmakler erfolgreich war, folgte ihm in das Amt des Synagogenvorstands. Dessen Sohn Nathan, ein Ingenieur, übernahm das große Textilkaufhaus. Nathan Cohen starb, als Leonard neun Jahre alt war. Seine musisch interessierte Mutter Masha war die Tochter des aus Russland eingewanderten Talmudgelehrten Rabbi Solomon Klonitsky-Kline.

Leonard Cohen wuchs in einem ausgesprochen jüdischen Milieu auf, bewegte sich zeitlebens auf jüdischen Wegen – als

Mensch und als Künstler. Er bekannte, Religion sei ihm das „liebste Hobby“. Rabbi Mordecai Finley sagte einmal über Leonard Cohen: „Er könnte ein großer Lehrer des Judentums sein. Wenn er einen anderen Weg eingeschlagen und Rabbiner geworden wäre, dann hätte es in seiner Macht gestanden, zu einem der größten unserer Generation zu werden“. Cohen begann als Schriftsteller und er blieb es – bis zuletzt.

1973 war Cohen – mittlerweile ein erfolgreicher Musiker – nach Israel gereist. Er dachte zunächst ernsthaft daran, sich dort in einem Kibbuz nützlich zu machen. Doch israelische Künstler überzeugten ihn davon, dass er dem Land als Sänger von größerem Nutzen sein würde.

In Israel angekommen wurde Cohen und weitere Musiker in den Sinai gefahren. Nachdem sie in der Nähe der Front angekommen waren, erhielten Cohen und die anderen Musiker Schlafsäcke. Er schlief auf dem Boden und aß Kampfrationen wie jeder andere auch. Sie hatten einen kleinen Verstärker, den sie an die Batterie eines Panzers oder LKW anschließen konnten. Manchmal traten sie als Gruppe auf, manchmal jeder für sich.

Matti Friedman hat seinem Bericht den passenden Titel gegeben – „Who by Fire“: Wie bei vielen seinen Texten, bediente sich Leonard Cohen religiöser und liturgischer Vorlagen. „Who by Fire“ ist sozusagen ein säkularisiertes Gebet aus der Neujahrs- und Jom-Kippur-Liturgie „Unetaje Tokev K’duschath haJom“. Der Song „Who by Fire“ ist eine sehr poetische und metaphorische Reflexion über das Unvermeidliche – den Tod. Die Legende sagt, der Text sei von einem Rabbi komponiert. Der Originaltext geht auf Rabbi Ammon zurück, der im Mainz des 11. Jahrhunderts dazu gezwungen werden sollte zum Christentum zu konvertieren. Ammon bat sich drei Tage Bedenkzeit aus und weigerte sich dann, dem Befehl nachzukommen. Daraufhin wurde er grausam gefoltert. Mit letzter Kraft bat er seine Schüler, ihn in die Synagoge zu bringen, wo er dieses Gebet rezitierte. Ein alter Text, immer wieder aktuell. Während des ganzen Jahres und für alle Menschen. „Wer durch Feuer/Wer durch Wasser/Wer in der Sonne/Wer in der Nacht/Wer als Strafe Gottes/Wer durch irdisches Gericht/Wer in den Wonnen des Mai/Wer durch Siechtum/Und wer - wer entscheidet das?“

Cohens „Who by Fire“ ist eine Meditation über Schicksal und Sterblichkeit. Der Text stellt die Frage, wer von verschiedenen Formen der Zerstörung – Feuer, Wasser oder Verfall – betroffen sein wird und wer sie überleben wird. Das Lied spricht auch die Idee an, dass niemand seine Zukunft kennt, da der Sänger wiederholt fragt: „Who shall I say is calling?“ Es geht um die Zerbrechlichkeit des Lebens und die Natur unkontrollierbarer Kräfte, die uns in jedem Moment mitreißen können. Letztlich spiegelt der Song die Ungewissheit des Lebens wider und dient als kraftvolle Erinnerung daran, unsere Zeit hier zu schätzen. Das Gebet und der Song

reflektieren die Unvorhersehbarkeit und Unvermeidlichkeit des Todes und die verschiedenen Weisen, wie er kommen kann.

Mit dem Tod konfrontiert

Cohen war mit diesem Gebet vertraut, da er mit der mosaischen Religion aufgewachsen war. Er hat also ein bestimmtes Segment aus dem Gebet genommen und modernisierte es als Bürger des 20. Jahrhunderts. Oder eine andere Sichtweise auf Leonard Cohens Interpretation ist, dass am Ende des Tages niemand wirklich weiß, wie es weitergehen wird. Und es ist interessant, noch einmal festzustellen, dass seine Besuche an der Front eines echten Krieges ihn gewissermaßen angespornt haben. Das Lied schrieb er unter dem Eindruck des Jom Kippur Krieges während der Kampfhandlungen in der Wüste Sinai, der ihn sehr beschäftigte und ihm seine jüdische Herkunft wieder präsent werden ließ.

Cohen war bewusst, dass er im Sinai vor einem soldatischen Publikum sang, das mit dem Tod konfrontiert war. Ihm war bewusst, dass seine Songs das Letzte sein könnten, was die Soldaten hören würden, und er sang in dem Bedürfnis, seine Zuhörer schützen zu wollen. Er wollten den israelischen Soldaten das Gefühl geben, dass er sie versteht, dass er mit ihnen ist – und das haben sie auch so empfunden. „Who by Fire“ wurde offiziell am 11. August 1974 veröffentlicht.

Im Jom Kippur-Krieg entstand auch ein weiterer Song, den er während der Kampfhandlungen auf einer Luftwaffenbasis in der Wüste Sinai für die Soldaten beider Seiten schrieb: „Lover, lover, lover“. Der Song handelt von einem inneren Konflikt und der Suche nach Erlösung und Vergebung. Es geht um die Sehnsucht nach Liebe, Wiederherstellung und einer zweiten Chance. Der Text drückt den Wunsch nach einem Neuanfang und einer Befreiung von vergangenen Fehlern aus. Es geht um die Suche nach einer spirituellen Verbindung und dem Weg zurück zu sich selbst. Der Song endet mit einem

Aufruf zur Stärke und Überwindung der inneren Dämonen. Der Sänger fleht darum, von vorne anfangen zu dürfen. Er möchte ein gerechtes Gesicht und einen ruhigen Geist haben. Ein zutiefst jüdisches Thema.

In Cohens Manuskript vom Oktober 1973 äußert er sich so: „Wir sangen überall dort, wo Männer versammelt waren, manchmal in Hallen für Hunderte, oder neben Flakgeschützen für zehn oder zwanzig Personen. Manchmal gab es Licht, manchmal leuchteten sie uns mit Taschenlampen an. Wir haben gesungen, wo immer wir gefragt wurden. An meinen Fingerspitzen bildeten sich Schwielen. Hier und da wurde mir suggeriert, ich sei nützlich. Männer wurden getötet. Ich begann, unsere Shows mit einem neuen Lied zu beenden. Der Refrain war Lover lover lover lover lover lover lover come back to me. Ich sagte mir: Vielleicht kann ich mit diesem Lied ein paar Leute beschützen. Ich würde es noch lange weitertragen.“

Vielseitige Begabung

Einmal beteuerte er: „Ich habe mich meiner jüdischen Herkunft nie geschämt, und in jeder Krise Israels werde ich da sein. Ich habe mich dem Überleben des jüdischen Volkes verschrieben“. Dafür hatte er sich einer gegen den Staat Israel gerichteten Boykott-Bewegung zu erwehren. Über sein Jüdischsein sagte er einmal, dass er eine sehr „messianische Kindheit“ gehabt habe.

Der kanadische Singer-Songwriter Leonard Cohen war weit mehr als ein Musikkomponierender, -spielender und singender Künstler. Er verfügte auch über eine ausgeprägte und vielseitige Begabung als Zeichner. Er war, so charakterisiert ihn sein Sohn Adam Cohen, bei allen künstlerischen und das Leben betreffenden Strategien, die er in seinem über 80 Jahre währenden reichen und komplizierten Leben angewendet hat, unbeirrt seinen Weg als ambitionierter Schriftsteller gegangen. Kurz: Für Leonard Cohen war Schreiben sein einziger Trost, sein wahrhafter Lebens-

zweck. Nie versiegendes Schreiben war das Feuer, das er entzündete, das er hegte, war die Flamme, die er schürte. Das Aufregende in einem in Flammen stehenden Gedanken war es, das ihn lebenslang antrieb. All das Gesagte spiegelt sich in seinem posthum erschienen, editorisch ebenso sorgfältig wie schön gestalteten Buch „Die Flamme“ mit seinen eigenen Illustrationen wider - eine liebevolle, fast zärtliche Hommage an einen großartigen Künstler.

Cohens Texte sind persönlich-intim, tiefgründig und geprägt von einer Jüdischkeit, die sein Leben und Werk bestimmt haben. „Ich schaue, Hand am Herzen/Unsere Flagge an/Hoffentlich gewinnen sie/Die Kriege, die wir so gerne starten“.

Mit seinem letzten Album „You Want It Darker“, drei Wochen vor seinem Tod erschienen, schuf Leonard Cohen ein dunkel glänzendes Spätwerk, sein musikalisches Testament, Lieder zum endgültigen Abschied – sein persönliches Kaddisch. Als Begleitsänger trat der orthodoxe Synagogenchor „Shaar HaShomayim“ auf. In dieser Montrealer Synagoge saß Leonard Cohen jeden Schabbes und an jedem Feiertag auf einem nummerierten Platz. Leonard Cohen war ein praktizierender Jude, der auch die Tefillin anlegte und den Talmud studierte.

Es kann eigentlich keinen Zweifel geben, dass der Song auch Cohens Versuch ist, sich dem Thema der Shoah zu nähern – „a million candles burning for the help that never came“. Das ewige Ringen jüdischer Theologie, nach der Shoah trotzdem noch an HaSchem zu glauben, wird durch Wut und Vorwürfe aufgelöst. Cohen besingt hier den Heil verheißenden und zugleich Heilung verweigernden jüdischen Gott. Auf dem Frankfurter Flughafen vermerkte er am 19. Februar 2001 in sein Notizbuch 15-40: „Ich möchte beten/fünf Mal am Tag/und das tue ich/Ich möchte leben/als lebte G-tt/durch mich an dich/und das tue ich“.

Bereit zu gehen

In einem großen Portrait im „New Yorker“ zeigte sich Cohen kurz vor Veröffentlichung des Albums „You Want It Darker“ als äußerst bereit zu gehen. Die göttliche Stimme, die ihn sonst immer ermahne, dass er gerade wieder einmal alles vermassele, munterte ihn jetzt nur auf, noch die letzten Dinge zu erledigen. Nach diesen Worten über seinen scheinbar nahenden Tod sagte er wenig später, dass er mindestens 120 Jahre alt werden möchte, wie von Gott in der Torah vorgesehen.

Er war also für den letzten Weg vorbereitet, als er auf seinem letzten Album – zum Teil aufgenommen in der Montrealer Synagoge „Shaar Haschomayim“ - das hebräische „Hineni, hineni“ haucht – „I am ready, my Lord!“. Das kann niemanden kalt lassen. „Magnified, sanctified be thy holy name“, singt er auf „You Want It Darker“. Es sind die ersten Worte des Kaddisch, des jüdischen Trauer- und Totengebets, das kein Wort über Verlust verliert, sondern nur die Herrlichkeit Gottes preist. Jissgadal wejsskadasch, schmehraboh: verherrlicht und geheiligt werde Sein großer Name in der Welt, die Er erschaffen nach Seinem Willen.

Am 7. November 2016 starb der Songpoet Leonard Cohen in Los Angeles. Er wurde noch am gleichen Tag, wie es jüdischer Tradition entspricht, auf dem jüdischen Friedhof seiner Geburtsstadt Montreal, Shaar Hashomayim Congregation Cemetery, beigesetzt bevor sein Tod in der Welt bekannt wurde. Jedoch ist Leonard Cohen nicht 2016, sondern als Eliezer ben Nathan - unter diesem Namen wurde er immer zur Thora gerufen - am 6. Tag des Monats Cheschwan nach dem mosaischen Kalender des Jahres 5777 von der Welt gegangen. Er wurde als Jude geboren und ist im Alter von 82 als Jude gestorben.

Matti Friedmann: Wer durch Feuer. Krieg am Jom Kippur und die Wiedergeburt Leonard Cohens, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin/Leipzig 2023, 198 S., 22 Euro.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** - per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) - per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbearbeitung: Tel.: (030) 54 71 02 51
 E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
- (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
- (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
- redaktion@juedische-rundschau.de
- (03222) 13 24 601
- www.juedische-rundschau.de
- www.facebook.com/jrundschau
- @jrundschau

**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)

69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ **Wohnort** _____

Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vom Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift**

Ich zahle gegen Rechnung:
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Die Tänzerin und die Schriftstellerin – Zwei Jüdinnen in den Goldenen Zwanzigern

In den 1920er Jahren waren die Jüdinnen Ruth Landshoff-Yorck und Lena Amsel am Puls der Zeit. Zwei Frauen, die schnelle Autos liebten, sich über Konventionen hinwegsetzten und sich als Künstlerinnen Ausdruck verschafften. Die Schriftstellerin Ruth Landshoff-Yorck setzte der Tänzerin Lena Amsel mit dem Buch „Leben einer Tänzerin“ ein Denkmal, das aber 1933 nicht ins Weltbild der Nationalsozialisten passte und deshalb nicht gedruckt wurde. 2023 erschien nun die überarbeitete Neuauflage im Aviva-Verlag.

Von Sabine Schereck

Partys, schnelle Autos, ein selbstbestimmtes Leben und Berühmtsein. In den 1920er Jahren gelang dies der Tänzerin Lena Amsel und der Schriftstellerin Ruth Landshoff-Yorck. Zu dem glamourösen Lebensstil der „Neuen Frauen“ gehörten auch zahlreiche Liebchaften und Aufenthalte in den Metropolen Europas: Berlin, Wien, Paris. Ihre Lebenswege und Wesen atmeten die neue Zeit. Ruth Landshoff-Yorcks Roman über Lena Amsel „Leben einer Tänzerin“ bildet vordergründig eine Verbindung zwischen beiden Frauen. Erkundet man die Hintergründe zu dem Buch und den Personen, öffnet sich ein Fenster zu einer Welt, die den Mythos der Goldenen Zwanziger sichtbar macht.

Lena Amsel

Die Tänzerin wurde 1898 in Lodz in eine jüdische Familie geboren. Der Erste Weltkrieg ließ sie 1914 mit Mutter und Schwester nach Dresden ziehen. Lena Amsel hatte sich in den Kopf gesetzt, Tänzerin zu werden. Dazu ging sie ein Jahr später nach Berlin und kreuzte im Café des Westens auf, wo die Berliner Bohème sich eingerichtet hatte und sie Kontakte knüpfte. Schließlich tanzte sie im Wintergarten und wirkte als Schauspielerin in Filmen mit. Dass dem Beruf der Tänzerin oftmals eine entsprechende Ausbildung vorausgeht und der Aspirantin Talent beschiedener sein sollte, scherte sie wenig. Zumal mit dem Aufkommen des Ausdruckstanzes der Begriff ‚Tanz‘ sehr dehnbar war. Dennoch gelang es ihr, im Ballettensemble von Eric Charell aufzutreten. Sie hatte sogar eine Rolle in Joe Mays Stummfilm „Tragödie der Liebe“ (1923), in dem auch Emil Jannings und Marlene Dietrich zu sehen waren.

Lena Amsels tänzerischen Unternehmungen waren gepaart mit einer kräftigen Portion Persönlichkeit, mit der es ihr nicht nur gelang, anderen davon zu überzeugen, dass sie Tänzerin war, sondern sie auch beliebt machte, was sicher zu ihrem Ruhm beitrug. Der Kritiker Stefan Grossmann beschrieb sie 1929 in seinem Nachruf als ‚ausgelassene Seele‘, die keck, drollig und verwegen war. Ihr Spaß am schnellen Autofahren trotz mangelnder Kompetenz am Steuer wurde ihr bei Paris zum Verhängnis.

Ruth Landshoff

Die Schriftstellerin kam 1904 in Berlin-Schöneberg zur Welt. Ihre jüdische Familie gehörte dem etablierten Bürgertum an und besaß zahlreiche Verbindungen. Wichtig war ihr Onkel, der Verleger Samuel Fischer. So bewegte sie sich schon früh in den Kreisen der intellektuellen künstlerischen Elite und genoss ein unbeschwertes Leben. Auch sie sah sich im Rampenlicht und wollte Schauspielerin werden. Sie spielte in Max Reinhardts Ensemble, konnte eine Rolle in Murnaus Film „Nosferatu, eine Symphonie des Grauens“ (1922) für sich verbuchen und spielte 1927 in Wien ge-

meinsam mit Marlene Dietrich in Carl Sternheims Stück „Die Schule von Uznach oder Neue Sachlichkeit“. Auch Ruth Landshoff, wie sie damals noch hieß, fiel mehr durch ihren Lebensstil als durch ihre künstlerischen Leistungen auf: sie spielte mit ihrem androgynen Aussehen, so dass sie auf einer Dinnerparty, bei der nur Männer geladen waren, als Jüngling durchging. Sie liebte Männer wie Frauen, fuhr Motorrad und liebte Luxusautos. Natürlich war sie auch viel in Europa unterwegs.

Ihre schriftstellerische Karriere setzte 1927 ein, als – nach ihrer eigenen Aussage – Kurt Korff vom Ullstein-Verlag einen Artikel bei ihr in Auftrag gab, ohne dass sie vorher auch nur etwas derartiges geschrieben, geschweige denn veröffentlicht hatte. Aber ihre Texte fügten sich gut in den Kanon der Ullstein Blätter, vor allem in „Die Dame“ und „Tempo“, die sich an ein breites Publikum wandten. Sie schrieb aus ihrer Lebenswelt, dem Kreis der privilegierten jungen Menschen, denen die Welt offen stand und aus der Sicht der Frau. Sie war am Puls der Zeit. Wie bei Lena Amsel, ist zu meinen, dass Ruth Landshoffs außergewöhnliche Persönlichkeit zu ihrem Ruhm beigetragen hatte.

(In gewisser Weise erinnern sie damit an Irmgard Keuns Romanfigur Doris in „Das kunstseidene Mädchen“. Darin wünscht sich Doris ein „Glanz“ zu sein und lediglich aufgrund ihrer liebrenden Persönlichkeit ein angenehmes Leben zu genießen.)

1930 verfasste Landshoff ihren ersten Roman „Die Vielen und die Eine“. Darin geht es um eine Berliner Reporterin, die aus Amerika berichten soll. Auf dem Weg dorthin macht sie Halt in Paris, wo man ihr eine besondere Frau vorstellt: „Das ist Lena, die polnische Tänzerin, die siebenmal verheiratet war in sieben Jahren.“

Guter Romanstoff

Bereits ein Jahr später war es der Wiener Boulevardzeitung „Die Stunde“ eine Nachricht wert, dass Ruth Landshoff an einem Roman über Lena Amsel arbeitete. Was veranlasste Landshoff dazu? War es das abenteuerliche Leben der Amsel, der einen guten Romanstoff hergab? War es ein Romanstoff, aus dem sich leicht Kapital schlagen ließe, da Amsel so bekannt war? Es ist unklar. Landshoff hat nicht viel von Amsel gehalten, wie aus einem unveröffentlichten autobiographischen Manuskript hervorgeht: „Ich ging in einen Nachtclub und sah sie tanzen. Das war sehr komisch. Sie konnte kein bisschen tanzen. In einem gelben Gewand gekleidet, machte sie Schritte, die sie als verführerische Frau darstellen sollten, und zum Ende hin kamen zwei große Neger auf die Bühne, nahmen sie in ihre riesigen Hände und trugen sie davon, während sie mit ihren Füßen wackelte.“

In Landshoffs Roman kommt Lena Amsel, halb getarnt unter dem Namen Lena Vogel, als recht unsympathisch daher. Erzählt wird auch nicht von ihrer Bühnenarbeit, sondern von ihren



sammen, sie wurde sogar seine Nachlassverwalterin. Er war 26 Jahre älter als sie und hat sie sehr geprägt, aber nicht nur sie. Vor ihr, von 1917 bis 1924, war er mit Unterbrechungen mit Lena Amsel zusammen und trieb ihre Karriere entscheidend voran. Bis zu ihrem Tod 1929 blieben sie in enger Verbindung. In Landshoffs Roman tritt er als der Dichter auf, dem Lena auch nach ihrem Tod erscheint. Eine unglaubliche Vertrautheit zwischen beiden wird in der letzten Szene deutlich – eine Vertrautheit, die sich auch leicht auf Landshoff und ihn übertragen lässt.

Frauentyp passte nicht ins Weltbild der Nazis

Landshoffs Roman wurde 1933 fertig, da war sie inzwischen in Paris. Gedruckt wurde er jedoch nicht mehr. Der Typ der neuen Frau passte nicht ins Weltbild der Nationalsozialisten. Auch die kleine Szene mit dem orthodoxen Juden aus Lenas Heimatstadt war damals riskant. Der Aviva-Verlag hat den Roman nun veröffentlicht und ein Nachwort von Walter Fähnders mit vielen Bildern setzen Personen

und Werk in einen spannenden Kontext.

Landshoff emigrierte 1937 in die USA, wo sie sich in New York niederließ und 1966 starb. Bis dahin war sie weiterhin schriftstellerisch tätig und engagierte sich politisch gegen die Nationalsozialisten. 1944 veröffentlichte sie den Roman „Sixty to Go“. Darin geht es um jüdische Flüchtlinge, die über die Grenze von Frankreich nach Spanien geschmuggelt werden, um dort in die Freiheit zu gelangen. Der in Englisch verfasste Roman wurde 2014 ins Deutsche übersetzt und ebenfalls vom Aviva-Verlag herausgegeben. Dort erschienen auch unter dem Titel „Das Mädchen mit wenig PS“ ihre Feuilletontexte, die einen Einblick in ihre Welt der Zwanziger Jahre geben.

Am 7. Januar jährt sich Ruth Landshoff-Yorcks 120. Geburtstag – ein Anlass, sie zurück ins Licht zu holen.

Ruth Landshoff-Yorck „Leben einer Tänzerin“
160 S., Aviva-Verlag, 2023, 20 €

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Wannsee-Konferenz: Perfide Vernichtungspläne in idyllischer Umgebung

Sie nannten es zynisch eine „Besprechung mit Frühstück“, als sich am 20. Januar 1942 hochrangige Nazi-Funktionäre in einer hochherrschaftlichen Villa im Berliner Bezirk Wannsee trafen, um die massenhafte Deportation und die industrielle Ermordung von Millionen Juden zu planen. Der fanatische Nazi und Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich beschloss zusammen mit 14 namhaften Beamten des NS-Regimes, darunter auch Adolf Eichmann, in perfider bürokratischer Akribie die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“, die den Weg für die massenhafte Ermordung jüdischer Kinder, Frauen und Männer durch die Nationalsozialisten ebnete. (JR)

Von Sebastian Biehl

Am 20. Januar 1942 fand die berüchtigte „Wannsee-Konferenz“ statt, benannt nach dem Tagungsort, einer ehemaligen Fabrikantenvilla am Großen Wannsee 56-58 in Berlin, welche als Gästehaus der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) diente. Die Einladung zu einer „Besprechung mit Frühstück“ kam von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Chef der genannten Organisationen und außerdem Reichsprotektor für Böhmen und Mähren. Die Konferenz war ursprünglich für den 7. Dezember 1941 geplant, musste allerdings wegen einer wichtiger Reichstagssitzung an diesem Tag (Kriegserklärung an die USA) verschoben werden.

Anders als oft behauptet wird, wurde die „Endlösung der Judenfrage“ nicht bei der Wannsee-Konferenz beschlossen, sondern die praktische und koordinierte Ausführung besprochen: Zuteilung der Zuständigkeiten, Koordination der Maßnahmen, zeitlicher Ablauf und Zielgruppe.

Heydrich erhielt den Auftrag zur „Gesamtlösung der Judenfrage“ bereits am 31. Juli 1941 von Generalfeldmarschall Hermann Göring. Das kurze Schreiben lautete:

„In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigsten Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.“

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.“

Unmissverständliche Verkläusulierung

Auch wenn das Schreiben verkläusuliert ist, wird hier deutlich der Auftrag gegeben, die Verfolgung der Juden in eine neue, finale Phase zu überführen, nämlich von der bisher praktizierten Diskriminierung, Unterdrückung und Druck zur Auswanderung hin zum Völkermord. Die Ausführung wurde Heydrich in die Hände gelegt, selbst im Kontext des NS-Staates ein ausgesprochen Fanatiker und Judenhasser.

Es wird in bestimmten Kreisen immer wieder darauf verwiesen, dass der Reichskanzler Adolf Hitler selbst nicht bei der Konferenz anwesend war (und auch keiner seiner Minister) und es auch keinen schriftlichen Befehl oder Auftrag von Hitler zur „Endlösung“ gab. Es gibt aber genügend Reden und Aussprüche und natürlich die eindeutigen Passagen in „Mein Kampf“, die keinen Zweifel las-



Heute ist in der Villa am Wannsee eine Gedenk- und Bildungstätte untergebracht.

sen, dass Hitler die „Endlösung“ wollte, die Ausführung aber anderen überließ, zumal seine Aufmerksamkeit nun auf die Kriegsführung gerichtet war. Ein direkter Auftrag von Göring an Heydrich konnte auch nicht ohne Wissen und Zustimmung Hitlers erfolgen.

Die ins Auge gefasste „Endlösung“ stand im engen Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjet-Union am 22. Juni 1941. Millionen Juden waren nun im Machtbereich der Nazis, zudem in einem Gebiet wo solche Massenmorde wesentlich unauffälliger stattfinden konnten als im dichtbevölkerten Deutschen Reich oder besetzten Westeuropa.

Der Entschluss zum Holocaust wurde irgendwann in der 2. Hälfte des Jahres 1941 genommen. Schon vor der Wannsee-Konferenz fand er „in kleinerem Umfang“ und unorganisiert statt. Etwa 900.000 Juden wurden schon vor der Konferenz ermordet, vor allem durch Erschießungen im besetzten Polen (Generalgouvernement) und den besetzten Teilen der Sowjet-Union. Dies geschah meistens auf Befehl von SS-Offizieren, die ihren Hass schon mal ohne genaue Anweisungen von oben auslebten.

Teilnehmer und Pläne

Bei der Konferenz waren 15 hochrangige Personen der Reichsregierung anwesend: Reinhard Heydrich trat als Vorsitzender auf. Als seine rechte Hand und außerdem als Protokollant fungierte Adolf Eichmann, „Referent für Judenangelegenheiten“.

Weitere Angehörige der SS waren Karl Eberhardt Schöngardt, Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement; Otto Hofmann, Chef des Rasse- und Siedlungsamtes; Rudolf Lange, Kommandeur der Sicherheitspolizei; Heinrich Müller, Chef der Gestapo. Eine weitere Gruppe bildeten Vertreter der Ministerien: Roland Freisler, Staatssekretär im Justizministerium; Erich Neu-

mann, Beauftragter für den 4-Jahresplan; Martin Luther, Unterstaatssekretär im Außenministerium; Wilhelm Stuckardt, Staatssekretär im Innenministerium.

Die besetzten Gebiete wurden repräsentiert von Josef Bühler, Staatssekretär des Generalgouvernements in Krakau; Alfred Meyer, Staatssekretär des Ministeriums für die Ostgebiete; Georg Leibbrandt, Reichsamtsleiter des Ministeriums für die Ostgebiete. Letztens waren noch zwei Vertreter der NSDAP beziehungsweise der Reichskanzlei anwesend, nämlich Gerhard Klopfer und Friedrich Wilhelm Kritzinger. Außer den genannten Personen war als einzige Frau auch die Stenografin und Sekretärin Ingeburg Werlemann anwesend, die Eichmann bei der Ausarbeitung des Protokolls half.

Heydrich eröffnete die Versammlung mit dem Vorlesen von Görings Brief und stellte klar, dass er die höchste Autorität für die „Endlösung der Judenfrage“ sei. Dann gab er eine kurze Übersicht über die bisherige Vorgehensweise, nämlich Juden durch Diskriminierung zur Emigration zu zwingen. Dies wurde allerdings aus vielen Gründen als unbefriedigend und gefährlich für das Reich angesehen. Durch den Weltkrieg und die massiven Gebietseroberungen im Osten ergaben sich nun ganz andere Möglichkeiten, so Heydrich.

Für die „Endlösung“ wurden 11 Millionen Juden ins Auge gefasst, auch aus nicht-besetzten Gebieten, also sämtliche Juden Europas. Eichmann las eine Auflistung der Anzahl aller Juden der verschiedenen Länder Europas und der besetzten Gebiete vor. Die Gebiete unter Kontrolle der Nazis würden von Westen nach Osten „durchkämmt“ werden und alle Juden in die eroberten Gebiete des Ostens, wo bereits schon viele Juden lebten, deportiert und vorläufig in Ghettos konzentriert werden. Danach würden sie dann der Vernichtung „zugeführt werden“. Dazu sollten Gaswagen vermehrt zum Einsatz kommen, und Vernichtungslager in wel-

chen Zyklon B als Massenvernichtungswaffe eingesetzt wurde, waren bereits im Bau oder in Planung.

Perfide Diskussion

Nicht alle Juden sollten sofort vergast werden, sondern viele als Arbeitsklaven zu Tode geschunden werden. Auch die Erschießungen sollten in großem Umfang weitergehen. Juden über 65 Jahre alt sollten in Altersghettos eingeliefert werden. Die Aufgabe der im Außendienst beschäftigten Beamten sollte es sein, in allen Ländern Europas die noch nicht unter der Kontrolle der Nazis standen, auf die Auslieferung der Juden zu drängen. Nach dem vermeintlichen Endsieg würden dann alle restlichen Juden Europas, sogar der Welt, gefangen genommen und umgebracht werden.

Für eine gewisse Reibung sorgte die Frage der Behandlung der sogenannten „Mischlinge ersten und zweiten Grades“, und der Juden, die mit Deutschen verheiratet waren und die nach den Nürnberger Rassegesetzen anders als die „Volljuden“ behandelt wurden. Für Heydrich, Müller und andere sollten auch „Halbjuden“ den Juden gleichgestellt und ohne Unterschied als „Untermenschen“ ausgerottet werden. Vor allem Stuckardt war anderer Meinung und argumentierte, dass „wir nicht über die nötigen Ressourcen verfügen“ und dies „ein zu großer Verwaltungsaufwand“ sei. Er schlug stattdessen Sterilisierungen vor.

Neumann gab zu bedenken, dass etliche Juden in der Kriegsproduktion nützlich seien und nicht sofort deportiert werden könnten. Heydrich gab die Versicherung, dass diese erstmal von den Deportationen ausgenommen waren. Bühler bat darum, im Generalgouvernement mit der Endlösung anfangen zu können, da es dort bereits Juden in großer Zahl gab und die Ghettos überfüllt seien. Scheinbar bestand eine Art perverser Wettbewerb, wessen Zuständigkeitsbereich als nächster „judenrein“ sein sollte, nachdem bereits Estland diese zweifelhafte Ehre hatte, was Lange während der Konferenz stolz verkündete.

Die Besprechung war nach anderthalb Stunden vorbei. Es fanden Folgekonferenzen zu weiteren Details statt, die erste schon anderthalb Wochen später.

Von den anwesenden Personen starben die meisten, darunter auch Heydrich, während oder kurz nach dem 2. Weltkrieg. Schöngardt, Bühler, Kritzinger, Stuckardt und Hofmann wurden strafrechtlich verfolgt. Leibbrandt, Neumann und Klopfer blieben weitgehend unbehelligt. Eichmann, der den Holocaust organisierte, flüchtete nach Argentinien, wurde aber vom Mossad enttarnt, in Jerusalem vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Sein Verhör trug viel zur Aufklärung des Holocaust bei.

Sebastian Biehl, Jahrgang 1974, wuchs in Südhessen auf. Zum Studium ging er nach Südafrika, wo er 23 Jahre blieb und lange Zeit als Forscher und Journalist arbeitete. Seit 2019 wohnt er mit seiner Familie in Berlin.

Gedenken an Auschwitz-Befreiung: Die „Kathedrale des Mordens“

Mit dem Wahlsieg der NSDAP am 30. Januar 1933 endete die Zeit der Weimarer Republik und begann in Deutschland die Errichtung eines faschistischen und judenfeindlichen Systems, das in der industriellen Judenvernichtung mündete. Eine „Kathedrale“ des Mordens war Auschwitz, wo über 1 Millionen polnische Juden und Juden aus anderen europäischen Ländern vergast wurden. In diesem Januar jährt sich zum 79. Mal die Befreiung von Auschwitz. Die Soldaten der Roten Armee fanden noch etwa 800 überlebende Lagerinsassen vor beziehungsweise vielmehr das menschliche Elendsbild der unterernährten und malträtierten Kranken und Sterbenden, die nach dem Horror der Nazis noch überlebt hatten. Am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar wird auch in diesem Jahr, von den Schulen bis zum Bundestag, die stets wiederholte hohle Satzhäuse „Nie wieder“ erklingen. Währenddessen feiert die Allianz eines muslimisch-linken Judenhasser-Mobs, der bis in deutschen Universitäten und Kulturstätten reicht, den neusten von Gaza ausgehenden judenfeindlichen Zivilisationsbruch. Der mehr als nur einen Anlass für die Feststellung gibt: Never again is now! (JR)

Von Simone Schermann

Jahrestag

Über diesen und das Schweigen darüber schrieb Primo Levi: „Das ist die Scham. Wir sind Menschen, wir gehören derselben Menschenfamilie an wie unsere Henker. Angesichts der Ungeheuerlichkeit ihrer Schuld fühlen auch wir uns als Bewohner von Sodom und Gomorra...“

„Wir sind Kinder jenes Europa, in dem Auschwitz liegt. Wir haben in dem Jahrhundert gelebt, in dem die Wissenschaft verbogen wurde und die Rassengesetze und die Gaskammern hervorgebracht hat. Wer kann mit Sicherheit von sich behaupten, gegen Ansteckung immun zu sein?“

Zum 78. Mal jährt sich die Befreiung von Auschwitz, als Soldaten der Roten Armee etwa 800 Menschen befreiten. Oder eben das, was von den Überlebenden, den Kranken und Sterbenden, übrig war. Befreit wurden die Zurückgelassenen, jene, die nicht mehr Mensch genug waren, um zu Laufen.

Aufgrund der überwältigenden russischen Offensive, vor der die deutschen Truppen überstürzt die Flucht ergriffen, wurde auch Auschwitz und die umliegenden Lager geräumt. Die Deutschen schleppten 11.000 Gefangene mit sich. Viele starben auf diesem Todesmarsch an Erschöpfung und Hunger, oder wurden mit Genickschüssen und Gewehrkolben entlang der Straße ermordet; nur Wenige überlebten dieses Inferno übermenschlicher Strapazen, um zu Erzählen.

„Wenn wir schweigen, wer wird dann sprechen?“, fragt Primo Levi. Seine Antwort: „Gewiss nicht die Schuldigen und ihre Helfershelfer.“

Und so ist es mal wieder Jahrestag

Die Vernichtungslager sind langsam in Vergessenheit gerückt, weit entfernt davon, sind längst neue Genozide in Planung oder bereits realisiert worden. Fast überflüssig wirkt es, an dieser Stelle noch Zahlen zu nennen und daran zu erinnern, dass, wenn Nazideutschland seinen Plan zu Ende geführt hätte, die in Auschwitz erprobten Methoden auf ganze Kontinente ausgeweitet worden wären.

Zur Vorgeschichte gehört der 30. Januar 1933, in Berlin ein frostiger Wintertag, er birgt düstere Prognosen. Vormittags empfängt Reichspräsident Paul von Hindenburg den Chef der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (NSDAP) Adolf Hitler und Reichskanzler a.D., Franz von Papen. Seitdem sind 90 Jahre vergangen und das Ende der Weimarer Republik führte zu Diktatur, Krieg und millionenfachen Völkermord; Europa wurde in Schutt und Asche gebombt, Deutschland geteilt. Und obwohl die zwölf Jahre des sogenannten Dritten Reiches inzwischen bis



Am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz von Soldaten der Roten Armee befreit.

hin zu Hitlers Schäferhund durchleuchtet wurden, stellen Krieg und Krisen uns im 21. Jahrhundert vor ganz ähnliche Herausforderungen.

„Nie wieder“ erklingt jahrein und jahraus, in Schulen bis zum Bundestag, der Gedenkathedrale der Deutschen. Währenddessen feiert die Allianz eines muslimisch-linken Judenhasser-Mobs, der bis in deutsche Universitäten reicht und Straßenterror begrüßt, den neusten Zivilisationsbruch: Ein von Hamas-Terroristen und ihren Helfershelfern begangenes Blutbad, den Massenmord an 1200 Israelis.

Die 1918 gegründete Weimarer Republik kämpfte von Anbeginn mit den Folgen des Ersten Weltkriegs, Hyperinflation, Putschversuchen und politischen Morden. Endgültig aus der Spur brachten sie die Weltwirtschaftskrise 1929 und die Massenarbeitslosigkeit. Die NSDAP lag 1928 nur bei 2,6 Prozent, kommt bei der Reichstagswahl 1930 bereits auf 18,3 Prozent, während die Kommunistische Partei Deutschlands bei 13,1 Prozent liegt.

Nachdem Reichskanzler Hindenburg wiederholt rechts-konservative Kanzler ohne parlamentarische Mehrheit ernannt, die per Notverordnung regieren und sich nur wenige Monate halten, wählen die Bürger wieder und wieder, bis im Juli 1932 die NSDAP stärkste Partei wird; mit 37,4 Prozent der Stimmen. Ende 1932 wird General Kurt von

Schleicher Reichskanzler, doch sein Vorgänger Franz von Papen gelüftet es nach der Rückkehr an die Macht und paktiert mit Hitler. Hindenburg akzeptiert die Intrige, die alten Eliten glauben fest, den als Emporkömmling verlachten „Führer“ unter Kontrolle halten zu können: Hitler soll Reichskanzler werden, von Papen sein Vize.

Hitler gewinnt die Wahlen

Die Kontrolle übernehmen Hitlers Leute nun geradezu atemberaubend schnell, am 30. Januar 1933 ziehen tausende NS-Fackelträger durch Berlin und dem Brandenburger Tor. Am 27. Februar brennt der Reichstag, die Nazis nutzen den Vorgang für eine noch schärfere Gangart. Hindenburg löst den Reichstag auf und am 5. März sind Neuwahlen. Innerhalb weniger Tage wird die Pressefreiheit beschnitten, die Nazis bekommen Schlüsselpositionen, Zehntausende SA-Einheiten und paramilitärische NSDAP-Einheiten werden als Hilfspolizei deklariert, die nun praktisch von Amts wegen politische Gegner verprügeln, verhaften, erschießen, während Hitler Wahlkampf macht.

Am Wahltag erhält die NSDAP 43,9 Prozent und mit der Deutschnationalen Volkspartei hat sie eine knappe Mehrheit. Das Bündnis macht sich daran, die Demokratie von Weimar und den alten Staat zur vernichten, die erste deutsche Republik schafft sich damit selbst ab.

Hitler braucht das Parlament nur noch für das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom März 1933; jedoch war diese keine Machtergreifung, sondern eine Machtübergabe, inszeniert vom greisen Hindenburg, der Hitler zwar nicht sonderlich schätzt, mit Hitler an der Spitze aber ein Bündnis konservativer Kräfte an die Macht bringen will.

Die demokratiemüden, konservativen Eliten unterstützen die neue Partei und haben die bevorstehende Diktatur und Autorität bereits einkalkuliert. Schlächtertruppen, Straßenterror, Propaganda und Gleichschaltung sind die politischen Mittel der NSDAP. Mit 1933 begann also die Realisierung des Traumes vom Volksreich, gigantische Zeiten stünden den Deutschen bevor. Drei Monate nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler entstehen die ersten Lager, ihr monströses Wachstum nach Zahl und Größe machte sie zu einer fundamentalen Einrichtung des faschistischen Europas, deren Verwirklichung auf einem perfektionierten System beruhen sollte, das ausgedehnt wurde, um auf Schrecken und Unfreiheit zu gedeihen.

Und doch erschien dieses Regime der Mehrheit der Deutschen als höchst attraktiv, es stützte sich auf die Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Deutschen mehr Chancengleichheit, als es sie während der Zeit des Kaiserreichs oder während der Re-

publik gegeben hätte. Das Versprechen der Volksgemeinschaft ging auf Kosten anderer und vollzog sich mit den verbrecherischen Mitteln eines Raub- und Rassenkrieges.

Der Rassenkampf sollte den Klassenkampf beenden, die Nationalsozialisten nutzten dazu sozial- und nationalrevolutionäre Ideen des vergangenen Jahrhunderts, von dort bezogen sie ihre verbrecherischen Energien. Vom „Aufbau des sozialen Volksstaats“, eines vorbildlichen „Sozialstaats“, sprach Adolf Hitler, in dem er „alle (sozialen) Schranken immer mehr einzureißen“ gedachte.

Jugenddiktatur und Rassegesetz

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme 1933 war Goebbels 35 Jahre alt, Reinhard Heydrich 28, Albert Speer 27, Adolf Eichmann 26, Josef Mengele 21, Heinrich Himmler und Hans Frank waren 32.

Die Jugend war tonangebend, belächelte die spießigen Kleingeister, sah sich als moderne Antiindividualisten, es zählte das „Wir“. Als Gefolgsleute der neuen Bewegung erzeugten sie wie alle Revolutionäre eine Aura des Jetzt-oder-nie, sie sahen im Nationalsozialismus nicht Redeverbot, Diktatur und Unterdrückung, sondern Freiheit und Abenteuer. Studenten und Hochschulabsolventen ergriffen die Macht, Kinder der alten Eliten, die sich selbst hochmütig als Avantgarde eines „jungen Volkes“ und die Alten als „Friedhofsgemüse“ belächelten.

Der Nationalsozialismus war eine Jugenddiktatur, die den Kick in einer visionären Zukunft suchte, das Gegenteil von Stagnation zu verkörpern glaubte, die aber nichts als eine nachpubertäre Identitätssuche im großenwahnsinnigen Vollgefühl der Omnipotenz betrieb und Zerstörerisches hervorbrachte.

Der Nationalsozialismus war eine Jugenddiktatur, die den Kick in einer visionären Zukunft suchte, das Gegenteil von Stagnation zu verkörpern glaubte, die aber nichts als eine nachpubertäre Identitätssuche im großenwahnsinnigen Vollgefühl der Omnipotenz betrieb und Zerstörerisches hervorbrachte.

Mit den Nürnberger Gesetzen wurden Rassenmerkmale, absurde erbbiologische Messungen von Rasseforschern, minutiös und mit akademischer Gründlichkeit ausgedacht, in bürokratische Normen verwandelt. Das Reichsbürgergesetz legte fest, wer Volljude, Halbjude sei und wer in Mischehe lebe. Zur Feststellung diente die Religionszugehörigkeit der vier Großeltern, sie ermöglichte das „automatische Verfahren“, des Aussortierens der Juden, setzte die Weichen für Unterwerfen, Ausplündern und Ermorden.

Zur deutschen Propaganda gehörte der „arische Widerstand“ gegen das angreifende „Weltjudentum“, das die Weltherrschaft anstrebe, als Jude, als jüdischer Plutokrat, der die proletarischen Unterschichten in die Knechtschaft zwingt; das war der Nährboden für die antisemitische Staatspolitik.

Das Schlusskapitel von „Mein Kampf“ heißt „Notwehr als Recht“ - mit dieser Botschaft wurde die Demontierung der Judenemanzipation begründet und die Judenvernichtung begann, als ein Verbrechen zum „Wohle“ des deutschen Volkes.

Die „Knochenmühlen“

Wie die anderen fünf Todesfabriken: Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka und Majdanek lag auch Auschwitz im besetzten Polen.

Ein Vernichtungsimperium deutscher Mordpolitik war erschaffen worden, es waren „Knochenmühlen“, Instrumente der Vernichtung in der Größenordnung von Millionen, mit Einrichtungen zur Massenvergiftung und den dazugehörigen Krematoriumsöfen, die täglich tausende Leichen vernichteten. Auschwitz wurde die

größte Menschen-Vernichtungs-Anlage aller Zeiten und zur Endlösung der Judenfrage auserkoren. Eine „Kathedrale“ des Mordens war Auschwitz, die Kapitale eines europäischen Lagerimperiums, das aus hunderten Lagern bestand.

Mit der Mordkampagne, die den Namen „Aktion Reinhardt“ trug, fand die Vergasung von bis zu 1,8 Millionen Juden statt: in Belzec, Sobibor und Treblinka. Ihr letztes Kapitel war Auschwitz, wo etwa 200.000 polnische Juden und über 700.000 Juden aus anderen europäischen Ländern vergast wurden.

Auschwitz bestand aus dem Stammlager Auschwitz, dem Arbeitslager Auschwitz-Monowitz und dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Die Todesfabrik arbeitete mit fünf Krematorien 24 Stunden am Tag und kam in den Krematorien II und III auf eine Tagesleistung von 1440 Leichen, in den Krematorien IV und V auf 768 Leichen. Die Gaskammern hatten eine weit höhere Kapazität und konnten 3000 Menschen töten.

Die massenhafte, systematische Verfolgung, das Erfassen, Gettoisieren, Enteignen, Entmenschlichen, Deportieren und Ermorden, beispiellos durchgeführt, nicht nur unter den Augen der deutschen Bevölkerung, sondern vor den Augen der Welt. Die Nazibarbarei war nicht weniger als die „Judenpolitik“ eines „Europa gegen die Juden“ gewesen, ein großangelegter Massenraubmord, der darüber hinaus eine gesamteuropäische „Endlösung“ für Juden und dann eine weltweite zu vollbringen suchte.

Rudolf Höß, Kommandant von Auschwitz, schreibt in seinen Memoiren über die Pläne Adolf Eichmanns, dass die Juden als „ewige Feinde des deutschen Volkes“ ausgerottet werden und „alle für uns erreichbaren Juden“ zudem „ohne Ausnahme zu vernichten“ seien.

Der in New York lebende Rudolf Vrba, Überlebender von Auschwitz, berichtet, in dem Shoa-Film von Claude Lanzmann von der Arbeit an der Rampe in Auschwitz. Züge aus allen Himmelsrichtungen, Tag und Nacht, manchmal bis zu sechs am selben Tag. „Und ich wusste genau, dass von diesen Menschenmassen zwei Stunden später 90 Prozent vergast sein würden“ sagte Vrba, „ich verstand nicht, wie diese Leute so verschwinden konnten.“

Abraham Bomba erzählte von der Selektion, bei der einige Männer nackt zur Arbeit ausgewählt wurden. Der Rest des Transportes wusste bereits, dass sie der Tod erwartete. „Die Schreie und das Weinen“, so Bomba, blieben tagelang in den Ohren und im Kopf und ließen ihn nachts nicht mehr schlafen.

Die Juden wurden ermordet, weil Hitler dies als sein Kriegsziel definiert hatte.

Hierin lag eine düster wörtliche Version der Nazifantasie von der „Erlösung“ durch die Vernichtung der Juden, und dem, was Eichmann die Beseitigung „die biologischen Quellen des Judentums“ nannte. Eine zoologische Ausdrucksweise, die ein Ungeziefervernichtungsmittel bedurfte, um sich dieser „Tierart“, einer ungewollten Laune der Natur, gleich in industriellem Maßstab zu entledigen.

Vernichtungsfantasien der Hamas
Der NS-Wahn findet seine Fortsetzung bereits im ersten Flugblatt der Hamas von 1988, das Juden als „Brüder der Affen, Mörder des Propheten, Blutsauger und Kriegshetzer“ bezeichnet. „Nur der Islam kann die Juden zerbrechen und

ihren Traum zerstören“, heißt es. Expliziter Judenhass kennzeichnet die Hamas-Charta, denn der Djihad gegen Israel wird dort nur als erste Etappe eines weltweiten antijüdischen Vernichtungskrieges genannt und reicht in seiner Bedeutung weit über den Palästinakonflikt hinaus. Gegner ist nicht allein Israel, es ist der „Welt-Zionismus“, das sogenannte „internationale Judentum“. Die Charta besagt, die Hamas sei nur die „Speerspitze und die Avantgarde“ im Kampf gegen den „Welt-Zionismus“, der als Feind der Menschheit und des Islam auszurotten ist. Denn die Juden stünden hinter der Französischen Revolution, und „hinter dem Ersten Weltkrieg, um so das islamische Kalifat auszuschalten.“

Träumten die Nazis von der Germanisierung der eroberten Gebiete, um „Lebensraum“ zu schaffen, so war Gaza heute bereits judenrein, und die Aussiedlung von sogenannten „Fremdvölkischen“, die im Falle der Juden auf ihre Ermordung im Holocaust abzielte, betrifft mit der Hamas-Charta nicht nur das Ende Israels sondern wieder der Juden weltweit.

Hilfe erteilt die Hamas dabei von den progressiven Linken, Universitäten, Queer-Aktivistinnen und von „Greta“, um eine Endlösung für den blauen Davidstern zu fordern, den sie auf Plakate pinseln, auf dem auch „Final Solution“ steht.

Die Generalprobe für neuen Massenmord war der 7. Oktober 2023, der angesichts des grausamen Horrors, der Raserei der Täter und ihrer monströsen Bestialität, die Rassenlehre der Nazis als pure Anleitung zu Hass, Krieg, Mord und Genozid gnadenlos fortführt: Die Vernichtung von 1200 Israelis an einem Tag. Selten wurde öffentlich seit den Nazis so sichtbar, wie sich eine zerstörerische „Avantgarde“, heute Linke und Muslime, sich in einer Gemeinsamkeit vereint: Juden und Israel als fixe Idee, die Sehnsucht nach einem judenreinen Israel und der Befreiung von der Shoa-Erinnerung.

Der wohlwollende Blick dieser „Avantgarde“ gilt dem Hamas-Terror gegen Israels Zivilisten, der als legitime, lokale „antikoloniale Widerstandsbewegung“ verharmlost wird. Die „Critical Race Theory“ wird offenkundig zum „Mein Kampf“, zur verbogenen „Wissenschaft“, die sich im Vernichten übt.

Weil sich die Juden weder entweißen noch entwestlichen lassen (wollen) müssen die Erfinder der „Critical Race Theory“ (kritische Rassentheorie) mit ihrem parareligiösen Gut-Böse-Schema, das unweigerlich an die Rassenlehre der Nazis erinnert, nicht nur die Shoa-Erinnerung beseitigen, sondern zwangsläufig die Monstrosität jedes Zivilisationsbruchs gegen Juden banalisieren, deformieren und verdrehen, so auch den 7. Oktober.

„Wir sind die Kinder Europas“

Wurde zu Zeiten von Auschwitz noch eine Rassenlehre eigens für die Juden erfunden, wegen der sie ermordet werden mussten, so liegt heute das Problem darin, dass die Juden nicht in die neue Rassen-Wissenschaft passen. Sterben müssen sie aber dennoch, nicht nur weil sie Juden sind, auch weil sie als „Weiße“, laut neuer Rassengesetze, jetzt das Kollektiv der Schuldigen schlechthin repräsentieren und per Geburt Rassisten, niemals Opfer, aber immer Täter sind.

Wieder selektiert Europa, wählt den einzigen jüdischen Staat heraus, wie es damals Juden selektierte; weil Juden es wagen für ihre Existenz zu kämpfen, weil sie es wagen zu töten, damit das Morden aufhört. Wir sind die Kinder jenes Europas, in dem der UN-Vorsitzende Antonio Guterres Vergewaltiger-Bestien gleichsetzt mit ihren israelischen Opfern. Wir sind Kinder dieses Europas, in dem der UN-Vorsitzende die Wahrheit verbiegt und obszöne Rechtfertigungsvorschläge macht, warum jüdische Babys von Muslimen lebendig verbrannt werden dürfen. Nicht in Auschwitz, sondern in israelischen Kibbutzim, hat sich die Welt an den Juden versündigt.

Auschwitz war ein Ort der Vernichtung und des Verderbens, schrieb Primo Levi. „Nie wurde das menschliche Wissen so sehr vergewaltigt, gedemütigt und verzerrt wie in den Lagern.“ „Für die Nazis war es wesentlich, die Juden in den Konzentrationslagern als Menschen zu demütigen, zu beleidigen, ihn auf das Niveau seiner Eingeweide herabzuwürdigen“, so Levi. Erniedrigung und Herabwürdigung der Israelis, noch im Angesicht des Todeskampfes, war auch die Zielsetzung der Hamas und hunderter ihrer Helfershelfer aus Gaza. Sie kamen zum Zwecke des Mordens in die Kibbutzim, zum Plündern und Rauben, zum Vergewaltigen und Verstümmeln, zum Verbrennen von Kindern bei lebendigem Leibe.

Primo Levi über Auschwitz: „So schlug auch die Stunde der Freiheit für uns ernst und lastend und erfüllte unsere Seelen mit Freude und zugleich mit einem schmerzlichen Schamgefühl, um dessen willen wir gewünscht hätten, unser Bewusstsein und unser Gedächtnis von dem Gräuel, den es beherbergte, reinzuwaschen: und mit Qual, weil wir spürten, dass es nicht möglich war, dass nie irgendetwas so Gutes und Reines kommen könnte, das unsere Vergangenheit auslöschen würde, und dass die Spuren der Versündigung für immer in uns bleiben würden, in der Erinnerung derer, die es miterlebt haben, an den Orten, wo es geschehen war, und in den Berichten, die wir darüber abgeben würden.“

Der 7. Oktober 2023 war ein neuer Jahrestag der Versündigung an den Juden, unter der Beteiligung Europas und des Islam, als Henker der Juden.

**EU-Pass,
EU-Führerschein,
Auswanderung etc**
www.domizilchange.de
Tel.: 030 / 99 21 3440

Von Freunden und Feinden: Israels Rettung 1948 (4)

Das jüdische und das tschechoslowakische Volk verbindet der gemeinsame Kampf gegen Adolf Hitler und der darauffolgende Verrat durch Groß Britannien. Nachdem das Waffenembargo, das die USA im November 1947 gegen das gesamte Mandatsgebiet Palästina erlassen hatte, nicht umgangen werden konnte, griff David Ben-Gurion auf Kampfflugzeuge aus der Tschechoslowakei zurück. Mittels der Luftbrücke „Operation Balak“ wurde die Haganah und später der junge jüdische Staat Israel mit Waffen und Munition versorgt und damit in seinem Unabhängigkeitskrieg signifikant unterstützt.

Von Stefan Frank

Das jüdische und das tschechoslowakische Volk verbindet ein gemeinsames Schicksal: Beide wurden erst Opfer Deutschlands, dann der britischen Regierung, die sie verriet. Mit dem Staatsgründer Tomáš Garrigue Masaryk und dessen Sohn Jan Masaryk hat die Tschechoslowakei zwei große Freunde des Zionismus hervorgebracht, die noch heute in Israel verehrt werden.

»Einen jüdischen Staat zu gründen ist eine der größten politischen Ideen unserer Zeit. Sie ist so großartig, dass den Menschen die Phantasie fehlt, sie zu verstehen. Sogar vielen Juden. Aber mir nicht. Ich glaube daran. Ich bin ein Zionist.«

Jan Masaryk, tschechoslowakischer Außenminister 1940–1948

Dieses Zitat wurde von Jan Masaryks Sekretär Viktor Fischl, dem späteren israelischen Diplomaten Avigdor Dagan, aufgeschrieben. Dagan lernte Masaryk, den damaligen tschechoslowakischen Botschafter in London, unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Tschechoslowakei im Jahr 1939 kennen, als er Masaryks Hilfe bei der Rettung der tschechischen Juden in Anspruch nahm. Er arbeitete eng mit Masaryk zusammen, als dieser Außenminister der tschechischen Exilregierung und des Nachkriegsregimes in Prag war, bis zu Masaryks gewaltsamem Tod nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948. In diesen Jahren zeichnete Dagan Masaryks Gespräche über verschiedene politische Themen auf und veröffentlichte sie 1952 in Israel.

Der Name Masaryk ist wohl fast jedem Israeli geläufig. In Tel Aviv gibt es einen Masaryk-Platz. Auch ein israelischer Kibbuz ist nach Masaryk benannt. Allerdings nicht nach Jan Masaryk, sondern nach dessen Vater, Tomáš Garrigue Masaryk, dem Staatsgründer der Tschechoslowakischen Republik.

Zu Zeiten der Habsburgermonarchie engagierte sich der Prager Philosophieprofessor gegen den Antisemitismus. So stellte er sich während der Hilsner-Affäre im Jahr 1899, als der jüdische Schuster Leopold Hilsner ohne Beweise wegen eines angeblichen Ritualmords an der 19-jährigen Anežka Hružová verurteilt wurde, auf dessen Seite und forderte, letztlich erfolgreich, ein neues, faireres Verfahren. Gleichzeitig bekämpfte er den antisemitischen Ritualmordglauben vieler seiner Landsleute, wofür er von Prager Studenten auf der Straße bespuckt und mit Steinen beworfen wurde. Die Aggressionen ihm gegenüber waren so gravierend, dass Masaryk ein unbezahltes Urlaubssemester nahm. Doch bei Juden in aller Welt



Tschechoslowakischer Außenminister (1940-1948) Jan Masaryk

machte sein Verhalten ihn berühmt, und er wurde zu einem Prager Émile Zola.

Das Handeln des Vaters beeindruckte Sohn Jan sein ganzes Leben lang. Jan Masaryk sagte einmal: »Wenn mein Vater in seinem schönen Leben nichts anderes getan hätte, als den armen Hilsner zu unterstützen, wäre er für mich immer der am meisten gefeierte Mann der Welt gewesen.«

Tomáš Masaryk unterstützte als Staatspräsident (1918–1935) die Balfour-Deklaration zur Gründung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina. Im April 1927 reiste er im Alter von 77 Jahren und nicht mehr bei guter Gesundheit dorthin, ließ sich die Hebräische Universität auf dem Scopus-Berg in Jerusalem zeigen und besuchte den von tschechoslowakischen Siedlern mitgegründeten Kibbuz Beit Alpha in Galiläa, der heute nach ihm benannt ist.

Der Verrat von München

Masaryks Sohn Jan war seit 1925 tschechoslowakischer Botschafter in London, bis Adolf Hitler am 29. September 1938 im Münchener Abkommen mit Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs sein Land zerschlug. Masaryk fühlte sich, wie er später schrieb, wie die Afrikaner, die einst von den Briten als Sklaven nach Amerika verkauft wurden.

Am folgenden Abend besuchte Masaryk das Ehepaar Chaim und Vera Weizmann in deren Wohnung im Londoner Stadtteil Kensington. »Ich werde nie vergessen«, erinnerte sich Masaryk, »wie taktvoll Weizmann und seine jüdischen Freunde ihr Beileid ausdrückten. Wenn ich in dieser Zeit meines Lebens nicht den Glauben an die Menschheit verloren habe, so verdanke ich das diesem Abend bei den Weizmanns. An diesem Abend wurde mir klar, worauf die jüdische Weisheit beruht. Juden denken nicht

in Tagen oder Monaten, sie denken in Jahrhunderten, in Jahrtausenden.«

Bei einem Benefizkonzert für jüdische Flüchtlinge, das der Verband tschechoslowakischer Juden am 18. Dezember 1939 in London veranstaltete, beschwor Jan Masaryk den gemeinsamen Kampf von Tschechoslowaken und Juden gegen Adolf Hitler:

»Wir sind Opfer eines blutigen und betrügerischen Mannes, für kein anderes Verbrechen, als dass wir in einem exponierten Teil Europas lebten. Die Juden sind seine Opfer. Sie sind Söhne und Töchter einer stolzen Rasse. Ich möchte nicht in mein Land zurückkehren, wenn die Juden nicht mit mir zurückkehren. Tschechen und Juden werden sich gemeinsam diesem blutigen, betrügerischen Mann entgegenstellen. Ich werde mich für alles einsetzen, was mein Vater mir hinterlassen hat, und für Eure Sache.«

Doch auch Jan Masaryks Einstellung gegenüber Juden war nicht völlig ohne Stereotype und Anflüge von Ressentiment. In einer Rede, die er im Herbst 1943 im tschechischen Programm der BBC London hielt, sagte er: »Jedes Volk kann man auch nach seiner Einstellung den Juden gegenüber beurteilen, und wir haben uns anständig benommen. Es ist auch wahr, dass sich manche Juden nicht anständig benommen haben. Sie gingen in Prag in die Kaffeehäuser und sprachen sogar nach 1933 Deutsch.«

Dass die Juden in Böhmen und Mähren Deutsch sprachen, hatte einen gewichtigen Grund im 1782 erlassenen Toleranzpatent von Kaiser Joseph II., das den Juden eine gewisse Religionsfreiheit zugestand, allerdings mussten sie Deutsch sprechen und deutsche Namen und Vornamen tragen. Den tschechischen Juden die deutsche Muttersprache zum Vorwurf zu machen war eine Anschuldigung, die »in ihrer Grundannahme falsch« war, schreibt der 1981 geborene tschechische Historiker Jan Láníček in seinem Buch *Czechs, Slovaks and the Jews, 1938–48*:

»Ein Teil der jüdischen Gemeinschaft sprach Deutsch, nicht, weil sie mit den Deutschen (oder gar den Nationalsozialisten) sympathisierten oder weil sie die Tschechen germanisieren wollten. Sie sprachen Deutsch aufgrund der historischen Entwicklung in Böhmen und Mähren, die sich nicht innerhalb weniger Jahre ändern konnte. Die Exilanten versuchten nicht, der Bevölkerung in der Heimat zu vermitteln, dass man die von den Deutschen brutal verfolgten Juden nicht aufgrund deren Muttersprache schuldig sprechen konnte.«

Masaryk sprach in seiner Rede von 1943 sogar von »Fehlern« der Juden und einer »Lehre«, die ihnen erteilt worden sei: »Aber sie haben so eine Lehre bekommen, dass es schwierig sein wird, einen tschechoslowakischen Juden zu finden, der

diese Fehler nach diesem Krieg wird wiederholen wollen.« Selbst da, wo Masaryk die Juden loben wollte, glitt er manchmal in Paternalismus ab, etwa, wenn er in besagter Rede meinte: »Und natürlich kannten wir auch viele, sehr viele anständige, ehrliche, bescheidene, treue Juden, Legionäre [Tschechen und Slowaken, die im Ersten Weltkrieg gegen die Mittelmächte gekämpft hatten, Anm. S. F.] und Sokoln, und sie gehörten und gehören noch zu uns und sind unsere Leute. Viele von ihnen sind in unserer Armee in England und in Russland.«

Doch wichtig ist, dass Masaryk – und das war auch im Westen 1943 nicht selbstverständlich – Partei gegen den Antisemitismus ergriff: »Geloben wir, da wir in die Zukunft blicken, den Antisemitismus als Barbarei zu sehen und als Schande, welche die Deutschen bis ans Ende aller Zeiten zeichnen wird. ... Die Juden werden schlechter behandelt als irgendjemand anderer ... Ich bitte Euch darum, ihnen zu helfen, so gut Ihr könnt.«

Jan Láníček schreibt, dass »Masaryk tatsächlich wiederholt paternalistische Tendenzen gegenüber den Juden zeigte. Das Fehlen einer angemessenen Reaktion der Regierung auf antijüdische Vorurteile deutet darauf hin, dass die Exilanten über die Reaktion im Protektorat besorgt waren, sollten die Vorurteile öffentlich angesprochen werden. Obwohl sich die tschechoslowakischen BBC-Sendungen nur selten mit den Juden befassten, lösten sie zu Hause dennoch gemischte Reaktionen aus. Minister Ripka stellte nach dem Krieg fest, dass er und Masaryk immer wieder Briefe erhalten haben, in denen sich Hörer über die Unterstützung für die Juden beschwerten.«

Nach 1945: Hilfe für polnische Juden

Nach der Rückkehr in die Tschechoslowakei 1945 behielt Masaryk das Amt des Außenministers auch in der ersten Regierung des kommunistischen Premiers Klement Gottwald. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1946 wurde die Kommunistische Partei von Klement Gottwald mit 31 Prozent stärkste Kraft und bildete eine Koalitionsregierung, die Bestand hatte, bis die Kommunisten im Februar 1948 in einem Staatsstreich die alleinige Herrschaft übernahmen.

Jan Masaryk unterhielt während dieser Zeit enge Verbindungen zur Untergrundorganisation Bricha, die Juden aus Osteuropa bei der illegalen Ausreise nach Palästina unterstützte. Er war beschämt von den Pogromen, die es in der Slowakei in den Jahren nach Kriegsende gab, beginnend mit jenem von Topolčany am 24. September 1945. Den Juden wurde von Antisemiten vorgeworfen, den Kommunismus zu unterstützen.

Ein Pogrom im polnischen Kielce im Juli 1946, ausgelöst durch ein falsches Gerücht über die Ermordung eines polnischen Jungen durch Juden, löste eine Massenflucht von Juden aus Polen in den Westen aus. Die Tschechoslowakei öffnete ihre Grenze zu Polen und gewährte ihnen auf ihrer Reise nach Palästina vorübergehenden Aufenthalt. Masaryk arbeitete dabei eng mit Gaynor Jacobson zusammen, dem Prager Vertreter des American Jewish Joint Distribution Committee (AJJDC), der Hilfsorganisation US-amerikanischer Juden für Juden in Europa.

Wer tötete Jan Masaryk?

Jan Masaryk starb zwei Wochen nach dem kommunistischen Staatsstreich am 10. März 1948 durch einen Sturz aus einem Badezimmerfenster im dritten Stock des Außenministeriums. Damals wurde behauptet, Masaryk habe Suizid begangen. Heute wird von vielen angenommen, dass er auf Befehl Stalins ermordet wurde. Die tschechische Historikerin Václava Janděčková, die intensiv über den Fall Masaryk geforscht und zahlreiche Beiträge und Bücher veröffentlicht hat, meint: »Die tschechoslowakischen Kommunisten haben ihn natürlich sehr gebraucht, aber aus mehreren Quellen geht hervor, dass er flüchten wollte, nur hat er es nicht rechtzeitig geschafft.«

Auch hätte Masaryk »in der geplanten Außenministerposition in der neugestalteten kommunistischen Regierung sehr unzuverlässig sein« können. Wer ihn ermordete, bleibe vorerst Spekulation: »Diese Zeiten sind leider total unübersichtlich. Wir haben keine entscheidenden Beweise, die Polizei macht aber alles Mögliche, damit der Fall nie gründlich untersucht wird.«

Die von Janděčková mitbegründete Gesellschaft zur Erforschung der Verbrechen des Kommunismus (Společnost pro výzkum zločinů komunismu) setzt sich für eine Exhumierung Masaryks ein, um mehr über die Todesumstände und mögliche Täter zu erfahren. Das sei bislang daran gescheitert, dass die in den USA lebende Großnichte Jan Masaryks nicht ihr Einverständnis gegeben habe, so die Wissenschaftlerin.

Gemeinsames Leid

Auf die Beziehungen zu Israel hatte der Tod von Jan Masaryk keine Auswirkungen. Unter seinem Nachfolger Vladimír Clementis als Außenminister begann am 31. März 1948 eine geheime Luftbrücke zur Lieferung von Waffen an die Juden Palästinas. Zudem intervenierte Clementis persönlich bei seinem jugoslawischen Amtskollegen, damit Ben-Gurions Waffenkäufer in Europa, Ehud Avriel, ein Einreisevisum erhielt und den Transport von tschechoslowakischen Waffen in die jugoslawische Hafenstadt Šibenik (im heutigen Kroatien) organisieren konnte, von wo aus sie auf Schiffe verladen wurden.

Bei all diesen interessanten und teilweise schrecklichen Details ist es wichtig, die moralische Hauptsache nicht aus den Augen zu verlieren: Nichtjüdische Tschechoslowaken wie Jan Masaryk teilten mit den Juden Palästinas Erfahrungen gemeinsam Leids. Dafür steht Jan Masaryks Londoner Rede von 1939. Zur selben Zeit, als die britische Regierung den Verrat an der Tschechoslowakei begangen hatte, unter dem Jan Masaryk so sehr litt, schlossen die Briten die Türen Palästinas für die in Europa von der Vernichtung bedrohten Juden. Vergeblich warteten viele Juden in Rumänien, Bulgarien und Griechenland auf ein Schiff, das sie in Sicherheit bringen würde. Ihr Leben wurde ausgelöscht, ohne dass dieses ersehnte Schiff jemals gekommen wäre.

»Für die Palästinawanderung der vielen Tausenden, ja, Zehntausenden von Prager Zionisten hatte die großmütige englische Regierung damals genau zehn Einwanderungserlaubnisse oder Zertifikate bereitgestellt, nicht mehr und nicht weniger«, schreibt der 1939 aus Prag nach Tel Aviv geflohene Max Brod in seinem 1952 in Israel er-

schienenen autobiografischen Roman Beinahe ein Vorzugsschüler.

»Sie hätte alle retten können; sie wusste, dass die Deutschen sich zum Einmarsch in Prag rüsteten, wusste, dass jeder Jude, der zurückblieb, verloren war – sie machte auch einige schwache Rettungsansätze und brachte noch manch einzelnen in letzter Minute in Sicherheit –, im Ganzen aber zog sie es vor, den überwiegenden Rest der jahrhundertealten Gemeinde Prag an Hitlers Schlachtmesser zu liefern.«

Operation Balak

Von April bis August 1948 brachten Frachtflugzeuge Waffen, Munition und sogar Kampfflugzeuge vom tschechoslowakischen Žatec über Korsika nach Israel. Die Luftbrücke »Operation Balak« endete, nachdem die US-Botschaft in Prag aufmerksam geworden war. Im Hotel Stalingrad in Žatec trafen sich jüdische Piloten aus der ganzen Welt.

„Da sagte Balak zu Bileam: Was hast Du mir da angetan!

Meine Feinde zu verfluchen, habe ich Dich holen lassen, und siehe, Du hast sie sogar noch gesegnet!“

4. Mose 23,11

Als die Tschechoslowakei 1945 von der Sowjetunion besetzt wurde, gab es im Land Waffen und Rüstungsfabriken im Überfluss. In der von der deutschen Wehrmacht okkupierten Tschechoslowakei hatte NS-Reichswirtschaftsminister Hermann Göring die Skoda-Automobilfabriken als Teil der Hermann-Göring-Werke zu Waffenproduktionsstätten umfunktionieren lassen, die den deutschen Kriegsanstrengungen dienten.

Die vom Krieg übrig gebliebenen Bestände wurden nach 1945 immer weniger gebraucht, da die Tschechoslowakei ihre Armee auf sowjetische Waffentypen einstellte. Wegen des begonnenen Kalten Kriegs kam der Westen – die Länder Lateinamerikas waren traditionell Kunden der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie gewesen – als Absatzmarkt nicht mehr infrage. Der Nahe Osten hingegen schon. So wurden die Haganah und später Israel zu den ersten Käufern.

Im Juni 1947 erhielt die Regierung in Prag von der Sowjetunion grünes Licht für Waffenexporte. Im folgenden Monat erörterte Moshe Sneh (Kleinbaum), Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency in Europa, das Thema mit dem stellvertretenden tschechischen Außenminister Vladimír Clementis und stieß grundsätzlich auf offene Ohren. Im November schickte David Ben-Gurion den in Prag geborenen Rechtsanwalt Otto Felix (später Uriel Doron) und den gebürtigen Wiener Ehud Avriel (Georg Überall) zu Verhandlungen nach Prag.

Man einigte sich im Dezember 1947 zunächst auf den Kauf großer Mengen von Kleinwaffen aus der Waffenfabrik Zbrojovka Brno (Waffenwerke Brünn). Der Vertrag wurde am 13. Januar 1948 mit Unterstützung des tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk und dem Einverständnis der Sowjetunion unterzeichnet. Als Käufer wurde auf den Ausfuhrscheinen Äthiopien angegeben, da die Tschechoslowakei nur souveräne Staaten als Vertragspartner akzeptierte.

Ende Februar 1948 gab David Ben-Gurion in Auftrag, auch die Möglichkeit des Ankaufs von Kampfflugzeugen in der Tschechoslowakei zu erkunden, nachdem das Waffenembargo, das die

USA im November 1947 gegen das gesamte Mandatsgebiet Palästina erlassen hatten, nicht umgangen werden konnte, weswegen amerikanische Kampfflugzeuge, die relativ billig und modern waren, ausschieden. Infrage kam das tschechoslowakische Kampfflugzeug Avia S-199, eine Version des deutschen einmotorigen Jagdflugzeugs Messerschmitt Bf 109, das die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs in großer Stückzahl hatte bauen lassen.

Die Versenkung der Lino

Aber auch mit Israels Feinden machte die Tschechoslowakei Geschäfte. Am 23. November 1947 schlossen Vertreter Syriens mit dem Unternehmen Zbrojovka Brno einen Kaufvertrag über die Lieferung von Waffen für die Arabische Errettungsarmee, einer von der Arabischen Liga aufgestellten Freiwilligenarmee, im Umfang von 10.000 MP-18 und 1.000 ZK 383 Maschinenpistolen, 500 MG 34 Maschinengewehren und 11,5 Mio. Schussmunition ab.

Die erste Lieferung mit 8.000 MP-18 und sechs Mio. Schuss 7,92-Millimeter-Munition wurde am 7. Januar 1948 vom jugoslawischen Rijeka aus auf dem italienischen Frachter Lino verschifft. Als die jüdischen Vertreter in Prag davon Wind erfuhren, intervenierte in der Folge Otto Felix, um die tschechoslowakische Regierung davon zu überzeugen, es wäre für sie lukrativer, nur Geschäfte mit den Juden zu machen. Am 13. Januar 1948 wies das Verteidigungsministerium die Waffenfabriken an, keine Verhandlungen mit Syrien mehr zu führen. Was andere arabische Staaten betraf, mochte Prag sich nicht festlegen. Zudem sollte der mit Syrien unterzeichnete Kaufvertrag noch erfüllt werden. Die Haganah, die zu dieser Zeit nur wenige tausend Gewehre besaß, entschied, dass die Waffen an Bord der Lino Syrien nicht erreichen dürften.

Wegen technischer Probleme und um Lebensmittel aufzunehmen, steuerte das Schiff am Abend des 2. April den süditalienischen Hafen Molfetta an, wo es den italienischen Zollbeamten verdächtig vorkam, weshalb es in den Militärhafen Bari geschleppt und die Crew verhaftet wurde. Der Kapitän konnte zwar alle nötigen Erklärungen abgeben, sodass die Mannschaft wieder freikam, doch am 11. April versenkte eine Eliteeinheit von Saboteuren der israelischen Spezialeinheit Palmach das noch im Hafen liegende Schiff.

Doch die Syrer gaben nicht auf. Mit italienischer Hilfe bargen sie die Ladung, deponierte sie in einem örtlichen Lagerhaus und erwarben ein anderes Schiff, die Argiro, um die Waffen nach Syrien zu transportieren. Die Crew war jedoch von zwei Mossad-Agenten infiltriert. Nachdem die Argiro am 19. August in See gestochen war, gab es »plötzlich« Motorprobleme. »Zufällig« war ein Fischerboot in der Nähe, dessen Besatzung Hilfe anbot und zwei »Fischer«, ebenfalls Agenten des Mossad, an Bord der Argiro kamen. Gemeinsam überwältigten die vier Mossad-Agenten die Besatzung und übernahmen das Schiff, das am 24. August in Haifa eintraf. Die italienischen Besatzungsmitglieder und die Waffen wurden an Bord zweier israelischer Kriegsschiffe gebracht und die Argiro versenkt.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Mena-Watch.

Israelischer Unabhängigkeitskrieg: Operation Horev leitete Kriegswende ein

Im Zuge des Krieges, in den Israel durch die arabische Aggression nach seiner Unabhängigkeit verwickelt worden ist, fand am 22. Dezember 1948 bis zum 7. Januar 1949 die Militäroperation Horev statt und führte dazu, dass Ägypten als erster arabischer Staat um einen Waffenstillstand bat. Nach 75 Jahren ist die IDF schon wieder gezwungen, Israels Existenz zu verteidigen und diesmal im Negev gegen die islamische Terror-Bande aus Gaza zu kämpfen. (JR)

Von Peter Luckimson

Vor kurzem jährte sich die Operation Horev zum 75. Mal. Wären ihre Ziele bis zum Ende verwirklicht worden, hätten Israel viele der heutigen Probleme erspart bleiben können. Es war jedoch die Operation, die über den Ausgang des Unabhängigkeitskrieges von 1948 entschied.

Die Operation hat ihren Namen vom Berg Horev, auch bekannt als Sinai, wo sich G-tt Moses zum ersten Mal offenbarte und wo den Juden die Tora gegeben wurde. Der Name war jedoch etwas irreführend: Weder Ben-Gurion noch sonst jemand hatte die Absicht, so weit in die Sinai-Halbinsel vorzudringen.

Die Entwicklung der Operation begann bereits im September 1948, als Premierminister und Verteidigungsminister David Ben-Gurion als Reaktion auf die Aktionen der jordanischen Legion in der Gegend von Latrun plante, das gesamte Gebiet zwischen Ramallah und Hebron einzunehmen. Der Premierminister ließ über den Vorschlag abstimmen, der mit 7:6 Stimmen abgelehnt wurde. "Sie haben jetzt eine Entscheidung getroffen, für die alle zukünftigen Generationen des jüdischen Volkes einen hohen Preis zahlen müssen!" - sagte der alte Mann damals wütend zu den Ministern. Neunzehn Jahre später und unter anderen Umständen nahm Israel das Gebiet ein. Aber es ist möglich, dass wir noch immer für den Zeitverlust bezahlen.

Unmittelbar nach dem Abbruch der Hebron-Operation stellte Ben-Gurion eine neue Aufgabe: die vollständige Vertreibung der Ägypter aus dem Negev bis Ende Dezember 1948 - Anfang Januar 1949 und anschließend die Besetzung des Gazastreifens und des angrenzenden Teils der Sinai-Halbinsel. Danach sollte der Sektor in aller Eile wieder mit Juden besiedelt werden.

Eine starke Gegenfront

Die Idee war einfach, aber wie sollte sie umgesetzt werden? An diesem Frontabschnitt befanden sich vier feindliche Infanteriebrigaden und eine Panzerbrigade, ein Pionier- und ein Artilleriebataillon, die Luftwaffe und mehrere unabhängig von der ägyptischen Armee operierende Milizen. Eine der ägyptischen Infanteriebrigaden verteilte ihre Kräfte auf Dutzende von befestigten Vorposten zwischen Uja al-Khafir (wo sich heute das Dorf Nitzanim befindet und wo die UNO die Südgrenze des jüdischen Staates festgelegt hat) und Bir Asluj (das heutige Dorf Revivim). Zwei Infanterie- und Panzerbrigaden bildeten eine starke Verteidigungslinie an der Grenze zum Gazastreifen, während eine weitere IDF-Brigade in der Nähe von Al-Faluja (dem heutigen Kiryat Gata) eingekesselt war.

Yigal Yadin, der faktische Generalstabschef der IDF, befürchtete ebenso wie die derzeitige militärische und politische Führung Israels, dass ein Durchbruch und der anschließende Einmarsch in den Gazastreifen große Verluste nach sich ziehen könnte und



Israelische Soldaten während der Operation Horev, 7. Dezember 1948.

beschloss daher, anders zu handeln. Er wollte zunächst den Negev von feindlichen Außenposten säubern, dann in den Sinai eindringen, den Gazastreifen von allen Seiten umzingeln und ihn einnehmen.

Heute sind sich israelische Militärhistoriker einig, dass der Plan utopisch war: Weder die UNO noch das Vereinigte Königreich und die USA noch irgendein anderer ernsthafter Akteur auf der internationalen Bühne würde Israel erlauben, den Gazastreifen unter einer anhaltenden Blockade zu halten und einen Teil des Sinai zu besetzen. Es ist schwer zu verstehen, wie Yadin eine ägyptische Brigade zurücklassen wollte, die in Al-Faluja eingekesselt war, über genügend Nahrungsmittel und Munition verfügte und entschlossen war, bis zum Eintreffen von Verstärkungen durchzuhalten. Hinzu kam, dass der Winterregen bereits eingesetzt hatte und viele Straßen unterspült waren - zu dieser Zeit wurden im Nahen Osten in allen Epochen die Kämpfe normalerweise eingestellt.

Nach den Tagebüchern Ben-Gurions zu urteilen, hatte Yigal Yadin einen offensichtlich undurchführbaren Operationsplan ausgearbeitet, der auf der Annahme beruhte, dass die Ägypter erschöpft waren und an einen Rückzug aus ihren Stellungen dachten. Das war sein Fehler: Für Ägypten war der Krieg zur Vernichtung des neu gegründeten jüdischen Staates eine Frage der Ehre, und die Ägypter waren nicht bereit, ihre Ehre aufs Spiel zu setzen.

Startschuss durch David Ben-Gurion

Jedenfalls gab David Ben-Gurion am 22. Dezember 1948 den Befehl, die

Operation Horev zu starten, obwohl ein furchtbarer Sturm ausgebrochen war, der die Straßen und Wege in ein unpassierbares Chaos verwandelte. An diesem Tag begannen alle verfügbaren Luft- und Artilleriekräfte der jüdischen Armee mit der Bombardierung und dem Beschuss des Gazastreifens. In Wirklichkeit handelte es sich um ein Ablenkungsmanöver: Während der Beschuss des Gazastreifens andauerte, griff ein Trupp von 120 Soldaten des 13. Bataillons der Golani-Brigade bis tief in die Nacht den 86. Außenposten der ägyptischen Armee an der Hauptstraße nach Khan Younes an. Der Angriff kam für den Feind völlig unerwartet, und die Ägypter flohen.

Der Befehlshaber der Südfront, Yigal Allon, gab den Befehl, den Außenposten mindestens vierundzwanzig Stunden lang zu halten, während sich die Hauptstreitkräfte mit anderen Außenposten befassten. Doch den Golani-Kämpfern gingen bereits die Lebensmittel und, schlimmer noch, die Munition aus. Das Funkgerät versprach ihnen, ihnen in den nächsten Stunden alles zu bringen, was sie brauchten, aber wie sollten sie das tun, wenn alle Straßen unterspült waren? Kurzum, als die ägyptische Armee mitten am Tag einen Gegenangriff auf den 86. Außenposten startete, mussten die Golani-Kämpfer mit bloßen Händen kämpfen. Sie hielten noch mehrere Stunden durch und beschlossen erst nach dem Verlust von 28 ihrer Kameraden den Rückzug. Weitere 40 Kämpfer wurden bei dieser Schlacht verwundet, zwei wurden gefangen genommen.

Als Ben-Gurion von den Geschehnissen am 86. Außenposten erfuhr, wollte er sofort mit Yadin besprechen, welche

Änderungen an der Operation vorgenommen werden sollten, aber es stellte sich heraus, dass er nach Be'er Sheva gegangen war. Der alte Mann funkte Yadin an, er solle in Gedera auf ihn warten, und fuhr sofort los, begleitet von seinem treuen Assistenten Nehemia Argov.

Bei der Dringlichkeitssitzung in Gedera wurde beschlossen, als Vergeltung für den Tod der jüdischen Kämpfer am 86. Außenposten als erstes die eingekesselte feindliche Gruppe in Al-Faluja anzugreifen. Doch der massive Mörser- und Artilleriebeschuss richtete seltsamerweise kaum Schaden an den von den Verteidigern von Al-Faluja errichteten Befestigungen an und brach nicht ihren Kampfgeist. Als die IDF dann zum Angriff übergingen, stießen sie auf erbitterten und kompetenten Widerstand. Am Ende zogen sich die Israelis zurück und ließen 93 Tote und Schwerverletzte auf dem Schlachtfeld zurück, die dann von den Ägyptern ermordet wurden. Weitere fünf Kämpfer wurden gefangen genommen.

Turbulenter Sieg

Zu diesem Zeitpunkt beschlossen David Ben-Gurion und Yigal Yadin, nach Be'er Sheva zu gehen, um von dort aus die Operation Horev zu leiten. Doch aufgrund starker Regenfälle waren die Straßen völlig unterspült, und mitten auf der Fahrt blieb ihr Auto im Schlamm stecken. Nehemiah Argovs Bemühungen, das Auto zu bewegen, blieben erfolglos, und man beschloss, das Auto stehen zu lassen und zu Fuß zur Hauptstraße zu gehen. Für alle drei Teilnehmer dieses Abenteuers waren die Orte völlig unbekannt, sie hatten keinen Kompass und liefen nach dem Zufallsprinzip. Für den

62-jährigen Ben-Gurion muss der fünf Kilometer lange Fußmarsch durch den Schlamm schwierig gewesen sein. Viel beängstigender war jedoch die Tatsache, dass sie in der Dunkelheit über einen ägyptischen Außenposten stolpern könnten und dann der Premierminister, der Verteidigungsminister und der Generalstabschef der Armee des jungen jüdischen Staates von den Ägyptern gefangen genommen würden. Glücklicherweise ging alles gut: In wenigen Stunden erreichten sie die Autobahn, wo sie von einem IDF-Jeep abgeholt wurden.

Zu diesem Zeitpunkt verlief die Operation, die unter dem direkten Kommando von Yigal Allon stand, im Allgemeinen erfolgreich: Die ägyptische Armeeführung ging davon aus, dass die Hauptaufgabe der IDF darin bestand, den Gazastreifen zu besetzen, und leistete daher keine Unterstützung für die befestigten Außenposten im Negev, von denen die meisten innerhalb von zwei Tagen gefallen waren.

Man kann jedoch nicht behaupten, dass alles schnell und reibungslos verlief. Bei einigen Außenposten kämpften die Ägypter heldenhaft - bis zum letzten Soldaten -, während die Juden hier und da ein paar Pannen hatten. So begann das 82. Panzerbataillon seinen Angriff auf die feindliche Festung Uja al-Hafir nicht wie befohlen am frühen Morgen, sondern erst gegen Mittag. Die Flugzeuge wussten nichts von dieser Verzögerung, bombardierten am Morgen erfolgreich, und die Ägypter zu überumpeln, wie geplant, gelang nicht. Es kam zu einem heftigen Gefecht, und das 82. Bataillon musste dringend Verstärkung erhalten.

Doch so seltsam es auch klingen mag, am 27. Dezember 1948 war mindestens ein Drittel der Ziele der Operation Horev erreicht worden. Der Negev war von den Ägyptern befreit worden und während diese sich auf die Verteidigung

des Gazastreifens vorbereiteten, stürmten die 8. gepanzerte Brigade und die Negev-Brigade die Verteidigungslinie von El Aluja, zerschlugen ihre Verteidigungslinie und drangen in den Sinai ein. Am 28. Dezember erreichten die IDF-Truppen El Arish, und die Arel-Brigade stieß tief auf die Sinai-Halbinsel vor. Die Ägypter wurden vernichtend geschlagen, und nun war es nicht mehr schwer, den gesamten Sinai zu erobern.

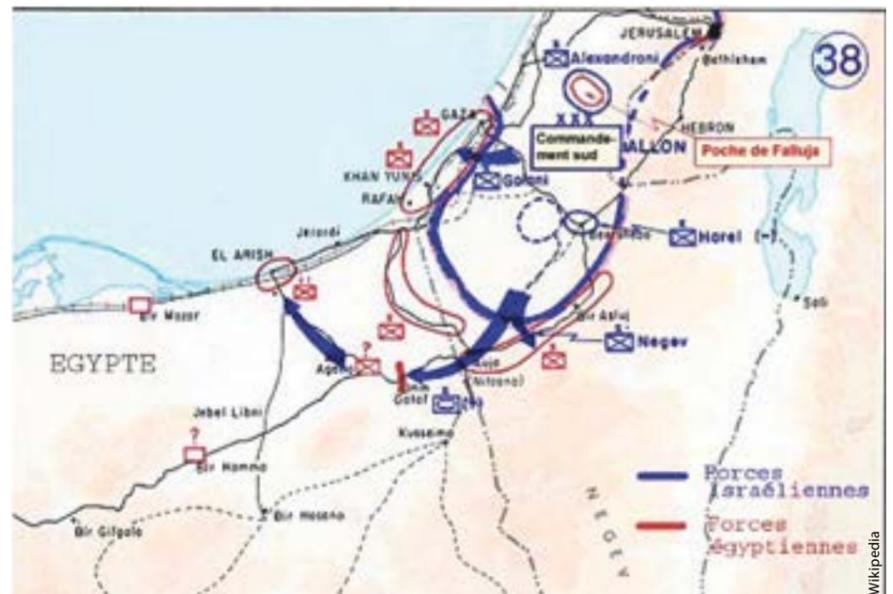
Protestnoten

Und dann geschah etwas, das sich in der Geschichte des Nahen Ostens noch viele Male wiederholen wird.

Am 31. Dezember, eine Stunde vor dem Jahreswechsel 1949, traf der US-Sonderbeauftragte James MacDonald im Hotel Galei Kinneret in Tiberias ein, wo Ben-Gurion wohnte. Er überreichte dem alten Mann eine persönliche Botschaft von Präsident Truman, in der es hieß, dass die USA ihre Haltung gegenüber Israel grundlegend überdenken würden, wenn sich die IDF nicht sofort aus dem Sinai zurückzögen. Zu diesem Zeitpunkt hatten Großbritannien und andere Länder bereits offizielle Protestnoten gegen das Vorgehen der IDF veröffentlicht.

Ben-Gurion forderte Yigal Allon in einem Telegramm auf, unverzüglich mit dem Rückzug der Armee von der Halbinsel zu beginnen. Doch Allon verstand offenbar den Ernst der Lage nicht und schickte dem alten Mann ein Antwortschreiben, in dem er ihn bat, "ein wenig zu warten, bis der Gazastreifen vollständig besetzt ist". Ben-Gurion schrieb mit einem kurzen, wütenden Satz zurück: "Ihnen wurde gesagt - sofort!".

Am 2. Januar versicherte Außenminister Moshe Sharet James MacDonald, dass sich keine israelischen Soldaten mehr auf ägyptischem Gebiet befänden. Um sich vom Wahrheitsgehalt dieser Nachricht zu überzeugen, schickten die Briten Aufklärungsflugzeuge an die



Karte der Militäreinsätze

Grenze der Sinai-Halbinsel, die von der israelischen Luftabwehr und israelischen Kampfflugzeugen unter Beschuss genommen wurden. Das Ergebnis: ein englischer Pilot wurde getötet und zwei wurden von IDF-Kampfflugzeugen gefangen genommen. Es ist kaum nötig zu erwähnen, was sich daraufhin in Großbritannien und dann in der ganzen Welt ereignete. Die Briten begannen, ihre Armee in Richtung Ägypten zu bewegen, um auf der Grundlage des Abkommens von 1936 an dessen Seite in den Krieg einzutreten.

In der Zwischenzeit hatten die beiden Yigals, Yadin und Allon, die Hoffnung noch nicht aufgegeben, das Hauptziel der Operation Horev zu erreichen. Am 3. Januar starteten die IDF eine Offensive in der Gegend von Rafah, in der Hoffnung, die Ägypter im Gazastreifen einzuschließen und sie zur Kapitulation zu zwingen. Am 6. Januar 1949, nach schweren Kämpfen im Rafiah-

Gebiet, erklärte sich Ägypten bereit, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen. Am selben Tag schossen israelische Piloten fünf britische Kampfflugzeuge ab, die auf Patrouille waren - ein weiterer Vorfall, der den Briten überhaupt nicht gefiel.

Am 7. Januar unterzeichnete Israel einen Waffenstillstand, obwohl Yigal Yadin Ben-Gurion anflehte, dies nicht zu tun, und zu erklären versuchte, wie wichtig es für die Zukunft Israels sei, den gesamten Gazastreifen zu besitzen. Aber der alte Mann, der in die Zukunft blicken konnte, war mehr mit der Gegenwart beschäftigt. Von dem Moment an, als das Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten geschlossen wurde, war der Ausgang des Unabhängigkeitskrieges eine ausgemachte Sache. Von nun an würden sich die Juden bei der ganzen Welt dafür entschuldigen müssen, dass sie gewonnen hatten.

Warum man die Juden nicht gewinnen lässt

Die jüngsten Rufe nach einem Waffenstillstand gegen die Hamas-Terroristen, die gegen Israel in den Krieg gezogen sind und laut wurden, sobald die IDF im Gazastreifen operative Erfolge erzielten, haben eine jahrhundertlange Geschichte.

Zwei große Wellen grundloser arabischer Gewalt und Massaker gegen Juden im Jischuw fanden 1929 und 1936-1939 (im Zusammenhang mit dem arabischen Aufstand) statt. Die Reaktion Großbritanniens bestand darin, das Mandat zu verraten, das ihm vom Völkerbund erteilt worden war, um dem jüdischen Volk bei der "Wiederherstellung seiner nationalen Heimat im Lande" zu helfen.

Das Mandat basierte auf der Anerkennung "der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina" (bevor der Name "Palästina" von den Arabern enteignet wurde, wurde er von der internationalen Gemeinschaft und den Juden selbst eindeutig als Bezeichnung für das geografische Gebiet verstanden, in dem sich das historische Land Israel befand, so dass die Worte "Anerkennung der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina" zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts durchaus Sinn machten).

Im Rahmen des Mandats wurde Großbritannien angewiesen, "die jüdische Einwanderung zu erleichtern", aber als es 1929 und 1936-39 zu arabischen Massakern und Gewalttätigkeiten kam,

war Großbritannien gezwungen, die jüdische Einwanderung zu stoppen (nein, Rashida Tlaib, Ihre Vorfahren haben den Juden keinen "sicheren Hafen" geboten, sondern sie haben alles getan, um sicherzustellen, dass die Juden keinen sicheren Hafen hatten, und das leider sehr effektiv). Großbritannien gab nach und veröffentlichte zwei wichtige Weißbücher (1930 und 1939), die von den Mandatsbedingungen abwichen und die jüdische Einwanderung im kritischsten Moment der jüdischen Geschichte stark einschränkten. (Das Ausmaß, in dem die arabische Gewalt und der britische Verrat das Schicksal von Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen Juden in Europa besiegelten, wird immer noch nicht ausreichend gewürdigt.)

Im März 1948, nach monatelanger arabischer Gewalt, ausgelöst durch den Vorschlag der UN-Generalversammlung vom November 1947, das Gebiet in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen, wurden die Streitkräfte des Jischuw besiegt. Zu diesem Zeitpunkt zogen die USA und Großbritannien, anstatt die Juden zu unterstützen, in Erwägung, ihre Unterstützung für die jüdische Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit zurückzuziehen und begannen mit der Planung einer "Treuhänderschaft", die das Mandat ersetzen sollte.

In dem Bewusstsein, was auf dem Spiel stand, ging der Jischuw im April

1948 in die Offensive und verteidigte den im Entstehen begriffenen jüdischen Staat gegen den arabischen Ansturm (wenn der israelisch-„palästinensische“ Konflikt jemals wirklich ein Konflikt zwischen Juden und Arabern im Land war, so wurde er im April 1948 beendet).

Als die Briten im Mai 1948 abzogen, fielen zahlreiche arabische Armeen von allen Seiten ein und versuchten, den neuen unabhängigen jüdischen Staat zu zerstören. Nach monatelangen Kämpfen überlebte Israel (wobei Jordanien das heutige Westjordanland annektierte und Ägypten die militärische Kontrolle über den so genannten Gazastreifen ausübte).

Keiner der Nachbarn Israels war jedoch bereit, mit Israel Frieden zu schließen und sich auf endgültige Grenzen zu einigen. Daher setzten sich externe Kräfte für Waffenstillstandsvereinbarungen ein, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, dass der Krieg gegen den jüdischen Staat nicht beendet, sondern nur ausgesetzt war.

Schlimmer noch: Unter Graf Folke Bernadotte und unter der Schirmherrschaft der UNO schuf die internationale Gemeinschaft die Grundlage für die "Annullierung" sowohl der Existenz Israels als auch seiner territorialen Gewinne, insbesondere durch die Schaffung der UNRWA-Agentur und die einzigartige Form des „palästinensischen“ Flüchtlingswesens, die als Mittel zur

"Annullierung" Israels fortbesteht.

1967, als Ägypten und Syrien versuchten, die Bedingungen früherer Waffenstillstands- und Sicherheitsvereinbarungen aufzuheben, trat Israel in den Krieg ein und errang in sechs Tagen einen schnellen Sieg. Erneut versuchten die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft zu verhindern, dass Israel territoriale Gewinne erzielte, indem sie eine Land-für-Frieden-Formel aufstellten.

Diese Dynamik der Unterminierung israelischer Siege hatte 1973 katastrophale Folgen: Die USA hinderten Israel daran, am 5. und 6. Oktober 1967 einen militärischen Präventivschlag zu führen, da ein zweiter entscheidender israelischer Sieg als Risiko für die Interessen der USA angesehen wurde.

Als Israel von Ägypten und Syrien angegriffen wurde und mehrere Tage lang mit der Aussicht auf Niederlage und Zusammenbruch konfrontiert war, gab es keine Rufe nach einem Waffenstillstand. Erst als die IDF das Blatt zu wenden begann, wurden die Forderungen nach einem Waffenstillstand lauter und nachdrücklicher. Diese Dynamik, bei der die arabischen Länder den arabischen Forderungen nachgeben, solange sie Gewalt anwenden, aber einen Waffenstillstand fordern, wenn Israel antwortet und militärische Erfolge erzielt, hat sich seither in verschiedenen Formen erhalten und ist so alt wie der Konflikt selbst.

„Meine historische Pflicht ist es, das jüdische Volk zu verteidigen“ – Zum 10. Todestag von Ariel Scharon

Die Sicherheit des jüdischen Staates und seiner Menschen war seine oberste Mission und sein Antrieb. Als Soldat und später als Politiker zeigte Ariel Scharon Entschlossenheit gegenüber den arabischen Aggressoren. Er förderte den Siedlungsbau auf jüdischem Boden und ließ den Sicherheitszaun im Westjordanland errichten. Doch sein politisches Erbe ist umstritten: Es war auch Scharon, der 2005 den Gaza-Streifen räumen ließ. Dies war sein schwerster politischer Fehler, den Israel bis heute mit sehr vielen Menschenleben bezahlt. (JR)

Von Juri Kramer

„Ein Führer muss Vernunft, Urteilsvermögen und eiserne Nerven haben.“
Ariel Scharon

Und er hatte all das. Vernunft, Urteilsvermögen und Nerven aus Stahl. Er erkannte seinen Auftrag als einen Auftrag zum Schutz des jüdischen Volkes und erfüllte ihn. Und wenn er die Drecksarbeit machen musste, tat er es, und gleichzeitig war er bereit, viele Kompromisse einzugehen, außer für die Sicherheit des jüdischen Volkes.

Die Israelis gaben ihrem 11. Premierminister, der Ehud Barak nachfolgte, den Spitznamen Bulldozer, was das Wesentliche seines Charakters sehr gut wiedergibt. Einer israelischen Version zufolge erhielt er seinen Spitznamen 1970, als er bei der Niederschlagung des ersten „palästinensischen“ Aufstandes im Gazastreifen den Truppen hart und kompromisslos befahl, gepanzerte Bulldozer zum Abriss von Häusern einzusetzen.

Während der Suezkrise war er Kommandeur der 38. Panzerdivision. Er diente im Sechstagekrieg im Juni 1967 und an der Sinai-Front im arabisch-israelischen Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973. Seine Division überquerte den Suezkanal und kesselte die ägyptischen Truppen ein, was den Ausgang des Krieges entschied - er setzte sich wie ein Bulldozer mit aller Kraft für Israel ein.

Auch in der Politik bekleidete er zahlreiche verantwortungsvolle Positionen: Innerhalb von fünf Jahren stieg Scharon vom Sicherheitsberater von Premierminister Yitzhak Rabin (1975-1976) zum Verteidigungsminister in der Regierung von Menachem Begin (1981) auf; von 1983-1984 war er Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Yitzhak Shamir; von 1984-1990 war er Minister für Handel und Industrie in der Regierung von Yitzhak Shamir - Er war Minister für Handel und Industrie in der Regierung von Schimon Peres und arbeitete 1990-1992 erneut mit Yitzhak Rabin zusammen, als er das Wohnungsbauministerium leitete; von 1989-1993 stand er an der Spitze der Likud-Partei, bis er am 6. Februar 2001 den Höhepunkt seiner Karriere erreichte und Ministerpräsident von Israel wurde. Israel hatte die Wahl zwischen Ariel Scharon und Ehud Barak. Und es entschied sich für Scharon. Für die Idee, Israels Sicherheit mit allen Mitteln zu erreichen. Eine Idee, der er sein ganzes Leben gewidmet hat - sowohl militärisch als auch politisch. Für die kompromisslose und obsessive Art, mit der er dieses Ziel verfolgte. Für den persönlichen Mut, den er nicht nur in den israelisch-arabischen Kriegen, sondern auch in politischen Kämpfen bewies. Er kümmernte sich weder um die Liebe seiner



Ariel Scharon

Anhänger noch um den Hass seiner Feinde - seien es Israelis oder Araber. Er nannte den Kampf für die Sicherheit des Staates seine Mission und glaubte, dass ihm jedes Mittel recht sei, um sie zu erreichen.

Wurzeln

Der künftige Kämpfer, Politiker und Ministerpräsident Israels Ariel Scharon wurde am 27. Februar 1928 in Moschaw Kfar Malal geboren, das im zentralen Teil Israels liegt - 52 km von Jerusalem und 14 km von Tel Aviv entfernt -, wo sich Schmuel und Vera Scheinerman niederließen (Ariel änderte seinen Nachnamen in Scharon), die auf der Suche nach dem Glück tausende Kilometer zurückgelegt hatten, um von Brest-Litowsk in Russland nach Eretz Jisrael zu gelangen.

Sein Urgroßvater diente 25 Jahre in der russischen Armee und erhielt für seine lange Dienstzeit ein Stück Land. Sein Großvater war ein überzeugter Zionist, einer der Gründer der zionistischen Organisation in Brest-Litowsk und - es gibt solche Zufälle - mit dem Vater des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin befreundet war. Nach der Revolution in Russland wanderte er wie viele überzeugte Zionisten nach Palästina aus.

Seine erste bewusste Entscheidung traf Ariel im Alter von 14 Jahren: Er schloss sich der Jugendorganisation "Gadna" (Gdudei Noar - hebräisch, Jugendbataillone) an, in der Jugendliche auf den Militärdienst vorbereitet wurden, Unterricht über die Geschichte des Zionismus stattfand und in der erklärt wurde, was es heißt, ein Patriot Israels zu sein. Das Ausbildungsprogramm wurde in den frühen 1940er Jahren von der paramilitärischen zionistischen Organisation Haganah ins Leben gerufen, die später zum Kern der IDF wurde. Er trat der "Haganah" bei, legte den Eid ab, wurde 1943 Leutnant, kämpfte 1944 zum ersten Mal gegen arabische Terroristen, wurde 1947 Zugführer und wurde 1948 in der Schlacht um Latrun zum ersten Mal verwundet. So wird ein echter Soldat, Offizier, Krieger geboren.

Vom Leutnant zum Minister

Am Freitag, dem 14. Mai 1948, am Vorabend des Schabbats, verliert David Ben-Gurion in einem Gebäude am Rothschild-Boulevard, in dem sich das Museum der Schönen Künste von Tel Aviv befindet (ehemaliger Wohnsitz des ersten Bürgermeisters von Tel Aviv, Meir Dizengoff), die Unabhängigkeitserklärung Israels und verkündet damit

"der Stadt und der Welt" die Entstehung eines neuen Staates auf dem Gebiet Palästinas, der am 15. Mai von der US-Regierung, am 16. Mai von der Sowjetunion und anschließend vom Iran, Island, Rumänien und anderen Ländern anerkannt wird.

Am nächsten Tag erklärten die „Palästinenser“ den Unabhängigkeitstag Israels zum "Nakba-Tag" (arabisch für "Tag der Katastrophe"). Es folgte der Einmarsch der Armeen von fünf arabischen Staaten - Ägypten, Transjordanien, Libanon, Syrien und Irak - in das Gebiet des Staates Israel, um die Teilung Palästinas und die Existenz eines unabhängigen jüdischen Staates zu verhindern.

Die arabischen Armeen umfassten etwa 54.000 Mann. Ihnen standen die israelischen Streitkräfte gegenüber, die etwa 45.000 Kämpfer umfassten.

In diesem ersten Krieg, der als Unabhängigkeitskrieg bekannt wurde, befehligte der 20-jährige Leutnant Scharon einen Zug der Alexandroni-Brigade. In der Schlacht von Latrun, einem Vorort von Jerusalem, wurde er verwundet, kam ins Krankenhaus und kehrte an die Front zurück. Nach Kriegsende wurde der junge, vielversprechende Offizier in den Nachrichtendienst des Generalstabs berufen, wo

er drei Jahre lang diente, und kam dann auf die Idee, eine Spezialeinheit zur Bekämpfung von Terroristen zu schaffen - die spätere "Spezialeinheit 101".

Als 1956 die Suezkrise ausbrach (Nasser beschloss, den Suezkanal zu verstaatlichen, woraufhin Großbritannien, Frankreich und Israel in Ägypten einmarschierten, um die Kontrolle über den Kanal wiederzuerlangen), befehligte Scharon die 202. Fallschirmjägerbrigade, die die Schlacht am Mitla-Pass gewann (ein erbitterter Kampf, der neun Stunden dauerte). Dies war sein zweiter arabisch-israelischer Krieg, den die Israelis als Operation Kadesh bezeichnen.

Während des Sechstagekriegs kommandierte Ariel Sharon, der am Army Staff College im britischen Camberley ausgebildet wurde, die 38. Panzerdivision, die den Ägyptern in den Schlachten von Abu Agheil und Um Katef auf der Sinai-Halbinsel schwere Niederlagen zufügte. Sie verhinderte die Verwirklichung der Träume des verrückten ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, der Mitte Mai und Anfang Juni 1967 die arabischen Länder erneut dazu aufrief, "die Juden ins Meer zu werfen" und sie als Nation zu vernichten. Der Gedanke des ägyptischen Präsidenten wurde vom PLO-Vorsitzenden, dem "Humanisten" Ahmad al-Shuqeiri, weiterentwickelt, der sagte, dass man im Falle eines Sieges "den überlebenden Juden helfen würde, in ihre Geburtsländer zurückzukehren". Und fügte sogleich hinzu: "Aber es scheint mir, dass niemand überleben wird."

Wie dieser Krieg für die Araber endete, ist hinlänglich bekannt. Nasser starb 1970, Shukeiri folgte ihm zehn Jahre später.

Am Tag des Jüngsten Gerichts, dem 6. Oktober 1973, überschritten Ägypten und Syrien, die ihre im Sechstagekrieg verlorenen Gebiete zurückgewinnen wollten, die Waffenstillstandslinie, um die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen zu erobern. Diesmal brauchten die Israelis nur etwas mehr als zwei Wochen für den vollständigen und endgültigen Sieg - der Jom-Kippur-Krieg endete am 24. Oktober. Scharon, der zu diesem Zeitpunkt in der Reserve war, wurde mobilisiert und übernahm das Kommando über die 143. Panzerdivision an der Sinai-Front. Seine Division überquerte den Suezkanal und kesselte die ägyptischen Streitkräfte ein, was den Ausgang des Krieges im Wesentlichen entschied.

Sein letzter Krieg war der Libanonkrieg oder, wie er in Israel genannt wird, die Operation "Frieden in Galiläa", die Scharon bereits als Verteidigungsminister leitete. Nach dem Massaker der libanesischen Christen in Sabra und Schatila (christliche Milizionäre rächten sich an den Muslimen für die Ermordung des libanesischen Präsidenten Bashir Jmael) musste Scharon zurücktreten, weil eine Untersuchungskommission unter der Leitung des Obersten Richters des israelischen Obersten Gerichtshofs, Yitzhak Kahan, ihn für den Vorfall indirekt verantwortlich machte.

Auf dem Weg ins Amt des Ministerpräsidenten

Militärdienst und Politik stehen in Israel fast immer nebeneinander. Viele Offiziere gehen nach ihrer Pensionierung in die Politik. Scharon war nicht der erste, der diesen Schritt wagte. Im Herbst 1973, nach dem Jom-Kippur-Krieg, trat Scharon der Gahal bei, einem politischen Block der rechtsge-

richteten Cherut-Partei und Teil der Liberalen Partei. Im selben Jahr wurde der von Menachem Begin und Simcha Ehrlich geführte Block auf seine Initiative hin in den Likud (hebräisch für "Konsolidierung") umgewandelt, aus dem der ehemalige General zunächst in die Knesset gewählt wurde, wo er dem einflussreichen Außen- und Verteidigungsausschuss angehörte. Doch schon bald trat er aus der Knesset aus und zog das Amt des Verteidigungsberaters vor, das ihm von Premierminister Yitzhak Rabin angeboten wurde, der seine militärische Kenntnisse sehr schätzte.

Da er sich nicht in die internen Streitigkeiten innerhalb des Likud einmischen wollte, gründete Scharon 1976 seine eigene Partei, Shlomozion. Die Partei war nicht sehr bekannt und konnte bei den Wahlen 1977 nur zwei Sitze erringen, woraufhin Scharon, der nun politische Erfahrungen sammelte, zum Likud zurückkehrte. Er überredete Begin, ein Geheimdienstministerium zu gründen, doch Begin ging nicht auf diesen Vorschlag ein - er ernannte seinen Parteifreund zum Landwirtschaftsminister. Und Scharon verdoppelte mit seiner üblichen Energie die Zahl der Siedlungen in Gaza, Judäa und Samaria in nur vier Jahren - von 1977 bis 1981 - und trotzte damit der ganzen Welt, die die Rückgabe der eroberten Gebiete an die Araber für unvermeidlich hielt.

Nach dem zweiten Wahlsieg des Likud im Jahr 1981 ernannte Begin Scharon zum Verteidigungsminister, was er unbedingt wollte, ohne seine

Ich bin zu Kompromissen bereit, aber bei einer Sache werde ich keine Kompromisse eingehen: bei der Sicherheit des israelischen Volkes.

Hoffnungen auf eine Einflussnahme auf die Geheimdienste aufzugeben, zumal es ihm bereits gelungen war, den Premierminister zu überreden, seinen alten Freund Rafi Eitan, einen erfahrenen Geheimdienstler, der Leiter der Mossad-Einsatzgruppe gewesen war, die 1960 Eichmann in Argentinien gefangen nahm, zum Berater des Premierministers bei der Terrorismusbekämpfung zu ernennen.

Er blieb jedoch nicht lange Verteidigungsminister: 1983 trat er von diesem Posten zurück und wurde Minister ohne Geschäftsbereich. 1984 trat der Likud-Vorsitzende und Premierminister Begin zurück, und es musste ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden. Scharon verlor die Wahl zum Vorsitzenden gegen seinen langjährigen Konkurrenten Yitzhak Schamir, und die Partei verlor die Wahl gegen die Awoda-Partei. Im neuen Kabinett des Vorsitzenden Schimon Peres wurde Scharon Minister für Industrie und Handel und behielt dieses Amt auch in der Regierung Schamir im Jahr 1986 (Peres war gezwungen, eine Regierung der nationalen Einheit nach dem Rotationsprinzip zu bilden: er war zwei Jahre lang Ministerpräsident und Schamir zwei Jahre lang).

Scharon blieb auch nach dem Wahlsieg des Likud im Jahr 1988 in denselben Ministerämtern und trat zwei Jahre später aus Protest gegen die Friedensgespräche mit den Arabern zurück, wobei er erklärte, es handele sich nicht um eine persönliche Angelegenheit, sondern um eine Frage des nationalen Prinzips. Die Zeitungen zitierten seine kompromisslose Erklärung: "Die Politik der Regierung hat zu einer Situ-

ation geführt, in der jüdisches Leben wertlos ist. Ich kann nicht in der gegenwärtigen Situation bleiben, wenn ich überzeugt bin, dass dieser Terrorismus mit anderen Mitteln in kurzer Zeit beseitigt werden kann."

Scharons Entscheidung führte zu einer Krise, Schamir war gezwungen, eine neue Regierung zu bilden, in der dem pensionierten General das Amt des Bauministers angeboten wurde. Der Held der israelischen Kriege nahm das Angebot an, was ihm die Möglichkeit gab, seine Idee - den Ausbau der Siedlungen in den Gebieten - zu verwirklichen. Zumal zu dieser Zeit eine neue Welle der Repatriierung aus der UdSSR einsetzte - die Juden flohen in den 90er Jahren aus der Sowjetunion wie die Pest aus den Kasernen - und die neuen Repatriierten irgendwo untergebracht werden mussten und das wurde zu seinem Hauptanliegen.

Sternstunde

Jeder Soldat träumt davon, ein General zu werden. Jeder Politiker träumt davon, Premierminister zu werden. Besonders in Israel.

Im ersten Kabinett von Benjamin Netanjahu war Scharon vom 13. Oktober 1998 bis zum 17. Mai 1999 für etwas mehr als sechs Monate Außenminister, und als Netanjahu als Likud-Vorsitzender zurücktrat, übernahm er dessen Platz und wurde nach dem Rücktritt Baraks im Dezember 2000 Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Im Februar 2001 wurde er bei den Wahlen zum Regierungschef zum Ministerpräsidenten ge-

wählt. Im März bildete er eine Regierung der nationalen Einheit.

Nachdem er das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, sagte er in einem der Interviews: "Ich bin 73 Jahre alt. Ich habe alles gesehen. Ich habe Könige, Königinnen und Präsidenten getroffen, ich bin in der ganzen Welt herumgekommen. Ich möchte nur eines tun: versuchen, Frieden zu schaffen."

Während die al-Aqsa-Intifada ein zweites Jahr lang wütete, wurde Israel von einer Welle des arabischen Terrors überrollt. Sie erreichte im März mit Terroranschlägen in Judäa und Samaria ihren Höhepunkt. Am 27. März sprengte sich ein Selbstmordattentäter der al-Aqsa-Märtyrerbrigaden in der Osternacht im Bankettsaal des Park-Hotels in Netanya in die Luft, tötete 30 Menschen und verletzte 140. Am 29. März beschloss die Regierung die groß angelegte Operation "Schutzwall" in Judäa und Samaria, die größte seit dem Sechstagekrieg. Im Verlauf der Operation zerstörten die IDF Sprengstoffwerkstätten und verhafteten Terroristen. Es wurden unwiderlegbare Beweise dafür gefunden, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde unter der Führung von Jassir Arafat den Terror unterstützte und aktiv daran beteiligt war. Arafat wurde unter "Hausarrest" gestellt und blieb fast bis zu seinem Tod in Ramallah.

Der Regierung Scharon gelang es, die Intifada zu unterdrücken: Im April 2002 ebte sie ab, und im Herbst beschränkte sie sich auf einzelne Terroranschläge. Der Premierminister beschloss jedoch, es dabei nicht

bewenden zu lassen, und ordnete ein Jahr später trotz der Proteste der in den Gebieten lebenden Araber und der Einwände der meisten Länder der Welt den Bau einer Trennungsmauer an, um Terroristen an der Einreise nach Israel zu hindern. Im August 2005 führte er inmitten heftiger öffentlicher und politischer Auseinandersetzungen, auch innerhalb der Regierung, die Räumung der israelischen Siedlungen und den Abzug der israelischen Truppen aus dem gesamten Gazastreifen durch, obwohl er sich kurz zuvor noch gegen diesen Plan ausgesprochen hatte.

Im Dezember desselben Jahres brach im Likud ein heftiger interner Streit aus, der Scharon dazu veranlasste, seinen Austritt aus der Partei und seine Entscheidung zur Gründung einer neuen Partei, Kadima, bekannt zu geben.

Acht Jahre im Koma

Am 8. Dezember 2005 erlitt Scharon einen Mikroschlaganfall. Er kam wieder zu Kräften und nahm seine Arbeit wieder auf. Doch am 4. Januar 2006 wurde er in das Hadassah-Krankenhaus eingeliefert, wo die Ärzte eine enttäuschende Diagnose stellten: ein schwerer Schlaganfall.

Er wurde sieben Stunden lang operiert, und nach der Operation erklärten die behandelnden Ärzte, sein Zustand sei ernst, aber stabil. In Übereinstimmung mit dem Gesetz übernahm sein erster Stellvertreter, Ehud Olmert, das Amt des Ministerpräsidenten. Er blieb bis zum 28. März 2006, dem Tag der nächsten Parlamentswahlen, im Amt des Ministerpräsidenten. Am 11. April wurde Ariel Scharon für geschäftsunfähig erklärt. Wiederum in Übereinstimmung mit dem Gesetz ging das Amt des Premierministers an Ehud Olmert über.

"Er starb so, wie er zu leben gewohnt war..."

Scharon hatte acht Jahre lang im Koma gelegen. Der mächtige Körper kämpfte um sein Leben, so gut er konnte. Doch am 1. Januar 2014 verschlechterte sich sein Zustand dramatisch. Israels elfter Ministerpräsident Ariel Scharon starb am 11. Januar 2014 im 86. Lebensjahr an Herzversagen im Chaim Sheba Medical Center in Ramat Gan, umgeben von Familie und Verwandten.

Die Krankenschwester Marina Lifshitz, die siebeneinhalb Jahre an Scharons Krankenbett verbrachte, sagte, er starb so, "wie er zu leben pflegte. Er war ein Kämpfer und kämpfte um sein Leben... In den letzten drei Wochen verschlechterte sich sein Zustand von Tag zu Tag, aber er kämpfte immer noch weiter".

An der offiziellen Abschiedszeremonie nahmen Israels Spitzenpolitiker teil - Staatspräsident Schimon Peres, Premierminister Benjamin Netanjahu, Knessetsprecher Yuli Edelstein, führende Politiker aus aller Welt - US-Vizepräsident Joe Biden, der Sonderbeauftragte des Nahost-Quartetts und ehemalige britische Premierminister Tony Blair, der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie zahlreiche Diplomaten. Am 13. Januar wurde er neben seiner Frau Lily auf der Shikmim-Farm der Familie in der Negev-Wüste beigesetzt. Tausende von Menschen waren gekommen, um ihn auf seiner letzten Reise zu begleiten. An diesem Tag wurde in Israel eine eintägige Trauerzeit ausgerufen.

Irrfahrt der „St. Louis“ – Kapitän Gustav Schröder rettete über 900 Juden das Leben

936 jüdische Passagiere gingen am 13. Mai 1939 in Hamburg an Bord der „St. Louis“ - im Gepäck die Hoffnung auf ein sicheres Leben außerhalb der Reichweite der Nazi-Schergen. Ziel war Kuba, wofür die jüdischen Emigranten Urlaubsvisa gekauft hatten, um nach dieser Zwischenstation die Einreise in die USA beantragen zu können. Doch die judenfeindliche Nazi-Propaganda reichte bis nach Havanna, wo die Einreisebestimmungen kurzerhand geändert wurden und das Schiff somit nicht anlegen durfte. Nachdem auch die USA und Kanada sich geweigert hatten, die verzweifelten Menschen aufzunehmen, setzte der standhafte Kapitän Gustav Schröder alles daran, dass seine Passagiere nicht wieder nach Deutschland zurückkehren mussten, wo sie der sichere Tod in den Konzentrationslagern erwartet hätte. Im Jahr 1993 wurde er von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem posthum als Gerechter unter den Völkern geehrt.

Von Esther Ginzburg

Gustav Schröder wurde am 27. September 1885 in Hadersleben, einer Hafenstadt in Nordschleswig, geboren. Diese Region nahe der Grenze zu Dänemark gehörte damals zu Preußen und ist heute dänisches Staatsgebiet.

Gustav war der älteste Sohn unter neun Kindern in der alten deutsch-dänischen Familie des Gymnasiallehrers Nis Ankjær Schröder, dessen Vorfahren Gutsbesitzer waren. Den jungen Mann zog es von Kindheit an "in die Ferne des Meeres". Trotz seiner bescheidenen körperlichen Verfassung - dünner Körperbau und kleine Statur - träumte er vom Segeln. Aus diesem Grund brach Gustav 1902 das deutsche Gymnasium ab und verließ mit Erlaubnis seines Vaters im Alter von 17 Jahren seine Heimat, um auf dem Segelschulschiff Großherzogin Elisabeth in Hamburg anzuheuern. Nach dem Erwerb des Seemannspatents wurde er als Matrose auf dem Schnelldampfer Deutschland angenommen und unternahm anschließend mehrere Weltreisen, wobei er für Reedereien in Hongkong arbeitete.

1921 erhielt Gustav eine Anstellung bei der deutschen Reederei HAPAG. Im August 1936, nach 24 Dienstjahren, erreichte Schröder den Rang eines Kapitäns und übernahm das Kommando über das 700-Passagier-Schiff Ozeana. Schröders Traum wurde wahr: Nachdem er Kapitän geworden war, reiste er Tausende von Seemeilen durch Stürme und Wirbelstürme und besuchte verschiedene Länder und Kontinente.

1939 betraute die HAPAG Kapitän Schröder mit dem Luxuskreuzfahrtschiff "St. Louis". Was er an Bord dieses Schiffes erlebte, hat ihn nach den Erinnerungen des Kapitäns stärker geprägt als "jeder Taifun in der Südsee".

Für viele Juden kamen die Visa zu spät

Nach der Reichspogromnacht im November 1938 wurde den meisten Juden in Deutschland klar, dass es an der Zeit war, das Land zu verlassen. Aufgrund der verschärften Auswanderungspolitik wurde es jedoch äußerst schwierig, das Land zu verlassen. Ab 1939 waren nicht nur Visa erforderlich, um das Land zu verlassen, sondern auch eine Menge Geld. Da viele Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, Einwanderungskontingente hatten, war es unmöglich, dort schnell ein Einreisevisum zu erhalten. Juden galten in Nazi-Deutschland nicht mehr als Menschen, so dass das mehrmonatige Warten auf eine Ausreiseerlaubnis für sie dem Tod gleichkam. Für viele



Kapitän Gustav Schröder

Juden kamen die Visa zu spät. Das Linienschiff "St. Louis", das nach Kuba fuhr, war eine der letzten Möglichkeiten, das Land zu verlassen und ihr Leben zu retten. In Kuba angekommen, warteten die jüdischen Passagiere in Sicherheit auf die Erlaubnis zur Einreise in die Vereinigten Staaten.

Am Samstag, den 13. Mai 1939, verließ die "St. Louis" den Hamburger Hafen in Richtung Havanna. Die 937 Passagiere gingen an Bord, überwältigt von Hoffnungen, Ängsten und Befürchtungen. Unter ihnen waren auch Familien mit Kindern. Langsam entfernte sich das Schiff von der Anlegestelle. Über den vom Nazi-Regime als "Ausgestoßene" bezeichneten Passagieren flattert ein riesiges rotes Banner im Wind. Darauf schlängelte sich ein schwarzes Nazi-Hakenkreuz in einem weißen Kreis. Die lang ersehnte Reise in die Freiheit und Sicherheit hatte begonnen.

Der Preis für ein Ticket in der ersten Klasse des Schiffes "St. Louis" betrug 800 Reichsmark und 600 Reichsmark in der Touristenklasse. Die meisten Juden verfügten nicht über dieses Geld. Einige ließen sich Geld von Verwandten aus dem Ausland schicken, während andere Familien ihre Mittel zusammenlegen mussten, um zumindest ein Familienmitglied in die Freiheit zu schicken. Dennoch waren alle Tickets ausverkauft. Jeder Passagier konnte über einen kleinen Geldbetrag verfügen, den er auf See ausgeben konnte. Man rechnete damit, dass die Passagiere praktisch mittellos zurückbleiben würden, sobald das Schiff die Küste Kubas erreichte.

Kapitän Schröder wusste genau, dass die meisten seiner Passagiere jüdische Flüchtlinge waren. Als Mitglied der NSDAP wusste er sehr wohl, dass die Nazigesetze von den deutschen Bürgern Judenhass verlangten. Er hatte drei Monate zuvor das Kommando über die St. Louis übernommen und das Schiff zusammen mit einer 230-köpfigen Besatzung geerbt, von der einige Gestapo-Agenten waren.

Vorfreude auf die Rettung

Vor dem Einschiffen gab Kapitän Schröder seiner Mannschaft klare Anweisungen: Alle Passagiere sollten höflich behandelt werden, um eine möglichst angenehme Atmosphäre für die Menschen zu schaffen, die Pogrome und Verfolgung überlebt hatten. Schließlich unterschieden sich die jüdischen Passagiere nicht von allen anderen Ticketinhabern auf einer Transatlantiküberfahrt.

Als die ersten Passagiere an Bord gingen, boten die Besatzungsmitglieder ihnen freundlicher Weise an, ihnen beim Tragen ihres Gepäcks in ihre Kabinen zu helfen. Für die Juden war dies ein unerwarteter Akt der Freundlichkeit nach den ständigen Demütigungen, die sie erlitten hatten.

"Als wir auf dem Schiff waren", erzählte Gisela Knepel, "fühlte ich mich zum ersten Mal erleichtert. Wir hatten noch nie in einem solchen Luxus gelebt. Es herrschte eine festliche Atmosphäre, wir hatten Spaß. Das Essen war wunderbar, wir wurden von Kellnern bedient. Der Kapitän des Schiffes tat sein Bestes, um die Reise angenehm

zu gestalten. Die Passagiere konnten in einem speziell eingerichteten Salon Sabbatgottesdienste abhalten. Die Frauen zündeten Kerzen an, und am Freitagabend herrschte dort eine religiöse Atmosphäre. Der Kapitän erlaubte sogar, dass das Porträt Hitlers für diese Zeit von der Wand entfernt wurde..."

Beim Verlassen der Küsten Nazi-deutschlands weinten viele Flüchtlinge nicht nur wegen des harten Abschieds von geliebten Menschen, sondern auch wegen der Vorfreude auf die Rettung ihres Lebens. "Jetzt sind wir endlich in Sicherheit!" - sagten die Eltern ihren Kindern.

Herbert Karliner erinnert sich an den Moment der Abreise: "Das Orchester spielte den beliebten Schlager "Muss i denn, muss i denn zum Städtele naus". Während sich die weinenden Eltern von ihren Familien verabschiedeten, spielten die Kinder an Deck Verstecken." Auf Fotos, die an Bord des Schiffes aufgenommen wurden, wirken die Passagiere fröhlich. Sie unterdrückten die Angst vor dem Unbekannten und die Sorge um die in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen und taten so, als seien sie im Urlaub.

Böswillige Diffamierung

Bevor die jüdischen Flüchtlinge aus dem Land entlassen wurden, schmiedete Propagandaminister Joseph Goebbels einen Plan, um die Reise der St. Louis für Propagandazwecke der Nazis zu nutzen. Dem Plan zufolge wurden 14 Agenten nach Kuba geschickt, um Gerüchte über die Flüchtlingsspassagiere zu verbreiten. Das Gerücht lautete, dass das Schiff gar keine Zivilisten an Bord hatte, sondern gefährliche Kriminelle und Diebe. Sie würden mit gestohlenen Millionen aus dem Land fliehen. Indem sie Asyl beantragen, wollen sie den Kubanern die Arbeitsplätze wegnehmen.

Kuba glaubte dies bereitwillig. Die Wirtschaft des Landes war in eine schwierige Phase geraten, und es gab kaum noch Arbeitsplätze. Kuba hatte sich, wie die USA, noch nicht von der Großen Depression erholt. In Havanna gab es zu dieser Zeit eine von der Nazi-partei organisierte antisemitische Demonstration mit 40.000 Teilnehmern und spontane Kundgebungen gegen die Ankunft der jüdischen Passagiere der St. Louis.

Am 23. Mai, vier Tage vor der Ankunft des Schiffes in Havanna, erhielt Kapitän Schröder ein Telegramm von der kubanischen Reederei, in dem er gewarnt wurde, dass seine Passagiere möglicherweise nicht in Kuba an Bord gehen dürften: Die Einreisevisa, für die man so hart gearbeitet hatte,

seien ungültig.

Und das war der Fall. Im Mai 1939 stellte die kubanische Einwanderungsbehörde mehr als 900 Visa für Deutschland aus. Dabei handelte es sich eigentlich um Touristenvisa, die unter dem Deckmantel von Einwanderungsvisa verkauft wurden und eine Aufenthaltsgenehmigung gewährten. Sie entpuppten sich als finanzieller Betrug von Manuel Benitez, dem Leiter der kubanischen Einwanderungsbehörde, der ein Schlupfloch im mangelhaften Einwanderungsgesetz fand und eine halbe Million Dollar kassierte. Im Mai 1939 hob der kubanische Präsident Federico Laredo Brú, der von dem Betrug erfuhr, die Visa auf und unterzeichnete ein neues Einwanderungsgesetz. Das Schlimme daran war, dass keiner der Passagiere auf der St. Louis wusste, dass sie kein Einwanderungsvisum, sondern ein abgelaufenes Stück Papier mit sich führten. Auch Kapitän Schröder wusste es nicht. Laut dem erhaltenen Telegramm sollte das Schiff "St. Louis" sich nicht dem Pier in Havanna nähern.

Kuba bleibt unnachgiebig

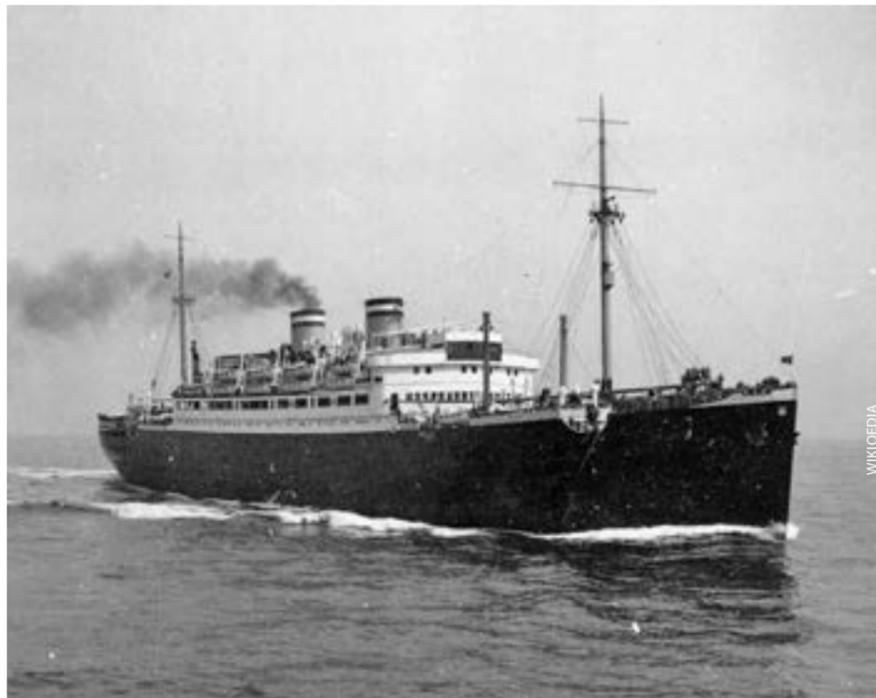
Am frühen Morgen des 27. Mai spielte das Orchester "Joy of Life" auf der Mole von Havanna. Die Boote mit Familienangehörigen und Freunden aus den Vereinigten Staaten, die nach Kuba gereist waren, um das Schiff aus Hamburg abzuholen, kamen in Scharen an. Als die Passagiere das lang ersehnte Ufer und die sich nähernden Boote sahen, begannen sie, ihr Gepäck und ihre Kinder achtlos aus ihren Kabinen zu holen. Bewaffnete kubanische Polizisten drängten sie eilig zurück und besetzten die Gangway.

Die Stimme des Kapitäns war über den Rundspruch des Schiffes zu hören. Er rief zur Ruhe auf und teilte den Passagieren mit, dass die kubanischen Behörden ihnen vorübergehend verboten hätten, an Land zu gehen. Es handele sich nur um ein Missverständnis, das so schnell wie möglich aufgeklärt werde.

Der Kapitän sah die drohende Gefahr voraus und rief die angesehensten Passagiere - Anwälte, Ärzte, Universitätsprofessoren - zusammen, um ein Passagierkomitee zu gründen, das gemeinsam mit ihm Maßnahmen ergreifen sollte, um die Passagiere des Schiffes an Land zu bringen. Das fünfköpfige Passagierkomitee verhandelte die ganze Woche über mit dem Auswanderungsbüro in Hamburg, das den Passagieren der "St. Louis" Visa ausgestellt hatte, mit der Direktion der Reederei HAPAG und mit den Anwälten der internationalen jüdischen Organisation "Joint".

Der Kapitän schickte ein dringendes Telegramm an den Präsidenten von Kuba. Er wandte sich auch an die deutsche Botschaft in Havanna. Die Antwort von dort kommt sofort: "Herr Kapitän! Es geht nur um die Juden. Bringen Sie sie zurück nach Hamburg und übergeben Sie sie den zuständigen Personen, die über ihr Schicksal entscheiden werden." Kapitän Schröder schickte Dutzende von Telegrammen an alle möglichen Stellen, bettelte, klagte, flehte - vergeblich.

Die Passagiere fürchteten sich vor einer möglichen Rückkehr nach Hitlerdeutschland. Erst fünf Tage später, nach langen Verhandlungen, durften 29 Passagiere aus "humanitären Gründen" von Bord gehen: 22 deutsche Juden, deren Visa als gültig anerkannt wurden, vier Passagiere mit spani-



Schiff "St. Louis"

schem und zwei mit kubanischem Pass sowie ein Passagier, der einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Es handelte sich um Max Löw, einen ehemals erfolgreichen Rechtsanwalt. Im Alter von 14 Jahren hatte er im Ersten Weltkrieg gekämpft. Nachdem er zuvor in einem Konzentrationslager der Nazis gewesen war, fühlte sich Löw ständig von Gestapo-Agenten beobachtet. In Havanna versagten ihm die Nerven: Löw schlitzte sich die Pulsadern auf und stürzte sich ins Wasser. Einer der Matrosen rettete ihn - direkt vom Schiff wurde Löw ins Krankenhaus gebracht. So wurde Max Löw der erste Flüchtling, der kubanischen Boden erreichte. Seine Frau und seine Kinder durften das Schiff nicht verlassen. Später konnte er zu seiner Familie zurückkehren, die zu diesem Zeitpunkt in Frankreich lebte.

Kuba lehnte endgültig ab, und am nächsten Tag erhielt Kapitän Schröder aus Hamburg den Befehl zur Rückkehr. Die Passagiere waren verzweifelt. Viele von ihnen waren am Rande des Selbstmords.

Vier Tage lang lag das Schiff auf der Reede. Während dieser Zeit gab es intensive Verhandlungen zwischen der kubanischen Regierung, Vertretern der HAPAG und dem American Joint. Die kubanischen Behörden verlangten eine exorbitante Summe von etwa einer halben Million Dollar dafür, dass die Passagiere der "St. Louis" von Bord gehen durften. Diese Summe war sowohl für den Joint als auch für die HAPAG unerschwinglich.

Auch die USA und Kanada verweigern die Hilfe

Am 2. Juni 1939 beschloss der Kapitän, Kurs auf die Küste Floridas zu nehmen, in der Hoffnung, dass die Flüchtlinge dort von den Amerikanern aufgenommen werden würden. Und dann richtete das Passagierkomitee ein Telegramm an US-Präsident Roosevelt. Darin bittet es im Namen von 908 Passagieren des Schiffes um Rettung und Schutz.

Amerika lehnte ab. Präsident Roosevelt antwortete nicht persönlich, aber ein Sprecher des Außenministeriums informierte die Passagiere per Telegramm, dass sie "erst auf der Warteliste stehen und sich für ein Einwanderungsvisum qualifizieren müssen, bevor sie in die Vereinigten Staaten

einreisen dürfen".

Präsident Roosevelt führte ein strenges Quotensystem ein, um die Einwanderung zu begrenzen. Nur 25.957 Deutsche durften pro Jahr in die Vereinigten Staaten einreisen; für Juden gab es keine Ausnahme. Diese Quote war bereits ausgeschöpft, und die Warteliste für die Aufnahme dauerte mehrere Jahre. Die amerikanische Öffentlichkeit unterstützte die Zulassungsbeschränkungen für Einwanderer. Dem Magazin Fortune zufolge sprachen sich 83 % der Amerikaner gegen eine Lockerung dieser Beschränkungen aus. Einige Passagiere baten in einem persönlichen Telegramm an den Präsidenten und das US-Außenministerium um eine Ausnahme von der Einwanderungspolitik, damit sie in Miami von Bord gehen konnten.

Kapitän Schroeder kreiste vor der Küste Floridas, in der Hoffnung, vor der US-Küste auf Grund gehen und die Flüchtlinge evakuieren zu können. Doch ein Schiff und ein Flugzeug der US-Küstenwache folgten der St. Louis, um sie daran zu hindern, sich dem Hafen zu nähern.

Kanada könnte die Rettung für die jüdischen Flüchtlinge gewesen sein. Nachdem Premierminister William Lyon Mackenzie King einen Asylantrag der Passagiere der "St. Louis" erhalten hatte, wandte er sich an den Direktor der Einwanderungsbehörde, Frederick Blair, der für seine ablehnende Haltung gegenüber jüdischer Einwanderung bekannt war. Dieser überredete den Premierminister, nicht zu intervenieren.

Wohin jetzt? Zurück nach Nazi-Deutschland?! Die Passagiere sagten dem Kapitän: "Wir fürchten das Konzentrationslager mehr als den Tod". Die Besatzungsmitglieder - Gestapo-Agenten - verhöhnten die Passagiere und sagten ihnen, was sie in Deutschland erwarten würde. Otto Schiendieck versuchte, ein Telegramm an seine Vorgesetzten bei der SS zu schicken, in dem er sie aufforderte, den Kapitän des Schiffes zur Rückkehr in seine Heimat zu zwingen.

Die ersehnte Rettung

Unter diesen Umständen hatte der Kapitän einen zwingenden Aktionsplan: Er traf sich mit drei vertrauenswürdigen Besatzungsmitgliedern und kün-

digte an, dass er die "St. Louis" entweder in der Nähe der englischen Küste versenken und in Brand setzen oder auf Grund laufen lassen würde, falls keine Hilfsangebote aus anderen Ländern kämen. In einem solchen Notfall, so vermutete er, würden die britischen Behörden gezwungen sein, die Passagiere der "St. Louis" als Überlebende des Schiffbruchs zu retten und unterzubringen.

Glücklicherweise gelang es der "Joint" zur gleichen Zeit, nach langen Verhandlungen mit den Behörden einiger europäischer Länder, Vorkehrungen für die Aufnahme von Flüchtlingen zu treffen. Am 17. Juni 1939, nach vierwöchiger Irrfahrt, konnten die Passagiere der St. Louis endlich verlassen. Sie gingen in Antwerpen von Bord und reisten in die Länder weiter, die sich bereit erklärten, sie aufzunehmen. 288 Flüchtlinge wurden von Großbritannien aufgenommen, wo alle bis auf einen (der bei der Bombardierung Londons ums Leben kam) den Holocaust überlebten. Ein Jahr später besetzten die Deutschen Frankreich, Belgien und die Niederlande, und die Flüchtlinge von der St. Louis teilten leider das Schicksal der dortigen Juden. Von den 908 Passagieren des Schiffes kamen mindestens 254 in Konzentrationslagern in der Todeszelle um.

Am 21. Juni 1939 kehrte das Schiff ohne Passagiere nach Hamburg zurück, wo es fünf Jahre lang vor Anker lag. Im August 1944 wurde es bei alliierten Bombenangriffen schwer beschädigt. Bis 1946 wurde es in Hamburg als schwimmendes Hotel genutzt. Im Jahr 2012 entschuldigte sich das US-Außenministerium bei den Passagieren der St. Louis. Die meisten von ihnen durften später in die USA einreisen. Im Mai 2018 entschuldigte sich auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau.

Für den Kapitän und sein Schiff war diese Reise die letzte. Am 1. Januar 1940 landete Gustav Schröder in Hamburg, wo er bis zu seinem Tod blieb. Er durfte nicht zur See fahren und arbeitete bis zum Ende des Krieges an der Deutschen Seewarte. Als ehemaliges Mitglied der NSDAP musste er harte Zeiten durchstehen. Dank der Bemühungen einiger überlebender Flüchtlingsspassagiere wurde Schröder von der Entnazifizierung ausgenommen. Viele von ihnen schickten ihm ständig Geschenke und kümmerten sich um ihn.

Es ist kaum zu glauben, dass Gustav Schröder Mitglied der NSDAP war, denn seine Lebensprinzipien basierten auf Menschlichkeit und Humanität, was in Nazideutschland fremd war. Allerdings könnte Schröder pragmatische Gründe für den Beitritt zur NSDAP gehabt haben: Zum einen hätte ihm das Hitler-Regime sonst die Kapitänslizenz entzogen, zum anderen hatte er einen behinderten Sohn, der von der Euthanasie bedroht war.

Es sei angemerkt, dass Gustav Schröder ein wunderbarer Vater war. Sein Sohn Rolf musste wochenlang in Kliniken verbringen, weil er an einer Geisteskrankheit litt. Sein Vater schickte ihm Postkarten aus der ganzen Welt, die er liebevoll mit "Dein Kapitän" unterschrieb, und schenkte ihm kleine Modelle der Ozeandampfer, auf denen er fuhr.

Gustav Schröder starb am 10. Januar 1959 im Alter von 73 Jahren. Im Jahr 1993 wurde er von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem posthum als Gerechter unter den Völkern geehrt.

Kaiser Wilhelm II. und die Juden

Das Verhältnis des letzten deutschen Kaisers zu den Juden ist als unstat und sehr ambivalent zu betrachten. Vor dem 1. Weltkrieg lehnte Wilhelm II. nicht ohne Eigennutz einen Verfassungsentwurf ab, der den Ausschluss der Juden aus dem Reich vorsah. Seine Befürchtung war, dass dies dem nationalen Wohlstand schaden würde. Das Land würde seinen Platz in der Reihe der Kulturnationen verlieren und um ein Jahrhundert zurückgeworfen werden. Zu einigen Juden unterhielt der Monarch sogar engere Beziehungen und berief auch, wo er es für opportun hielt, jüdische Politiker in hohe Ämter. Dies hinderte ihn aber nicht, im von ihm mitverschuldeten 1. Weltkrieg, eine entwürdigende Judenzählung vorzunehmen und als sich die Niederlage Deutschlands im Krieg abzeichnete, sich der dem damaligen Zeitgeist entsprechenden antisemitischen Legendenbildung anzuschließen. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. regierte von 1888 bis 1918 und ging als eine komplexe Persönlichkeit in die Geschichte ein, die sehr widersprüchlich, impulsiv und manchmal unberechenbar war. Seine Intelligenz und seine Redegewandtheit waren mit einer psychischen Unausgeglichenheit verbunden. Sein Narzissmus schlug fast in Größenwahn um.

Unter ihm wurde Deutschland schnell zu einem Land mit einer starken Wirtschaft, Armee und Marine. Militärisch war es eines der stärksten Länder der Welt, wenn nicht sogar das stärkste. Es dehnte seine kolonialen Besitzungen aus. In Wissenschaft und Kultur wurden enorme Leistungen erbracht. Doch die Träume von der Weltherrschaft, neuen Gebieten, Kolonien und größerem Einfluss auf die internationale Politik spielten Wilhelm einen grausamen Streich - nach anfänglichem Zögern zog er das Land in den Ersten Weltkrieg, der für Deutschland in einer Katastrophe endete. In der wissenschaftlichen, journalistischen und künstlerischen Literatur gibt es unterschiedliche Meinungen über Wilhelm. Der Grundtenor ist eher negativ.

Das Verhältnis des Kaisers zu den Juden und seine Ansichten zur Judenfrage änderten sich im Laufe der Zeit, was die Veränderungen in seiner Biografie und die Wankelmütigkeit seines Charakters widerspiegelt.

Integration und Antisemitismus

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert lebten mehr als eine halbe Million Juden in Deutschland, was etwa 1 % der Bevölkerung des Landes entsprach. Viele von ihnen waren assimiliert und sichtbar in die deutsche Gesellschaft integriert. Einige Juden und Halbjuden bekleideten in der Wilhelminischen Zeit wichtige Positionen (was natürlich viel einfacher war, wenn ein Jude zum Christentum konvertierte). So war Max von Oppenheim ein hochrangiger Diplomat, der die Orientalische Nachrichtenagentur gründete, Moritz Ellstätter (der nicht zum Christentum konvertierte) war badischer Finanzminister, der Jurist Paul Kaiser leitete das Kolonialamt im Auswärtigen Amt, und zu einer anderen Zeit war der Bankier Bernhard Dernburg für das kaiserliche Kolonialamt zuständig. Unter den Generälen und Admirälen befanden sich Juden. Zu den früheren bedeutenden Staatsmännern gehörten Karl Rudolf Friedenthal, der Ministerposten bekleidete, und Heinrich von Friedberg, der deutsche Justizminister. Juden waren in der Wirtschaft, im Bankwesen und in den Medien stark vertreten. Sie spielten eine wichtige Rolle in der Wissenschaft und Kultur des Landes. Es genügt, an Albert Einstein, den Theaterdirektor Max Reinhardt, die Schriftsteller Arnold Zweig und Lion Feuchtwanger, die Philosophen Edmund Husserl und Hermann Cohen, den Kunsthistoriker Aby Warburg und den Mathematiker Georg Cantor zu erinnern.



Wikipedia/Th. Voigt/Berliner Illustrierte Zeitung

All dies löste bei den antisemitischen Teilen der Gesellschaft große Besorgnis aus. In den 1870er und 1880er Jahren bildete sich eine deutschnationale antisemitische Bewegung, deren Sprachrohr später die bundesweite "Deutsche Antisemitische Vereinigung" wurde. Antisemitische Ansichten wurden von dem Philosophen Houston Stewart Chamberlain, den Historikern Paul de Lagarde und Heinrich von Treitschke, dem Publizisten Julius Langbehn, dem Journalisten Theodor Fritsch und anderen aktiv propagiert. Antisemiten waren im Reichstag vertreten. Ideen der biologischen Überlegenheit der arischen Rasse, religiöser oder rassischer Antisemitismus wurden verbreitet. Juden wurden als ein dem deutschen Volk fremdes Element dargestellt, das ihm durch sein Eindringen in verschiedene wichtige Bereiche der Gesellschaft schade. Es wurde dazu aufgerufen, die Juden aus dem Land zu vertreiben, sie zu töten.

„Ich bin kein Antisemit“

Als junger Mann wurde Wilhelm II. in gewisser Weise von den Antisemiten in seiner Entourage beeinflusst. Zum Beispiel von dem Hofprediger Adolf Stoecker. Wie die vorrevolutionäre russisch-jüdische Enzyklopädie von Brockhaus und Efron feststellte, hegten deutsche Antisemiten die Hoffnung, dass der Kronprinz im Gegensatz zu seinem liberalen, "judophilen" Vater ein "antisemitischer Kaiser" werden würde. Er erkannte jedoch die Wichtigkeit der Konsolidierung Deutschlands und die Gefahr, die vom Antisemitismus für Deutschland ausging. Schon vor seiner Thronbesteigung, als die Presse schrieb, er begünstige Adolf Stoeckers Aktivitäten, veröffentlichte Wilhelm eine Gegendarstellung mit den Worten "Ich bin kein Antisemit". Dies wurde zu einem festen Bestandteil seiner kaiserlichen Nationalpolitik. In seiner Thronrede sprach Wilhelm II. von seiner Pflicht, alle Untertanen ohne Unterschied der Religion zu verteidigen.

Später wurde Stoecker wegen antisemitischer Predigten seines Amtes enthoben. Der Kaiser lehnte einen Verfassungsentwurf ab, der den Ausschluss der Juden aus dem Reich vorsah. Er war der Ansicht, dass dies dem nationalen Wohlstand schaden würde, das Land würde seinen Platz in der Reihe der Kulturnationen verlieren und um ein Jahrhundert zurückgeworfen werden.

Unter den Freunden Wilhelms II. finden sich Juden: Albert Ballin, Präsident der Reederei Hamburg-Amerika-Linie, der Unternehmer Emil Rathenau, Max Warburg, Direktor des Bankhauses M.M. Warburg & Co., der Industrielle und Politiker Walter Rathenau und andere. 1912 wurde in Charlottenburg die größte Synagoge Berlins eingeweiht. Wilhelm II. hatte für den Trausaal der Synagoge Kacheln gestiftet und stattete ihr kurz nach der Eröffnung einen Besuch ab.

Während Wilhelms Regierungszeit ging der Antisemitismus im Lande für lange Zeit zurück. Wurden bei den Parlamentswahlen von 1898 noch 13 antisemitische Abgeordnete in den Reichstag gewählt, waren es 1903 bereits neun und 1908 sechs. Während der Dreyfus-Affäre in Frankreich verurteilte der Kaiser die aufsteigende Hydra des "größten und schrecklichsten Antisemitismus". In Wilhelms Deutschland gab es keine solchen "Fälle". Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es den deutschen Juden viel besser ging als den russischen Juden.

Im Rahmen seines Besuchs im Osmanischen Reich besuchte der Kaiser 1898 als Pilger Jerusalem (er eröffnete dort eine lutherische Kirche) sowie Haifa und Jaffa. Er traf sich mit Jerusalemer Rabbinern und dem Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, der ihm von dem Projekt der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina erzählte und ihn bat, bei dessen Verwirklichung zu helfen. Der Kaiser unterstützte den Zionismus und die Rückführung einiger Juden aus Deutschland, da er befürchtete, dass eine Zunahme der jüdischen Bevölkerung im Lande zu politischer Instabilität führen könnte. Außerdem setzte er auf die Zusammenarbeit mit einflussreichen jüdischen Bankiers aus verschiedenen Ländern. Heute erinnert ein originelles Denkmal in Israel an dem Ort, an dem sich Herzl und Wilhelm in der Landwirtschaftsschule Mikwe Israel trafen, an ihr Gespräch.



Patrioten werden des Verrats bezichtigt

"Ich kenne nur Deutsche!" - Wilhelm, der sich um die Einigung der Nation bemühte, erklärte bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs die politische Korrektheit. Die jüdische Dichterin und Kunsthistorikerin Gertrude Kantorowicz schrieb im August 1914: "Dies ist ein großer Krieg ... Ich bin mit Deutschland so verbunden wie der Atem mit dem Körper, aus dem er kommt." Der militaristische Eifer und zugleich die patriotische Aufwallung wurde von der Mehrheit der deutschen Juden unterstützt. Der Zentralverband der jüdischen Bürger Deutschlands rief die Juden auf, zur Armee zu gehen. Und sie taten es. Zehntausende meldeten sich sogar freiwillig. Insgesamt dienten während des Ersten Weltkriegs etwa 100 Tausend jüdische Soldaten (etwa jeder fünfte der erwachsenen Bevölkerung) in der deutschen Armee. Etwa 12 Tausend starben. 18.000 wurden ausgezeichnet, darunter etwa 1.000 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse für besondere Verdienste im Kampf. Etwa 2-3 Tausend Juden wurden Offiziere und 19 Tausend wurden Unteroffiziere.

Gleichzeitig, so stellt der britische Historiker Tim Grady in seinem Buch "Fatal Legacy. The Truth About the True Causes of the Holocaust" (Die Wahrheit über die wahren Ursachen des Holocaust) fest, fand die Militärführung "bereitwillig Gründe, um deutsche Juden nicht zu befördern". Sie verlangten zum Beispiel, dass sie sich taufen lassen. Verschiedenen Quellen zufolge kämpften mehr als 100 bis 200 Juden in der Luftwaffe. Besonders berühmt waren die Flieger-Asse Wilhelm Frankl oder Fritz Beckhardt. Mehr als 50 Piloten wurden getötet. Das Buch "Jüdische Piloten im Krieg" (1918) wurde von Felix Teilhaber, einem Juden, der während des Krieges als Sanitätsoffizier in der deutschen Luftwaffe diente, ihrem Heldentum gewidmet.

Walter Rathenau war ein Kriegsgegner, aber 1914 gelang es ihm, die deutsche Wirtschaft auf Kriegsfuß zu stellen, indem er das Amt für Strategie und Ressourcen des Kriegsministeriums leitete, das für die von ihm vorhergesagte Langwierigkeit der Kriegsanstrengungen notwendig war. Fritz Haber, Chemiker und jüdischer Nobelpreisträger, entwickelte sogar chemische Waffen, deren Einsatz nach der Genfer Konvention verboten war.

Viele deutsche Juden glaubten aufrichtig, dass Deutschland das Opfer einer russischen, französischen und britischen Aggression sei. Besonders negativ wurde Russland wahrgenommen, da die Unterdrückung, die Verweigerung der Rechte der russischen Juden durch das zaristische Regime und die Pogrome allgemein bekannt waren. Gleichzeitig distanzieren sich die deutschen Juden von den russischen Juden (wie auch von anderen osteuropäischen Juden) und sahen sie als Ausländer, als Bewohner eines rückständigen Landes, die geistig weit von der deutsch-jüdischen Kultur entfernt waren. Und konfrontierten sie auf den Schlachtfeldern des Krieges. Hier geht es um die

Frage der Mythologie, dass Juden immer und überall Juden unterstützen.

Oft des „Unpatriotismus“ bezichtigt, glaubten die deutschen Juden, dass sie nun in der Lage wären, die Ungerechtigkeit solcher Einschätzungen zu beweisen. Tatsächlich nahm in der ersten Phase des Krieges der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft ab. Selbst einige bekannte Judenfeinde äußerten sich positiv über die massenhafte Beteiligung der Juden am Krieg und ihre patriotische Haltung. Während des langwierigen Krieges nahm der Antisemitismus im öffentlichen Bewusstsein jedoch wieder zu. Es galt, die Schuldigen zu finden, und es fiel vielen Vertretern der "patriotischen Öffentlichkeit" schwer, diese nicht in Menschen anderer Religionen zu finden. Immer häufiger war zu hören, dass Juden versuchten, sich der Armee zu entziehen, dass sie weniger zahlreich als Deutsche an der Front waren, dass sie häufiger als deutsche Soldaten vom Wehrdienst befreit waren, dass sie aber in jeder Hinsicht vom Krieg profitierten und dass sie der Grund dafür waren, dass Deutschland den Krieg noch nicht gewonnen hatte.

Der britische Historiker und Publizist Giles MacDonogh, Autor von "The Last Kaiser: The Life of Wilhelm II", stellt fest, dass Kaiser Wilhelm unter den Bedingungen des wachsenden Antisemitismus die Kontakte zu A. Ballin, W. Rathenau und anderen Vertretern der jüdischen Gemeinde abbrach. Im Herbst 1916 führte das Kriegsministerium unter dem Druck antisemitischer Äußerungen sogar eine "Judenzählung" durch, um herauszufinden, wie viele Juden an der Front waren (in der Literatur wird die Ansicht vertreten, dass Wilhelm II. gegen diese Aktion war). Es wurde verkündet, dass dies geschah, um zu zeigen, dass es keinen Grund gab, die Juden zu beschuldigen. Es wurde festgestellt, dass 80 % der Juden in der Armee an der Front kämpften (in einigen Werken heißt es auch, dass dort, wo Antisemiten die Daten erhoben, die Ergebnisse gefälscht wurden).

Die Dolchstoßlegende

Nach der Kapitulation der deutschen Armee und dem demütigenden Friedensvertrag von Versailles nahm die antijüdische Stimmung natürlich noch weiter zu. Rechte Kreise schoben die Schuld an

der Niederlage nicht nur auf den schwachen Kaiser, sondern auch auf innere Feinde, die "fünfte Kolonne": Juden, Sozialisten, Liberale. Der Antisemitismus wurde durch die Aktionen der jüdischen Sozialisten - Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und andere - spürbar angeheizt. Und ganz allgemein diejenigen, die den Wahnsinn des Krieges erkannten und eine Antikriegshaltung einnahmen. Obwohl viele Juden ihre Ansichten nicht teilten.

Die Thesen, "die Juden planten die Revolution und den Untergang Deutschlands" und "fielen dem deutschen Volk in den Rücken", wurden weit verbreitet. Wie David Mikics in seinem Artikel in der amerikanisch-jüdischen Zeitschrift Tablet zeigt, tauchte der "Dolchstoß"-Mythos bereits im November 1918 auf, als die Soldaten der besiegten deutschen Armee von der Front heimkehrten. Die meisten Deutschen konnten sich den Kapitulationsbefehl nicht erklären, da der Feind noch keinen Fuß auf deutschen Boden gesetzt hatte und die deutschen Zeitungen nur von neuen Siegen berichteten. Die einzige Erklärung, die aufkam, war, dass die Sozialisten und Juden Deutschland verraten hatten.

Diese Sichtweise setzte sich bei vielen Menschen über viele Jahre hinweg durch. Offensichtlich war es viel einfacher, zu einer so einfachen Schlussfolgerung wie drei Pfennige zu kommen, als über die vielfältigen tatsächlichen Ursachen des Scheiterns nachzudenken. Natürlich kann man nicht sagen, dass alle Deutschen solche Überlegungen teilten. In Charlie Chaplins wunderbarem Film Der große Diktator kämpfte die Hauptfigur - ein jüdischer Barbier, der aussieht wie Hitler - an der Front und rettete dort einem verwundeten deutschen Piloten das Leben. Und unter dem Nazi-Regime rettet der Pilot den Barbier und stellt sich gegen die antisemitische Politik. Natürlich gab es auch im Leben ähnliche Fälle.

Für die meisten deutschen Juden, wie für die meisten Deutschen, wurde die Niederlage des Deutschen Reiches, der Fall der Größe des Landes und die beleidigenden Bedingungen des Friedens zu einer persönlichen psychologischen Tragödie. Und für einen Freund Wilhelms II., den Präsidenten einer der größten Reedereien der Welt, der "Hamburg-Amerika-

Linie" Albert Ballin, bedeutete es auch den Zusammenbruch seines Schiffahrtsunternehmens, denn gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags wurde fast die gesamte deutsche Flotte unter den siegreichen Alliierten aufgeteilt. Am Tag der deutschen Kapitulation beging er Selbstmord.

„Die Juden sind eine natürliche Geißel“

Für Kaiser Wilhelm II., der sowohl von der Rechten als auch von der Linken beschuldigt worden war, endete der Krieg mit einem Umsturz, als sich die Revolution im Lande entfaltete. Er verließ Deutschland und ging in die Niederlande, wo er mehr als 20 Jahre lang bis zu seinem Tod im Juni 1941 lebte. In Deutschland wurde die Monarchie durch die demokratische Weimarer Republik ersetzt. In den Massenmedien, in den Memoiren einiger seiner ehemaligen Kollegen und hochrangiger Militärs wurde der Ex-Monarch als Autokrat, kurzsichtiger Politiker und Hauptschuldiger der Kriegsniederlage dargestellt.

Nach dem Krieg änderte sich Wilhelms Haltung gegenüber den Juden dramatisch. Nachdem der Nationalist den Zusammenbruch seiner Ideale erlebt hatte, fand er im "jüdischen Internationalismus" einen geeigneten Sündenbock. 1919 sagte er: "Das Schlimmste und Schmutzigste, was meine Nation in der Geschichte getan hat, was die Deutschen sich selbst angetan haben, ist, dass sie sich von der verhassten Rasse der Juden verführen, sich von ihr beherrschen ließen! Hier ist sie, ihre Dankbarkeit für unsere Gastfreundschaft! Kein Deutscher hat das Recht, diese Schande zu vergessen, noch kann er ruhig schlafen, bis diese Schmarotzer vom deutschen Boden gefegt und vernichtet sind! Dieses giftige Gewächs an der deutschen Eiche!"

„Vor und nach“ der Niederlage

Einige der Voraussetzungen für den Nationalsozialismus hatten sich natürlich schon lange vor der Machtübernahme der Nazis (und nicht nur unter Wilhelm II.) zusammengebraut. Der Schriftsteller Heinrich Mann ironisierte in seinem Roman "Der Untertan" viele der Ideen und Sitten der Wilhelm-Ära. Er schrieb das Werk im Jahr 1914, also vor dem Krieg.

Es wurde 1918 als eigenständiges Buch veröffentlicht und war ein durchschlagender Erfolg. Der Roman wird oft als der erste antifaschistische Roman der Weltliteratur angesehen. Noch bevor sich Faschismus und Nationalsozialismus als Ideologien in der Psyche vieler Zeitgenossen festsetzten, sah der Schriftsteller den zukünftigen Albtraum voraus.

Ein anderer großer deutscher Schriftsteller, Erich Maria Remarque, schrieb während des Zweiten Weltkriegs, dass es zur Heilung Deutschlands nicht genüge, sich vom Hitlerismus zu trennen; man müsse auch die Gefahr eines zuvor entstandenen deutschen Militarismus berücksichtigen. Der Historiker Tim Grady weist darauf hin, dass es in vielerlei Hinsicht "die Besonderheiten des Ersten Weltkriegs waren, die den Grundstein für Hitlers Weg zur Macht legten".

Gleichzeitig verfolgte Wilhelm II. trotz des Widerstands der Judenfeinde einen ausgewogenen Kurs, der darauf abzielte, den Antisemitismus im Lande zu kontrollieren und zu begrenzen. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war der Antisemitismus in den Regierungskreisen der europäischen Mächte alltäglich. Zeitweise ließ der Kaiser sogar Äußerungen zu, die, modern ausgedrückt, politisch nicht korrekt waren. So sagte er einmal, lange vor dem Ersten Weltkrieg, dass "wer kein guter Christ ist, kein guter Soldat sein wird". All dies ist nicht zu vergleichen mit der Politik des rassistischen Antisemitismus, die von den Nationalsozialisten in den 1930er und 1940er Jahren betrieben wurde.

Und nach dem Krieg schob der Ex-Kaiser, der sich über den Machtverlust ärgerte und versuchte, die Vorwürfe der militärischen Niederlage von sich zu weisen, die Schuld grundsätzlich auf andere ab. Und die Juden eigneten sich wie immer sehr gut für diesen Zweck. Aber ein wichtiger Punkt: Eine Sache sind die Handlungen des Kaisers, eine ganz andere die emotionalen Äußerungen einer Privatperson. Vor allem, wenn es sich um Äußerungen handelt, die nicht öffentlich, sondern in privaten Briefen gemacht wurden.

Natürlich ist es bei der Analyse von Wilhelms Ansichten angebracht, seine Biografie in "vor" und "nach" der Niederlage, die sein Leben auf den Kopf stellte, zu unterteilen.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Das Neujahrsfest der Bäume - Tu BiSchvat

An Tu BiSchvat wird der Natur und ihren Gaben gedankt. Der Feiertag geht auf den landwirtschaftlichen Kalender im alten Israel zurück. An diesem Tag ist es sogar verboten zu fasten. Traditionell wird der Tisch mit sieben Früchten gedeckt: Weintrauben, Oliven, Granatäpfel, Nüsse, Feigen, Datteln und Getreide. Israelische Schüler machen an diesem Tag häufig einen Ausflug und pflanzen Bäume an.

Von Filip Gašpar

In der jüdischen Tradition wird am 15. Schvat „Tu BiSchvat“, der „Tag der Bäume“ oder auch das „jüdische Neujahrsfest der Bäume“ begangen. Dieses Jahr fällt er auf den 24. Januar. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte bereits 2012 den 21. März zum Internationalen Tag der Wälder, was seitdem auch gefeiert wird. Der Feiertag „Tu BiSchvat“ geht auf das Traktat Rosch HaSchana der Mischna zurück und es werden zwei Mizwot aus dem 3. Buch Mose 19, 23–25 „Wenn ihr in das Land kommt und allerlei Bäume pflanzt...“, an diesem Feiertag erfüllt.

Wachstumszeit für Bäume

Die erste Mizwa besagt, dass der Verzehr von sogenannten Orla-Früchten nicht erlaubt ist. Darunter versteht man Früchte, innerhalb der ersten drei Jahre nach ihrer Anpflanzung. Der Verzehr der gereiften Früchte eines Baumes ist erst im dritten Jahr nach ihrer Anpflanzung oder nach „Tu Bischat“ erlaubt.

Der Vers 3. Buch Mose 19, 23–25 sagt auch: „so lasst ihre ersten Früchte stehen, als wären sie unrein wie Unbeschnittene. Drei Jahre lang sollen euch die Früchte wie unbeschnitten gelten; sie dürfen nicht gegessen werden.“

Im darauffolgenden Vers heißt es: „Im vierten Jahr sollen alle ihre Früchte unter Jubel dem Herrn geweiht werden.“ Hieraus leitet sich das Prinzip „Neta revai“ ab – auch die Früchte des vierten Jahres werden nicht gegessen, sondern als „Dankopfer“ dem HERRN in Jerusalem gewidmet. Die jüdische Tradition leitet zudem aus 5. Mose 14 den „Ma'aser Scheni“ und „Ma'aser Ani“ ab, den zehnten Teil für Jerusalem und den zehnten Teil für die Armen.

Weil das Neujahrsfest in der Tora nicht als ausdrückliches Fest festgelegt ist, wird es heute in Israel auch eher als ein „kleines Fest“ betrachtet. Es ist ein Missverständnis zu glauben, dass es sich um einen Feiertag handelt, der vom jüdischen Nationalfonds „Keren Kayemet LeIsrael“ im Jahre 1901 ins Leben gerufen wurde, um die Anpflanzung von



Traditionell werden getrocknete Früchte und Nüsse gereicht.

Bäumen in Israel zu befördern. Die Tradition ist schon viel älter und geht wie oben geschrieben auf die Mischna im Traktat Rosch HaSchana zurück.

Doch warum benötigen Bäume überhaupt ein Neujahr? Einige Kommentatoren erklären, dass sich diese Mischna auf die Gesetze des Ma'aser (Zehntel) bezieht, das jährlich von den Bäumen absondert werden muss. Alle Bäume, von denen das Ma'aser absondert wird, müssen demnach aus demselben Jahr stammen, und der Jahresbeginn dafür ist der 15. Schvat.

Verantwortung des Menschen gegenüber der Natur

Obwohl die Mischna dieses Datum nur im Zusammenhang mit Ma'aser erwähnt, hat es sich im Laufe der Zeit dennoch zu einem „jüdischen Tag der Bäume“ entwickelt, an dem auch wichtige Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit behandelt werden, die im Judentum schon seit tausenden von Jahren Relevanz haben. Eigentlich schon seit dem ersten Menschen, „Adam Harischoh“. Nach der Erschaffung des Menschen führte G'tt ihn durch den Gan Eden (Garten Eden) und zeigte ihm die Schönheiten der Schöpfung. Anschließend warnte G'tt Adam davor, diese wunderbare Welt zu zerstören, da es niemanden gäbe, der dies rückgängig

machen könnte (außer G'tt natürlich). Dies könnte man als generelle Verantwortung des Menschen interpretieren, sich für den Schutz und den Erhalt der Schöpfung einzusetzen, um somit unsere Erde vor Zerstörung und Verschmutzung zu bewahren.

Auch die Tora weist gleich zu Beginn der Menschheitsgeschichte auf diese Verantwortung hin. Nach der Schöpfung des Gan Eden wird berichtet, dass der Gan Eden Adams Lebensraum sein wird. Dieses Privileg bringt jedoch Verpflichtungen mit sich, und es ist Adams Pflicht, ihn zu bearbeiten und zu hüten. Dabei ist es allgemein akzeptiert, dass die offensichtliche Bedeutung stets erhalten bleibt, auch wenn es eine tiefere Erklärung gibt. So deutet dieser Vers auf die Pflicht der Menschheit hin, ihren Lebensraum zu hüten und keinesfalls zu zerstören.

Die Tradition Bäume zum Erhalt der Schöpfung zu pflanzen geht auf einen Midrasch (Midrasch ist die Auslegung religiöser Texte im rabbinischen Judentum) zurück (Vaikra Rabba Kap. 25:3). Der Midrasch stellt die Frage, wie es möglich sein sollte, gleichzeitig G'tt zu folgen und an ihm festzuhalten, wenn er durch Wasser geht und fressendes Feuer ist. Als Antwort wird gesagt, dass man ihm (G'tt) folgen soll, indem man sein Verhalten imitiert: Genau wie G'tt am Anfang der Schöpfung Bäume pflanzte, sollen auch wir seinem Beispiel folgen und Bäume pflanzen.

Hinweise im Talmud

Es lassen sich noch weitere Stellen im Talmud heranziehen, um die Bedeutung von Bäumen zu verdeutlichen. Da ist zum Beispiel die Stelle über den jüdischen Gelehrten „Choni der Kreiszieher“ (Taanit 23a). Auf einer Reise sah Choni einen Bauern, der gerade dabei war, einen Johannisbrotbaum zu pflanzen.

Choni fragte ihn, warum er das tue, da er schon sehr alt sei und der gepflanzte Baum erst in 70 Jahren Früchte tragen werde. Der Bauer antwortete, dass er seinerzeit einen Johannisbrotbaum von seinem Vater erhalten habe, und des-

halb pflanze er nun auch einen, damit auch seine Kinder und Nachkommen Früchte eines solchen Baumes genießen können. Dies soll uns verdeutlichen, dass uns befohlen wurde, für die Zukunft unserer Nachkommen vorzusorgen, und diesen eine saubere Welt zu hinterlassen.

Im Judentum gilt die allgemeine Auffassung, dass diese Welt für den Menschen geschaffen wurde und alle anderen Schöpfungen, wie Tiere und Natur, hier sind, um dem Menschen zu dienen und sein Leben zu erleichtern. Wenn die restliche Schöpfung diesen Zweck erfüllt, dann ist das der beste Tikkun (Verbesserung) für sie, weil sie dadurch dem „Nezer HaBria“ (Kranz der Schöpfung – dem Menschen) zur Erfüllung seiner Aufgabe verhilft. Wenn jedoch Meere und Ozeane verschmutzt, tausende Hektar Wald gerodet und die Luft mit schädlichen Gasen verpestet wird, nur aus Geldgier und Rücksichtslosigkeit, dann überschreitet dies unsere Befugnis. Wie ein Arbeiter keine Befugnis hat, das ihm zur Verfügung gestellte Werkzeug zu zerstören und rücksichtslos damit umzugehen, darf auch der Mensch nicht auf diese Art und Weise von der Welt Gebrauch machen!

Doch wie begeht man „Tu BiSchvat“ eigentlich?

Traditionell werden zu „Tu BiSchvat“ die sieben Arten des Landes wie Gerste, Feigen, Oliven, Trauben, Weizen, (Dattel-)Honig und Granatäpfel verzehrt. Da sich das Fest eindeutig auf die Landwirtschaft in Israel bezieht und in früheren Jahrhunderten in der Diaspora keine frischen Früchte verfügbar waren, waren Juden gezwungen Trockenfrüchte zu konsumieren. Deswegen reicht man auch heute diese zusammen mit Nüssen den Gästen während des Festes.

Obwohl sowohl getrocknete als auch frische Früchte überall zum Verkauf angeboten werden, initiieren Städte, Gemeinden, Schulen und Kindergärten oft Baumpflanzaktionen. Schon von klein auf sollen auch weniger religiöse Israelis eine Verbindung zum Verheißenen Land entdecken.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

**Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:
leserbriefe@juedische-rundschau.de**

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau

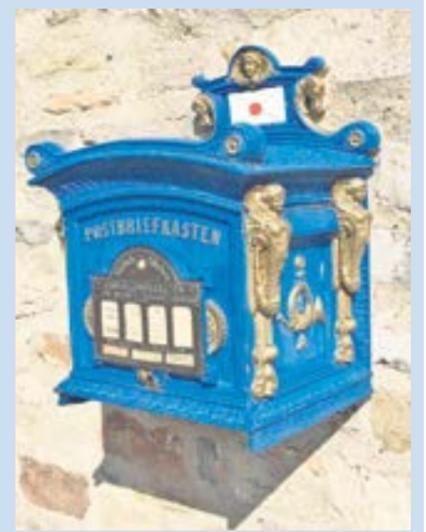
als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwährend zu kürzen. Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Nr. 2 / Jahrgang 43

Preis 25 Rpf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

BERLIN

ה' שבט תרצ"ג

FREITAG, 7. JANUAR 1938

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W15, Melchiorstr. 10
Postamt: 71 10 31, Telegramm-Adresse: Orgby, — Benennung: Jüdische Rundschau
 Berlin Post- u. Fernamt 22, in Vertretung: R.M. 5,75, bei Abholung: R.M. 1,20 bzw.
 R.M. 5,70 — Pöblichkeits-Konten der Vertriebs-Abteilung: Berlin 70173 (für
 Ost-Berlin), Berlin 13310 (für das übrige Reich). In Fällen missiger Gewalt
 behält kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersetzung eines schon geschickten
 Belegzettels. — Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Druck: Anzeigenpreisliste Nr. 4. Die 12 Ausgaben monatlich 20 Rpf. für
 Familien Nachdruck 15 Rpf. Für die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten
 Ausgaben oder zu bestimmten Plätzen wird keine Gewähr geleistet. Gelegenheits-
 anzeigen nur gegen Vorauszahlung auf Postcheck-Konto Berlin 71618 oder
 bei Montag bis Freitag 9-12 Uhr, Sonnabend für die
 Dienstag - Ausgabe Montag 10 Uhr, für die Freitag - Ausgabe
 Mittwoch 12 Uhr. (Für Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 12 Uhr)

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

Neues Palästina-Weißbuch

Ausgehend vom Peel-Plan, aber keine Festlegung auf dessen Einzelheiten

Das erwartete neue Weißbuch über Palästina ist Dienstag abend in London veröffentlicht worden. Es hat die Form einer (bereits 10 Tage zurückliegenden) Depesche des Staatssekretärs für die Kolonien an den Hochkommissar von Palästina und die Amtsziffer Cmd. 5634.

Das Weißbuch betont, daß die Regierung auf Einzelheiten des Peel-Plans nicht festgelegt sei, und lehnt dabei vor allem die zwangsweise Umsiedlung von Arabern ab. Eine neue „technische Kommission“ werde alle Fragen nochmals prüfen und die Entscheidung der Regierung werde dann dem Völkerbund zugeleitet werden. Besonders hervorgehoben wird die Tatsache, daß diese Prozedur noch „viele Monate“ in Anspruch nehmen wird.

Nachstehend geben wir den vollen Text des Hauptteils des Weißbuches mit einem vorläufigen Kommentar.

An den Hochkommissar in Palästina

Dawning Street, 23. Dez. 1937

Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung Seiner Majestät die Regierungserklärung (Cmd 5513) vom vergangenen Juli sowie auch die Schlußfolgerungen, die aus dem über den Gegenstand zuerst im Unterhaus und sodann in der Permanenten Mandatskommission und in der Ratsversammlung des Völkerbundes gefällten Beschlüsse zu ziehen sind, geprüft hat. Ein Memorandum mit den wichtigsten Auszügen aus der Regierungserklärung und den in Frage kommenden Beschlüssen sowie Auszügen aus ministeriellen Verlautbarungen ist beigefügt.

2. Ich glaube, daß es notwendig ist, gewisse Folgerungen aus der prinzipiellen Annahme der im Teil III des Berichts der Königlichen Kommission enthaltenen Empfehlungen hervorzuheben und wenn möglich die Ungewißheit zu zerstreuen, die in gewissen Kreisen mit Bezug auf die beabsichtigte Handlungsweise der Regierung besteht.

3. In der Regierungserklärung beachte die Regierung ihre allgemeine Zustimmung zu den Argumenten und Schlußfolgerungen der Kgl. Kommission sowie ihre Meinung zum Ausdruck, daß der Plan einer Dreiteilung die beste und hoffnungsvollste Lösung des Problems ist.

Angesichts der öffentlichen Beachtung, die die Kritik gewisser Einzelheiten des versuchsweise vorgeschlagenen Teil-

lungplanes, wie er im Teil III des Kommissionsberichts ausgeführt ist, gefunden hat, möchte ich klarstellen, daß S. M. Regierung in keiner Weise auf die Billigung dieses Planes festgelegt ist, und insbesondere daß sie nicht den Vorschlag der Kommission bezüglich der zwangsweisen Umsiedlung von Arabern aus dem jüdischen im arabischen Gebiet angenommen hat.

4. Nach Ansicht der Regierung rechtfertigen die Erörterungen in dem die Aufnahme weiterer Untersuchungen, die für die Aufstellung eines genaueren Planes mit mehr Einzelheiten notwendig sind. Die endgültige Entscheidung kann nicht in Maß allgemeiner Ausdrücke gefaßt sein, und die weitere Untersuchung wird zweifellos das notwendige Material zutage fördern, auf Grund dessen nach der Festsetzung des bestmöglichen Planes über seine Durchführbarkeit und Ausführbarkeit geurteilt werden kann.

5. Wie Ihnen bekannt ist, ist angekündigt worden, daß eine neue Spezialkommission ernannt werden wird, die Palästina besuchen und der Regierung nach Beratung mit den dortigen Bevölkerungsgruppen Vorschläge für einen detaillierten Teilungsplan vorlegen soll, und daß es die Aufgabe dieser Körperschaft sein wird, Vorschläge bezüglich der vorzuschlagenden Grenzen der vorgeschlagenen arabischen und jüdischen Gebiete und des neuen britischen Mandatsgebiets zu erörtern, sowie die finanziellen und übrigen Untersuchungen anzustellen, für die die Königliche Kommission die Ernennung einer Finanzkommission empfohlen hatte. Die Funktionen dieser neuen Körperschaft werden technischer Natur sein, d. h. ihre Funktionen werden darauf beschränkt sein, Tatsachen festzustellen und im einzelnen die praktischen Möglichkeiten eines Teilungsplans zu prüfen.

6. Die Aufgaben („terms of reference“) der technischen Kommission werden die folgenden sein:

Unter Berücksichtigung des Teilungsplans, wie er im Teil III des Kommissionsberichts ausgeführt ist, aber mit voller Freiheit, Änderungen dieses Plans vorzuschlagen, einschließlich einer Änderung der für die Beibehaltung unter britischem Mandat vorgeschlagenen Gebiete:

1. Grenzen für die vorgeschlagenen arabischen und jüdischen Gebiete und die ständig oder zeitweilig unter britischem Mandat zurückzubehaltenden Enklaven zu empfehlen, die

- a) eine vernünftige Aussicht gewähren für die schließliche Errichtung selbständiger arabischer und jüdischer Staaten mit entsprechender Sicherheit;
- b) den Einschluß der geringstmöglichen Zahl von Arabern und arabischen Unternehmungen im jüdischen Gebiet und umgekehrt nötig machen; und
- c) S. M. Regierung instandsetzen, die Mandatspflichten zu erfüllen, deren Ausführung im Kommissionsbericht empfohlen wird, einschließlich der durch Artikel 28 des Mandats hinsichtlich der Heiligen Stätten auferlegten Verpflichtungen. (Art. 28 enthält Bestimmungen für den Fall der Aufhebung des Mandats. — A. & Red.)

II. Die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu prüfen und darüber zu berichten, die mit der Teilung zusammenhängen und die Entscheidungen erfordern, einschließlich

- a) der Aufhebung der öffentlichen Aktiva, der Staatsschuld Palästinas und anderer finanzieller Verpflichtungen, die nach Artikel 28 des Mandats „gesetzlich von der Verwaltung Palästinas während der Mandatsperiode eingegangen wurden“, soweit als notwendig zwischen den verschiedenen Gebieten;
- b) Mittel zu sichern, daß die oben erwähnten finanziellen Verpflichtungen in Uebereinstimmung mit Artikel 28 des Mandats voll erfüllt werden;
- c) die Verwaltung der Eisenbahnen, Straßen, Post, Telegraphen- und Telephondienste;
- d) Währungsregelungen;
- e) Zollverwaltung und Tarife;
- f) Budgetaussichten der verschiedenen zu errichtenden Verwaltungen;
- g) Wahrung der Rechte der Beamten in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 28 des Mandats;
- h) Behandlung Industrieller und anderer Konzessionen;
- i) Möglichkeiten des freiwilligen Austausches von Land und Bevölkerung und Aussichten, durch Landentwicklungsmaßnahmen Raum für weitere Siedlung zu schaffen, um den Bedürfnissen derjenigen zu entsprechen,

die von einem Gebiet ins andere überzusiedeln wünschen;

j) Schaffung wirksamer Sicherungen für die Rechte der religiösen oder völkischen Minderheiten in den Gebieten, die den Arabern bzw. den Juden zuzurechnen werden, einschließl. des Schutzes der religiösen Rechte und Besitztümer.

7. Wenn als Ergebnis der Untersuchungen der technischen Kommission, die zweifellos viele Monate in Anspruch nehmen werden, ein Teilungsplan als gerecht und ausführbar von S. M. Regierung erachtet wird, wird er dem Räte des Völkerbundes zur Begutachtung vorgelegt werden. Wenn der Plan vom Völkerbundrat gutgeheißen wird, wird eine weitere Periode für die Errichtung neuer Regierungsorgane unter Mandat in den betroffenen Gebieten notwendig sein und, wenn das notwendige Einverständnis vorhanden ist, für Vertragsverhandlungen mit dem Ziel der schließlichen Errichtung unabhängiger Staaten. Es kann auch für S. M. Regierung notwendig sein, angesichts des Kommissionsberichts weiter den Vorschlag der Permanenten Mandatskommission zu prüfen, daß die arabischen und jüdischen Gebiete unter einem System der „Kartellierung“ oder unter getrennten Mandaten verwaltet werden sollten. Es ist daher klar, daß eine Zeitlang alle Maßnahmen nur prüfender Natur sein werden.

8. Ich werde mich sobald als möglich weiter mit Ihnen über die Frage der persönlichen Zusammenarbeit der Kommission und ihre Arbeitsweise in Verbindung setzen.

Ich habe die Ehre usw.

gen. Ormsby-Gore

In einem Anhang des Weißbuches sind Auszüge aus den Dokumenten des letzten Jahres enthalten, insbesondere aus der Regierungserklärung vom 1. Juli 1937, worin dem Peel-Bericht zugestimmt wird, ferner die Resolution des Unterhauses vom 21. Juli 1937, Auszüge aus den Reden Ormsby-Gores vor der Mandatskommission, der Bericht der Mandatskommission an den Völkerbundrat, sowie Auszüge aus der Rede Eden vor dem Völkerbundrat am 14. September und der Beschluß des Völkerbundrates vom 16. September 1937.

Neue oder alte Politik?

Vor der Frage, wie das neue Weißbuch zu bewerten ist, steht die Frage, wie es zu deuten ist. Man hat den Eindruck, vor einem Schritt zurück zu stehen, das in besonders hohem Maße den Beinamen „diplomatisch“ verdient. Es trägt den Stempel des Kompromisses auf der Stirn und scheint die Richtigkeit der vor der Veröffentlichung dieses Dokumentes von der englischen Presse ausgestreuten Gerüchte über Konflikte im Kabinett (siehe Leitartikel in der vorigen Nummer der „Jüdischen Rundschau“) zu bestätigen. Nach dem Wortlaut des Weißbuches hat die Regierung den Peel-Plan nicht aufgegeben, aber ihr Bekenntnis zu diesem Plan, das am 8. Juli 1937 völlig eindeutig und bestimmt ausgesprochen wurde, klingt diesmal viel unverbindlicher. Will sie wirklich nur „das Gesicht wahren“ und ist der Peel-Plan „tot“? Das Rätselraten, was dieses Weißbuch eigentlich bedeutet, wird seine Aufklärung erst durch die Praxis finden. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man zweierlei feststellt. Erstens: die Ungewißheit über die Absichten der Regierung, die seit Jahren eine der Hauptursachen der Unruhe in Palästina ist und die durch die Erklärung vom 8. Juli 1937

Erster Ueberblick

Eine Verordnung der rumänischen Regierung untersagte die Beschäftigung rumänischer Hausangestellter unter 40 Jahren in jüdischen Haushaltungen. Der englische und der französische Gesandte in Bukarest haben in Angelegenheit der jüdischen Minoritätenrechte in Rumänien eine Demarche unternommen. Sir Arthur Wauchop teilt mit, daß er für die Gewährung einer Staatsanleihe von 5.000.000 an die Grenzverwaltung bei der Londoner Regierung eingetreten sei. Das palästinensische Schiff „Jlar Carmel“ brannte im Hafen Konstanz aus.

Durch diese neuen Verfügungen wird die materielle Lage einer großen Zahl von jüdischen Ärzten sehr verschlechtert. Berücksichtigt man, daß die Ärzte ohnedies schon einen schweren Existenzkampf zu führen haben, so ergibt sich, daß eine ganze Reihe von den jüngeren Ärzten, die bisher als Frontkämpfer in Deutschland verblieben wären, nun gezwungen sein wird, einen anderen Wirkungskreis zu suchen. Gleichwohl kommt die Nachricht, daß in Rumänien beabsichtigt wird, den an ausländischen Universitäten promovierten jüdischen Ärzten — und das ist sicherlich keine geringe Zahl — die Praxis zu entziehen. Der jüdische Arztstand, der schon im Mittelalter hoch angesehen war und nicht nur durch seine Heiligkeit, sondern auch durch seine Farschertätigkeit bedeutende Leistungen aufzuweisen hat, ist heute vielfach auf der Suche nach einem Arbeitsplatz in der Welt. Es ist dies, abgesehen von dem privaten Schicksal der Betroffenen, ein kleiner, aber bedeutsamer Ausschnitt aus der Judenfrage unserer Tage.

Eisenberg, Silberberg oder Goldberg – die Welt der jüdischen Nachnamen

Jüdische Familiennamen haben sich im Laufe der Geschichte entwickelt. Je nach Herkunft stammen die Nachnamen aus dem Talmud, dem Wohnort oder sind konnten im Rahmen der Emanzipationsgesetze im 18. und 19. Jahrhundert frei gewählt werden. So entstanden klangvolle Namen wie Mandelbaum, Rosenfeld oder Lilienthal, die vom Geist der Romantik beeinflusst waren.

Von Michael Selutin

Israel ist offensichtlich der große Schmelztiegel des jüdischen Volkes, aber weniger offensichtlich hilft die große Menge an Juden auch dabei, die Traditionen und Eigenheiten der verschiedenen Gruppen zu bewahren. Vor allem für religiöse Juden ist es in Israel möglich, eine Gemeinde zu finden, die genau die Tradition fortführt, die man vor seiner Einwanderung in Israel verlassen hat.

Als religiöser Aschkenasi gehe ich hier in Bet Shemesh in eine aschkenasische Synagoge und auch die meisten meiner Freunde sind Aschkenasim. Dazu gehört, dass die Menschen in meinem Umfeld typisch aschkenasisch-deutsche Nachnamen haben.

Die Lehrerin meiner Tochter heißt zum Beispiel Weissmandel, ein sehr schöner Name, vor allem wenn man versteht, was er bedeutet.

„Sarah, was bedeutet weiß auf Ivrit?“ fragte ich meine Tochter.

„Lawan“

„Richtig, und Mandel ist auf Ivrit Schaked, wie die Schkedim, die wir manchmal essen. Deine Lehrerin heißt also übersetzt Schaked-Lawan, eine weiße Mandel.“

„Wow!“

Aber das ist noch nicht einmal das lustigste Beispiel. Es gibt Tage, an denen ich in der Synagoge buchstäblich zwischen einem Eisenberg, einem Silberberg und einem Goldberg gefangen bin. Gut, dass der Finkelstein auch neben mir sitzt, sonst würde ich mich ganz zerdrückt fühlen.

Ein anderes Mitglied unserer Gemeinde hat mir einmal gebeichtet, sein Nachname Baum sei nicht sein wirklicher Name. Seine Großeltern hatten ihn bei der Einwanderung in die USA in Baum geändert. Wirklich heißt er Zwetschenbaum, aber versuchen Sie das mal, einem Amerikaner beizubringen.

Antike jüdische Namen

Die Synagoge ist auch der Ort, an dem die neuen jüdischen Nachnamen mit den alten, nicht vorhandenen Nachnamen zusammentreffen. Denn wenn man am Schabbat während der Thoralesung aufgerufen wird, um den Segen über die Thora zu sprechen, wird man auf die alte Weise dazu aufgerufen: Vornahme, ben (Sohn des...), Name des Vaters.

Wenn ich also zur Thora aufgerufen werde, ruft der Vorbeter: Michael ben Mark!

Wenn für eine Person gebetet wird, wird der Name der Mutter anstatt des Vaters genannt.

Auf diese Weise haben sich Juden seit biblischen Zeiten identifiziert, wie Joschua ben Nun, der Nachfolger von Moses. Man sollte jedoch auch bedenken, dass die Menschen damals mit ihren Namen kreativer waren als heute. Die vielen Davids, Daniels und Benjamins würden heutzutage für große Verwirrung unter dem jüdischen Volk führen, während biblische Namen wie Nachshon ben Aminadav, der Held der Spaltung des Schilfmeeres, sicherlich nicht



„Mandelbaum“ war ein kostspieliger jüdischer Nachname.

zweimal vorkommen.

In der späteren Zeit, die in den Büchern der Richter und Könige behandelt wird, finden wir Herkunftsorte, die zur genaueren Identifizierung von Personen verwendet werden, wie Doeg, der Edomiter, Elia, der Tishbiter. Zur Zeit der Rückkehr aus Babylon unter Esra stoßen wir auf mehrere beschreibende Personennamen mit einem bestimmten Artikel. Diese kommen zwar nur selten vor, aber sie liefern interessante Beispiele für Personennamen, die gleichzeitig fast als Familiennamen dienen: Ha-kotz (der Dorn), Ha-katan (der Kleine).

Der biblische Stil der Namensgebung blieb bis in die talmudische Zeit erhalten, allerdings mit einigen Neuerungen. Patronyme sind im Talmud recht häufig anzutreffen, wie Jochanan ben Zakkai und Joschua ben Chananja. Anscheinend kamen zu dieser Zeit bereits zu Namensverwechslungen und wir finden Namen wie Raba bar Chana (Raba, der Enkel von Chana).

Im Talmud finden wir auch erstmals Nachnamen, die auf dem Beruf der Person basieren, wie Ephraim Safra (der Schreiber), Jochanan ha Sandlar (der Schuhmacher), aber auch Jose ha-Kohen (der Priester).

Keiner dieser Nachnamen wies jedoch das Hauptmerkmal der modernen Familiennamen auf: die Übertragbarkeit vom Vater auf den Sohn. Sie blieben an die Person gebunden und wurden nicht an die Nachkommen vererbt. Allerdings gibt es auch hier Ausnahmen, denn der Talmud erwähnt eine Priesterfamilie, Bet Abtinan, das Haus der Abtinan, das seinen Namen weitergab.

Erst im 10. und 11. Jahrhundert wur-

den die Familiennamen sowohl bei Juden als auch bei Nicht-Juden häufiger.

Moderne jüdische Nachnamen

In Europa stoßen wir im 14. und 15. Jahrhundert auf einige Familiennamen, die bereits ihre modernen Formen tragen, wie Ephraim von Bonn, Meir von Ruthenberg, Yom Tow von York.

Eine der wichtigsten Entwicklungen in der Geschichte der jüdischen Familiennamen vollzog sich in Frankfurt am Main, wo die Juden gezwungen waren, in der Judengasse zu leben, und die Familien nach den von ihnen bewohnten Häusern registriert wurden.

In den mittelalterlichen deutschen Städten, wie auch anderswo in Europa, waren die Häuser nicht nummeriert; nur wenige Menschen konnten damals Buchstaben oder Zahlen lesen. Daher war es an den meisten Orten üblich, ein Haus durch ein außen angebrachtes Schild zu kennzeichnen. Diese farbenfrohen und malerischen Hausschilder führten dann zum vielleicht berühmtesten jüdischen Namen, Rothschild.

Eine Familie in Frankfurt, die priesterlicher Abstammung und unter dem Namen Cahn bekannt war, verwendete für ihr Hauszeichen das Bild eines Bootes (wie der Kahn). Später verwendeten andere Mitglieder derselben Familie das Zeichen eines Schiffs, so dass aus dem ursprünglichen hebräischen Kahn der deutsche Name Schiff wurde.

Die europäischen Juden nahmen ihre Nachnamen jedoch nicht allzu ernst und wechselten sie oft. Simon Heine, der Urgroßvater von Heinrich Heine, wurde zum Beispiel auch Simon Bückeberg genannt, da er aus

diesem Ort stammte. Der Philosoph Moses Mendelssohn wurde manchmal Moses Dessauer genannt, weil er aus Dessau stammte.

Schließlich hatten die Behörden Europas genug von den jüdischen Namensspielchen und verpflichteten sie, ständige Namen zu wählen. 1797 erließ Kaiser Joseph II. ein Edikt, das den Juden in Galizien und der Bukowina vorschrieb, dauerhafte Familiennamen anzunehmen. Ähnliche Edikte folgten daraufhin in großen Teilen Europas.

Die Namensvergabe und -registrierung war für die zuständigen Regierungsbeamten jedoch ein neues Mittel, um von den Juden Geld zu erpressen. Für wohlklingende Namen musste man einen hohen Preis zahlen, während diejenigen, die sich das nicht leisten konnten, mit Namen wie Salz, Schmalz, oder Nierenstein gebrandmarkt wurden. Zu den teureren Nachnamen gehörten zum Beispiel Ehrlich, Kluger und Fröhlich, während hübsche Naturnamen wie Mandelbaum, Rosenbaum, Weinstock und Weissmandel sicherlich auch nicht günstig waren.

Israelisierte und amerikanisierte Namen

Die Evolution der jüdischen Nachnamen geht in unserer Zeit unvermindert weiter, indem viele Namen amerikanisiert und israelisiert werden. Der israelische Staatsgründer David Ben-Gurion wurde als David Grün geboren und der spätere General und Premierminister Ariel Scharon hieß einmal Arik Scheinerman.

Auch die Tatsache, dass es im hebräischen Alphabet nicht wirklich Vokale gibt, führt dazu, dass einige, oft russische Namen, ihre Vokale verlieren. Meinen Namen **Selutin** sprechen Israelis zum Beispiel als Slotin aus, weil es kein „e“ im Hebräischen gibt. Leider konnte ich bei meiner Alija noch kein Hebräisch, sonst hätte ich ein Aleph zwischen das Samech und Lamed gesteckt, das als „e“ oder „a“ gelesen werden kann. Dann hätte ich zumindest eine 50-prozentige Chance, dass mein Name richtig ausgesprochen wird. Aber dafür ist es zu spät und meine israelischen Kinder heißen jetzt Slotin.

In den USA wurden bekanntermaßen ebenfalls viele Namen angepasst, so dass aus Grünfeld Greenfield wurde und es zu einigen kuriosen Fällen kam, wie der Witz über Sean Ferguson andeutet:

Als das Schiff nach langer, sturmiger Fahrt endlich in Amerika ankam, ging es Schloimi ganz schlecht. Er hatte hohes Fieber und konnte kaum noch aufrecht stehen. Als ihn der amerikanische Beamte nach seinem Namen fragte, konnte Schloimi nur in Jiddisch antworten.

„Den hab ich schon vergessen,“ sagte Schloimi nach einigem Nachdenken.

„What did you say?“ fragte der Beamte, der kein Jiddisch verstand.

„Schon vergessen!“ schrie Schloimi zurück.